

Partizipative Prozesse in stadtnahen Waldlandschaften am Beispiel von Kommunalwäldern in Deutschland

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
Doctor rerum silvaticarum (Dr. rer. silv.)

vorgelegt von

M. Sc. Pia Maria Petra Böhnke-Förster

geboren am 13.06.1979 in Aachen

verteidigt am 14.01.2013 in Tharandt

Gutachter:

Prof. Dr. Norbert Weber

TU Dresden, Fakultät Forst-, Geo-, Hydrowissenschaften

Institut für Forstökonomie und Forsteinrichtung

Professur für Forstpolitik und Forstliche Ressourcenökonomie

Prof. Dr. Max Krott

Georg-August Universität Göttingen, Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie

Burkhardt-Institut

Professur für Forst- und Naturschutzpolitik

DANKSAGUNG

An erster Stelle danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Norbert Weber für seine Unterstützung in den letzten Jahren. Er hat mich bei meiner Arbeit stets engagiert und uneingeschränkt unterstützt. Seine Ratschläge und das große Vertrauen, welches er mir entgegen brachte, gaben mir den Freiraum aber auch die notwendige Sicherheit Ideen zu entwickeln und umzusetzen sowie die Motivation niemals aufzugeben.

Prof. Dr. Max Krott danke ich für die Bereitschaft das Zweitgutachten zu erstellen und die Unterstützung meiner ersten wissenschaftlichen Schritte im spannenden Feld der Forstpolitikwissenschaften, welches mich bis heute fasziniert.

Herzlich danke ich auch allen Interviewpartnern in den untersuchten Kommunen, die ich aufgrund der zugesicherten Anonymisierung leider nicht einzeln nennen kann. Ich bin überall sehr freundlich und interessiert aufgenommen worden und bedanke mich für die Offenheit während der Interviews und die intensiven Einblicke, welche mir in Partizipationsprozesse im Kommunalwald gewährt wurden. Nur durch sie wurde die vorliegende Arbeit möglich.

Darüber hinaus danke ich Barbara Darr und Constanze Skodawessely für wertvolle Diskussionen zu qualitativer Forschung in den Forstwissenschaften und die vielen Motivationsschübe während unserer Dissertationskränzchen; Dr. David Butler Manning für das Korrekturlesen der englischsprachigen Passagen; Wenke Franz und Yvonne Barteld sowie allen Institutskollegen für lange und kürzere Fachgespräche und vor allem das positive Arbeitsumfeld in dem ich mich bewegen durfte.

Abschließend möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, die mich seit ich denken kann immer und ohne Einschränkung unterstützt und mich in den Jahren meiner Ausbildung unermüdlich begleitet hat.

Sebastian Förster danke ich für seine Geduld, Ausdauer und Unterstützung. Er hat mich beraten, motiviert, ermutigt und kompetent sowie aufmerksam Korrektur gelesen. Danke für Alles!

INHALTSVERZEICHNIS

Danksagung	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	IX
Abstract	XI
Participatory processes in peri-urban forest landscapes illustrated using the example of community forests in Germany	XI
1 Thematische Einordnung, Problemstellung und Zielsetzung	1
1.1 Problemstellung und Zielsetzung der Forschungsarbeit	1
1.2 Stand der Forschung	5
1.3 Forschungsdesign	9
1.4 Aufbau der Arbeit	11
1.5 Untersuchungsgegenstand	12
1.5.1 <i>Begriffsabgrenzung</i>	12
1.5.2 <i>Zuständigkeiten, Besitz- und Organisationsformen im Kommunalwald in Deutschland</i>	16
2 Theoretischer Bezugsrahmen	20
2.1 Partizipationsprozesse	20
2.1.1 <i>Partizipatorische Demokratietheorien</i>	20
2.1.2 <i>Begriffskonzepte</i>	23
2.1.3 <i>Partizipationsmodelle</i>	27
2.1.4 <i>Partizipationsprozesse im kommunalen Kontext</i>	32
2.1.5 <i>Möglichkeiten und Grenzen partizipativer Entscheidungsprozesse</i>	35
2.2 Urbane Wälder und urbane Forstwirtschaft	38
2.3 Kommunalwald in Deutschland	41
2.3.1 <i>Kommunalpolitischer Hintergrund</i>	41
2.3.2 <i>Wald in der Kommunalpolitik</i>	47
2.4 Urban (Forest) Governance	48
2.4.1 <i>Urban Governance</i>	48
2.4.2 <i>Urban Forest Governance</i>	52
3 Konkretisierung der Leitfragen in Form von Forschungsfragen / Erhebungsmodell	53
4 Methodisches Vorgehen	56
4.1 Methodologische Grundlagen	56
4.2 Empirische Erhebung	58
4.2.1 <i>Übersicht über Methodenwahl und Auswertungsdesign</i>	58
4.2.2 <i>Experteninterviews</i>	59
4.2.3 <i>Entwicklung des Leitfadens</i>	60
4.2.4 <i>Auswahl der Fallbeispiele und Interviewpartner</i>	62
4.2.5 <i>Durchführung der Experteninterviews</i>	67
4.3 Auswertung	67
4.3.1 <i>Transkriptionspraxis</i>	67
4.3.2 <i>Auswertungsmethoden</i>	68
4.3.3 <i>Die Entwicklung des Kategoriensystems</i>	72
4.3.4 <i>Einsatz von QDA-Software / MaxQDA</i>	75
5 Ergebnisse der empirischen Erhebung	77

5.1	Darstellung der Ergebnisse	77
5.1.1	<i>Visualisierung des Gesprächsverlaufs – Interview Portraits</i>	79
5.2	Komplex 1 / Informationen zur Institution und Kategorisierung der Fallbeispiele	80
5.3	Komplex 2 / Aktuelle Themenkomplexe und Problemfelder des Kommunalwalds	89
5.4	Komplex 3 / Entscheidungsfindung im Kommunalwald im System der repräsentativen Demokratie	91
5.4.1	<i>Unterschiedliche Entscheidungsebenen und Beschreibungsdimensionen</i>	91
5.4.2	<i>Weg und Akteure der Entscheidungsfindung</i>	93
5.5	Komplex 4 / Partizipation bei der Entscheidungsfindung im Kommunalwald	101
5.5.1	<i>Durch Rechtssätze verankerte Beteiligungsverfahren mit Relevanz für die Entscheidungsfindung im Kommunalwald</i>	101
5.5.2	<i>Freiwillige Beteiligungsprozesse mit Relevanz für den Kommunalwald</i>	103
5.5.3	<i>Akteure der Partizipation</i>	107
5.5.4	<i>Rahmenbedingungen und Themenkomplexe für Partizipationsprozesse</i>	110
5.5.5	<i>Stellenwert von Partizipation</i>	114
5.6	Komplex 5 / Verknüpfungen von Urban Governance Konzepten und Planungen im stadtnahen Wald	119
6	Diskussion der Leit- und Forschungsfragen	122
6.1	Diskussion Leitfrage 1: Wo, wann und in welchem Umfang werden in Deutschland im Kommunalwald partizipative Prozesse durchgeführt?	122
6.1.1	<i>Wer ist an der Entscheidungsfindung im Kommunalwald im System der repräsentativen Demokratie beteiligt?</i>	122
6.1.2	<i>Welche Rolle spielen partizipative Prozesse zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald?</i>	124
6.1.3	<i>Zu welchem Zeitpunkt im Policy-Zyklus wird durch Partizipationsprozesse auf den Kommunalwald Einfluss genommen?</i>	126
6.1.4	<i>In welchem Umfang werden Partizipationsprozesse durchgeführt?</i>	128
6.1.5	<i>Bestehen Unterschiede in Art und Ausmaß partizipativer Prozesse im Kommunalwald zwischen alten und neuen Bundesländern?</i>	129
6.1.6	<i>Unterschiede in Abhängigkeit von der Waldbesitzgröße</i>	129
6.2	Diskussion Leitfrage 2: Wie können Partizipationsprozesse im Kommunalwald charakterisiert werden?	130
6.2.1	<i>Welche Akteure werden im Kommunalwald zum aktuellen Zeitpunkt beteiligt?</i>	130
6.2.2	<i>In welchen Fällen fungiert der Bürger in Beteiligungsprozessen im Kommunalwald als Auftraggeber oder Mitgestalter?</i>	133
6.2.3	<i>Welchen Stufen sind Beteiligungsprozesse im Kommunalwald zuzuordnen? Existieren Prozesse auf Ebene der Mitgestaltung?</i>	134
6.2.4	<i>Welche der angewandten Verfahren können den kooperativen und welche den gesetzlich verankerten Beteiligungsformen zugeordnet werden?</i>	136
6.2.5	<i>Welche Themen werden im Kommunalwald partizipativ bearbeitet?</i>	141
6.3	Diskussion Leitfrage 3: Welche Intention wird mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald verfolgt?	146
6.3.1	<i>Welche Intention verfolgen die Entscheidungsträger mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald?</i>	146
6.3.2	<i>Wer initiiert Beteiligungsprozesse im Kommunalwald?</i>	148
6.4	Welche Rahmenbedingungen sind für die Durchführung partizipativer Prozesse im Kommunalwald notwendig?	149
6.4.1	<i>Können Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Partizipationsprozessen im Kommunalwald ausgeschieden werden?</i>	149
6.4.2	<i>Welche externen Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für erfolgreiche partizipative Prozesse im Kommunalwald? Können externe und interne Rahmenbedingungen für</i>	

	<i>Partizipationsprozesse im Kommunalwald unterschieden werden?</i>	150
6.5	Auf welche Art, mit welchem Organisationsgrad und welcher Intensität lassen sich partizipative Ansätze in bestehende Kommunalverwaltungsstrukturen integrieren?	152
6.5.1	<i>Handlungsstrategien der forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen im Kommunalwald</i>	152
6.5.2	<i>Wird der Kommunalwald an Urban Governance Konzepten beteiligt?</i>	157
6.6	Methodenkritik	160
7	Ausblick	164
8	Zusammenfassung	166
	Literaturverzeichnis	169
	Anhang	180

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Forschungsdesign	9
Abbildung 2: Mögliche Formen der Bewirtschaftung des Kommunalwalds nach Landeswaldgesetz (eigene Darstellung)	19
Abbildung 3: Einordnung des Forschungsthemas in den theoretischen Rahmen	20
Abbildung 4: Formen kooperativer Demokratie (Bogumil, 2001)	27
Abbildung 5: Eight Rungs on a Ladder of Citizen Participation, (ARNSTEIN, 1967)	28
Abbildung 6: Engagement at different points in the policy cycle (WARBURTON et al., 2007)	30
Abbildung 7: Interests in Participation (WHITE, 1996)	30
Abbildung 8: Vergleich der Rolle und Bedeutung der wichtigsten Akteure der nationalen/regionalen und urbanen Forstpolitik (OTTITSCH & KROTT, 2005)	40
Abbildung 9: Rechtlicher Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung (eigene Darstellung nach Roth 1997)	43
Abbildung 10: Abfolge kommunaler Leitbilder (nach Sinning 2005)	45
Abbildung 11: Kooperationsformen und Einordnung der Partizipation im Governance-Modell (verändert nach Sinning 2005, S. 581)	51
Abbildung 12: Darstellung der Methodik	58
Abbildung 13: Datensorten im episodischen Interview (vgl. Flick 2008, S. S. 38)	62
Abbildung 14: Auswahlschema der befragten Kommunen	66
Abbildung 15: Klassifizierung von Auswertungsmethoden (Gläser, Laudel 2006, S. 42)	69
Abbildung 16: Schematische Darstellung des Aufbaus des Kategoriensystems	73
Abbildung 17: Ausschnitte der Arbeitsoberfläche von MaxQDA	76
Abbildung 18: Gegenüberstellung zweier Interviewportraits	80
Abbildung 19: The urban forestry model (Böhnke, angelehnt und erweitert an RANDRUP et al., 2005)	88
Abbildung 20: Beschreibungsdimensionen für Entscheidungsebenen im Kommunalwald	93
Abbildung 21: Partizipative Prozesse im Kommunalwald, dargestellt anhand des Policy-Cycle (BÖHNKE, angelehnt an WARBURTON et.al., 2007)	127
Abbildung 22: Klassifizierung der Akteure in Partizipationsprozessen im Kommunalwald	132
Abbildung 23: Formen der kooperativen Partizipation im Kommunalwald (BÖHNKE, angelehnt an BOGUMIL, 2001)	133
Abbildung 24: Verfahrenstypen der Partizipation im Kommunalwald angelehnt an ARNSTEINS „Ladder of Citizen Participation“	135
Abbildung 25: Für die Entscheidungen im Kommunalwald relevanten Bürgerbeteiligungsformen im Rahmen der repräsentativen Demokratie	137
Abbildung 26: Verschneidung des Vorkommens von schriftlich fixierten Leitbildern und freiwilligen Gremien mit der Erhebungsmatrix	139
Abbildung 27: Aktuelle Kommunalwaldthemen nach Schwerpunkten	143
Abbildung 28: Darstellung der in der partizipativen Entscheidungsfindung angewandten und möglichen Themen in Bezug zu den aktuellen Themenkomplexen des Kommunalwaldes	144

Abbildung 29: Darstellung der in den demokratisch legitimierten kommunalen Gremien behandelten Themen.....	145
Abbildung 30: Intentionen für den Einsatz partizipativer Prozesse (BÖHNKE, angelehnt an WHITE, 1996).....	147
Abbildung 31: SWOT-Analyse von Partizipationsprozessen im Kommunalwald.....	150
Abbildung 32: Rahmenbedingungen für partizipative Entscheidungsprozesse im Kommunalwald zu unterschiedlichen Zeitpunkten	151
Abbildung 33: Verschneidung von Handlungsstrategien und Erhebungsmatrix.....	153

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Gemeinden, Gesamtwald und Körperschaftswaldflächen sowie sonstige Informationen zum Kommunalwald.....	17
Tabelle 2: Übersicht über die Domänen und Variablen des Implementationseffektivitäts-Modells nach NEWIG (2005).....	32
Tabelle 3: Mögliche Formen der Bürgerbeteiligung im kommunalen Kontext	34
Tabelle 4: Bewertungsindikatoren für Beteiligungsprozesse nach IRVIN & STANSBURY (2004)	37
Tabelle 5: Erhebungsmodell: Leitfragen – Forschungsfragen – Modelle	54
Tabelle 6: Auszug aus dem Code-Handbuch.....	74
Tabelle 7: Aufbau des Codesystems am Beispiel des Untercode „Vorlagen / Beschlüsse“	78
Tabelle 8: Explizit benannte besondere lokale Rahmenbedingungen für waldbewirtschaftende Institutionen	81
Tabelle 9: Explizit benannte Besonderheiten kommunaler Waldflächen	82
Tabelle 10: Kurzdarstellung der Fallbeispiele anhand der vorliegenden Organisationsstruktur und örtlichen Besonderheiten	83
Tabelle 11: Aktuelle Themen im Kommunalwald.....	89
Tabelle 12: Beschreibungsdimensionen für Entscheidungen im Kommunalwald.....	92
Tabelle 13: Informelle Ebene der Entscheidungsfindung, bezogen auf die Rolle der forstlichen Verwaltungseinheiten, im Rahmen der repräsentativen Demokratie	95
Tabelle 14: Im Stadt- oder Gemeinderat behandelte Kommunalwaldthemen.....	96
Tabelle 15: Explizite Nennungen zur Art der Zusammenarbeit mit dem Stadt- oder Gemeinderat.....	97
Tabelle 16: Die Rolle des Bürgermeister in der Entscheidungsfindung im Kommunalwald	98
Tabelle 17: In Rechtssätzen verankerte Beteiligungsverfahren mit Relevanz für den Kommunalwald.....	102
Tabelle 18: Explizite Nennung von Verfahren der freiwilligen Beteiligung mit Relevanz für den Kommunalwald.....	103
Tabelle 19: Akteure in Partizipationsprozessen im Kommunalwald.....	108
Tabelle 20: Potentielle Akteure für Partizipationsprozesse im Kommunalwald.....	110
Tabelle 21: Themenkomplexe von Partizipationsprozessen, verfahrens- und akteursunabhängig	113
Tabelle 22: Stellenwert von Partizipation im Verwaltungshandeln oder operativen Tagesgeschäft.....	114
Tabelle 23: Allgemeine persönliche Einstellung der Interviewpartner zu partizipativen Prozessen	115
Tabelle 24: Bewertung der Hauptakteure der Entscheidungsfindung.....	116
Tabelle 25: Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindung durch die Interviewpartner	117
Tabelle 26: Motivation der Interviewpartner für die Anwendung partizipativer Prozesse	118
Tabelle 27: Kenntnis, Anwendung und Potentiale von Urban Governance im Kommunalwald	121
Tabelle 28: Formen und Umfang von Partizipationsprozessen im Kommunalwald	128

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A BI	Alte Bundesländer
AG	Arbeitsgruppe
BB	Berlin-Brandenburg
BI	Bundesland
BM	Bürgermeister
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
bspw.	beispielsweise
B-W	Baden-Württemberg
BWaldG	Bundeswaldgesetz
BWI ²	2. Bundeswaldinventur
BY	Bayern
bzw.	beziehungsweise
d.h.	Das heißt
eigenst.	eigenständig
EW	Einwohner
FAO	Food and Agriculture Organisation of the United Nations
FE	Forsteinrichtung
FFH-Gebiet	Flora-Fauna-Habitat Gebiet
FoWi	Forstwirtschaft
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ha	Hektar
I	Interview
i.S.	Im Sinne
ILE	Integrierte ländliche Entwicklung
IP	Interviewpartner
Kap.	Kapitel
LandesVerf	Landesverfassung
LWaldG	Landeswaldgesetz
N BI	Neue Bundesländer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSA	Nicht staatlicher Akteur
PP	Partizipative Prozesse
QDA	Qualitative Datenanalyse
R-P	Rheinland-Pfalz

RT	Runder Tisch
SächsPKWaldVO	Sächsische Privat- und Körperschaftswald Verordnung
S-H	Schleswig-Holstein
SN	Sachsen
teilw.	teilweise
UG	Urban Governance
u.ä.	Und ähnlich
usw.	und so weiter
Vgl.	Vergleiche
z.B.	Zum Beispiel
ZB	Zuständige Behörde

ABSTRACT

PARTICIPATORY PROCESSES IN PERI-URBAN FOREST LANDSCAPES ILLUSTRATED USING THE EXAMPLE OF COMMUNITY FORESTS IN GERMANY

Political elections represent the conventional form of public participation at the municipal level and create the foundations for decision making. In addition to these legally anchored forms of public participation, non-institutionalised forms of participation stemming from cooperative democracy are increasingly becoming the focus of scientific and social discourse. The research presented herein focused on community forestry in Germany and represented an attempt to find answers to six questions. (1) How are citizen participation methods currently used? (2) How can participation processes be characterised? (3) What is the intention behind it? (4) What framework is required for utilisation? (5) In which situations is participation an alternative method to top-down decision making? (6) In which mode and at what level of organisation and intensity can participatory approaches be integrated in communal administration structures?

Decision makers in the forestry sector often find themselves in a difficult position because forestry issues generally play only a minor role on the community policy agenda. Decision making with regard to municipally owned forests should reflect the best interests of citizens, yet the system of representative democracy provides few stimuli in this respect.

A qualitative, explorative study of participative processes employed in developing urban and peri-urban forest landscapes was designed. Existing participation models and concepts were put together in an elicitation model to allow for a comprehensive analysis approach. The empirical study was carried out in 13 German municipalities with different populations, forest property sizes and forms of organisation. The municipalities were situated in the German federal states Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Berlin and Brandenburg and Baden-Württemberg. Two interviews with high ranking experts with regard to forestry in small communities and forestry in urban agglomerations were also carried out. Due to the explorative character of the study, this selection adhered to the principle of maximum contrast and was intended to obtain a wide spectrum of responses.

The results of the qualitative content analysis of the semi-structured expert interviews revealed that, in order to improve and legitimise their basis for decision making, public participation methods

are used in a different ways and at different intensities. Nineteen theses are expressed in the discussion of the results. The main findings were as follows:

- (1) Participatory processes are employed in community forests in Germany.
- (2) Participatory processes mainly occur on the information level. Examples of participatory processes at consultation level and at the level of delegated authority exist, but these are few in number.
- (3) Decision making in community forests is characterised by informal actions undertaken by administrative bodies.
- (4) The key actors responsible for initiating participatory processes in community forests are the community authority or the relevant forest authority.
- (5) Forest size and the population number are the main factors determining the application of participatory processes in relation to community forestry.

Three additional, contrasting types of action strategy adopted by community forest administrations were identified. The results revealed that each type uses public participation methods in a different manner in order to improve and legitimise the basis for their decision making.

Type A does not encounter difficulties, or perceives only minor difficulties, with regard to decision making in relation to community forests. Type A legitimises all decision making on the basis of representative democracy and functional responsibility. Non-institutionalised participation practices such as voluntary expert panels do not exist or occur only very rarely. The main objective of public participation is as a public relations activity.

Type B is aware of dissatisfaction and attempts to address this by initiating processes for the development of written concepts for the management of community forest. In addition to the option to participate in these processes, non-institutionalised voluntary expert panels and round tables on different topics also exist. As with Type A, public relations are again the main objective of public participation.

Like type B, type C also senses challenges with regard to its decision making. It attempts to address these challenges by establishing non-institutionalised voluntary expert panels, round tables and joint ventures, all of which serve an advisory role. As with the two previous types, improved public relations are deemed to be the main objective of public participation.

The results of the study can be used as basis for further quantitative and qualitative research pertaining to decision making in peri-urban forests.

1 THEMATISCHE EINORDNUNG, PROBLEMSTELLUNG UND ZIELSETZUNG

1.1 PROBLEMSTELLUNG UND ZIELSETZUNG DER FORSCHUNGSARBEIT

Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation sind Begriffe, welche in den letzten Jahren in den Fokus politischer und gesellschaftlicher Diskussion gerückt sind.¹ Die verstärkte Einbindung der Öffentlichkeit in die politische Entscheidungsfindung und das operative Verwaltungshandeln haben insbesondere in den letzten 35 Jahren als Thema zunehmend an Bedeutung gewonnen. Als Folge wurden in der politikwissenschaftlichen Forschung und verwandten Disziplinen unterschiedliche Verfahren entwickelt, sowie Strukturen und Netzwerke aufgebaut, um die Öffentlichkeit verstärkt in Entscheidungsprozesse einzubinden.²

Hierbei ist laut NEWIG (2005) die Bürgerbeteiligung des „alten Stils“ von der des „neuen Stils“ zu unterscheiden. Zum alten Stil gehören das Wahlrecht, Informationsrecht und Petitionsrecht. Der neue Stil zielt auf die verstärkte Einbindung lokaler und regionaler Akteure ab, die weiterführend einen Beitrag zur Global Governance ermöglichen soll. Neben den direkt-demokratischen Beteiligungsverfahren rücken insbesondere nicht institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung in den Fokus der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion. Partizipation umfasst grundsätzlich alle Arten der Beteiligung von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen an Entscheidungsprozessen, die einem Dritten als Entscheidungsträger unterliegen. Integriert sind alle Ebenen der Beteiligung von der Information über Konsultation bis hin zur Mitentscheidung.³ Oftmals wird in der wissenschaftlichen Forschung das Erreichen einer höheren Ebene als Ziel formuliert.⁴ Nicht zuletzt aus diesem Grund stehen neue Formen der Partizipation im Fokus der gesellschaftlichen Diskussion. Beispielhaft können die Installierung von Runden Tischen im Rahmen lokaler Agenda 21 Prozesse zur Lösung lokaler oder regionaler Probleme genannt werden. Aber auch der Durchführung von Bürgerforen oder Bürgerhaushalten ist in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit zuteil geworden.⁵

¹ Vgl. zu Kap. 1.1. auch frühere Ausführungen der Autorin in Böhnke 2011, S. 240

² Vgl. Newig, Jens 2005, S. 82 ff.

³ Vgl. Arnstein 1967, S. 217

⁴ Vgl. Arnstein 1967, S. 219 ff.

⁵ Vgl. Newig, Jens 2005, S. Kap. IV

Systematisch können gesetzlich garantierte Beteiligungsverfahren, wie beispielsweise die Mitwirkung von anerkannten Naturschutzvereinigungen an Entscheidungen im Zusammenhang mit Sachgesetzen wie dem Naturschutz-⁶ oder dem Städtebauförderungsgesetz und gesetzlich nicht vorgeschriebene Beteiligungsprozesse unterschieden werden. Im Geltungsbereich der Waldgesetze des Bundes und der Länder bestehen derzeit keine vergleichbaren Vorgaben für Beteiligungsprozesse. Eine Ausnahme stellen lediglich Landesforstwirtschaftsräte, zusammengesetzt aus Experten unterschiedlicher Disziplinen, zur Beratung der Landesministerien dar.⁷ Gesetzlich nicht garantierte Verfahren sind freiwillig, dialogisch orientiert und auf kooperative Problemlösung orientiert. Sie beinhalten Bürger- und Verbändebeteiligung zur Politikformulierung und –umsetzung. Für diese Mitgestaltung der Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen oder an Dienstleistungsproduktion wurde der Begriff der "kooperativen Demokratie" etabliert.⁸ Die Weiterentwicklung der Mechanismen kooperativer Demokratie und damit die verstärkte Einbindung von Bürgern in Entscheidungs- und Planungsprozesse werden von vielen Seiten und auf allen Politikebenen gefordert. Nicht zuletzt seitdem die EU immer stärkeren Einfluss auf politische Prozesse in den Mitgliedsstaaten nimmt, ist Partizipation im politischen Mehrebenensystem zu einem wichtigen Instrument geworden. Neue Ideen zur Partizipation auf Europäischer Ebene sind beispielsweise im Weißbuch „Europäisches Regieren“ und der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie der EU (Richtlinie 2003/35/EG⁹) formuliert. Im EU-Forstaktionsplan findet die Beteiligung von örtlichen Gemeinden und nicht traditionellen Interessengruppen bei der Planung, Anlage, Verwaltung und Nutzung von städtischen und stadtnahen Wäldern im Rahmen der Schlüsselaktion 12 „Untersuchung des Potentials von Wäldern in und im Umfeld von Städten“ Beachtung.¹⁰ Auf kommunaler Ebene kritisiert beispielsweise der Deutsche Städte- und Gemeindebund aktuell die fehlende Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten.¹¹ Gleichzeitig scheint jedoch die Bereitschaft von Entscheidungsträgern, die Einbindung einer breiteren Öffentlichkeit zuzulassen, oftmals gering zu sein. Der hohe Zeit-, Arbeits- und Kostenaufwand sowie das fehlende Wissen und Interesse der Bürger an den zu

⁶ Vgl. §63 f. BNatSchG BNatSchG 2009, S. 45 f.

⁷ Ein Beispiel für einen Landesforstwirtschaftsrat findet sich im Freistaat Sachsen. Vgl. SächsWaldG §39 SächsWaldG 1992, S. 22

⁸ Vgl. Bogumil 2001a

⁹ Vgl. Europäische Kommission 2001

¹⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Brüssel 2006, S. 11, sowie European Commission – DG Agriculture and Rural Development 2011, S. 1

¹¹ Vgl. Landsberg 2011, S. 1 f.

treffenden Entscheidungen, werden in diesem Zusammenhang oft als Gründe für die eingeschränkte Bereitschaft zur Anwendung partizipativer Verfahren genannt.¹²

Der Forderung nach einem Mehr an Partizipationsprozessen stehen unzureichende empirische Untersuchungen zur Effektivität von partizipativen Planungsprozessen bezüglich der Implementation der erarbeiteten Ergebnisse entgegen.¹³ Inwiefern partizipative Prozesse über den reinen Selbstzweck hinaus ein sinnvolles politisches Instrument darstellen, ist in diesem Zusammenhang fraglich. In den letzten Jahren wurden national und international zahlreiche Studien im Bereich partizipativer Prozesse durchgeführt.¹⁴ Die umfangreiche Begleitforschung legt ihr Hauptaugenmerk auf die Untersuchung von Formen, Ausgestaltung und Akteursanalysen von Beteiligungsprozessen. Die Formulierung von Erfolgsfaktoren dient der Effizienzsteigerung innerhalb der Prozesse. Dabei wird jedoch nie die Frage gestellt, ob eine andere, nicht partizipative, Art der Prozessgestaltung nicht schneller und vielleicht effektiver zum Ziel geführt hätte. Modellierung wird hier in den letzten Jahren als möglicher Lösungsweg und als Instrument zur Unterstützung während des Entscheidungsprozess gesehen.¹⁵ Kaum existieren hingegen konkrete Untersuchungen zu eventuell existierenden „äußeren“ Grundvoraussetzungen für Partizipation. Es bleibt aber zu vermuten, dass eine Klärung der äußeren Umstände im Vorfeld eines partizipativen Entscheidungsprozesses viele uneffektive und ineffiziente Prozesse verhindern könnte.

Im Homogenitätsgebot¹⁶ des GG Art. 28 Abs. 1 ist über die Dominanz der repräsentativen Regel eine aus Wahlen hervorgehende Volksvertretung für die kommunalen Gebietskörperschaften grundlegend verankert.¹⁷ Politische Wahlen sind demzufolge die klassischen Beteiligungsangebote an die Gemeindebürger. Sie sind Grundlage für die demokratische Legitimierung von Entscheidungen auf kommunaler Ebene und anerkannter Bestandteil der lokalen politischen Kultur.¹⁸ Andererseits ist die kommunale Ebene seit jeher Gegenstand unterschiedlicher Demokratisierungsdiskussionen. GABRIEL (2002) sieht die politischen Verhältnisse auf kommunaler Ebene in Deutschland z.B. eher als ein Modell der Zuschauerdemokratie, als eines der Teilnehmergebiet. Aber auch in anderen Studien ist die Diskussion um den Einfluss der Bürger auf die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in den letzten Jahren ein zentrales

¹² Vgl. Holtkamp et al. 2006, S. 166 ff.

¹³ Vgl. Newig, Jens 2005

¹⁴ Vgl. Beierle, Cayford 2002

¹⁵ Vgl. Newig et al. 2007, S. 42 ff.

¹⁶ Das Homogenitätsgebot legt fest, dass die Verfassungs- und Wahlrechtsgrundsätze des Bundes auch auf Länderebene und Ebene der Gebietskörperschaften gelten.

¹⁷ Vgl. Bogumil 2001b; Roth 1997

¹⁸ Vgl. Roth 1997, S. 420

Thema geworden.¹⁹ Andererseits tauchen immer wieder neue Akteure, wie Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, soziale Bewegungen mit deutlich lokalen Ansätzen sowie Oppositionen von Ausgegrenzten und Benachteiligten mit dem Wunsch der Beteiligung und der Forderung nach Öffnung der Verwaltungen im kommunalen Raum auf. Dies führt zu einer Politisierung von Handlungsbereichen, welche vormals als unpolitisch galten.²⁰ Hierzu ist auch die kommunale Waldpolitik zu zählen.

Studien, die sich mit den Anwendungsbereichen partizipativer Verfahren im Umweltsektor beschäftigen, finden sich z.B. bezüglich Projekten zur ländlichen Entwicklung, bei der Umsetzung lokaler Agenda 21 Prozesse oder der Wasserrahmenrichtlinie.²¹ In den letzten Jahren ist auch umfangreiche Begleitforschung im Bereich partizipativer Prozesse durchgeführt worden. Eine Vielzahl an Fallstudien zu einzelnen Prozessen oder Projekten legt dabei das Hauptaugenmerk auf prozessuale Aspekte, indem z.B. Erfolgsfaktoren entwickelt und angewandt werden. Die Frage nach inhaltlichen Anwendungsbereichen sowie die institutionelle Komponente von Partizipation, angelehnt an die drei Dimensionen des Politikbegriffes Politics und Policy und Polity, finden bislang jedoch keine Beachtung. Insbesondere der Einsatz partizipativer Prozesse zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald und damit auch der Einsatz neuer Verfahren der kooperativen Demokratie bezüglich kommunalen Waldbesitzes fanden kaum Berücksichtigung.

Das Interesse von Bürgern an staatlichen oder kommunalen Entscheidungen steigt mit der persönlichen Betroffenheit und damit auch mit räumlicher Nähe. Partizipation im kommunalen Kontext stellt daher ein lohnenswertes Themenfeld dar. Im Zusammenhang mit stadtnahen Waldbereichen sind Beispiele bekannt, in denen gerade im Kommunalwald versucht wird neue Wege zu gehen.²² Beschäftigt man sich mit diesen „Leuchtturmprojekten“, stellt sich die Frage, wie es allgemein um die Bereitschaft und Umsetzung von partizipativen Entscheidungsprozessen im Kommunalwald bestellt ist. Wird unter den gegebenen Rahmenbedingungen bereits aus unterschiedlichsten Beweggründen heraus mit partizipativen Methoden gearbeitet? In welchem Umfang und mit welchen konkreten Methoden wird dies getan?

Schwerpunkt der Arbeit ist es partizipative Entscheidungsfindungsprozesse in deutschen Kommunalwaldstrukturen zu beschreiben, zu charakterisieren und zu bewerten. Desweiteren sollen Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürger beschrieben werden. Hierbei werden die gesetzlich

¹⁹ Vgl. Gabriel 2002, S. 165 f.

²⁰ Vgl. Roth 1997, S. 442

²¹ Vgl. Feindt et al. 2005, Kapitel IV

²² Viel diskutierte Beispiele hierfür sind z.B. das Ballungsgebiet Rhein-Ruhr, Freiburg im Breisgau, Lübeck oder Wien.

vorgeschriebenen Entscheidungswege und -ebenen zusätzlichen Entscheidungsebenen gegenübergestellt und die tatsächlichen Entscheidungsgremien bestimmt. Einen besonderen Schwerpunkt bildet der Einsatz von partizipativen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Möglichkeiten und Ebenen der Partizipation stehen hier im Mittelpunkt. Die vorliegende Forschungsarbeit widmet sich den Fragen, welche Art von partizipativen Prozessen im fachlichen Bereich des Kommunalwaldes derzeit faktisch durchgeführt, welche Stufen der Partizipation²³ dabei erreicht und in welchem Rahmen Partizipation von den Entscheidungsträgern freiwillig angeboten werden.

Schließlich soll untersucht werden, ob Partizipation und wenn in welcher Form und auf welcher Ebene einen geeigneten Lösungsweg zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald bietet. Abschließend wird geklärt, auf welche Art, mit welchem Organisationsgrad und welcher Intensität sich partizipative Ansätze in bestehende Kommunalverwaltungsstrukturen integrieren lassen.

Aus den angeführten Überlegungen ergeben sich für die vorliegende Forschungsarbeit folgende Leitfragen:

1. Wo, wann und in welchem Umfang werden in Deutschland im Kommunalwald partizipative Prozesse durchgeführt?
2. Wie können Partizipationsprozesse im Kommunalwald charakterisiert werden?
3. Welche Intention wird mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald verfolgt?
4. Welche Rahmenbedingungen sind für die Durchführung partizipativer Prozesse im Kommunalwald notwendig?
5. In welchen Situationen sind partizipative Prozesse alternative Methoden zur klassischen Entscheidungsfindung im stadtnahen Wald?
6. Auf welche Art, mit welchem Organisationsgrad und welcher Intensität lassen sich partizipative Ansätze in bestehende Kommunalverwaltungsstrukturen integrieren?

1.2 STAND DER FORSCHUNG

Untersuchungen, welche den Themenkomplex Partizipation mit dem konkreten Bezugskontext Wald verknüpfen, existieren nur im geringen Ausmaß. Die vorliegenden Untersuchungen behandeln entweder eine breite Fragestellung im Bezugskontext wie z.B. die Betrachtung von Partizipation im sehr breiten Feld des Umweltschutzes und der Umweltpolitik²⁴ oder in einer breiteren Betrachtung

²³ Ebenen der Partizipation. Vgl. Arnstein 1967

²⁴ Vgl. Kohout 2002 für deutschsprachigen Raum und Beierle, Cayford 2002 für Nordamerika

des Hauptuntersuchungsgegenstands Partizipation, wie z.B. durch eine allgemeine Untersuchung der Entscheidungsfindung im Kommunalwald²⁵.

BEIERLE & CAYFORD (2002) veröffentlichten mit ihrer Querschnittsstudie „Democracy in Practice – Public Participation in Environmental Decisions“ einen Überblick über Prozesse zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich im Zeitraum von 30 Jahren in den USA. Diese Abhandlung stellt bis heute eine der wichtigsten Grundlagen für Untersuchungen im Themenbereich Öffentlichkeitsbeteiligung in der Umweltpolitik dar. Durch ihre Bemühungen mit Hilfe einer Literaturrecherche eine systematische Meta-Analyse von 239 Einzelfallstudien zusammenzustellen und vergleichend auszuwerten schufen sie eine bisher einzigartige Datengrundlage. Grundlegende Fragestellung war der gesellschaftliche und soziale Wert von Öffentlichkeitsbeteiligung und vor diesem Hintergrund die Frage nach Kriterien für eine erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Durchführung partizipativer Prozesse.²⁶ Allerdings sind aufgrund der Einschränkung des Untersuchungsgebietes auf Amerika nicht alle Ergebnisse auf das Politiksystem in Deutschland übertragbar. Nichtsdestotrotz bietet die Untersuchung einen umfassenden und fundierten Überblick über Anwendungsbereiche von Prozessen zur Öffentlichkeitsbeteiligung.²⁷

KOHOUT (2002) analysiert in seiner Habilitationsschrift umfassend partizipativ angelegte Entscheidungsfindungen in der Umweltpolitik in Deutschland. Besonderes Augenmerk richtet er dabei auf die Erarbeitung individueller und kollektiver Funktionen politischer Partizipation sowohl allgemein als auch mit Bezug auf den Umweltschutz. Hierzu arbeitet er die verschiedenen Ebenen und Formen partizipativer Umweltpolitik vor dem speziellen Hintergrund des genannten Politikfeldes theoretisch auf. Er kommt zu dem Schluss, dass sowohl die spezifischen Besonderheiten des Politikfeldes Umweltpolitik als auch die soziopolitischen Entwicklungstendenzen in modernen Industriestaaten eine verstärkte bürgerschaftliche und verbandliche Partizipation geradezu einfordern. Das dazu notwendige gesellschaftliche (Handlungs-)Potential leitet er aus dem hohen Stellenwert des Umweltschutzes in der öffentlichen Diskussion ab.

²⁵ Vgl. Dinkelaker 2000

²⁶ Hierzu werden fünf soziale Ziele definiert, die zur Definition von Erfolg führen. (1) Integration öffentlicher Werte in Entscheidungen (2) Verbesserung der Entscheidungen in ihrer Qualität (3) Überwindung von Konflikten zwischen konkurrierenden Interessen (4) Steigerung des Vertrauens in Institutionen (5) Information und Weiterbildung der Öffentlichkeit. Vgl. Beierle, Cayford 2002, S. 14 f.

²⁷ Vgl. Beierle, Cayford 2002

Partizipationsprozesse im Umweltbereich, also wiederum ohne direkten Waldbezug, wurden von NEWIG (2005) insbesondere bezüglich ihrer *Implementationseffektivität*²⁸ untersucht. Er kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Umweltpolitik in Europa unter fehlender Effektivität leidet und dieser, insbesondere durch eine verstärkte Beteiligung von nicht-staatlichen Akteuren in der Entscheidungsfindung, im Umweltbereich begegnet werden kann. Die tatsächliche Implementationseffektivität partizipativer Verfahren ist jedoch NEWIG folgend im Bereich der Umweltpolitik sowohl im deutsch- als auch englischsprachigen Raum bisher empirisch unzureichend untersucht. Er reagiert darauf mit dem Versuch, Schlüsselmechanismen zu identifizieren und diese in einem Kausalmodell auf Basis von Kontext-, Prozess- und Ergebnisvariablen zu systematisieren, um so einen konzeptionellen Rahmen für Sekundäranalysen bereits existierender Fallstudien bereit zu stellen.

Obschon im wissenschaftlichen Diskurs weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass die Mehrzahl politischer Aktivitäten auf kommunaler Ebene ablaufen, bestehen verhältnismäßig wenige empirische Studien zu Beteiligungsprozessen auf kommunaler Ebene. Kommunalpolitische Partizipation wurde in der Hauptsache im Rahmen lokaler Einzelfallstudien behandelt. GABRIEL (2002) liefert durch eine repräsentative Bevölkerungsbefragung mit dem Ziel einer übergreifenden Analyse zu kommunalpolitischen Beteiligungsformen einen wichtigen Beitrag zu Beschreibung der Thematik. Durch seine Studie beschreibt er mehrere qualitativ voneinander abgrenzbare Partizipationssysteme. Er grenzt parteibezogene Aktivitäten, themenspezifische sowie Output-orientierte Partizipation und illegale Protestaktivitäten voneinander ab.²⁹

Der Kommunalwald in Deutschland wurde bereits in mehreren Forschungsarbeiten wissenschaftlich untersucht. LÜCKGE (1991) rückt in seiner forstpolitischen Analyse der Gemeindewaldbewirtschaftung in der Bundesrepublik Gemeinden als Waldeigentümer in den Fokus. Mit Hilfe einer quantitativen Studie von Baden-Württembergischen Gemeinden versucht er die Rolle der Forstwirtschaft in der Gemeindepolitik zu beschreiben. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass das Ressort Wald/Forstwirtschaft in der Kommunalpolitik häufig eine untergeordnete Rolle spielt. Häufigster Grund hierfür ist wohl die geringe wirtschaftliche Bedeutung von kommunalem Waldeigentum in Deutschland, auch wenn die finanziellen Konsequenzen aus der Waldbewirtschaftung in einzelnen Gemeinden, je nach lokalen Gegebenheiten in Waldbesitzgröße und Anteil am Finanzhaushalt der Gemeinde, erheblich sein können. Eine hohe Gewichtung

²⁸ Die Implementationseffektivität bezieht sich in diesem Fall auf die Umsetzung der Ziele der EU-Umweltpolitik und rückt den instrumentellen Charakter von Partizipation in den Mittelpunkt bei gleichzeitiger Abgrenzung von Konzeptionen, in denen Partizipation aufgrund ihres Selbstzwecks bewertet wird. Newig, Jens 2005 sowie Newig, Fritsch 2009

²⁹ Vgl. Gabriel 2002

forstlicher Themen in der kommunalen Politik aufgrund eines großen Beitrages der Forstwirtschaft zum Kommunalhaushalt beschreibt er allerdings als Ausnahmefall.³⁰

RUPPERT (2006) lieferte eine umfassende und grundlegende Aufarbeitung der kommunalen Forstbetriebe in Form einer institutionenökonomischen Analyse. Hauptaugenmerk der Untersuchung sind Organisationsfragen zur institutionellen Steuerung von kommunalen Forstbetrieben. Partizipative Entscheidungsprozesse finden hier untergeordnet Beachtung als mögliche Steuerungsinstrumente in Kommunen.³¹

Die Entscheidungsfindung im Stadtwald unter einer Betreuung der Liegenschaften durch die Landesforstverwaltung stand in Baden-Württemberg bei einer Untersuchung von DINKELAKER (2000)³² im Fokus. Anhand von sechs Merkmalen werden hier die Kommunen in ihrem Politikstil beschrieben. Partizipation bildet hier eines der Merkmale, indem der Grad der Partizipation seitens der Interviewpartner geschätzt wird. Besonderheiten und Ausprägungen von Partizipation werden hingegen nicht näher betrachtet und spielen somit eine untergeordnete Rolle.

ZORMAIR (2006)³³ rückt in seiner Untersuchung Lokale Agenda-21-Prozesse, in denen Forstwirtschaft, Wald und Holz thematisiert werden, in den Fokus. Mit seiner Untersuchung leistet er einen Beitrag die Sichtweise und Einstellung sowie den Umgang mit partizipativen Prozessen aus Sicht der Unteren Forstbehörden zu verstehen und zu erklären.

Die Einbringung bürgerschaftlichen Engagements in den Wald und die Forstwirtschaft steht in einer Untersuchung von ROSENAUER (2011) im Mittelpunkt. Das freiwillige Engagement von Bürgern in Form von freiwilligen Tätigkeiten oder der Ausübung von Ehrenämtern wird in einer qualitativen Untersuchung behandelt. Dabei wird bürgerschaftliches Engagement unter anderem als Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und als Grundlage für forstliche Gespräche beschrieben, welches der Partizipation und der Informationsgabe zugeschrieben wird.³⁴

BECK (2011) beschäftigt sich intensiv mit partizipativen Planungsinstrumenten für eine nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung. Hierzu werden die Anwendung der Nutzerevaluation des analytisch hierarchischen Prozesses sowie die Nutzwertanalyse als planerische Instrumente miteinander verglichen. Ziel ist die Darstellung der Bewirtschaftungsplanung auf Ebene der Waldfläche zur Identifizierung von Alternativen der Waldbehandlung aus unterschiedlichen

³⁰ Vgl. Lückge 1991

³¹ Vgl. Ruppert 2006

³² Vgl. Dinkelaker 2000

³³ Vgl. Zormair 2006

³⁴ Vgl. Rosenauer 2011, S. 112 f.

gesellschaftlichen Perspektiven.³⁵ Diese Art partizipativer Planungsinstrumente können als eine Ausprägungsart partizipativer Prozesse im Sinne der vorliegenden Untersuchung verstanden werden.

1.3 FORSCHUNGSDESIGN

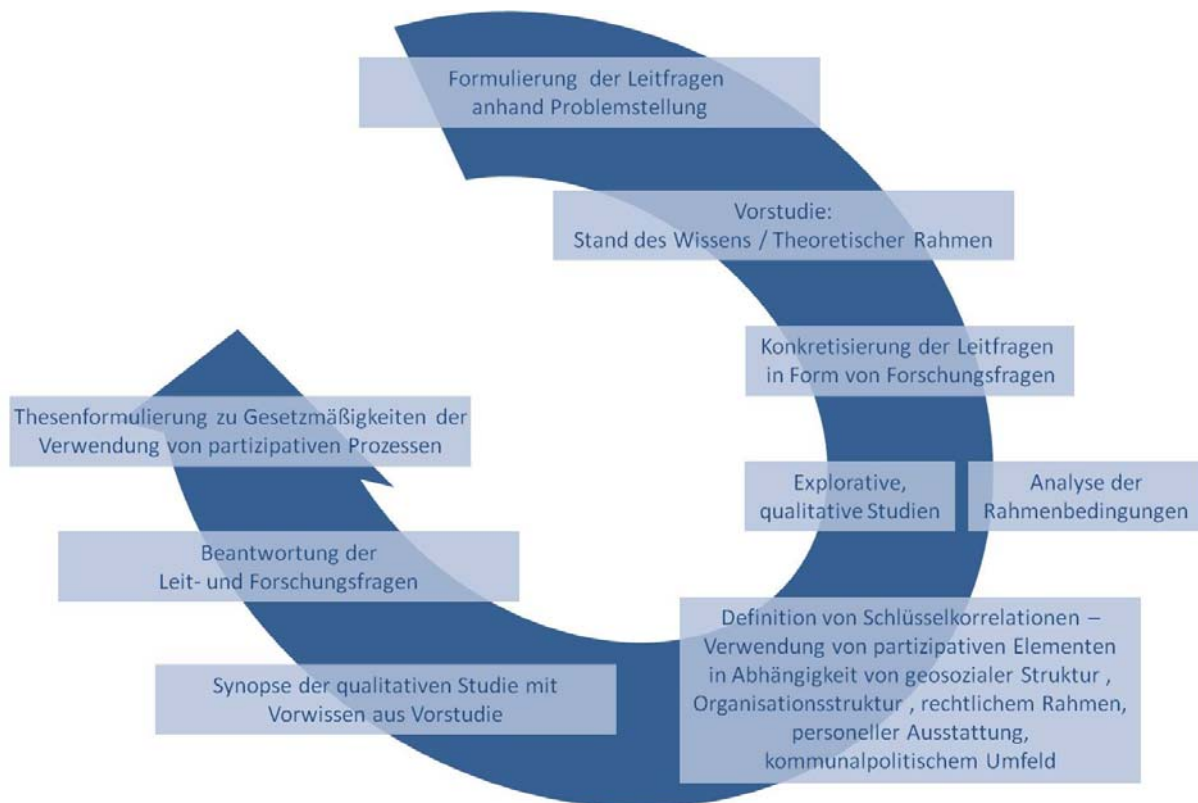


Abbildung 1: Forschungsdesign

Die vorliegende Arbeit vereint deduktive und induktive Forschungsansätze. Einerseits wird der theoretische Rahmen durch die empirische Erhebung geprüft. Auf der anderen Seite ist die empirische Erhebung aufgrund des geringen Maßes an Vorstudien im konkreten Forschungsbereich explorativ angelegt und zielt darauf ab, neben der deduktiven Beantwortung konkreter theoriebasierter Forschungsfragen, induktiv anhand allgemeiner Leitfragen weiterreichende Thesen zu formulieren. Die Verzahnung von induktiven und deduktiven Aspekten innerhalb einer Forschungsarbeit ist in der Praxis gängig, da während des Forschungsprozesses selten einer der Ansätze in seiner reinen Form angewandt werden kann.³⁶ Da der induktive Ansatz in der vorliegenden Studie die gewichtigeren Aussagen erwarten lässt und ein qualitativer Ansatz gewählt

³⁵ Vgl. Beck 2011, S. 2 f.

³⁶ Vgl. Bryman 2004, S. 8–11

wurde, welcher explorative Ansätze in den Mittelpunkt rückt, ist der Forschungsansatz als vornehmlich induktiv zu beschreiben.

Das Feld der qualitativen Forschung zeichnet sich heutzutage durch eine große Vielfalt von Forschungsansätzen aus. Nach FLICK (2008) lassen sich diese generell in drei unterschiedliche Forschungsperspektiven einordnen. Dem Systematisierungsvorschlag von LÜDERS und REICHERTZ (1986)³⁷ folgend kann man die unterschiedlichen Perspektiven mit (1) dem Nachvollzug subjektiv gemeinten Sinns, (2) der Deskription sozialen Handelns und sozialer Milieus sowie (3) der Rekonstruktion deutungs- und handlungsgenerierender Tiefenstrukturen beschreiben. Die vorliegende Untersuchung bedient sich zur Beantwortung der Forschungsfragen besonders der ersten beiden genannten Perspektiven und ist somit dem Feld der qualitativen Sozialforschung zugehörig. Zusätzlich gilt es qualitative Verfahren bezüglich ihrer Zugehörigkeit in rekonstruktive sowie interpretative Methoden einzuordnen. Die empirische Erhebung mit Hilfe narrativer, leitfadengestützter Experteninterviews, wie sie in der vorliegenden Forschungsarbeit angewandt wurde, wird der ersten Gruppe zugeordnet.³⁸

Die vorliegende Forschungsarbeit folgt in ihrer Ausrichtung dem Grundverständnis von Triangulation im Kontext sozialwissenschaftlicher und spezieller qualitativer Forschung der Definition von FLICK (2008). Dieser Ansatz stützt sich seinerseits auf das Triangulationskonzept von DENZIN (1978).³⁹

Triangulation beinhaltet die Einnahme unterschiedlicher Perspektiven auf einen untersuchten Gegenstand oder allgemeiner: bei der Beantwortung von Forschungsfragen. (...) (Helen Simmen, Felix Walter 2007, S. 12)

Triangulation kann sich hierbei auf Daten, Theorien und Methoden beziehen sowie in kombinierter Form als multiple Triangulation vorliegen.

Die Untersuchung wendet Theorien-Triangulation an. Es werden verschiedene Theorien zur Erklärung eines Phänomens herangezogen. Somit können am Ende verschiedene Theorien bestätigt, kombiniert und weiterentwickelt werden. Vorteile hierbei sind, (1) dass der Forscher nicht auf eine einzelne Theorie gerichtet ist, deren Vorannahmen festhält und somit zur Ignoranz von alternativen Erklärungsansätzen neigt, (2) über theorie-spezifische Untersuchungen hinausgegangen wird hin zu generalisiert-theoretischen Untersuchungen und (3) Theorien-Triangulation den Fortschritt in Theorie und Forschung durch vergleichende Überprüfung und

³⁷ Vgl. Lüders, Reichertz 1986, S. 91 ff.

³⁸ Vgl. Flick 2008, S. 22)

³⁹ Vgl. Denzin 1978

rivalisierender theoretischer Modelle, durch gezielte Analyse „negativer Evidenz“ oder durch Entwicklung theoretischer Synthesen vorantreibt.⁴⁰

Angelehnt an den Kriterienkatalog von STEINKE (2010) orientiert sich die vorliegende Arbeit insbesondere an der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit, der Indikation des Forschungsprozesses und der empirischen Verankerung. Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit wird durch die Dokumentation des Forschungsprozesses erreicht. Hierzu zählen insbesondere die Dokumentation des Vorverständnisses, der Erhebungsmethoden, der Transkriptionsregeln und der Auswertungsmethoden. Diese Dokumentation erfolgt über in die Indikation, also Überprüfung der Angemessenheit derselben Bereiche. Die empirische Verankerung, also die Verankerung der Ergebnisse in den empirischen Daten, bezieht sich im vorliegenden Fall sowohl auf die Formulierung von Forschungsfragen als auch von Thesen.⁴¹

1.4 AUFBAU DER ARBEIT

Die vorliegende Arbeit untergliedert sich in neun Hauptkapitel. **Kapitel 1** widmet sich der Einleitung und Einführung in das Thema der Forschung. Die Zielsetzung der Arbeit wird erläutert und der Stand der Forschung aufgezeigt. Daran anschließend wird das zu Grunde liegende Forschungsdesign vorgestellt. Desweiteren wird der Untersuchungsgegenstand, partizipative Prozesse in stadtnahen Wäldern, eingeordnet. Hierzu werden zum einen für die Untersuchung wichtige Begriffe aus den Bereichen Partizipation und stadtnahe Wälder definiert. Aufgrund des Hauptaugenmerks der Untersuchung auf Kommunalwälder in Deutschland wird zum anderen eine kurze Einführung in ihre Zuständigkeiten, Besitz- und Organisationsformen gegeben.

In **Kapitel 1.5** folgt die Darstellung des theoretischen Bezugsrahmens, in welchem sich die Arbeit bewegt. In fünf Unterkapiteln wird ein Bogen über Konzepte urbaner Forstwirtschaft, partizipatorische Demokratietheorien, Partizipationskonzepte und –modelle, kommunalpolitische Zusammenhänge und Überlegungen zu Wäldern sowie Ansätze der Urban Governance gespannt. Alle Ansätze bieten die Möglichkeit partizipative Prozesse im Kommunalwald zu analysieren sowie einzuordnen und führen damit zu der in **Kapitel 3** ausgeführten Konkretisierung und Operationalisierung der Forschungsfragen.

Das methodische Vorgehen der empirischen Erhebung wird detailliert in **Kapitel 4** beschrieben. Neben der Heranführung an die gewählten Methoden in den methodologischen Grundlagen, werden die Vorgehensweise für die Auswahl der Fallbeispiele sowie der Durchführung der

⁴⁰ Vgl. Flick 2008, S. 15

⁴¹ Steinke 2010, S. 324 ff.

qualitativen Experteninterviews erläutert. In einem weiteren Unterpunkt wird die Generierung der Ergebnisse über eine ausführliche Beschreibung der Auswertungsmethodik beschrieben.

Daran anschließend werden in **Kapitel 5** die Ergebnisse der empirischen Erhebung dargestellt. Die Darstellung erfolgt angelehnt an den Aufbau des entwickelten Kategoriensystems, um den explorativen Charakter der Arbeit zu erhalten. Aufgrund der Kombination deduktiver und induktiver Kategorienbildung werden so über die für die Beantwortung der Forschungsfragen erforderlichen Daten hinaus explorative Ergebnisse dargestellt. Desweiteren wird auf diese Weise der Methode der Experteninterviews Rechnung getragen, welche qualitative Daten mit enger Verknüpfung an den jeweiligen Sinnzusammenhang generiert.

Die Ergebnisse aus den in Kapitel 5 verfassten Zwischenfazit werden in **Kapitel 6** in einer abschließenden Diskussion in Bezug zu den in Kapitel 3 formulierten Arbeitshypothesen und konkretisierten Forschungsfragen gebracht. Zum Abschluss des Ergebniskapitels findet eine Auseinandersetzung mit den angewandten Methoden im Rahmen einer Methodenkritik statt.

Dem Ausblick mit Handlungsempfehlungen sowie Bemerkungen zu zukünftigem Forschungsbedarf in **Kapitel 7** folgen eine Zusammenfassung, das Literaturverzeichnis sowie der Anhang.

1.5 UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

1.5.1 Begriffsabgrenzung

Etymologisch lässt sich der Begriff Partizipation auf die Wörter *partis* (= Teil) und *capere* (= nehmen) und somit auf den spätlateinischen Begriff *participatio* zurückführen. Daraus entwickelten sich der deutsche Begriff „Teilnahme“ sowie das englische Pendant *participation*.⁴² Die Teilnahme oder auch Teilhabe kann sich sowohl auf Einzelpersonen wie organisierte Gruppen beziehen und ist erst einmal unabhängig von Anwendungsbereichen. Hieraus folgt für die vorliegende Untersuchung, dass Partizipation grundlegend als Teilnahme und Beteiligung von Organisationen, Verbänden, Experten oder sonstigen Einzelpersonen an Entscheidungen anzusehen ist, die sie mittelbar oder unmittelbar betreffen.

Bei der Beschäftigung mit dem Themenkomplex stadtnaher Wälder sowie deren Möglichkeiten, Problemen oder auch der Bewirtschaftung im deutschen Raum wird deutlich, dass eine enorme Begriffsvielfalt zur Beschreibung von Wäldern, die in Bezug zu einer Stadt oder Gemeinde stehen, vorliegt. Neben dem allgemeinen Beschreibungsbegriff *stadtnahe Waldlandschaft*, die sowohl in der

⁴² Vgl. Kohout 2002, S. 6 sowie Schultze 2005, S. 675

Besitzart, als auch in der Ausprägungsform sowie der räumlichen Lage zum Stadt- oder Gemeindegebiet beträchtlichen Freiraum zulässt, findet sich eine Vielzahl weiterer Begrifflichkeiten. Stadtnahe Landschaften präsentieren sich sowohl in ihrer Erscheinungsform als auch bezüglich Zuständigkeiten und Organisationsformen grundsätzlich sehr unterschiedlich. Die Definition von *stadtnah* gestaltet sich daher schwierig. Eine Möglichkeit, welche sowohl in der europäischen als auch außereuropäischen Forschung zu urbaner Forstwirtschaft Beachtung findet, besteht darin Charakteristika einer Waldfläche entlang eines *urban-wildland-gradient* einzuordnen. Anhand dieser Einordnung können Veränderungen im Waldbild, den Nutzungsformen, den Besitzstrukturen, o. Ä. entlang des Gradienten beschrieben werden. Dabei werden insbesondere Veränderungen in biotischen oder auch sozialen Problemstellungen in Bezug zur Entfernung eines Gebietes zu einem Ortskern gesetzt.⁴³ Eine grobe Einteilung verläuft von einem urbanen Kern über eine suburbane bis hin zu einer exurbanen Zone.⁴⁴ Dabei sind die Skalen des Gradienten aber nicht anerkannte Größen, sondern werden von Untersuchung zu Untersuchung an das Untersuchungsgebiet und den Untersuchungsgegenstand angepasst. Für eine deutschlandweite Querschnittsstudie eignet sich diese Herangehensweise aufgrund der hierfür benötigten umfangreichen und teilweise schwer zugänglichen Daten zur Kriterienformulierung nicht.

Als *Stadtwald* kann zunächst all jener Wald bezeichnet werden, welcher sich im Eigentum einer Stadt befindet. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Bezeichnung *Stadt* nicht mit einer rechtlichen Definition versehen und somit kein definitionstauglicher Begriff ist. Neben dieser grundlegenden Bedeutung zeichnet sich der Begriff jedoch vor allem durch seinen umgangssprachlichen Gebrauch aus, welcher meist von einer räumlichen Nähe vom Wald zu den Wohnbereichen einer Stadt geprägt ist. Hier wird räumlich nahe liegender Wald unabhängig der Besitzverhältnisse als Stadtwald wahrgenommen. D.h., dass (1) als Stadtwald bezeichnete Waldflächen nicht zwangsläufig oder vollständig im Besitz der jeweiligen Stadt sein müssen⁴⁵ und (2) dass die Bezeichnung Stadtwald nicht den gesamten im Besitz einer Stadt befindlichen Wald beschreiben muss⁴⁶, um trotzdem durch die Bevölkerung als Stadtwald wahrgenommen zu werden. In diesem Kontext handelt es sich um gewachsene Gebietsbezeichnungen. Aufgrund dieses Zusammenhangs bietet sich der Begriff Stadtwald für eine Untersuchung im kommunalen Umfeld

⁴³ Vgl. Porter et al. 2001, S. 132. Beispiel für eine botanische Untersuchung, ebenda. Beispiel für eine zoologische Untersuchung, vgl. Clergeau et al. 1998

⁴⁴ Vgl. Miller 2007, S. 30

⁴⁵ Beispiele hierfür sind die „Dresdener Heide“ im Gemeindegebiet der Stadt Dresden, welche sich nahezu zu 100 % in Landeswaldbesitz befindet oder der Aachener Wald „Öscher Bösch“, welcher sich teilw. aus Landes- und Privatwald zusammensetzt.

⁴⁶ Dresden besitzt, neben den geringen Teilen der Dresdener Heide, Flächen, die weit außerhalb des Stadtgebietes liegen. Wien besitzt ebenfalls Flächen außerhalb zum Trinkwasserschutz.

nicht als zu verwendende Bezugs- oder Definitionsgröße an, da eine eindeutige Abgrenzung nicht möglich ist und Verwechslungen oder Missverständnisse provoziert werden können. Gleiches gilt für den synonym zur Bezeichnung Stadtwald verwendeten Begriff *Stadtforst*. Hier wird wiederum die schwammige und wenig trennscharfe Verwendung dieser Begriffsfamilie deutlich.

Ähnlich präsentiert sich der Begriff *Gemeindewald*. In der Regel wird dem Begriff Gemeinde das Vorhandensein einer lokalen Gebietskörperschaft gleichgesetzt. Damit beschreibt der Gemeindewald Wald im Eigentum einer Gemeinde.⁴⁷ Diese kann sowohl Stadtrechte besitzen oder nicht. Dabei unterliegt er jedoch derselben Unschärfe, welche durch den umgangssprachlichen, also funktionalen Gebrauch entstehen kann. Nichtsdestotrotz ist der Begriff Gemeindewald in der forstwissenschaftlichen und forstlichen Praxis weit verbreitet.

Der sinnverwandte Begriff *Kommunalwald*⁴⁸ als Bezeichnung einer Waldbesitzausprägung ist im forstlichen Sprachgebrauch ein weithin üblicher und bekannter Begriff. Er beschreibt, ebenso wie der Gemeindewald, grundsätzlich den gesamten Waldbesitz im Eigentum einer Kommune, unabhängig von gewachsenen geographischen Benennungen einzelner Waldstücke oder der Größe oder Zusammensetzung der jeweiligen Kommune⁴⁹. Überschneidungen mit gewachsenen umgangssprachlichen Gebietsbezeichnungen sind selten. Somit lässt sich Kommunalwald exakt und trennscharf anhand von den gegebenen Besitzverhältnissen definieren. Im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit wird der Begriff Kommunalwald als Bezugsgröße angewandt.

Definitionsgrundlage ist im Fall des Kommunalwalds, genauso wie beim Gemeindewald, das Bundeswaldgesetz⁵⁰, welches die Besitzarten im Sinne der Rahmengesetzgebung in §3 BWaldG festlegt. Der kommunale Waldbesitz ist in Abs. 2 als eine mögliche Ausprägung des Körperschaftswalds präzisiert:

„Körperschaftswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts steht; ausgenommen ist der Wald von Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen, sowie von Realverbänden, Hauberggenossenschaften, Markgenossenschaften, Gehöferschaften und ähnlichen Gemeinschaften (Gemeinschaftsforsten), soweit er nicht nach landesrechtlichen Vorschriften als Körperschaftswald angesehen wird.“

Eine definitorische Abgrenzung des Kommunalwalds vom Körperschaftswald ist schwierig. Die inhaltliche Abgrenzung differiert zwischen den einzelnen Bundesländern. So zählt Kirchenwald in

⁴⁷ Vgl. Dinkelaker 2000, S. 9

⁴⁸ Vgl. die sinnverwandte Verwendung der Begriffe Gemeinde und Kommune Depenheuer et al. 2010

⁴⁹ Vgl. Burger, Hilt 2010, S. 351

⁵⁰ Vgl. Klose et al. 1998, S. 116 ff. und BWaldG 1975

Schleswig-Holstein nicht zum Körperschaftswald, während dieser beispielsweise in Baden-Württemberg hinzu gezählt wird.⁵¹ Der Freistaat Sachsen sieht wiederum für den Kirchenwald mehrere Zuordnungsoptionen vor. Grundsätzlich ist hier der Kirchenwald dem Privatwald zugeordnet, wird jedoch wie Körperschaftswald behandelt. Gleichzeitig kann er aber, auf Antrag der obersten Kirchenbehörde, den Vorschriften des Privatwaldes unterstellt werden.⁵² Offizielle deutschlandweite Statistiken zum Kommunalwald bestehen nicht (vgl. Kap. 1.5.2).

Neben den deutschsprachigen Begriffen und Denkmodellen wird in wissenschaftlichen Abhandlungen zudem häufig auf englischsprachige Begriffe, Ansätze und Modelle zurückgegriffen.

Municipal forests oder *communal forests* sind englischsprachige Synonyme zum deutschsprachigen Gemeinde- bzw. Kommunalwaldbegriff.⁵³

Deutlich abzugrenzen ist der Kommunalwald vom Begriff der *community forests*. Die FAO definiert den im nordamerikanischen als auch afrikanischen Raum geprägten Begriff als:

„any situation which intimately involves local people in a forestry activity. It embraces a spectrum of situations ranging from woodlots in areas which are short of wood and other forest products for local needs, through the growing of trees at the farm level to provide cash crops and the processing of forest products at the household, artisan or small industry level to generate income, to the activities of forest dwelling communities“ (Arnold 1991, S. 5)

Dieses kann sich, vergleicht man die im jeweiligen Land vorliegende Rechtslage mit kommunalen Strukturen, sowohl auf unterschiedliche Akteure innerhalb einer Kommune, als auch auf eine Kommune beziehen.⁵⁴ Unterteilungen bezüglich des Grades der Urbanisierung oder der Größe einer Gemeinde bestehen hier nicht. Vielmehr scheint die Wahl des verwendeten Terminus unter anderem davon abhängig, ob die Bürger einer Gemeinde sich eher einem urbanen oder ruralen Umfeld zuordnen. Der Begriff der *community forests* schließt also unter bestimmten Voraussetzungen den Kommunalwald mit ein.⁵⁵

Urban Forestry, also urbane Forstwirtschaft, (vgl. Kap. 2.2) ist im internationalen Zusammenhang das zentrale Konzept, welches Kommunalwaldthemen abdeckt. Es ist ein interdisziplinäres und integratives Konzept, welches unterschiedliche Disziplinen der Planung und Bewirtschaftung urbaner Grünflächen vereint. Die weltweit unterschiedlichen gesetzlichen, gesellschaftlichen und naturräumlichen Gegebenheiten ermöglichen keine einheitliche Definition. Hieraus folgert, dass

⁵¹ Vgl. Ruppert 2006, S. 666 f.

⁵² Vgl. SächsWaldG 1992, § 4

⁵³ Vgl. Konijnendijk 2008, S. 56 f.

⁵⁴ Vgl. Kuser 2007, S. 62

⁵⁵ Vgl. Gerhold 2007, S. 2

versucht wird für einzelne Regionen allgemein zulässige Definitionen zu formulieren, welche Platz für lokale Anpassungen und Besonderheiten zulassen (vgl. Kap. 2.2).⁵⁶

1.5.2 Zuständigkeiten, Besitz- und Organisationsformen im Kommunalwald in Deutschland

Laut Agrarstrukturerhebung von 2007 stehen ca. 2,3 Mill. ha Wald in Deutschland in der Bewirtschaftung durch Gemeindeforsten einschließlich der Kreisforsten, Forsten von Gemeinden und Kreisverbänden sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Dies entspricht 31 % der deutschen Waldfläche.⁵⁷ Dagegen ergeben die Erhebungen im Rahmen der zweiten Bundeswaldinventur (BWI²) von 2002 einen deutlich geringeren Anteil an Körperschaftswald. Über ein Stichprobenverfahren erhoben, sind laut BWI² 19,5 % der deutschen Wälder im Besitz von Körperschaften öffentlichen Rechts.⁵⁸ Für die abweichenden Angaben bezüglich der Kommunalwaldflächen ist weniger eine starke Zunahme der Flächen in den fünf Jahren zwischen den Erhebungen, als vielmehr die unterschiedliche Erhebungsmethodik ausschlaggebend. In dieser Abweichung zeigt sich ein grundlegendes Problem der Generierung von Flächenstatistiken für den Kommunalwald. Schon für den Körperschaftswald bestehen kaum vergleichbare und belastbare Daten. Der Kommunalwald als Ausprägungsform des Körperschaftswalds wird in offiziellen deutschlandweiten Statistiken nicht beschrieben. Zusätzlich unterliegt er Ungenauigkeiten durch unterschiedliche Erhebungsmethoden und Zeitpunkte. Dieses deckt sich mit dem auf europäischer Ebene beschriebenen Mangel an relevanten empirischen Daten auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf gesamteuropäischer Ebene bezüglich der Struktur, Zusammensetzung und Quantität des urbanen und stadtnahen Waldes.⁵⁹

In Deutschland nimmt der Kommunalwald in vielen Bundesländern den größten Anteil des Körperschaftswalds ein.⁶⁰ Besonders große Flächenanteile und damit auch ein besonderes forstpolitisches Gewicht nimmt hat der Kommunalwald in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und in Hessen.⁶¹ Die regionale Verteilung des Kommunalwaldes ist sehr unterschiedlich. Damit verknüpft präsentieren sich auch die gegebenen Rahmenbedingungen für den Kommunalwald sehr

⁵⁶ Vgl. Randrup et al. 2005, S. 9 ff.

⁵⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt 26.08.2010, S. 338

⁵⁸ Ergebnistabellen der BWI². Vgl. BMELV 2002

⁵⁹ Vgl. European Commission – DG Agriculture and Rural Development 2011, S. 3

⁶⁰ Durch die unterschiedlichen landesrechtlichen Bestimmungen, bezüglich der Freiheit, Wald im Besitz von Religionsgemeinschaften den Körperschaftswald zuzurechnen, ist eine Vergleichbarkeit der Flächenanteile über die verschiedenen Bundesländer schwierig. Wird der Kirchenwald nicht zum Körperschaftswald gezählt, ist der Flächenanteil des Kommunalwaldes am Körperschaftswald deutlich höher als in Bundesländern, in denen der Kirchenwald als Privatwald behandelt wird. Eine Ausnahme bildet Mecklenburg-Vorpommern, wo Stiftungen den größten Teil des Körperschaftswaldes besitzen. Vgl. auch Ruppert 2006, S. 666 f.

⁶¹ Vgl. BMELV Juni 2009, S. 36; Manns 2010

unterschiedlich. Bundesländer wie Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Brandenburg weisen z.B. lediglich einen Kommunalwaldanteil von unter 10 % auf (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Gemeinden, Gesamtwald und Körperschaftswaldflächen sowie sonstige Informationen zum Kommunalwald

Bundesland	Anzahl Gemeinden ⁶²	Waldfläche (Mio. ha)	Körperschaftswald (Mio. ha)	Bemerkungen zum Kommunalwald
Baden-Württemberg	1103	1,36	0,54	Ø 500 ha ⁶³
Bayern	2099	2,55	0,34	Keine detaillierten Informationen. „Körperschaftswald ist hauptsächlich Kommunalwald“ ⁶⁴
Brandenburg / Berlin	420	1,07	0,07 ⁶⁵	Brandenburg: Ø 133 ha
Hessen	430	0,88	0,31	418 waldbesitzende Gemeinden; 35 % (313,250 ha) Kommunalwald mit Ø 749,4 ha ⁶⁶
Mecklenburg-Vorpommern	814	0,53	0,05	191.394 ha des Körperschaftswaldes entfallen auf Flächen der Landesforst MV (LFoA) ⁶⁷
Niedersachsen / Hamburg / Bremen	1049	1,16	0,08 ⁶⁸	Keine Informationen
Nordrhein-Westfalen	396	0,88	0,13	18 % (164.844 ha) der Waldfläche im Besitz der Kommunen ⁶⁹
Rheinland-Pfalz	2.306	0,39	0,85	2001 waldbesitzende Gemeinden Ø 177 ha ⁷⁰
Saarland	52	0,09	0,02	42 Körperschaftswaldbetriebe mit Ø 652,86 ha ⁷¹
Sachsen	485	0,51	0,05	Keine Informationen
Sachsen-Anhalt	365	0,49	0,03	Keine Informationen
Schleswig-Holstein	1118	0,16	0,02	Keine Informationen
Thüringen	951	0,51	0,07	Keine Informationen
Gesamt	11590	11,07	2,16	

⁶² Vgl. Statistisches Bundesamt 2010. Zahlen aus dem Gemeindeverzeichnis (Online-Version) des Statistischen Bundesamtes.

⁶³ Vgl. MLR B-W 2010. Informationen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Online-Version).

⁶⁴ Vgl. BaySF 2010

⁶⁵ Besonderheit durch Stadtstaat Berlin. Hier ist der Landeswald Berlin gleichzeitig Kommunalwald, welches in der Auflistung nicht deutlich wird.

⁶⁶ Vgl. HMULV 2010. Statistiken des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Online Version).

⁶⁷ Vgl. Rademacher 2010. Statistische Angaben der Landesforsten M-V (Online-Version).

⁶⁸ Besonderheit durch die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Hier ist der Landeswald gleichzeitig Kommunalwald, welches in der Auflistung nicht deutlich wird.

⁶⁹ Vgl. MUNLV 2010. Informationen zur Forst und Holzwirtschaft (Online Version).

⁷⁰ Vgl. LF RLP 2010. Informationen zur Forstwirtschaft der Landesforsten RLP (Online Version).

⁷¹ Vgl. PEFC-Arbeitsgruppe Saarland 2009, S. 15 ff.

Die Bewirtschaftung der kommunaleigenen Wälder ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. Einen wichtigen Faktor bilden dabei die jeweiligen Regelungen im Rahmen der Landeswaldgesetze. Zusätzlich zu den Gesetzen können weitere Vorgaben im Rahmen von speziellen Verordnungen, wie z.B. der Sächsischen Privat- und Körperschaftsverordnung (SächsPKWaldVO) bestehen. Grundsätzliche Unterschiede bestehen vor allem in der Ausgestaltung der forsttechnischen Betriebsleitung sowie dem forstlichen Revierdienst. Es können zwei Herangehensweisen unterschieden werden (vgl. Abbildung 2). Bundesländer mit einer engen Bindung des Kommunalwalds an die Landesforstverwaltung stehen Bundesländern mit einer weniger engen Bindung gegenüber. Weniger eng ist die Bindung, wenn die Kommune an das jeweilige LWaldG gebunden ist, die Bewirtschaftung jedoch eigenständig organisieren kann. In diesem Fall ist lediglich eine fachkundige Bewirtschaftung gefordert, welche aber auch durch private Dienstleister erfolgen kann. Eine starke Bindung besteht hingegen, wenn die Bewirtschaftung des Kommunalwaldes grundsätzlich der Oberen oder Unteren Behörde der Landesforstverwaltung unterliegt. Diese enge Bindung an die jeweilige Landesforstverwaltung kann nur durch die Gründung eines eigenen Forstamtes umgangen werden. Dieses erfolgt jedoch in der Regel nur in Kommunen, welche ausreichende Waldbesitzgrößen⁷² aufweisen. Zwar besteht keine Mindestgrößenanforderung, jedoch steht dem zu erwartenden Ertrag aus der Forstwirtschaft immer die Gründung einer Verwaltungseinheit gegenüber. Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass besonders in den der zweiten Gruppe angehörigen Bundesländern auf dem Großteil der Kommunalwaldfläche eine Betreuung und damit Bewirtschaftung durch die jeweilige Landesforstverwaltung stattfindet (vgl. Abbildung 2).

Ähnliches gilt auch für die erste Gruppe von Bundesländern, da die Betreuung durch die Landesforstverwaltungen besonders für Kommunen mit kleinem Waldbesitz zum einen unkompliziert und zum anderen kostengünstig ist.⁷³ DINKELAKER (2000) arbeitet ebenfalls heraus, dass die Landesforstverwaltungen innerhalb der Akteure den stärksten Einfluss auf die Entscheidungen im Gemeindewald haben.⁷⁴

⁷² RUPPERT führt als Erfahrungswert eine Mindestgröße von ca. 2.500 ha, oft erst 5000 ha zur Gründung eines kommunalen Forstamtes an. Ruppert 2006, S. 133

⁷³ In einigen Bundesländern, wie z.B. Sachsen, ist beispielsweise die Forsttechnische Betriebsleitung nicht kostenersatzpflichtig. Die sonstigen Leistungen haben kostendeckend zu erfolgen, wobei wiederum in Sachsen der Revierdienst derzeit mit 18 €/ha/Jahr veranschlagt wird. (Vgl. SächsPKWaldVO)

⁷⁴ Vgl. Dinkelaker 2000, S. 202

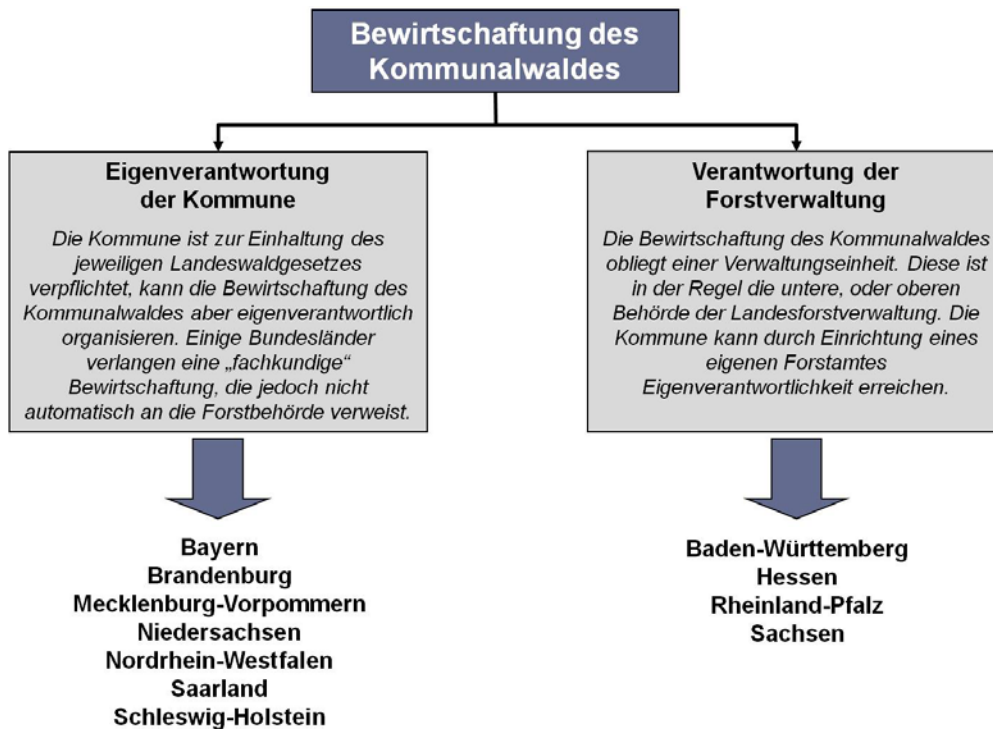


Abbildung 2: Mögliche Formen der Bewirtschaftung des Kommunalwaldes nach Landeswaldgesetz (eigene Darstellung)

Das Spektrum der angewandten Modelle zur Bewirtschaftung des Kommunalwaldes ist dennoch breit. Neben der Betreuung durch die Landesforstverwaltung ist die Betreuung durch private Dienstleister zu nennen. Setzt die Kommune eigenes Personal ein, gibt es neben der Gründung eines eigenen Forstamtes die Möglichkeit, einen eigenen Forstbetrieb zu gründen oder in reduzierter Form einen eigenen Revierdienst durchzuführen. Möchte eine Kommune ihren Wald nicht selber bewirtschaften, jedoch auch nicht veräußern, besteht die Möglichkeit der Verpachtung. Für kommunale Forstbetriebe werden deutschlandweit unterschiedliche Rechtsformen angewendet. Die Liste reicht von Eigenbetrieben, welche in die bestehende kommunale Verwaltung integriert sind, über Stiftungen des öffentlichen Rechts, welche oftmals zu 100 % der Stadt angegliedert sind, bis hin zu privatrechtlichen Organisationsformen. Diese können Stiftungen des privaten Rechts, GmbHs, Vereine oder Genossenschaften sein.⁷⁵ Unter den kommunalen Forstbetrieben ist der Regiebetrieb die am häufigsten gewählte Rechtsform.⁷⁶

⁷⁵ Eine ausführliche Auflistung angewandter und möglicher Rechtsformen für kommunale Forstbetriebe findet sich bei Ruppert 2006, S. 135 f.

⁷⁶ Vgl. Ruppert 2006, S. 134

2 THEORETISCHER BEZUGSRAHMEN

Der theoretische Bezugsrahmen der vorliegenden Untersuchung ist geprägt durch die Beeinflussung des Forschungsfeldes Partizipation im Kommunalwald durch unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen. Abbildung 3 verdeutlicht das Einwirken von Forstwirtschaft, Kommunalpolitik und Partizipationsprozessen auf das Forschungsgebiet. Der theoretische Bezugsrahmen führt das Vorwissen aus den unterschiedlichen Disziplinen zusammen. Auf dieser Grundlage wird im Anschluss in Kapitel 3 das Erhebungsmodell entwickelt.

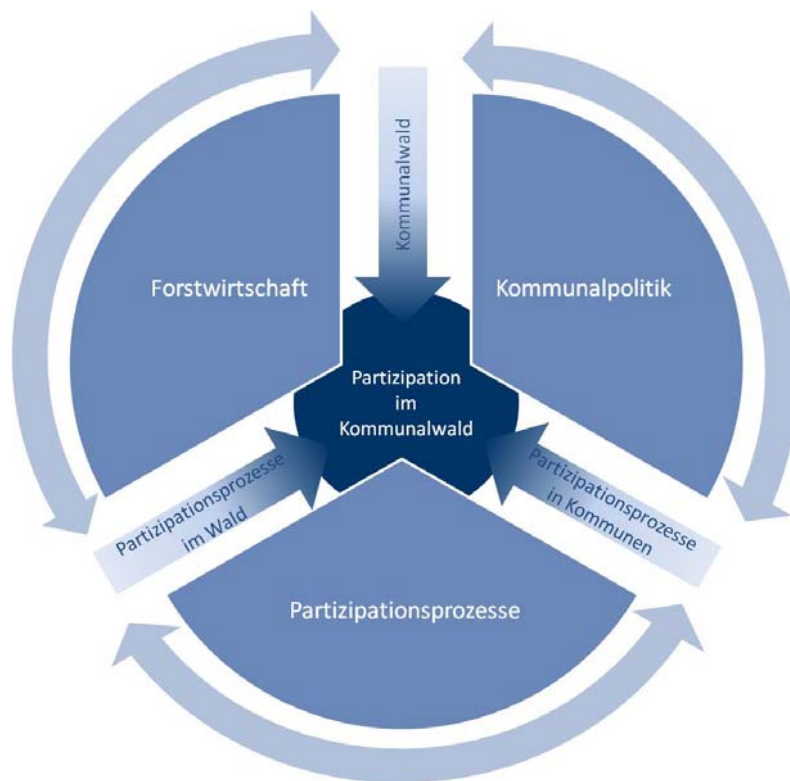


Abbildung 3: Einordnung des Forschungsthemas in den theoretischen Rahmen

2.1 PARTIZIPATIONSPROZESSE

2.1.1 Partizipatorische Demokratietheorien

Partizipatorische Demokratietheorien haben die „politische Beteiligung möglichst Vieler über möglichst Vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben, Seinen-Teil-Geben und innerer Anteilnahme am Schicksal eines Gemeinwesens“ (Schmidt 2010, S. 236) zum Ziel. Diese beteiligungszentrierten Theorien befürchten oftmals eine Überhöhung des Politikoutputs, also der

politischen Entscheidungen und Handlungen⁷⁷, über den Input. Output orientierte Theorien vermuten einen Verlust an Demokratie. Neben der Entwicklung eines theoretischen Gegenentwurfs zu anderen klassischen Demokratietheorien wie z. B. der repräsentativen Demokratie, liefern die partizipatorischen Demokratietheorien aber auch eine Reflektion der insbesondere seit den 1960er Jahren zunehmenden Partizipationsbestrebungen und –Verfahren in westlichen Demokratien. Der Mehrwert, der durch eine verstärkte Einbindung von Betroffenen in Planung, Gesetzesvorbereitung und Gesetzesvollzug erzielt wird, ist neben dem Mehr an Demokratie eine größere Akzeptanz und verbesserte Politiksteuerung.

Innerhalb der grundsätzlichen Denkweise der partizipatorischen Demokratietheorien haben sich verschiedene Strömungen gebildet. SCHMIDT (2010) zählt in einer modernen Sichtweise sowohl die *klassischen partizipatorischen Demokratietheorien*⁷⁸ als auch die *deliberativen Demokratietheorien*⁷⁹ zu den beteiligungsorientierten Theorien.⁸⁰ Zur Förderung und Verbreitung von Partizipation und Deliberation werden zumeist entweder *expansive*, *integrative* oder *effizienzorientierte* Strategien durch die jeweiligen Vertreter formuliert. Als expansiv werden diejenigen Strategien bezeichnet, die prinzipiell eine Zunahme von Beteiligung fordern. Diese Expansion kann sich wiederum auf die zeitliche, die sachliche und auch die soziale Dimension von Beteiligung beziehen. Die expansiven Strategien haben bis heute große Bedeutung und großen Anteil innerhalb der beteiligungsorientierten Theorien. Die zweite gewichtige Gruppe bilden die integrativen Strategien zur Beteiligung. Hier stehen die Verbesserung des Regierens durch mehr Mitwirkung der Bürger in Wort und Tat im Mittelpunkt. Weiterhin führt sie zu einer fortwährenden Bildung der Bürger durch den Akt der Beteiligung an sich. Die effizienzorientierten Strategien haben bis heute die wenigste Aufmerksamkeit innerhalb der partizipativen Demokratietheorien erhalten. Sie zielen grundsätzlich auf eine Steigerung der Effizienz der Prozesse, im Sinne der das Senken der durch Partizipation entstehenden Kosten, ab.⁸¹

⁷⁷ Nach EASTON (1965) fließen Forderungen und Begehren als Input in das politische System ein, durchlaufen dieses und werden in Form von Entscheidungen oder Prozessen zum politischen Output. Vgl. Easton 1965, S. 32

⁷⁸ Hauptvertreter der klassischen partizipatorischen Demokratietheorie sind Pateman (1970), Bachrach/Botwieniek (1992) und Warren (1992, 2002)

⁷⁹ Hauptvertreter der deliberativen Demokratietheorien sind Habermas (1992, 1999), Fishkin (1997, 2003, 2008) und Eriksen/Joerges/Neyer (2003). Deliberation bedeutet *Beratschlagung / Überlegung*.

⁸⁰ Den Einbezug der deliberativen Demokratietheorien zu den beteiligungsorientierten Theorien begründet SCHMIDT durch die Gemeinsamkeit der Theorien in der Fokussierung auf den Input eines politischen Prozesses. Hier sieht er den Hauptbezugspunkt und überwindet so den Unterschied zwischen der Einflussnahme auf Entscheidungen (Partizipationisten) und der Forderung nach politischen Diskursen (Deliberationisten). Vgl. Schmidt 2010, S. 237

⁸¹ Vgl. Schmidt 2010, S. 237 ff.

Einerseits ist aufgrund der Zunahme von Partizipationsbestrebungen in westlichen Demokratien in den letzten 40 Jahren eine Vielzahl empirisch-soziologischer Forschungsarbeiten zum Thema entstanden. Andererseits hat sich die Politiktheorie, vor allem im deutschen Sprachraum, kaum mit dem Begriff Partizipation auseinandergesetzt.⁸² Eine Ausnahme bildet hier neben SCHMIDT (2010) weiterhin KOHOUT (2002), welcher ebenfalls die Entwicklung der Theorie der Partizipation aufarbeitet⁸³. KOHOUT (2002) folgend sind bei der Einordnung von Partizipation in die demokratietheoretische Diskussion grundsätzlich normative von empirischen Partizipationskonzeptionen zu unterscheiden. Die normativen Konzeptionen fußen historisch auf bekannten Vertretern des Liberalismus wie John Locke, Adam Ferguson, Adam Smith und vor allem John Stuart Mill, dessen Werk⁸⁴ einen wichtigen Beitrag zu einer *partizipatorischen Demokratietheorie* leistet, da es ein für die damalige Zeit erheblich erweitertes Partizipationsverständnis aufweist. Eine ebenso klassische normative Konzeption politischer Partizipation geht auf Jean-Jaques Rousseau⁸⁵ zurück, der die staatsbürgerliche Teilnahme nicht nur als Mittel, sondern auch als Zweck zur Entwicklung des Menschen von einem egoistischen hin zu einem sittlichen und wahrhaft freien Wesen sieht. Die empirischen Partizipationskonzepte hingegen haben ihre Wurzeln in der elitistischen und ökonomischen Demokratie-⁸⁶ sowie der Pluralismustheorie⁸⁷, die bedeutend zur Entwicklung eines partizipatorischen Politikverständnisses beitragen. Da Partizipation aber nicht gleich zu setzen ist mit Demokratie oder Demokratisierung⁸⁸, ist an dieser Stelle auf die Entwicklungen innerhalb spezialisiert partizipatorischer Theorien zu verweisen. Diese sind in zwei große Strömungen zu unterscheiden. Es steht die allgemeine Erweiterung des Kreises der zur Mitentscheidung Aufgerufenen gegen eine Intensivierung

⁸² Vgl. Kohout 2002, S. 37, sowie Schmidt 2010

⁸³ Beide beginnen hierbei bei den sehr frühen Ausprägungen des Partizipationsbegriffs, wie es z.B. bereits im Rahmen von Diskussionen um das elitäre Wahlrecht bzw. der Erweiterung des Wahlrechts auf Frauen oder Minderheiten im vorletzten Jahrhundert zu finden ist. Hierbei ist zu beachten, dass Partizipation vielmehr als Idee denn als Begrifflichkeit zu verstehen ist. In der Entwicklung hin zum heutigen Begriffsverständnis spiegeln sich sehr deutlich der gesellschaftliche und auch gesellschaftspolitische Wandel, der mit Veränderungen in staatsbürgerlichen Grundeinstellungen einhergeht, über die letzten Jahrhunderte wider.

⁸⁴ Einzelwerke mit besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang sind: 1. *Considerations on Representative Government* (1861) 2. *„The subjection of Women“* (1869)

⁸⁵ Einzelwerk mit besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang: *„Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts“* (1762)

⁸⁶ Vertreter der elitistischen Demokratietheorie: Max Weber, Harold Laswell, Giovanni Satori; Vertreter der ökonomischen Demokratietheorie: Josef Schumpeter, Anthony Downs. Vgl. Schmidt 2010, S. 117 ff. und Guggenberger 2005

⁸⁷ Vertreter der Pluralismustheorie: Ernst Fraenkel, Robert Dahl. Vgl. Schmidt 2010, S. 117 ff. und Guggenberger 2005

⁸⁸ Demokratisierung: *„(...) Vertiefung einer Demokratie durch Erweiterung der Beteiligungsrechte der Bürger an politischen Entscheidungen (...)“* Nohlen 2005

politischer Beteiligung auf allen Ebenen.⁸⁹ Hier steht also Quantität der zu Beteiligten gegen eine Qualität der Anwendungsbereiche und Prozesse.⁹⁰ Nach KOHOUT (2002) ist hier besonders BARBER (1994) als Vertreter zu nennen, nach dessen Verständnis ein politisches System nicht mit einem Minimum an bürgerschaftlicher Beteiligung auskommt, sondern vielmehr auf ein Maximum an Partizipation angewiesen ist, um Entscheidungen zu legitimieren und die Artikulation der wichtigsten Interessen zu garantieren.⁹¹

2.1.2 Begriffskonzepte

Bei der Analyse von Begriffskonzepten im Themenfeld Partizipation gilt es zu Anfang ein instrumentelles und ein normatives Begriffsverständnis zu unterscheiden. Während bei dem instrumentellen Zugang Formen der Beteiligung, Anwendungsbereiche, Adressaten, etc., also eine zweckrationale Sichtweise im Mittelpunkt steht, zielt das normative Verständnis auf Ziel und Wert von Partizipation ab (Vgl. Kap. 2.1).⁹²

Ein direkter und unbedingter Bezug zur politischen Partizipation ist nicht zwangsläufig gegeben und entsteht erst in der Erweiterung des Begriffes. Mit der Konkretisierung des Anwendungsbereiches im politischen System entwickelt sich der Begriff der politischen Partizipation oder politischen Beteiligung. KAASE (2003) versteht unter politischer Beteiligung diejenigen Verhaltensweisen von Bürgern „*die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Diese Einflussnahmen können sich auf eine oder mehrere Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund) richten.*“⁹³ KOHOUT (2002) hingegen betont über die Zielsetzung hinaus, dass Partizipation „*eine Mikro- und eine Makroseite, eine Input und eine Outputkomponente*“ besitzt.⁹⁴ Einerseits stehen also die gesellschaftlichen Akteure als Partizipanten im Mittelpunkt. Andererseits muss dem politischen System bzw. dem Entscheidungssystem Rechnung getragen werden. „*Es geht im Hinblick auf Partizipation um die Systemrationalität selbst, also darum, ob ein Mehr oder Weniger an Partizipation der Rationalität des Systems entspricht oder nicht.*“⁹⁵

Während bei vielen Definitionen Partizipation lediglich als freiwillige Beteiligung angesehen wird, scheint es im vorliegenden Themenkomplex sinnvoll, BOGUMIL (2001) folgend, eine grundsätzliche

⁸⁹ Vgl. Kohout 2002, S. 53

⁹⁰ Vgl. Kohout 2002, S. 41 ff.

⁹¹ Vgl. Kohout 2002; Barber et al. 1994 sowie Schmidt 2010

⁹² Vgl. Schultze 2005, S. 675 f.

⁹³ Vgl. Kaase 2003

⁹⁴ Vgl. Kohout 2002, S. 8

⁹⁵ Vgl. Kohout 2002, S. 8

Unterscheidung in gesetzlich verankerte und freiwillige Partizipation zu treffen⁹⁶. Als gesetzlich verankert gelten dabei diejenigen Prozesse, die aufgrund der Fachgesetzeslage mit den entsprechend anschließenden vorgeschriebenen Verfahren durchgeführt werden müssen oder können. Hierzu zählen beispielsweise Planfeststellungsverfahren, Bürgerentscheide usw. Freiwillige Partizipation ist jede Art darüber hinausgehender Beteiligung Dritter an Entscheidungen. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass Entscheidungsträger freiwillig einen Teil ihrer Entscheidungsmacht auf ebenso freiwillig zusammengekommene bzw. zu diesem Zwecke eingeladene Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen oder Verbände übertragen. Kooperative Demokratie oder bürgerschaftliches Engagement sind Beispiele für diese vielseitige Ausprägung der Partizipation.

Die grundlegende Unterscheidung in gesetzlich verankerte und freiwillige Partizipation ist dabei unabhängig vom gewählten Verfahrenstyp⁹⁷ sowie der Ebene der Partizipation⁹⁸. Ebenso bleibt die Frage davon unberührt, ob Partizipation als politisches oder sonstiges Steuerungsmodell oder aber als prozessuale Dimension betrachtet wird. Die Unterteilung der verschiedenen Formen von Partizipation erfolgt über eine große Bandbreite. ROTH (1997) unterscheidet beispielsweise nach (1) repräsentativen Formen politischer Beteiligung, (2) direkt-demokratischen Beteiligungsformen sowie (3) nicht-institutionalisierten Formen der Bürgerbeteiligung.⁹⁹ KOHOUT (2002) verwendet das Begriffspaar der konventionellen und der alternativen Beteiligungsverfahren. Als konventionelle Verfahren sieht er die Betroffenheitsbeteiligung, Öffentlichkeitsbeteiligung, Verbandsbeteiligung und Partizipation durch Normierungsgremien. Ihnen entgegen stehen die kooperative Normsetzung, Mediationsverfahren oder Planungszellen, u.Ä. als alternative Partizipationsverfahren.¹⁰⁰ Im grundsätzlichen Ansatz finden sich jedoch bei allen Autoren Ähnlichkeiten.

Demokratische Legitimation kann nach Ansicht der Politikwissenschaft über verschiedene Ansätze erreicht werden. Input-Legitimation wird durch Prozesse wie bspw. der Anwendung partizipativer Ansätze erreicht. Output-Legitimation stellt sich z.B. durch Effektivität eines Prozesses. Throughout-Legitimation hingegen entsteht während eines Prozesses, z.B. durch Transparenz. Insbesondere bezüglich der Transparenz von Prozessen, aber auch bezüglich ihrer Effektivität kann Partizipation einen Beitrag leisten.¹⁰¹ Nicht zuletzt deswegen ist Beteiligung von Bürgern und sonstigen Akteuren in politischen Prozessen auf den verschiedenen politischen Ebenen ein Thema.

⁹⁶ Vgl. Bogumil 2001b, S. 221

⁹⁷ Beispiele für Verfahrenstypen sind zu finden bei Davidson 1998 und Newig et al. 2007

⁹⁸ Vgl. Arnstein 1967

⁹⁹ Vgl. Roth 1997, S. 409

¹⁰⁰ Vgl. Kohout 2002, S. 154 ff.

¹⁰¹ Vgl. Hill 2005

Die Europäische Kommission beschäftigt sich in ihrem *Weißbuch Europäisches Regieren*¹⁰² mit der Einbindung von Menschen und Organisationen in die Gestaltung und Durchführung von EU-Politik. Als Hauptgrund für diese Öffnung wird die Entfremdung der Europäer gegenüber dem Wirken der Europäischen Union gesehen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass diese Entfremdung nicht nur ein Problem gegenüber den europäischen Organen ist, sondern es sich vielmehr um ein Phänomen gegenüber allen politischen Institutionen in- und außerhalb der Union handelt. Änderungen der politischen Abläufe hin zu einem *gutem Regieren* sollen vor allem durch die Ausweitung und Verfestigung der fünf Grundsätze *Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz* erreicht werden, welche nach der Diskussion um das Weißbuch um zwei weitere Grundsätze *demokratische Legitimation* und *Subsidiarität* ergänzt werden könnten.¹⁰³ Unbestritten seitens der Kommission scheint das Interesse an Partizipation seitens der Bürger denn

„die Vorschläge des Weißbuchs für mehr Partizipation und Konsultation der Zivilgesellschaft zogen deutlich mehr Interesse auf sich als alle anderen Themen. Viele Reaktionen loben das Weißbuch dafür, dass es das Thema der geringen Einbeziehung der Bürger in der EU anspricht, und bekräftigen die grundlegende Bereitschaft, sich an Konsultation und Mitwirkung zur politischen Gestaltung in der EU zu beteiligen.“ (Europäische Kommission 2003, S. 8)

Natürlich kann die demokratische Legitimierung, die im Verfassungsstaat zu Grunde liegt, als Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen gesehen werden. Trotzdem erscheint es sinnvoll das Partizipationsprinzip grundsätzlich vom Demokratieprinzip abzugrenzen, da es sich bei Partizipationsprozessen nicht um demokratische Verfahren handelt. Partizipation findet nämlich nicht nur auf der Ebene von politischen Letztentscheidungen im Sinne von Wahlen statt, sondern ist als Medium von Entscheidungsvorbereitung, Informationsgewinnung, Vollzugskontrolle oder auch als zivilgesellschaftliches oder marktwirtschaftliches Handlungsprogramm zu verstehen.¹⁰⁴ Hier folgt die vorliegende Untersuchung dem Ansatz von BEIERLE/CAYFORD (2002), die einerseits *„voting for elected officials, referenda, and initiatives as well as lobbying and citizen lawsuits“* und weiterhin *„less regulated methods (such as striking and picketing) and extralegal ones (such as violence)“* aus ihrer Untersuchung ausschlossen. Denn auch die vorliegende Arbeit zielt darauf ab organisierte bürokratische Prozesse und nicht individuelle Aktionen oder Machtpolitik zu beschreiben.¹⁰⁵

¹⁰² Vgl. Europäische Kommission 2001

¹⁰³ Vgl. Europäische Kommission 2003, S. 7

¹⁰⁴ Vgl. Kohout 2002, S. 10

¹⁰⁵ Vgl. Beierle, Cayford 2002, S. 6

Klar abzugrenzen hingegen ist der Begriff der Partizipation oder der Beteiligung von dem Begriff des Engagements bzw. des bürgerschaftlichen Engagements. Nicht jede Form des Politischen Mitmachens ist tatsächlich politische Partizipation. Allerdings wird das Vorhandensein harmloser Mitmachmöglichkeiten, die keinen Einfluss auf die bestehende Einflussverteilung in einer Gemeinde haben, häufig dazu verwendet um Ansprüche einer effektiven politischen Einflussnahme abzuwehren.¹⁰⁶

Die Erweiterung des Begriffes Partizipation hin zu partizipativen Planungsprozessen folgt aus einer Schwerpunktsetzung auf diejenigen Prozesse, die die gemeinsame Entwicklung strategischer oder operationaler Entscheidungen betreffen. Es ist also davon auszugehen, dass es sich um Entscheidungen mit einer größeren inhaltlichen Reichweite handelt. Dennoch ist der Begriff unabhängig vom konkret eintretenden Planungszeitraum sowie dem Planungsgegenstand.

2.1.2.1 Neue Elemente der direkten und kooperativen Demokratie

In den 1990er Jahren wurden Bürgerentscheide und Bürgerbegehren als direktdemokratische Elemente in die Gemeindeverfassungen sämtlicher Bundesländer aufgenommen.¹⁰⁷ Zu diesen Elementen der repräsentativen und direkten Demokratie wurden Partizipationsmöglichkeiten durch zusätzlich Elemente der kooperativen Demokratie erweitert. Hierzu zählen insbesondere Bürgerforen und *runde Tische*. Elemente der kooperativen Demokratie zeichnen sich durch Freiwilligkeit bei allen beteiligten Akteuren aus. Das heißt, sie werden freiwillig und nicht aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen initiiert und durchgeführt.¹⁰⁸

Neben den mittelbaren spielen hier unmittelbare Formen der Demokratie bei der Entscheidungsfindung eine wichtige Rolle. In erster Linie sind hier gesetzlich verankerte Politikinstrumente wie bspw. Bürgerentscheide zu nennen. Desweiteren finden verschiedene Formen integrativen Verwaltungshandelns und kooperativer Demokratie Anwendung.¹⁰⁹ Der besonders durch BOGUMIL (2001) geprägte Begriff der kooperativen Demokratie umfasst auf freiwillige, dialogisch orientierte Problemlösungen angelegte Verfahren der Bürger- und Verbändebeteiligung an Politikformulierung und –Umsetzung. Es werden also sowohl die Bereiche umfasst, in denen Bürger aktiv, z.B. durch bürgerschaftliches Engagement, die Dienstleistungsproduktion einer Kommune oder Gemeinde mitgestalten, aber auch jene, in denen

¹⁰⁶ Vgl. Gabriel 2002, S. 142

¹⁰⁷ Die Durchsetzung musste in einigen Bundesländern erst durch Volksbegehren auf Landesebene durchgesetzt werden. Aufnahme in die Kommunalverfassung der DDR am 17.05.1990 mit der Absicht: „hiermit ein Stück basisdemokratischen Erbes der ostdeutschen friedlichen Revolution zu bewahren“ (Bogumil, J.; Holtkamp, L. (2006)) sowie Roth 1997, S. 430

¹⁰⁸ Vgl. „Kooperative Demokratie“. Bogumil 2001a, Holtkamp et al. 2006, S. 46 f. sowie auch Benz 1994

¹⁰⁹ Hill 2005

sie an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Abbildung 4 zeigt einen Überblick über die sich aus dieser Sichtweise ergebenden Charakteristika bezüglich der Partizipationsprozesse.

	Auftraggeberrolle	Mitgestalterrolle
Formen	Kooperative Planungsobjekte und Koplanungen durch: Bürgerforen Planungszellen Mediationsverfahren Lokale Agenda Beiräte u.ä.	Mitgestaltung der Dienstleistungsproduktion durch: Selbstverwaltung Selbstorganisation und Selbsthilfe Förderung individuellen Engagements
Ziele	Verfahrensbeschleunigung besseres Steuerungswissen Abbau von Entscheidungsblockaden höhere Akzeptanz	Förderung der Selbststeuerung Haushaltskonsolidierung durch Einbringung eigener Ressourcen höhere Akzeptanz
Zeitpunkt der Partizipation	Planungsphase	Überwiegend Implementationsphase
Theoretische Konzeption	Verhandlungsdemokratie	Kommunitarismus

Abbildung 4: Formen kooperativer Demokratie (Bogumil, 2001)

Keinen Eingang in diese Darstellung findet die zeitliche Dimension der kooperativen Formen. Sowohl in der Auftraggeber- als auch der Mitgestalterrolle können mit Bürgern und Organisationen punktuelle¹¹⁰ kooperative Planungsobjekte oder Koplanungen oder aber dauerhafte¹¹¹ Institutionsformen eingegangen werden. Daneben wird Bürgerschaftliches Engagement zunehmend gefördert. Besonders auf kommunaler Ebene wird versucht Bürger vermehrt in die öffentliche Dienstleistungsproduktion einzubeziehen.¹¹² Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität im Bereich Spielanlagen oder die Übernahme von Pflegemaßnahmen in Grünanlagen sind mögliche Anknüpfungspunkte für forstliche Fragestellungen.¹¹³ Wie allerdings bereits in Kap. 2.1 erläutert, spiegelt dieser Bereich der Mitgestalterrolle nicht den Untersuchungsgegenstand wider.

2.1.3 Partizipationsmodelle

Seit den 1960er Jahren wurden in Europa und den USA diverse Partizipationsmodelle entwickelt. Im Wesentlichen können drei Arten von Modellen unterschieden werden. Eine erste Gruppe versucht

¹¹⁰ Punktuelle kooperative Planungs- und Entscheidungsprozesse: z.B. Bürgerforen, Planungszellen, Mediationsverfahren

¹¹¹ Dauerhafte kooperative Planungs- und Entscheidungsprozesse: z.B. Beiräte, Stakeholder in Fachausschüssen, Spielplatzpatenschaften, etc.

¹¹² Beispiele und Analysen zur bürgerschaftlichem Engagement im Wald sind zu finden in Rosenauer 2011

¹¹³ Vgl. Bogumil, Jann 2005, S. S. 55

Partizipation als (politisches) Instrument allgemein zu beschreiben, zu erklären und einzuordnen. Darüber hinaus bestehen Modelle, die Partizipationsprozesse in einem bestimmten Arbeits- oder auch Politikfeld beschreiben wollen sowie die letzte Gruppe, die versucht den technischen Ablauf und die Durchführung von Partizipationsprozessen zu optimieren und für die Praxis in Form von Checklisten oder Ähnlichem zu erleichtern.

ARNSTEIN (1967) legte in den 60er Jahren mit der Entwicklung ihrer *Ladder of Citizen Participation* eine wichtige Grundlage für die Einordnung partizipativer Prozesse hinsichtlich ihres Verfahrenstyps bzw. ihrer Ausprägung. Ausgangspunkt für dieses Stufenmodell (vgl. Abbildung 5) waren Diskussionen über die Macht oder auch Machtlosigkeit der Bürger während Partizipationsprozessen. ARNSTEIN (1967) setzt Bürgerbeteiligung grundsätzlich mit citizen power, also Bürgermacht, gleich, denn sie ermöglicht ihrer Ansicht nach signifikante soziale Reformen. Ihren Beitrag zur Typologisierung von Beteiligungsprozessen sieht sie selber jedoch auch als provokativen Beitrag zur Partizipationsdebatte, da sie einen „... critical difference between going through the empty ritual of participation and having the real power needed to affect the outcome of the process“ sieht und diesen anhand des Stufenmodells im Bereich der „Nonparticipation“ deutlich macht.

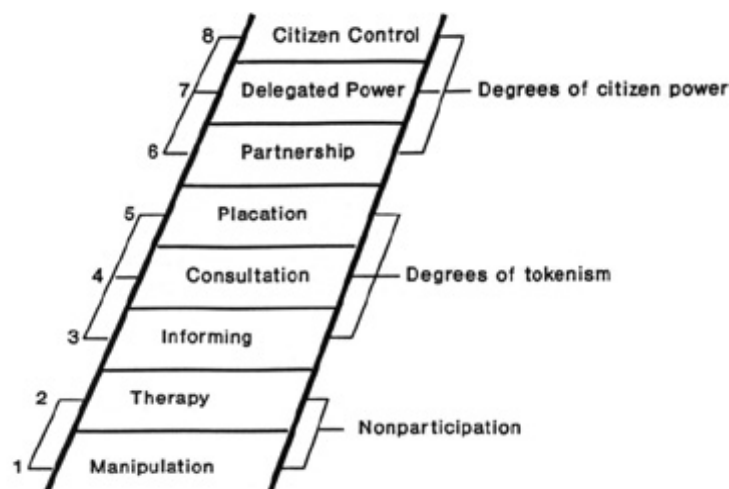


Abbildung 5: Eight Rungs on a Ladder of Citizen Participation, (ARNSTEIN, 1967)

Die Ebene der *Nonparticipation*, also der Nichtteilnahme an Entscheidungsprozessen, sind die Manipulation sowie die *Therapie* zugeordnet. Stufe 1 und 2 zielen also nicht darauf ab Menschen an der Planung oder Durchführung von politischen Programmen zu beteiligen, sondern vielmehr darauf den Machthabern die Möglichkeit zu bieten die Teilnehmer von Partizipationsprozessen in ihrem Sinne zu *erziehen*. Stufe 3-5 werden zur Ebene des *tokenism*, also der Alibibeteiligung zusammengefasst. Auf dieser Ebene bekommen die Bürger die Möglichkeit zu hören und gehört zu werden. Dies geschieht durch Information und Konsultation und auf einer etwas höheren Stufe

durch Schlichtung. Allen Stufen der Alibibeteiligung ist hierbei gleich, dass die Entscheidungsmacht bei den Machthabern verbleibt. Die höchste Ebene der Beteiligung bezeichnet ARNSTEIN (1967) als *citizen power* also Bürgermacht. Hier finden sich in drei Stufen die Beteiligungstypen wieder, bei denen der Einfluss der Bürger auf die Entscheidungsfindung gegenüber den unteren Stufen deutlich ansteigt. Dies läuft von Partnerschaften, die bereits ein Verhandeln von Interessen erlauben, über die Delegation von Entscheidungsmacht bis hin zur Bürgerkontrolle.¹¹⁴

Das Stufenmodell von ARNSTEIN (1967) wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder weiter angepasst. Hauptsächlich wurden dabei zusätzliche Stufen eingeführt bzw. vorhandene Stufen weiter unterteilt. Beispiele hierfür sind das von DAVIDSON (1998) entwickelte „Wheel of Participation“¹¹⁵ oder das „Spectrum of Public Participation“ welches von der *International Association for Public Participation*¹¹⁶ im Jahr 2007 entwickelt wurde. Kritik fanden vor allem die untersten und obersten Stufen der Leiter. Dies verwundert jedoch aufgrund der von ARNSTEIN (1967) selber formulierten Absicht, durch das Stufenmodell provozieren zu wollen, nicht.

Neben den Stufenmodellen finden in den letzten Jahren vermehrt Verknüpfungen zu bestehenden politikwissenschaftlichen Modellen Einfluss auf die Wahrnehmung und Darstellung von Partizipation in Modellen. Warburton et al. (2007) stellen beispielsweise den Policy-Cycle in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung von Partizipation. Dem Zeitpunkt der Beteiligung im Policy-Cycle werden Beteiligungsmethoden zugeordnet, er wird somit als wichtigster Indikator für die Auswahl von Beteiligungsmethoden angesehen (vgl. Abbildung 6). Darüber hinaus bekommt in dieser Darstellungsweise der Policy Bezug, also der Bezug zu inhaltlichen Zielen, Programmen und Maßnahmen, welche durch eine Beteiligung erreicht werden soll, eine besondere Gewichtung.¹¹⁷

¹¹⁴ Vgl. Arnstein 1967, S. 217

¹¹⁵ Vgl. Davidson 1998, S. 15

¹¹⁶ Vgl. IAP2 2007

¹¹⁷ Vgl. Warburton et al. 2007, S. 4 ff.

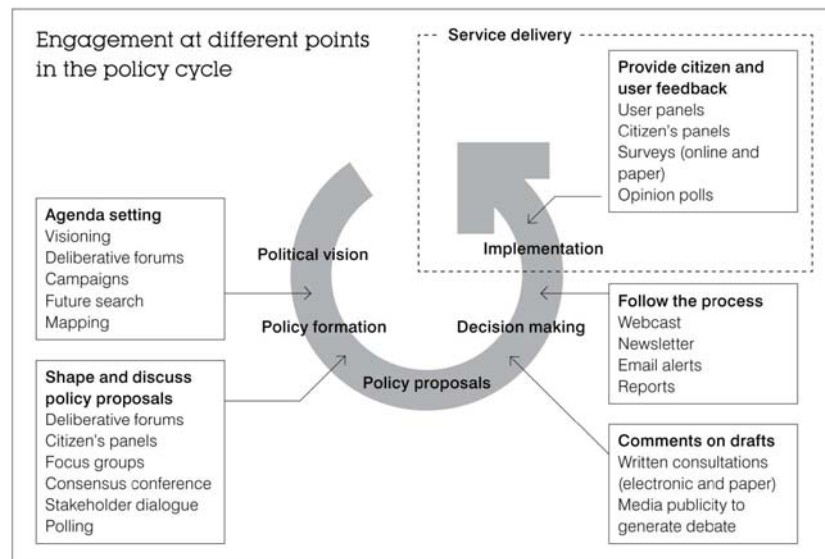


Abbildung 6: Engagement at different points in the policy cycle (WARBURTON et al., 2007)

WHITE (1996) liefert mit ihrer Darstellung von Partizipation einen weiteren Beitrag zur grundlegenden Frage nach der Beschreibung verschiedener Ebenen der Partizipation, wie sie bereits in den oben genannten Stufenmodellen angestrebt ist. Sie erweitert ihr Modell jedoch um die Frage, *Wer* an partizipativen Prozessen teilnimmt, um so weiterführende Analysen anzuschließen. Hierzu rückt sie die ihrer Meinung nach oft konfliktreiche und von Spannungen geprägte Beziehungen zwischen den Akteuren, den Rahmenbedingungen und der Macht in den Fokus. Dabei konzentriert sie sich auf die einem partizipativen Prozess zu Grunde liegenden unterschiedlichen Interessen der Akteure. Ergebnis ist eine tabellenartige Darstellung (vgl. Abbildung 7), welche eine Struktur zur Analyse der Interessen innerhalb eines Partizipationsprozesses liefert.¹¹⁸

Form	Top-Down	Bottom-Up	Function
<ul style="list-style-type: none"> • Nominal • Instrumental • Representative • Transformative 	<ul style="list-style-type: none"> • Legitimation • Efficiency • Sustainability • Empowerment 	<ul style="list-style-type: none"> • Inclusion • Cost • Leverage • Empowerment 	<ul style="list-style-type: none"> • Display • Means • Voice • Means / End

Abbildung 7: Interests in Participation (WHITE, 1996)

Als weitere Ausprägung in der Entwicklung der Partizipationsmodelle sind diejenigen Modelle zu nennen, die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Online-Partizipation entwickelt wurden. Diese Modelle haben zwar keinen politikwissenschaftlichen Hintergrund, da sie sich ausschließlich mit der Beteiligung an sozialen Online-Netzwerken beschäftigen, verfolgen aber den

¹¹⁸ Vgl. White 1996, S. 7 ff.

interessanten Ansatz, die Nutzer, also die zu beteiligenden Personen, in den Mittelpunkt zu stellen und zu charakterisieren. Auch wenn Partizipation in diesem Zusammenhang nicht als ein politisches Instrument wahrgenommen wird, werden Beschreibungsdimensionen beschrieben, die aus Sicht der vorliegenden Untersuchung auch für die Beschreibung der Teilnehmer von Partizipationsprozessen im kommunalen Kontext verwendet werden könnten. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang der Reader-to-Leader-Framework, welcher die Teilnehmer an sozialen Medien in *Reader*, *Contributors*, *Collaborators* und *Leader* unterteilt. Reader lesen Beiträge, bleiben jedoch passiv. Contributors leisten Beiträge auf individueller Ebene. Collaborators gehen über die individuelle Beitragsebene hinaus und leisten Beiträge zur Entwicklung von thematisch engen Gruppen. Leader sind schlussendlich Personen, welche Regelwerke für Onlinemedien entwickeln und umsetzen oder Anfänger anlernen. Die Entwicklung eines Teilnehmers läuft dabei über eine zeitliche Dimension ab. Über wiederholte Besuche in sozialen Netzwerken steigt das Vertrauen in Netzwerke und damit die Aktivität.¹¹⁹

2.1.3.1 Effektivität und Effizienz partizipativer Prozesse

Nach BOGUMIL & HOLTKAMP (2006) versteht man unter Effizienz allgemein die mengenmäßige Beziehung zwischen Produktionsergebnis und dem zu dessen Erzielung erforderlichen Aufwand. Unter Effektivität versteht man demgegenüber das Verhältnis zwischen öffentlichen Zielen und realisierter gesellschaftlicher Wirkung staatlichen Handelns.

Das Hauptargument für partizipative Entscheidungsfindungen liegt sehr häufig in einer höheren Effektivität der Prozesse, welche wiederum hauptsächlich auf eine größere Akzeptanz der Ergebnisse aufgrund der vorangegangenen Beteiligungsprozesse zurückzuführen sind. Dies weist NEWIG (2005) anhand eines Vergleichs von drei EU-Dokumenten¹²⁰ aus dem Bereich der Umweltpolitik nach, indem er sie bezüglich der formulierten Ziele, die durch Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht werden sollen, vergleicht. Die Effektivität von partizipativen Verfahren wird demnach hauptsächlich in der Qualität der Entscheidung an sich, der Qualität der Umsetzung sowie der allgemeinen Verbesserung des Politikgegenstands, in diesem Fall einer Verbesserung des Umweltschutzes, gesehen. Begründet wird dieses im Fall der Qualität der Entscheidung aufgrund der Verfügbarmachung lokalen Wissens sowie der Gewinnung von Wissen über Meinungen und Akzeptanz seitens der Öffentlichkeit. Die Umsetzung erfährt eine qualitative Verbesserung durch eine Erhöhung des Umweltbewusstseins, ebenfalls durch die Akzeptanz der

¹¹⁹ Vgl. Preece, Shneiderman 2009, S. 16 f.

¹²⁰ Im Einzelnen werden die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie (ÖBRL), der Beteiligungsleitfaden zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL-B) und das Aarhus-Übereinkommen verglichen. Vgl. Newig, Jens 2005, S. 94 ff.

getroffenen Entscheidungen, der Bildung von Vertrauen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verwaltung und ein verringertes Konfliktpotential durch den vorrangegangenen Ausgleich von Interessen. Ein zweiter Begründungszusammenhang für die Anwendung partizipativer Verfahren zur Entscheidungsfindung ist eine Erhöhung der Legitimität der Entscheidungen durch eine vorangegangene Beteiligung. Diese wird hauptsächlich durch die Transparenz der Entscheidungsfindung sowie eine demokratische Willensbildung erreicht. Der Bildung seines Modells zur Implementationseffektivität partizipativer Prozesse legt NEWIG (2005), wie auch vorher schon BEIERLE/CAYFORD (2002), die wesentliche Idee zu Grunde, dass das Ergebnis einer partizipativ getroffenen Entscheidung von der Art des Prozesses abhängt, der wiederum vom gesellschaftlichen Kontext beeinflusst wird. Im Rahmen dieser Dreiteilung entwickelt er die Variablen (vgl. Tabelle 2), mit deren Hilfe sein Modell gespeist wird.

Tabelle 2: Übersicht über die Domänen und Variablen des Implementationseffektivitäts-Modells nach NEWIG (2005)¹²¹

Kontext	Prozess	Ergebnis
Problemstruktur <ul style="list-style-type: none"> • Problemkomplexität (zum Verständnis nötige Expertise/Zeitbedarf) • Räumliche Skala • Lösungsoptionen (technische od. sonstige Kosten) Akteure <ul style="list-style-type: none"> • Interesse / Betroffenheit • Macht / Ressourcen • Informiertheit / Problemverständnis • Situative Partizipationsneigung Sozialstruktur <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Problem • Sozialkapital i.S. generalisierten Vertrauens • Sozialnormen 	Prozessdesign <ul style="list-style-type: none"> • Partizipationsmöglichkeiten für NSA (von der ZB¹²² vorgegebener Verfahrenstyp) • Fairness (Repräsentativität, etc.) Prozessablauf <ul style="list-style-type: none"> • Informationsfluss ZB → NSA (Maß relevanter Informationen, die zur Verfügung gestellt werden) • Informationsfluss NSA → ZB • Tatsächliche Partizipation und Einflussnahme seitens der NSA 	Direkte Ergebnisse des Beteiligungsprozesses <ul style="list-style-type: none"> • Informationsgewinn für die ZB • Konnte eine (konsensuale) Konfliktlösung erzielt werden? • Akzeptanz / Identifikation der NSA mit dem erzielten Ergebnis • Stärkung des Vertrauensverhältnisses zw. NSA und ZB Implementationseffektivität <ul style="list-style-type: none"> • Entscheidungsergebnis (Geeignetheit der Maßnahmen, anreize / Sanktionen, Kontrollmögl.) • Umsetzung / Befolgung durch die Rechtsadressaten • Materielle Wirksamkeit (messbare Wirkungen i. S. des gesetzten Ziels)

2.1.4 Partizipationsprozesse im kommunalen Kontext

Partizipation oder Formen kooperativer Demokratie haben besonders auf kommunaler Ebene eine Daseinsberechtigung, da sie als Instrumente den delegetimierenden Wirkungen, die durch

¹²¹ Vgl. Newig, Jens 2005, S. 97

¹²² ZB = Zuständige Behörde; NSA = nicht staatliche Akteure

Probleme in der territorialen Gebundenheit und wahlperiodenverhafteten zeitlichen Dimension entstehen können, entgegen wirken können.¹²³ Die kommunalen Gebietsreformen, welche seit Anfang der 70er Jahre in den alten und ab den 90er Jahren auch in den neuen Bundesländern Einzug erhalten haben, führen jedoch zu einem Rückgang an institutionalisierten Partizipationsmöglichkeiten. Zwar entstehen durch die Reformen möglicherweise leistungsfähigere Kommunalverwaltungen, allerdings stellt ROTH (1997) dem entgegen, dass dies nicht zu mehr Überschaubarkeit und direkter Kommunikation in der lokalen Politik führt.¹²⁴ Zusätzlich haben sich in den westlichen Gesellschaften die subjektiven Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung am politischen Leben verbessert. Hierzu gehört ebenso das stetig steigende Bildungsniveau der Bürger seit dem zweiten Weltkrieg wie der Anstieg und Zugewinn vielfältiger Quellen zur umfassenden und vor allem kostengünstigen Information über politische Prozesse und Probleme. Hinzu kommt ein Wertewandel in der Gesellschaft hin zu einer wachsenden Unterstützung von Selbstverwirklichungs- und Beteiligungszielen.¹²⁵ Die Auffassung, dass Nähe, Überschaubarkeit und persönliche Betroffenheit gängige Attribute der Kommunalpolitik in Deutschland darstellen führt zu der Auffassung, dass in modernen Bürgergesellschaften Bürger zunehmend direkt beteiligt sein und ihr direktes Umfeld mitgestalten wollen. Daher kommen neuen Formen des Dialogs und der kooperativen Lösungsfindung über Stadtteilforen oder Planungswerkstätten zunehmend Bedeutung im kommunalen Kontext zu. Diese ergänzen die klassischen Beteiligungsverfahren wie Wahlen oder Bürgerbegehren.¹²⁶

Die Kommunalpolitik wird, genau wie auch die subnationale und nationale Politikebene, heute einerseits durch professionelle und auf Dauer gestellte Verwaltungsapparate und andererseits durch Berufspolitiker dominiert. Dies führt dazu, dass kommunale Bürgerbeteiligung einen schweren Stand hat, da sich die politische Beteiligung oftmals auf ihre repräsentativen Formen beschränkt, denn im repräsentativen Staatsaufbau der Bundesrepublik sind nur wenige Elemente für bürgerschaftliche Mitwirkung vorgesehen. Neben den repräsentativen Formen der Bürgerbeteiligung unterscheidet ROTH (1997) direkt-demokratische und nicht-institutionalisierte Formen.¹²⁷ Letztgenannte Formen der politischen Beteiligung in Form von Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen. Die letztgenannten Formen fanden besonders nach der innerdeutschen Wiedervereinigung Resonanz in der gesellschaftlichen Diskussion.

¹²³ Vgl. Hill 2005, S. 570

¹²⁴ Vgl. Roth 1997, S. 405 f.

¹²⁵ Vgl. Gabriel 2002, S. 142

¹²⁶ Vgl. Murawski 2002, S. 80

¹²⁷ ROTH etabliert, aufgrund des Wandels in der Beteiligungskultur, mit dieser dreifachen Unterteilung ein Gegenmodell zu der in der Literatur gängigen Unterscheidung in konventionelle und unkonventionelle Formen der Beteiligung. Vgl. Roth 1997, S. 409

Die Beteiligungsmöglichkeiten im kommunalen Kontext sind divers. Tabelle 3 zeigt hierzu eine Auflistung möglicher Formen der Bürgerbeteiligung im kommunalen Kontext. Bezüglich der Ebene bzw. dem Grad der Partizipation folgt die Darstellung einer gegenüber ARNSTEIN (1967) vereinfachten Dreiteilung in Information, Konsultation und Mitentscheidung. Die Einteilung dient der Beschreibung und nicht der Bewertung der Beteiligungsformen.

Tabelle 3: Mögliche Formen der Bürgerbeteiligung im kommunalen Kontext

	Formen der Beteiligung	Grad / Ebene der Partizipation
In Rechtssätzen verankert (formal)	Wahlen	Mitentscheidung
	Bürgerbegehren/ -entscheide	Mitentscheidung
	Bürgerfragestunden	Information / Konsultation
	Bürgerversammlungen	Information / Konsultation
	Petitionen	Konsultation
	Stellungnahmen	Konsultation
	Sachkundige Bürger	Mitentscheidung
	Information der Bürger	Information
Freiwillig (informal)	Pressemitteilungen, Flyer, Wurfsendungen, etc.	Information
	Internetauftritte, Newsletter, etc.	Information
	Bürgerfragestunden	Information / Konsultation
	Bürgerbefragung	Information / Mitentscheidung
	Bürgerversammlungen / -foren	Information / Konsultation
	Arbeitsgruppen	Information/Konsultation/ Mitentscheidung
	Runder Tisch, Planungszellen	Information/Konsultation/ Mitentscheidung
	Mediation	Information/Konsultation/ Mitentscheidung
	Zukunftswerkstatt	Information/Konsultation/ Mitentscheidung

Wie genau die Bevölkerung Möglichkeiten der Partizipation in einem bestimmten Entscheidungsfeld nutzt, ist nur anhand empirischer Erhebungen feststellbar. Neben parteibezogenen Aktivitäten zur Beteiligung, kann vor allem ein breites Spektrum von Partizipationsprozessen bezüglich problemorientierter Entscheidungen beschrieben werden. Interessant an dieser themenspezifischen Partizipation ist, dass im Vergleich zu den Beteiligungssystemen der 1970er-80er Jahre die klaren Grenzen zwischen konventionellen Beteiligungsformen und legalen Protestaktionen verwischen und es verstärkt zu Mitarbeit in Bürgerinitiativen, gezielter Mobilisierung der Presse u. ä. kommt. GABRIEL (2002) zeigt aber anhand einer repräsentativen Befragung zu kommunalen Beteiligungsprozessen, dass die aktive Partizipation auf kommunaler Ebene eine Minderheitsangelegenheit ist. Eine aktive Beteiligung

konnte nur bei jedem fünften Befragten beschrieben werden. Gleichzeitig äußerten 40 % die Bereitschaft zur Teilnahme an Prozessen.¹²⁸ Das in Kapitel 2.1 beschriebene Standardmodell der Partizipation lässt sich auch auf kommunalpolitischer Ebene wiederfinden. Auch hier folgt die Partizipation dem Muster, dass mit zunehmendem Bildungsabschluss eines Bürgers die Bereitschaft steigt eine aktive Rolle in politischen Prozessen wahrzunehmen. Dieser Zusammenhang löst sich in GABRIEL'S Studie auch nicht durch die neuen, problemorientierten Formen politischer Beteiligungsprozesse auf. Partizipationsprozesse als Instrument zur stärkeren Einbindung formal weniger gut gebildeter Gruppen in kommunale Entscheidungen existieren demnach nicht. Allerdings können neue Formen der Beteiligung sehr wohl dazu führen jüngere Menschen an Prozessen teilhaben zu lassen. Die Bereitschaft der Beteiligung an unkonventionellen Aktivitäten sinkt mit dem Lebensalter.¹²⁹ Die Motivation zur Beteiligung liegt auch auf kommunaler Ebene oft im Willen, staatsbürgerlichen Pflichten nachzukommen, an der Gestaltung von Politik mitzuwirken und das Handeln der Regierenden an die Vorstellungen der Regierten anzupassen. Diese Gründe entsprechen zwar den Idealvorstellungen eines mündigen Bürgers, wie er in den beteiligungsorientierten Theorien (Vgl. Kapitel 2.1) beschrieben ist, stoßen aber durch die Minderheit der, an einer aktiven Mitwirkung in der Kommunalpolitik interessierten, Bürger an Grenzen.¹³⁰

2.1.5 Möglichkeiten und Grenzen partizipativer Entscheidungsprozesse

Den beteiligungsorientierten Demokratietheorien liegt eine optimistische Sicht auf den Staatsbürger zu Grunde, da sie unterstellen, dass der durchschnittliche Bürger prinzipiell zu mehr und besserer Beteiligung befähigt ist oder aber im Laufe der Prozesse dazu befähigt werden kann. Trotz dieser angenommenen Befähigung sowie einer durch die empirisch-analytische Beteiligungsforschung nachgewiesene große Nachfrage nach politischen Beteiligungschancen in den etablierten Demokratien des Westens, unterliegt die politische Beteiligung gewissen Schwierigkeiten. SCHMIDT (2010) führt zur Erklärung dieses Phänomens DALTON'S Standardmodell der politischen Beteiligung an. Demnach ist ein unterschiedlich hohes Maß an Beteiligungsbereitschaft auf drei Schlüsselgrößen zurückzuführen. Damit seitens der Bürger eine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung existiert, müssen sie (1) mit ausreichenden sozioökonomischen Ressourcen ausgestattet sein und zusätzlich (2) eine positive Einstellung gegenüber dem politischen System besitzen. Nur so entwickeln sie (3) die Überzeugung, politisch wirksam sein zu können, welches die dritte Schlüsselgröße darstellt. Da die Ressourcen aber

¹²⁸ Gabriel 2002, S. 143

¹²⁹ Vgl. Gabriel 2002, S. 156 ff.

¹³⁰ Vgl. Gabriel 2002, S. 161 f.

ungerecht verteilt sind, führt diese Abhängigkeit der Partizipation von Ressourcen dazu, dass politisch bereits besonders interessierte und kompetente, ressourcenstarke¹³¹ Bürger mehr stärkeren Einfluss bei Beteiligungsprozessen besitzen. Damit sind die von VERBA et al. (1995) formulierten Voraussetzungen für gleichwertige politische Beteiligung nicht mehr gegeben. Ihrer Ansicht nach müssen die Stimmen der Bürger in der Politik klar, laut und gleich sein.¹³²

Aufgrund der genannten großen Zahl an (empirischen) Fallstudien zu partizipativen Entscheidungsprozessen existieren umfassende Aufstellungen, die Gestaltungsstrategien für erfolgreiche Beteiligungsprozesse beschreiben. Allgemein anerkannte Strategien sind hierbei die sorgfältige und repräsentative Auswahl von Stakeholdern, ein hohes Maß an Transparenz während des Prozesses, das Angeben klarer Kompetenzen und Befugnisse bei den Entscheidungen, der Einsatz unvoreingenommener Moderatoren, regelmäßige Treffen sowie angemessene finanzielle Ressourcen zur Unterstützung und Aufrechterhaltung des Prozesses.¹³³

Neben der Entwicklung dieser konkreten und praxisbezogenen Indikatoren bestehen auch auf der Metaebene Überlegungen zur Bewertung des Nutzens oder des Erfolges von Beteiligungsprozessen. BEIERLE (1999) beschreibt beispielsweise sechs „Social Goals“, also soziale Ziele, die durch Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht werden können. Seiner Meinung nach wird (1) die Öffentlichkeit weitergebildet und informiert und (2) die Integration öffentlicher Werte in Entscheidungen gefördert. Zusätzlich werden (3) die Entscheidungen in ihrer Qualität substantiell, verbessert während (4) das Vertrauen in Institutionen ansteigt. Schlussendlich können durch Partizipation (5) Konflikte zwischen konkurrierenden Interessen überwunden werden. Das Erreichen einer kosteneffektiven Entscheidung sieht er als sechstes erreichbares Ziel.¹³⁴

Häufige Kritikpunkte an partizipativen Instrumenten zur Planung und Entscheidungsfindung sind hingegen die zeitlichen Verzögerungen, eine Erhöhung der Kosten sowie eine nicht ausreichende Qualität der Lösungen. Darüber hinaus werden seitens politischer Entscheidungsträger partizipative Prozesse mit der Angst vor Machtverlust verbunden.¹³⁵ IRVIN & STRANSBURY (2004) bilden aus der bestehenden Literatur heraus und auf dem Hintergrund eines Projektes zum Wassermanagement Low-Cost, High-Cost, High-Benefit und Low-Benefit Indikatoren für Beteiligungsprozesse (vgl. Tabelle 4).¹³⁶

¹³¹ Als ressourcenstark werden in diesem Zusammenhang Bürger bezeichnet, welche über die finanziellen und zeitlichen Ressourcen für eine Teilnahme verfügen.

¹³² Vgl. Schmidt 2010, S. 244 f.

¹³³ Vgl. Irvin, Stansbury 2004, S. 61

¹³⁴ Vgl. Beierle 1999, S. 82 ff.

¹³⁵ Vgl. Sinning 2005, S. 580

¹³⁶ Vgl. Irvin, Stansbury 2004, S. 62

Tabelle 4: Bewertungsindikatoren für Beteiligungsprozesse nach IRVIN & STANSBURY (2004)

Low Cost Indicators <ul style="list-style-type: none"> (1) Bereits bestehende ehrenamtliche oder freiwillige Tätigkeiten seitens der Bürger (2) geographische Nähe der zu Beteiligten zum Treffpunkt (3) ausreichendes Einkommen der Bürger, um durch eine Teilnahme die Versorgung der Familie nicht zu gefährden (4) Kleine Arbeitsgruppen mit wenigen Repräsentanten auf Grundlage homogener Interessenslagen (schnellere Entscheidungsfindung) (5) Keine Notwendigkeit für Repräsentanten in kurzer Zeit komplexe Sachverhalte zu verinnerlichen 	High-Benefit Indicators <ul style="list-style-type: none"> (1) Thematik ist fest gefahren und kann durch Bürgermandat gelöst werden (2) Ablehnung gegenüber der öffentlichen Hand ist hoch. Erfolgreiche Implementation ist abhängig von einer Validation durch die Öffentlichkeit. (3) Moderator ist von allen Repräsentanten anerkannt (4) Große Bedeutung/Interesse des Themas für die Beteiligten
High-Cost Indicators <ul style="list-style-type: none"> (1) zustimmende/zufriedene Öffentlichkeit soll beteiligt werden (2) keine geographische Nähe der zu Beteiligten zum Treffpunkt, keine face-to-face meetings (3) Gruppe der zu Beteiligten besteht aus konkurrierenden Interessensgruppen und ist sehr groß (4) Ressourcenschwache Bürger sind Hauptakteure der Partizipationsprozesse (5) Notwendigkeit für Repräsentanten sich in kurzer Zeit in komplexe Sachverhalte einzuarbeiten (6) Öffentlichkeit empfindet die Thematik als unproblematisch oder sieht keine politischen Alternativen 	Low-Benefit Indicators <ul style="list-style-type: none"> (1) Keine Ablehnung gegenüber der öffentlicher Hand (2) Der Agent hatte bereits Erfolg in der Implentation ohne Einsatz partizipativer Prozesse (3) Große Einwohnerzahlen erschweren den Einfluss von Stakeholdern (4) Die Gruppe ist nicht als Entscheidungsgremium anerkannt (5) Die Entscheidungen der Gruppe unterscheiden sich nicht von denen der öffentlichen Hand

Hiermit versuchen sie den Fokus von dem Nutzen oder der Leistung eines Partizipationsprozesses an sich weg zu lenken. Vielmehr beschreiben sie Rahmenbedingungen und leiten Indikatoren her, die zum Erfolg oder Mißerfolg auf verschiedenen Bezugsebenen führen können.¹³⁷

Weitere Gegenargumente zur bzw. Grenzen der partizipatorischen Theorie werden von Kritikern im Bereich des zu Grunde liegenden Menschenbildes gesehen. Diesem wird vorgeworfen die Kompetenz der Bürger zu überschätzen. Desweiteren werde durch Partizipation ein Minderheitsdespotismus gefördert, welcher bis hin zur Destabilisierung eines gesamten Systems führen kann. Außerdem wird in einem Politiksystem, das auf Partizipation setzt, die Bereitschaft der

¹³⁷ Vgl. Irvin, Stansbury 2004

Bürger zur Teilnahme an Prozessen vorausgesetzt. Gerade das egoistische Menschenbild der Vertreter der ökonomischen Schule der Demokratie steht dieser Teilnahme entgegen. Als wohl größter Konstruktionsmangel in den beteiligungsorientierten Theorien ist das Problem des hohen Zeit- und Ressourcenaufwandes zu nennen. Dennoch sind effizienzorientierte Strategien zur Beteiligung bisher kaum entwickelt worden.¹³⁸

2.2 URBANE WÄLDER UND URBANE FORSTWIRTSCHAFT

Die Bewirtschaftung und Bedeutung urbaner Wälder und urbaner Forstwirtschaft ist ein weltweites Thema. Aufgrund unterschiedlicher regionaler und lokaler Rahmenbedingungen bestehen Konzepte zu urbaner oder auch stadtnaher Forstwirtschaft auf unterschiedlichen Adaptionsstufen. Die FAO ordnet in ihrem Ansatz die urbane Forstwirtschaft in einen holistischeren Kontext urbaner grüner Lebensräume ein. Demnach zählen urbane und stadtnahe Waldlandschaften, Bäume in Parkanlagen, Bäume als Straßenbegleitgrün, Bäume in Garten- und Parkanlagen, Frei- und Brachflächen sowie grüne Korridore entlang bestehender Infrastruktur in die Definition von *urban and peri-urban forestry*.¹³⁹ Innerhalb dieses holistischen Konzepts finden sich drei grundsätzliche Definitionsansätze des Gegenstandsbereichs urbaner Wälder und Forstwirtschaft wieder. Diese beziehen sich (1) auf Straßenbegleitgrün sowie Begleitgrün anderer versiegelter Flächen, (2) Bäume in Park- und Gartenanlagen sowie Gewerbeflächen und (3) Baumbestände oder Waldflächen, die als solche definiert sind bzw. die einem Besucher das Gefühl eines Waldklimas geben.¹⁴⁰ RANDRUP et al. (2005) rücken generell die Bewirtschaftung von Waldflächen in und um urbane Gesellschaften in den Mittelpunkt, welche das Ziel haben, dieser Gesellschaft ökologische, soziale, ökonomische oder ästhetische Beiträge bereitzustellen.¹⁴¹ Alle beschriebenen Konzepte beschäftigen sich nicht originär mit den Besitzverhältnissen betroffener Flächen. Diese spielen jeweils nur eine untergeordnete Rolle.

Auf europäischer Ebene nimmt die Fülle der Konzepte und Definitionen nicht wesentlich ab. Eine Abgrenzung der Inhalte ist nicht ohne weiteres möglich. Hinzu kommt, dass sich das Konzept der *Urban Forestry* in den letzten 20 Jahren stark entwickelt hat. Die Beiträge zu der vor allem in Europa rasant verlaufenden Entwicklung sind zum einen als interdisziplinär zwischen Disziplinen der

¹³⁸ Vgl. Schmidt 2010, S. 238 ff.

¹³⁹ Vgl. Sangster et al. 2011, S. 1

¹⁴⁰ Vgl. Randrup et al. 2005, S. 14 ff.

¹⁴¹ Vgl. Randrup et al. 2005, S. 14 ff.

Forstwissenschaften, Stadtplanung oder auch Landschaftsarchitektur und zum anderen als intersektoral zwischen Wissenschaftlern und Praktikern zu beschreiben.¹⁴²

Das Konzept, welches sich im internationalen Vergleich am ehesten eignet, um die Begebenheiten im vorliegenden Forschungsbezug Kommunalwald in Deutschland einzuordnen, sind municipal bzw. communal forests (vgl. Kap. 1.5.1). Diese werden wiederum auf europäischer Ebene oftmals in das Begriffskonzept der *city forests* integriert und beschäftigen sich mit der Bewirtschaftung und Bedeutung von offen definierten Wäldern, welche sich durch eine enge Bindung zu einer bestimmten Stadt im ökonomischen wie auch kulturellen und sozialen Bereich charakterisieren lassen. Allerdings verdeutlicht KONIJNENDIJK (2008) in der weiteren Betrachtung, dass diese Wälder zum einen oft in kommunalen Besitz sind und zum anderen Bürger sowie Magistrate und städtische Behörden ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung dieser lokalen Wälder erhöht haben.¹⁴³ Die Konzepte und Theorieansätze der urban forestry bilden einen übergeordneten Rahmen für relevante Kommunalwaldfragen in Deutschland. Diese verbinden forstwissenschaftliche Ansätze mit Theorien des urbanen Raums. Innerhalb des Feldes der urbanen Forstwirtschaft definieren OTTISCH & KROTT (2005) urbane Forstpolitik bspw. als

„...the social bargaining process for the regulation of conflicts related to interests in the utilization and protection of forests and trees according to urban forestry programmes.“
(Ottitsch, Krott 2005, S. 119)

Urbane Forstwirtschaft unterscheidet sich wesentlich von der Bewirtschaftung nicht-urbaner Wälder. Problemlösungsstrategien müssen an Akteure und Prozesse im urbanen Raum angepasst werden. Die spezifischen Rahmenbedingungen erfordern eine Anpassung von Konzepten an die Vielfalt der Nutzungsarten und Nutzer, an die Entwicklung geeigneter forstlicher Institutionen sowie an Strategien zur Zusammenarbeit mit urbanen Akteuren.¹⁴⁴ Im Vergleich der Rollen und Bedeutungen wichtiger Akteure von nationaler/regionaler zur urbanen forstpolitischen Ebene wird deutlich, dass viele Akteursgruppen zwar auf beiden Ebenen in Erscheinung treten, sich aber bezüglich der Rolle und damit auch der Bedeutung unterscheiden (Vgl. Abbildung 8).

¹⁴² Vgl. Randrup et al. 2005

¹⁴³ Vgl. Konijnendijk 2008, S. 14 f.

¹⁴⁴ Vgl. Ottitsch, Krott 2005, S. 138

Actor group	Forest politics at national and regional levels	Urban forest politics
National forest authority (forest service)	<ul style="list-style-type: none"> • Implementation of national forest policies (regulative, financial, informational instruments) • Management of public forest land (in most countries decreasing) • Extension and other services for private land-owners 	<ul style="list-style-type: none"> • Mainly supervision role (unless forestry issues have been devoluted/decentralised to the local level)
Municipal forest service and other public green-space organisations	<ul style="list-style-type: none"> • Mainly defence of municipal interests vs. national authorities • No need for alliances with traditional public or private owners 	<ul style="list-style-type: none"> • Implementation of municipal forest and greenspace policies • Management of public lands
Private land owners	<ul style="list-style-type: none"> • Property rights • Financial and other benefits from land management 	<ul style="list-style-type: none"> • In most countries not very relevant, with the exception of some forms of 'common' property (e.g., Buergergemeinden in Switzerland); private gardens do constitute an important component of the urban forest, however, e.g. in terms of ecological greenstructure
Wood processing industries	<ul style="list-style-type: none"> • Raw material supply 	<ul style="list-style-type: none"> • Mostly not relevant
NGO's	<ul style="list-style-type: none"> • Environmentally sound management practices • Conservation areas • Conflict with land-owners 	<ul style="list-style-type: none"> • Environmentally sound management practices • Conservation areas • Less conflicting role • Importance of local groups and single-issue initiatives!

Abbildung 8: Vergleich der Rolle und Bedeutung der wichtigsten Akteure der nationalen/regionalen und urbanen Forstpolitik (OTTITSCH & KROTT, 2005)

Als Hauptcharakteristika für die spezifischen Aufgabenbereiche und Herausforderungen, denen sich insbesondere city forests gegenüber sehen, sind (1) die Besonderheiten in der (kommunalen) Besitzform, (2) die Schwerpunktsetzung auf die Förderung sozialer, kultureller und umweltbezogener Werte, (3) die Orientierung an ästhetischen Werten, (4) ein hohes Maß an Erholungsinfrastruktur sowie (5) oftmals eine hohe biologische Diversität zu nennen.¹⁴⁵ Die Optimierung des Schutzes und der Nutzung von Bäumen und Wäldern in urbanen Räumen sieht sich nach OTTITSCH & KROTT (2005) vier *crisis causing factors* für urbane Wälder gegenüber.

1. Unklare Leitkonzepte für nachhaltige urbane Forstwirtschaft
2. Stark eingeschränktes Implementationspotential für umfassende und gut geplante urbane Forstwirtschaft aufgrund notwendiger Zusammenarbeit mit dem schwachen Partner Stadtplanung.

¹⁴⁵ Vgl. Konijnendijk 2008, S. 14

3. Der ökologische Druck auf urbane Wälder wird von der Öffentlichkeit sowie Politikern nicht wahrgenommen.
4. Die Finanzierung urbaner Forstwirtschaft nimmt, einhergehend mit einem generellen Sinken der öffentlichen Haushalte, ab.¹⁴⁶

Die theoretisch umrissenen spezifischen Aufgaben urbaner Wälder können auch an anderer Stelle verdeutlicht werden. So werden beispielsweise im Landeswaldbericht Nordrhein-Westfalen von 2007 insbesondere für den Kommunalwald der Ballungszentren Aufgabenschwerpunkte beschrieben, welche durch die besonders stark ausgeprägte Ausrichtung auf die Erholungsfunktion, anders als bei Forstbetrieben im ländlichen Raum, bedingt sind.¹⁴⁷

2.3 KOMMUNALWALD IN DEUTSCHLAND

2.3.1 Kommunalpolitischer Hintergrund

In der historischen Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung lassen sich die Diskurse entweder dem Selbstregierungskonzept oder, gegensätzlich dazu, dem unpolitischen Selbstverwaltungskonzept zuordnen. Ersteres zielt auf eine stärkere kommunale Autonomie und vor allem auf die Partizipation von Bürgern sowie Organisationen ab. Das unpolitische Selbstverwaltungskonzept hingegen stellt effiziente¹⁴⁸ und effektive Aufgabenerledigung sowie die weitgehende Integration der kommunalen Selbstverwaltung in den Staat in den Mittelpunkt.¹⁴⁹

Bereits vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1989 wurde die Verfassung der DDR reformiert und die kommunale Selbstverwaltung eingeführt. Letztere ist bis heute die wichtigste Rahmenbedingung bei der Betrachtung von kommunalpolitischen Fragestellungen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands verstärkten sich sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern Trends in Richtung Ökonomisierung und erweiterter Partizipation.¹⁵⁰

„Verwaltungen sind abstrakt gesprochen ‘Herrschaftsinstrumente im Alltag’ (Max Weber) und zugleich Dienstleistungsproduzenten.“ (Bogumil, Jann 2005, S. S. 69)

In der Beschreibung von Verwaltungen, also auch der Kommunalverwaltung, bilden die auszuübenden Funktionen somit eine wichtige Beschreibungsgröße. Grundsätzlich können sie anhand ihrer Funktionen in Ordnungs-, Dienstleistungs-, Organisations- sowie politische

¹⁴⁶ Vgl. Ottitsch, Krott 2005, S. 139 ff.

¹⁴⁷ Vgl. MUNLV 2007, S. 22

¹⁴⁸ Vgl. Kap. 2.1.3.1

¹⁴⁹ Vgl. Bogumil, Holtkamp 2006, S. 14

¹⁵⁰ Vgl. Bogumil, Holtkamp 2006, S. 39 ff.

Verwaltung unterschieden werden. Ordnungs- und Dienstleistungsverwaltung sind hierbei die Bereiche, die für die Erledigung öffentlicher Aufgaben zuständig sind, während die Bereiche der Organisations- und politischen Verwaltung die Voraussetzungen bzw. die Zielsetzungen hierfür schaffen.¹⁵¹ Aufgaben der kommunalen Forstwirtschaft sind in dieser Einteilung größtenteils der Dienstleistungsverwaltung zuzurechnen. Da die hoheitlichen Aufgaben, wie bspw. die Forstaufsicht, der Oberen bzw. Unteren Forstbehörde unterliegen¹⁵², welche für den Kommunalwald in der Regel den Landesforstverwaltungen zugeordnet ist, werden hier nur wenige Bereiche der Ordnungsverwaltung abgedeckt. Mit der Einführung betriebswirtschaftlicher Managementinstrumente in die öffentliche Verwaltung findet immer mehr eine Entwicklung von einer Ordnungs- hin zu einer Dienstleistungsverwaltung statt, in der die Bürger als Kunden verstanden werden. Weitere Aspekte sind Kostenkontrolle sowie Transparenz (vgl. hierzu Kap. 2.3.1.2).¹⁵³

2.3.1.1 Rechtlicher Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

In Art. 28 (1) GG ist durch das Homogenitätsgebot verankert, dass auch auf kommunaler Ebene das Prinzip und die institutionellen Regeln der repräsentativen Demokratie zur Anwendung kommen.¹⁵⁴ Die Kommunalebene umfasst neben kreisfreien Städten, die Kreise mit ihren jeweilig zugeordneten Gemeinden.¹⁵⁵ Juristisch sind Kommunen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie sind Träger der grundsätzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung, die im Grundgesetz Art. 28 (2) verankert ist, und stellen somit eine eigene Ebene im Verwaltungsaufbau dar.

Art. 28 GG: (2) „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle“.

¹⁵¹ Vgl. Bogumil, Jann 2005, S. 69

¹⁵² Eine Ausnahme besteht bspw. in Sachsen, wo die Landkreise bzw. kreisfreien Städte hoheitliche Aufgaben wahrnehmen.

¹⁵³ Vgl. Hill 2005

¹⁵⁴ Art. 28 GG: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.“

¹⁵⁵ Vgl. Bogumil, Jann 2005, S. 68

Abbildung 9 visualisiert den rechtlichen Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland über die Politikebenen Bund, Land und Gemeinde.

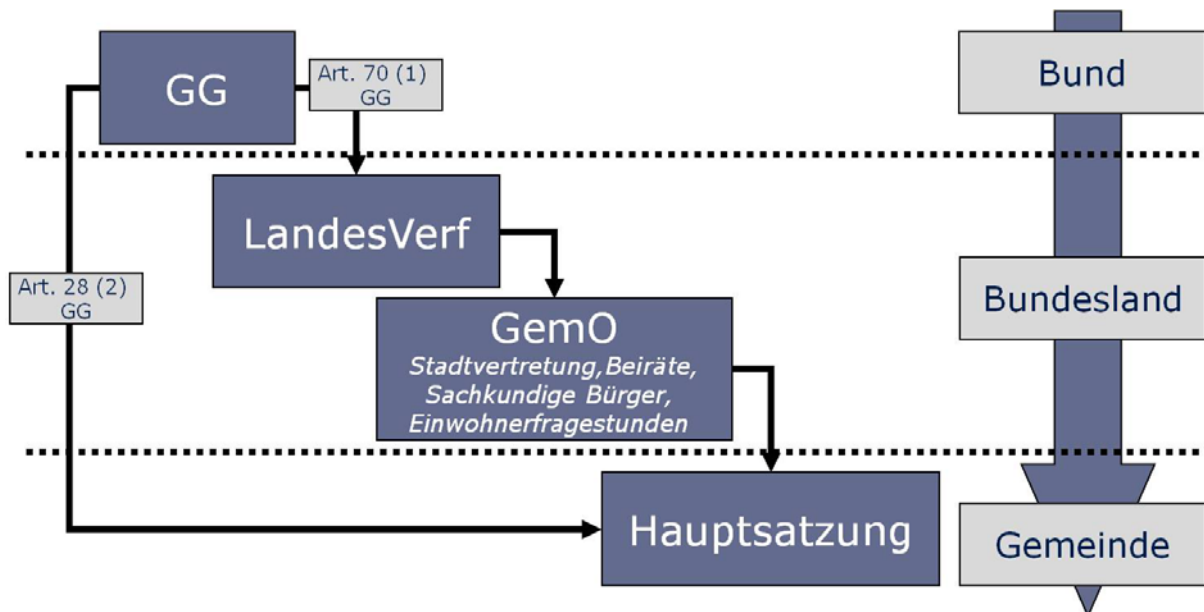


Abbildung 9: Rechtlicher Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung (eigene Darstellung nach Roth 1997)

Die konkrete Ausgestaltung der kommunalen Aufgaben wird durch die jeweilige Landesverfassung sowie die durch die Länder erstellte Gemeindeordnungen¹⁵⁶ geregelt. Die wichtigsten Regelungen finden sich in den Gemeindeordnungen. Das grundsätzliche Recht auf Selbstverwaltung der Kommunen unterliegt der Fach- und Rechtsaufsicht der Länder. Grundsätzlich können die Aufgabenfelder der Kommunen in *Auftragsangelegenheiten* und *Selbstverwaltungsangelegenheiten* unterschieden werden. Die Verwaltung von möglicherweise vorhandenem kommunalem Waldbesitz als nicht staatliche Aufgabe der örtlichen Selbstverwaltung, ist eine klassische Selbstverwaltungsangelegenheit der Kommune.¹⁵⁷

Rechtlicher Rahmen für Partizipationsprozesse, unabhängig ihrer Form und Intensität, ist immer die kommunale Selbstverwaltung. Die räumliche Nähe zum Bürger bietet der Kommune vielfältige Kontaktmöglichkeiten zum Bürger, denen sich durch die geringe Distanz bessere Eingriffs- und Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Die Gemeindeordnung einer Kommune bildet die grundlegende Verfassung derselbigen. In ihr werden rechtliche Regelungen zur Organisation von Aufgaben und Arbeiten der unterschiedlichen kommunalen Organe getroffen. Hierzu gehören insbesondere der Bürgermeister, der Gemeinderat sowie die Ausschüsse. Die Art und Zusammensetzung der kommunalen Organe ergibt sich aus den jeweiligen Landesverfassungen und Gemeindeordnungen

¹⁵⁶ In einigen Bundesländern wird der Begriff Kommunalverfassung synonym verwendet.

¹⁵⁷ Vgl. Bogumil, Holtkamp 2006, S. 51 ff.

und unterscheiden sich daher auf Länderebene. Gemeinsam ist allen Gemeindeordnungen, dass immer ein Gemeinderat bzw. Stadtrat¹⁵⁸ besteht. Generell sind für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg vier verschiedene Kommunalverfassungstypen zu unterscheiden: (1) die süddeutsche sowie (2) die norddeutsche Ratsverfassung, (3) die Magistratsverfassung und (4) die Bürgermeisterverfassung. Die größten Unterschiede bestehen in der Stellung sowie der Wahl des Hauptverwaltungsbeamten, also dem Bürgermeister. In den 1990er Jahren hat sich in Deutschland in einem *Siegeszug der Süddeutschen Ratsverfassung* nahezu flächendeckend¹⁵⁹ die Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters durchgesetzt.¹⁶⁰ Entscheidungs- oder Beratungsorgane werden von Kommunen/Gemeinderat in der Hauptsatzung festgelegt, denn nach Art. 70 GG haben die „(1) die Länder (haben) das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“¹⁶¹

In den letzten Jahrzehnten haben die Stadt- oder Gemeinderäte als demokratisch legitimierte Vertretung an politischer Macht verloren. Gründe hierfür liegen zum einen in der unmittelbaren demokratischen Legitimation der direkt gewählten Bürgermeister. Desweiteren geht von Bürgerbeteiligung, Bürgerbegehren bis hin zu Bürgerentscheiden eine große Kraft aus, die zu einem weiteren Machtverlust führen kann.¹⁶²

Auch wenn im Grundgesetz prinzipiell ein Recht auf kommunale Selbstverwaltung verankert ist, macht ROTH (1997) darauf aufmerksam, dass in einer Kommune bei weitem nicht alles Handeln im Sinne dieser Selbstverwaltung stattfindet. Als einen Punkt führt er diejenigen Bereiche und Einrichtungen an, die zwar für den Alltag der Gemeindebürger von großem Interesse sind, jedoch durch die Zugehörigkeit zu privaten Unternehmen oder der Zuständigkeit von staatlichen Ebenen der Länder oder des Bundes dem Einfluss lokaler Politik entzogen sind. Dieser Einfluss auf lokale Entwicklungen ist besonders in den letzten Jahren durch die gemeinsame Politikführung auf europäischer und auch auf internationaler Ebene angestiegen. So kommt es heute in vielen Lebensbereichen zu einer Durchdringung globaler und lokaler Entwicklungen, die einen spürbaren aber schwer durchschaubaren Einfluss auf die kommunale Politik ausübt.¹⁶³

¹⁵⁸ Durch die unterschiedlichen Vorgaben der Ländergesetzgebung kann es zu unterschiedlichen Bezeichnungen für den Gemeinderat kommen. So heißt der Gemeinderat in Schleswig-Holstein oder Brandenburg bspw. Gemeindevertretung, in Niedersachsen Rat der Gemeinde, etc.

¹⁵⁹ Hessen wendet die Magistratsverfassung an. Vgl. Dreßler 2002, S. 147

¹⁶⁰ Vgl. Bogumil, Holtkamp 2006, S. 41 ff. und 61 f.

¹⁶¹ Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG), S. 17

¹⁶² Vgl. Hill 2005, S. 570

¹⁶³ Vgl. Roth 1997, S. 404

2.3.1.2 Verwaltungsmodernisierung und neues Steuerungsmodell

Durch die Einführung des neuen Steuerungsmodells¹⁶⁴ rückte die Bürgerschaft zunehmend in den Blickpunkt von Verwaltungsmodernisierung. Im Leitbild der „Bürgerkommune“ werden Mitverantwortung für die Gestaltung der Städte und Gemeinden seitens der Bürger gefordert. Dies beinhaltet in seiner Umsetzung eine Weiterentwicklung des vorangegangenen Leitbildes der Dienstleistungskommune. Zwar steht der „Kunde Bürger“ weiter im Mittelpunkt, wird jedoch immer mehr zum Mitgestalter und damit Partner.



Abbildung 10: Abfolge kommunaler Leitbilder (nach Sinning 2005)

Hauptgrund für die Suche nach neuen Steuerungsmodellen für die Kommunalverwaltungen sind wiederum die Finanzprobleme der Gemeinden. Aus ihnen resultiert der Wunsch nach mehr Effizienz und allgemeinen Kostensenkungen. Zwar wird seitens der Vertreter des *New Public Managements* betont, dass der Bürger in den Mittelpunkt rückt, bezüglich verstärkter Bürgerbeteiligung ist dies aber fraglich. Gerade bezüglich zeit- und ressourcenaufwendiger Beteiligungsprozesse mit offenem Ausgang, scheint eine Integration in neue betriebswirtschaftlich orientierte Konzepte schwierig.¹⁶⁵

2.3.1.3 Kommunalpolitik alte vs. neue Bundesländer

Die Politikwissenschaft ist sich weitgehend einig, dass parteiliche Strukturierungen in der Kommunalpolitik das zentrale Funktionselement darstellen. Dies gilt allerdings nur für die westdeutschen bzw. alten Bundesländer.¹⁶⁶ Dieses System passt hingegen nicht auf die ostdeutschen bzw. neuen Bundesländer. Hier ist der Grad der Parteipolisierung gering ausgeprägt. Als Gründe hierfür fassen BOGUMIL & HOLTKAMP (2006) verschiedene Gründe an:

- „Unter der Herrschaft der SED hat sich ein unpolitisches Modell entwickelt....und auch nach der Wende noch fortwirkt.“

¹⁶⁴ Das Neue Steuerungsmodell kann als deutsche Variante des international eingeführten Konzepts des New Public Management angesehen werden. Vgl. Bogumil, Kuhlmann 2004, S. 51

¹⁶⁵ Vgl. Roth 1997, S. 419

¹⁶⁶ Vgl. Bogumil, Holtkamp 2006, S. 41

- *Es zeichnet sich eine Fortführung altinstitutioneller Handlungsmuster ab, bei der das zu DDR-Zeiten eingeübte gemeinsame und geschlossene Auftreten von Verwaltung und Vertretungskörperschaft gegenüber der Öffentlichkeit beibehalten wird.*
- *Gerade aufgrund des hohen sozioökonomischen Problemdrucks werden gemeinsame Lösungen favorisiert.*
- *Die Akteure teilen die gemeinsamen Erfahrungen der „runden Tische“ aus der Wendezeit, die von einem großen Konsens auch unter den Parteien geprägt war. (...)*
- *Anfänglich dominierten in den ostdeutschen Kommunen große Koalitionen, um die PDS aufgrund ihrer Vergangenheit von der Regierungsverantwortung auszuschließen.*
- *Nach wie vor besteht aufgrund der Erfahrungen der Vorwendezeit ein geringes Vertrauen gegenüber den Parteien.*¹⁶⁷

Ähnlich den hier angeführten Gründen für Unterschiede in der parteilichen Strukturierung, nennt ROTH (2001) Gründe für Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern auf. Er führt im Wesentlichen vier historisch-strukturelle Gründe an, welche gegen eine rasche Angleichung hinsichtlich des Bürgerengagements zwischen alten und neuen Bundesländern sprechen. Dies sind (1) Präge- und Folgewirkungen von 40 Jahren Systemdifferenz, (2) Erfahrungen eines Systemwechsels durch oppositionelle Bürgerbewegungen, (3) Entstehung einer Transformationsgesellschaft besonderen Typs welche eine Mischung aus DDR-Erbe und Institutionsformen der alten Bundesrepublik sowie (4) demographische und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen alten und neuen Bundesländern.¹⁶⁸ Aus diesen Gründen spricht ROTH (2010) von einer eigenständigen ostdeutschen „Identität“ im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements wie auch in vielen anderen Lebensbereichen. Diese zeichnet sich zum einen durch einen durch einen dauerhaften Rückzug vieler zuvor Aktiven nach der politischen Wende aus. Grund hierfür war der Wegfall politischer und betrieblich eingebundener Engagementstrukturen. Gleichzeitig besteht bei den jüngeren Bürgern eine Kluft zwischen Engagementbereitschaft und faktischem Engagement aufgrund des verzögerten Aufbaus alternativer Träger wie bspw. Vereinen und Verbänden.¹⁶⁹ Weiter sieht ROTH (2010) den politischen Raum für bürgerschaftliche Selbsttätigkeit in den neuen Bundesländern stark begrenzt, da die Politisierung und Konfliktorientierung der westdeutschen Kommunalpolitik der 1970er Jahre keine ostdeutsche

¹⁶⁷ Vgl. Bogumil, Holtkamp 2006, S. 42

¹⁶⁸ Vgl. Roth 2001, S. 12 f.. Zu getrennten politischen Teilkulturen zwischen alten und neuen Bundesländern vgl. auch Thumfahrt 2001, S. 6 ff.

¹⁶⁹ Vgl. Roth 2001, S. 20 f.

Entsprechung besitzt.¹⁷⁰ Neben diesen strukturellen Aspekten zeigt er zusätzlich Unterschiede auf Ebene der Akteure auf. So bestehen bis heute DDR Verbände und Massenorganisationen, wie z.B. auf überregionaler Ebene die "Volkssolidarität". Im Umweltbereich ist in diesem Zusammenhang die Grüne Liga zu nennen, welche sich als themenspezifisches Projekt der Bürgerbewegung neben anderen Gruppierungen in den Groß- und Mittelstädten etablieren und stabilisieren konnte.¹⁷¹

2.3.2 Wald in der Kommunalpolitik

Kommunen übernehmen Versorgungs-, Leistungs-, Fürsorge-, Vollzugs- und Planungsfunktionen. Dies trifft auch für die Bewirtschaftung des kommunalen Waldbesitzes zu. Im Tagesgeschäft der Kommunalpolitik spielt Wald als Thema oft eine eher untergeordnete Rolle. Zwar besitzt eine große Anzahl der Kommunen in Deutschland Wald, dies allerdings nur in geringen Größenordnungen. Hinzu kommt die Themenvielfalt, mit denen kommunale Verwaltungen konfrontiert werden (vgl. Kap.1.5.2). Hierdurch werden die Auseinandersetzungsmöglichkeiten mit dem kommunalen Waldbesitz zeitlich begrenzt.¹⁷² Dieses Problemfeld ist allerdings nicht spezifisch für den kommunalen Waldbesitz. ROTH (1997) beschreibt, dass sich die Kommunalregierungen in Deutschland in einem grundlegenden Dilemma befinden, da einer drückenden, größer werdenden Aufgabenlast, ein zu geringes Potential kommunaler Handlungsmöglichkeiten gegenüber stehe. Besonders deutlich wird dies in der Finanzsituation der Kommunen. Die Ursachen für die knappen Kassen der Kommunen liegen ROTH (1997) folgend nicht in einer kommunalen Misswirtschaft, sondern in der zunehmenden Schieflage in der staatlichen Finanzverfassung begründet. Diese führt dazu, dass Bund und Länder den Kommunen immer detailliertere gesetzliche Aufträge erteilen, jedoch gleichzeitig nicht für eine entsprechende kommunale Finanzausstattung sorgen.¹⁷³

Die Waldwirtschaft wird über unterschiedliche Mechanismen in die Kommunalstruktur einer Gemeinde eingebunden. Auf kommunaler Verwaltungsebene ist der Wald in der Regel nicht mit einem eigenen Ressort ausgestattet. Meistens erfolgt eine Zuordnung zum Ressort für Liegenschaften oder aber zu den Finanzen. Neben dieser Integration in eine Verwaltungseinheit der Kommune besteht eine weitere Zuständigkeit im Rahmen der Entscheidungsfindung der repräsentativ gewählten Gemeindevertreter. Hier existieren je nach Kommunengröße und Waldbesitzstruktur teilw. Forstliche Fachausschüsse oder aber inhaltlich zuständige Umwelt-, Liegenschaftsausschüsse oder Ähnliches. Existiert kein Fachausschuss, übernimmt der Hauptausschuss die Aufgaben der inhaltlichen Betreuung von Waldfragen. Als Hauptpunkte des

¹⁷⁰ Vgl. Roth 2001, S. 21

¹⁷¹ Vgl. Roth 2001, S. 18

¹⁷² Vgl. Burger, Hilt 2010, S. 349 f.

¹⁷³ Vgl. Roth 1997, S. 416

Informationsaustauschs arbeitet RUPPERT (2006) (1) die Forsteinrichtung (alle 10 Jahre), (2) die Besprechung der jährlichen Wirtschaftspläne sowie (3) die Teilnahme einzelner Forstleute an Sitzungen des zuständigen Gremiums heraus.¹⁷⁴ Inhaltliche Themen sind zusätzlich der allgemeine Zustand des Waldes, Fragen zur Waldbewirtschaftung, die Ertragslage des Kommunalwaldes sowie Sondernutzungen im Gemeindewald, welche sowohl spezielle Erholungsnutzung als auch Naturschutzaspekte oder die Jagd beinhalten. Zusätzlich können die allgemeinen Diskussionen um Verwaltungsreformen im speziellen Fall Auswirkungen auf forstliche Fragestellungen haben.¹⁷⁵

DINKELAKER (2000) arbeitet in seiner Untersuchung zwei wesentliche Punkte im Umgang von Gemeinden mit dem Kommunalwald heraus. Zum ersten ist die Delegation von Entscheidungen und Verantwortung von Gemeinden an die Forstverwaltung stark ausgeprägt. Zum zweiten bestehen Konflikte um den Kommunalwald nur in seltenen Fällen, wobei das Merkmal der Konflikthaftigkeit innerhalb der Gemeinden insgesamt schwach ausgeprägt ist, also keine Besonderheit für den Waldbereich darstellt. Aufgrund dieser Einschätzung kommt er zu dem Schluss, dass ein Großteil der Gemeinden *engagierten, unkritischen Förstergemeinden* oder *passiven, unkritischen Förstergemeinden*¹⁷⁶ zugeordnet werden kann.

2.4 URBAN (FOREST) GOVERNANCE

2.4.1 Urban Governance

Die Definition des *Governance* Begriffes gestaltet sich aufgrund seiner Dehnbarkeit schwierig. Zum einen wird er verwendet um Koordinationsmodi, wie z.B. *Hierarchie*, *Netzwerk* oder *Markt*, für kollektive Handlungen zu benennen.¹⁷⁷ Dabei besitzt der Begriff eine Doppelnatur, indem er sich sowohl auf das Handeln regelnder Strukturen als auch auf den Prozess der Regelung selber beziehen kann.¹⁷⁸ Daneben wird der Begriff Governance als Sammelbegriff genutzt, der die sehr heterogenen Entwicklungen in der Koordination kollektiver Handlungen seit den 1970er Jahren in Richtung eines kooperativen Staats beschreibt. Hier ist Governance eher als begriffliches und inhaltliches Gegenmodell zu *Government* zu verstehen.¹⁷⁹ Diese Sichtweise richtet sich grundsätzlich in Richtung

¹⁷⁴ Vgl. Ruppert 2006, S. 88 f.

¹⁷⁵ Vgl. Dinkelaker 2000, S. 159 f.

¹⁷⁶ DINKELAKER unterscheidet aufgrund seiner Erhebung 6 Gruppen von Förstergemeinden. 1. Engagiert-kritisch, 2. Engagiert-kritisch-selbstständig. 3. Engagiert-unkritisch, 4. Passiv-kritisch, 5. Passiv-unkritisch, 6. Passiv-unkritisch-selbstständig. Vgl. Dinkelaker 2000, S. 143 ff.

¹⁷⁷ Vgl. Einig, Grabher 2005, S. I

¹⁷⁸ Vgl. Mayntz 2006, S. 15

¹⁷⁹ Vgl. Einig 2005

einer nicht-hierarchischen Steuerung, bei der private kooperative Akteure an Prozessen zur Politikformulierung und –implementierung eingebunden werden.¹⁸⁰

Urban Governance bezieht sich auf Governance Strukturen innerhalb einer Stadt, Gemeinde oder einem sonstigen geographisch kleinräumig abzugrenzenden Gebiet. Obschon der Begriff der Urban Governance dabei häufig mit Governance Prozessen auf regionaler Ebene verschnitten wird, ist eine klare Abgrenzung möglich.¹⁸¹ DILLER (2005) folgend bezieht sich Regional Governance auf diejenigen Fragestellungen, welche einen Handlungsbedarf oberhalb der kommunalen und unterhalb der Länderebene aufzeigen, für welche keine politische Ebene im System besteht. In der Regionalisierungsdiskussion wird in diesem Zusammenhang eine Aufwertung der Region als Handlungsebene gesehen.¹⁸²

Urban Governance orientiert sich an räumlichen und verwaltungstechnischen kommunalen Abgrenzungen. Damit stehen insbesondere Arbeitsgruppen und Kooperationen von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren, die über Steuerungs- und Regelungssysteme, welche sowohl formelle als auch informelle Elemente aufweisen können und einen engen Bezug zur jeweiligen Kommune haben, im Mittelpunkt. Wie auch in anderen Governance Bereichen kommt im urbanen Kontext horizontalen, netzwerkartigen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren besondere Beachtung zu.¹⁸³ Ziel dieser Beziehungen sind meistens gemeinsame Planungen zur Stadtentwicklung.¹⁸⁴

Eine andere Möglichkeit sich diesem komplexen und abstrakten Themenbereich zu nähern ist es, Urban Governance anhand von Ausprägungsmerkmalen zu beschreiben. Zentrales Merkmal ist zum ersten die territoriale Ausprägung. Die territoriale Ausprägung von Governance Aspekten auf urbaner, also städtischer, Ebene bildet hier den Hauptbezugspunkt. Daneben ist EINIG (2005) folgend Urban Governance als heterarchisch¹⁸⁵ zu beschreiben. Horizontale Kooperationen, die intermediär zwischen nicht staatlichen und staatlichen Akteuren stattfinden, stehen im Mittelpunkt. Dabei werden schwächere Akteure durch entsprechende Verfahrensregeln auf eine Ebene mit

¹⁸⁰ Vgl. Mayntz 2006, S. 15

¹⁸¹ Oft wird der Begriff Urban Governance gemeinsam mit dem Begriff Regional Governance verwendet. Vgl. Jakubowski, Pauly 2005

¹⁸² Vgl. Diller 2005, S. 6

¹⁸³ Vgl. Jakubowski, Pauly 2005

¹⁸⁴ Die Planungshoheit, im Sinne Gestaltung der Bodennutzung, liegt im Planungssystem der Bundesrepublik Deutschland zu großen Teilen bei den Kommunen. Schmidt-Eichstaedt 2005, S. 649

¹⁸⁵ Unter Heterarchie versteht man die „Herrschaft der Anderen“. Der Begriff ist geprägt durch seinen organisationstheoretischen Gebrauch. Er steht im Gegensatz zu hierarchischen, monozentrisch ausgerichteten Organisationsstrukturen. Durch spontane Selbstorganisation, Eigenverantwortung und Eigeninitiative werden die Fähigkeiten der Individuen und die organisatorische Flexibilität gesteigert. Heterarchie ist ein polyzentrisches Organisationskonzept mit demokratischen Entscheidungsstrukturen. Vgl. Reihlen 1999, S. 8

stärkeren Akteuren gebracht, während staatliche Akteure sich auf die Rolle von Anstoßgebern zurückziehen. Hierbei entstehen jedoch keine dauerhaften Organisationen oder Institutionen, vielmehr steht der informelle Charakter des Verfahrens im Mittelpunkt. Urban Governance hat seinen Ursprung in der Stadtentwicklung. Urban Governance Konzepte decken in ihrer Praxisbandbreite thematisch Standortentscheidungen, Stadtumbau, Gebietsentwicklung sowie Investitionsgemeinschaften ab. Im Rahmen von Urban Governance Prozessen kommt es insgesamt zu einer Verschiebung im Verhältnis zwischen politischer Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern, da sie weniger auf der formalen Legitimation durch die repräsentative Demokratie fußen, als vielmehr auf einem basisdemokratischen Verständnis durch die unmittelbare Beteiligung Betroffener.¹⁸⁶

Erfolgreiche Urban Governance Konzepte und Prozesse sind von unterschiedlichen Dimensionen abhängig. (1) Die informalen, kooperativen Verfahren müssen mit den formalen Verfahrensschritten verwoben werden und sich integrieren lassen. (2) Eine persönliche Betroffenheit der Akteure erhöht die Effektivität und die Investitionsbereitschaft in die Prozesse, und gleichzeitig ist ein (3) geringes Konfliktniveau der Akteure förderlich. Desweiteren ist festzustellen, dass besonders in einem (4) ökonomisch boomenden Umfeld stabile und dauerhafte Rahmenbedingungen für Kooperationen zu finden sind.¹⁸⁷ Partizipation als Instrument spielt aufgrund der nicht-hierarchischen kooperativen Ausrichtung von Governance Prozessen im Allgemeinen und auf urbaner Ebene im Speziellen eine zentrale Rolle. Als Kooperationsformen sind interkommunale Kooperationen, Public-Private-Partnerships, Bürgerorientierung in Form von Partizipationsprozessen, Bürgerschaftliches Engagement, Corporate Citizenship, Unternehmensnetzwerke oder stadstregionale Partnerschaften möglich. Abbildung 11 verdeutlicht die Einordnung von Partizipation in das Modell der Urban Governance. SINNING (2005) ordnet Anwendungsbereiche dabei insbesondere in den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements und interkommunaler Kooperationen zu.

¹⁸⁶ Vgl. Einig 2005 und Einig et al. 2005, S. VII

¹⁸⁷ Vgl. Einig 2005

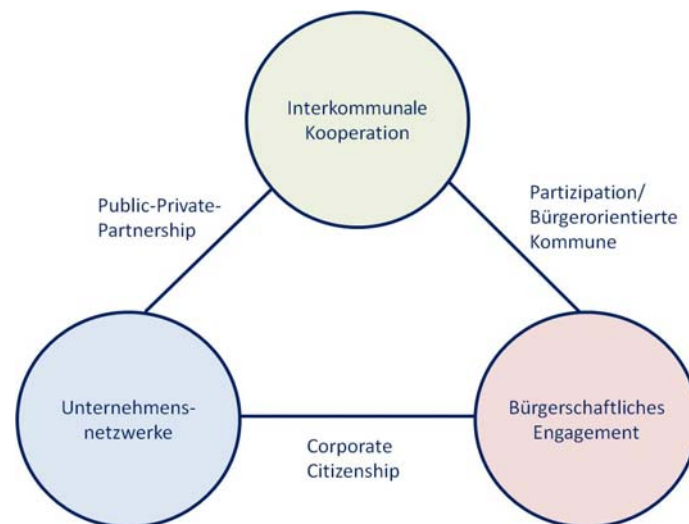


Abbildung 11: Kooperationsformen und Einordnung der Partizipation im Governance-Modell (verändert nach Sinning 2005, S. 581)

Im Hinblick auf eine weiter gefasste Definition von Partizipation jenseits der Öffentlichkeitsbeteiligung, können jedoch auch die Bereiche der Beteiligung von Einzelpersonen, Experten, sonstiger Akteure oder Repräsentanten als Partizipation verstanden werden, welche hier ausschließlich den Public-Private-Partnerships zugeordnet sind. Diese können als trilaterale Kooperationen verstanden werden. Neben der Legitimation solcher weichen Steuerungsformen über die Input-Legitimation des Prozesses und der Throughout-Legitimation¹⁸⁸ der hohen Akzeptanz dieser Prozesse rücken harte Evaluationskriterien immer mehr in den Fokus. Zeit-, Kosten- und Umsetzungseffektivität halten dann der Evaluation stand, wenn der Prozess von Anfang an geschickt mit der Umsetzung verknüpft wurde und informale, kooperative Verfahren in das formale Verfahren integriert sind.¹⁸⁹

Neue Formen von Governance im urbanen Raum und besonders in der Stadt- und Regionalentwicklung werden zunehmend dadurch legitimiert und erklärt, dass sie Kreativität in den Entscheidungen und Planungen fördern. Diese ist besonders dann gefragt, wenn Markt und Gesellschaft keine bedarfsgerechten Lösungen für Problemfelder anbieten und der Staat als *Ersatzlösung* vermieden werden soll.¹⁹⁰ Eine Möglichkeit zur Umsetzung sind beispielsweise so genannte *community plans*, welche Entwicklungs- und Rahmenprogramme für die kommunale Gestaltung in Form eines Gesamtkonzeptes darstellen. Im weitergeführten Gedankenmodell ist ein *demokratisches Outsourcing* an private und gesellschaftliche Gruppen möglich. Wenn es gelingt ein

¹⁸⁸ Throughout Legitimation ist eine Form der Legitimation, welche während des Durchführens von Prozessen, z.B. aufgrund wachsender Transparenz, entsteht.

¹⁸⁹ Vgl. Einig, Grabher 2005, S. 4

¹⁹⁰ Vgl. Einig 2005

solches Outsourcing, nach einem nachvollziehbaren Abwägen und einer Gemeinwohlprüfung durch die gewählten Vertreter, in einen community plan einzubinden ist das Legitimationsniveau höher als bei den klassischen Alleinentscheidungen durch die Vertreter einzuschätzen.¹⁹¹

Bürgerbeteiligung als Planungs- und Entscheidungsinstrument ist in der Stadtentwicklung bereits seit den 1970er Jahren fest verankert. Darüber hinausgehende kooperative und kommunikative Prozesse finden in den letzten Jahren verstärkt Eingang in Planungspraxis und –theorie. Gründe hierfür liegen vor allem im konzeptionellen Rahmen des neuen Steuerungsmodells¹⁹². Urban Governance stellt sich in erster Linie Fragen aus der konkreten Stadt- und Quartiersplanung. Soll eine Gemeinde eine Bücherei besitzen? Wo soll die nächste Schule gebaut werden? Kooperationslösungen mit gesellschaftlichen Akteuren können hier akzeptable Lösungen bieten.¹⁹³ Vorstellbar sind darüber hinaus jedoch auch Fragestellungen aus anderen Themenkomplexen. Somit ist eine Übertragung auf urbane Forstwirtschaft möglich (vgl. Kap.2.4.2). Welche Funktionen soll der kommunale Wald hauptsächlich erfüllen? Wie weit soll der nächste Zugang zum Wald maximal von den Wohngebieten entfernt sein?

2.4.2 Urban Forest Governance

Innerhalb der Urban Governance existieren weitere Abgrenzungen. Für die Betrachtung stadtnaher Wälder am Beispiel von Kommunalwäldern ist insbesondere die Betrachtung von Governance Prozessen im Waldkontext interessant. Der Begriff der Urban Forest Governance ist in Europa bisher nicht weit verbreitet. Jenseits der Verwendung des Begriffes kommt der Betrachtung von Governance Prozessen im Kontext urbaner Wälder jedoch inhaltlich Bedeutung zu. LAWRENCE et al. (2011) führen Urban Forest Governance als Begriff ein. Demnach werden Strukturen, Regeln, Partnerschaften und Prozesse erfasst, welche zur Entscheidungsfindung bezüglich urbaner und stadtnaher Bäume und Wälder führen. Die Notwendigkeit für eine Abgrenzung leiten sie zum einen aus den Unterschieden zwischen der Governance von urbanen und stadtnahen Wäldern gegenüber traditioneller Governance ruraler Waldgebiete her. Zum anderen weisen sie auf Unterschiede, aber auch Überschneidungen, mit Governanceprozessen aus dem städtischen Umweltbereich hin.¹⁹⁴ Überschneidungen mit Konzepten der in Kap. 2.4.1 vorgestellten Urban Governance Prozesse sind demnach möglich.

¹⁹¹ Vgl. Hill 2005, S. 573 ff.

¹⁹² New Public Management (NPM), vgl. Kap. 2.3.1.2

¹⁹³ Vgl. Sinning 2005

¹⁹⁴ Vgl. Lawrence et al. 2011, S. 1 f.

3 KONKRETISIERUNG DER LEITFRAGEN IN FORM VON FORSCHUNGSFRAGEN / ERHEBUNGSMODELL

Die Betrachtungen in Kapitel 2 haben gezeigt, dass unterschiedliche Beschreibungsdimensionen für partizipative Prozesse in Modellen beschrieben werden. Um die Eigenschaften partizipativer Prozesse im konkreten Bezugszusammenhang des Kommunalwaldes zu beschreiben, ist es sinnvoll, diese bereits bestehenden Beschreibungsdimensionen aufzugreifen und zu einem Erhebungsmodell zu kombinieren.

Die Leitfragen (vgl. Kap. 1.1) werden unter Zuhilfenahme der in Kapitel 2 aufgezeigten existierenden Theorien, Modelle und Begriffskonzepte zu Forschungsfragen konkretisiert. Diese beziehen das Vorwissen auf allgemeine Zusammenhänge partizipativer Prozesse im Kommunalwald und haben zum Ziel dem existierenden Wissen über Partizipationsprozesse spezielle Erkenntnisse aus dem Bereich des Kommunalwalds hinzuzufügen. Damit entsprechen sie den Anforderungen an soziologische Forschungsfragen in qualitativen Erhebungsmodellen.¹⁹⁵ Leitfragen, welche nicht durch bestehende Theorien, Modelle oder Begriffskonzepte zu unterfüttern sind, verbleiben als solche im Erhebungsmodell. Die Beantwortung wird anhand der explorativen Ausrichtung der Untersuchung angestrebt.

Die Leitfragen und konkretisierten Forschungsfragen bilden die Grundlage für den Expertenleitfaden¹⁹⁶ (vgl. Kap. 4.2.3).

Tabelle 5 zeigt das Zusammenspiel von Leitfragen, konkretisierten Forschungsfrage sowie bestehenden Theorien, Modellen und Begriffskonzepten.

¹⁹⁵ Vgl. Merkmale soziologischer Forschungsfragen. Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 63

¹⁹⁶ Vgl. Anhang: Expertenleitfaden

Tabelle 5: Erhebungsmodell: Leitfragen – Forschungsfragen – Modelle

Leitfrage	Forschungsfragen	Theorien / Modelle Begriffskonzepte
1. Wo, wann, wie und in welchem Umfang werden in Deutschland im Kommunalwald partizipative Prozesse durchgeführt?	1.1. Wer ist an der Entscheidungsfindung im Kommunalwald im System der repräsentativen Demokratie beteiligt? 1.2. Welche Rolle spielen partizipative Prozesse in der Entscheidungsfindung im Kommunalwald? 1.3. Zu welchem Zeitpunkt im Policy-Zyklus wird durch Partizipationsprozesse auf den Kommunalwald Einfluss genommen? 1.4. In welchem Umfang werden in Deutschland im Kommunalwald partizipative Planungsprozesse durchgeführt? 1.5. Bestehen Unterschiede in Form, Verfahren und Ausmaß partizipativer Entscheidungsprozesse zwischen alten und neuen Bundesländern?	<ul style="list-style-type: none"> • expansiv - integrativ – effizienzorientiert • Urban Governance Prozesse • Policy Cycle • Akteure der Partizipation; Reader-to-Leader-Framework • Unterschiede alte Bundesländer vs. Neue Bundesländer
2. Wie können Partizipationsprozesse im Kommunalwald charakterisiert werden?	2.1. Welche Akteure werden an Entscheidungen im Kommunalwald beteiligt? 2.2. In welchen Fällen fungiert der Bürger in Beteiligungsprozessen im Kommunalwald als Auftraggeber oder Mitgestalter? 2.3. Welchen Stufen sind Beteiligungsprozesse im Kommunalwald zuzuordnen? Existieren Prozesse auf Ebene der Mitgestaltung? 2.4. Welche der angewandten Verfahren können den kooperativen und welche den gesetzlich verankerten Beteiligungsformen zugeordnet werden? 2.5. Welche Themen werden im Kommunalwald partizipativ bearbeitet?	<ul style="list-style-type: none"> • Auftraggeberrolle – Mitgestalterrolle • Ebene der Partizipation • Formen / Verfahren der Partizipation <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kooperativ vs. gesetzlich verankert ➤ Klassisch vs. alternativ ➤ Repräsentativ vs. direktdemokratisch vs. nicht-instituionalisiert. • Themen der Partizipation

Leitfrage	Forschungsfragen	Theorien / Modelle Begriffskonzepte
3. Welche Intention wird mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald verfolgt?	3.1. Welche Intention verfolgen die Entscheidungsträger mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald? 3.2. Wer initiiert Beteiligungsprozesse im Kommunalwald?	<ul style="list-style-type: none"> • Kontext – Prozess – Ergebnis • Akteure der Partizipation • Interesse an Partizipation • Expansiv – integrativ – effizienzorientiert
4. Welche Rahmenbedingungen sind für die Durchführung partizipativer Prozesse im Kommunalwald notwendig?	4.1. Können Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Partizipationsprozessen im Kommunalwald ausgeschieden werden? 4.2. Können externe und interne Rahmenbedingungen für Partizipationsprozesse unterschieden werden?	<ul style="list-style-type: none"> • Bewertungsindikatoren / SWOT-Analyse • Kontext – Prozess – Ergebnis
5. Auf welche Art, mit welchem Organisationsgrad und welcher Intensität lassen sich partizipative Ansätze in bestehende Kommunalverwaltungsstrukturen integrieren?	5.1. Welche Handlungsstrategien mit Bezug zu Partizipationsprozessen verfolgen die Entscheidungsträger? 5.2. Wird der Kommunalwald an Urban Governance Konzepten beteiligt?	<ul style="list-style-type: none"> • Urban Governance • Urban Forest Governance

4 METHODISCHES VORGEHEN

4.1 METHODOLOGISCHE GRUNDLAGEN

Der vorliegende Themenbereich der Partizipation und Entscheidungsfindung in stadtnahen Waldlandschaften bildet eine Schnittstelle zwischen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Aspekten sowie forstwissenschaftlichen Fragestellungen. Eine empirische Untersuchung der Thematik erfordert demnach Methoden aus der empirischen Sozialforschung, bei der soziale Tatbestände systematisch erfasst und gedeutet werden.¹⁹⁷

In der empirischen Sozialforschung werden in der Regel zwei voneinander abgrenzbare Traditionen unterschieden. *Deduktiv-nomologische* Forschungsansätze stehen dem Gegenkonzept des *Interpretativen Paradigmas* entgegen. Erstere deduktiv-nomologische Forschungsansätze, die unter anderem auch als Objektivismus oder auch Positivismus bezeichnet werden, werden in der Methodologie oftmals unter dem Begriff der Quantitativen Sozialforschung subsummiert.¹⁹⁸ Ein standardisiert kommunikativer und andererseits quantifizierend analytischer Zugang zum Untersuchungsfeld zeichnet diese Forschungsansätze aus. Ziel ist es in der Regel auf diese Weise bereits bestehende Theorien zu evaluieren und Hypothesen zu testen. Ursprung ist hierbei die klassische naturwissenschaftliche Forschung, die auch in der Forstwissenschaft eine große Tradition hat. Daher wurden und werden die empirischen Untersuchungen in den Forstwissenschaften bis heute durch quantitatives Forschungsvorgehen dominiert. Hierbei bildet auch die Forstpolitikforschung keine Ausnahme, auch wenn in ihr in den letzten Jahren verstärkt qualitative Forschungsansätze Anwendung finden.¹⁹⁹ Diese Untersuchungen haben ihren Ursprung in der geistes- und kulturwissenschaftlichen Forschungstradition. Sie folgen einem interpretativen Paradigma, haben demzufolge in erster Linie das Verstehen und ein erst anschließendes Erklären zum Ziel. Diese Forschungsansätze, welche auch als *Subjektivismus* oder *Sinnverstehende Sozialforschung* beschrieben werden, werden gemeinhin unter dem Begriff *Qualitative Sozialforschung* zusammengefasst.²⁰⁰ Angewandt werden qualitative Forschungsmethoden zur Exploration eines Feldes oder auch zur Gewinnung neuen theoretischen Wissens. In der

¹⁹⁷ Vgl. Einig, Grabher 2005, S. S.2.

¹⁹⁸ Vgl. Wild-Eck 2000, S. 18 und Bittner 2001, S. 236

¹⁹⁹ Vgl. Wild-Eck 2000, S. 18 und Bittner 2001, S. 236

²⁰⁰ Vgl. Wild-Eck 2000, S. 18

forstpolitikwissenschaftlichen Forschung liegt der Schwerpunkt im Testen und Anwenden bestehender Theorien anderer Forschungsdisziplinen, nicht in der Theoriebildung.²⁰¹

Die Unterscheidung der verschiedenen Forschungsansätze hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Ausrichtung ist immer wieder Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, dass diese strenge Abgrenzung der Forschungsansätze nicht immer zielführend ist und eine Einordnung in qualitative oder quantitative Ansätze nicht überbewertet werden sollte. Vielmehr findet die Ansicht, dass nahezu keine reine Anwendung qualitativer oder quantitativer Methoden besteht, eine wachsende Anhängerschaft. Qualitative Ansätze bedienen sich oft Interpretationen, während quantitative Studien oftmals mit Zahlen oder Mengenangaben arbeiten. Auch die generelle Unterscheidung in theorietestende quantitative und theoriegenerierende qualitative Forschung ist nicht zeitgemäß. Finden sich doch sowohl quantitative Studien, die keine Hypothesen testen, als auch qualitative, die eben dieses tun.²⁰² Es scheint daher sinnvoll nicht nur die Unterschiede in den Ansätzen zu betrachten, sondern die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt zu rücken. Denn grundlegend ist festzuhalten, dass beide Ansätze generell soziales Handeln deuten und verstehen wollen. Neben dem Versuch einer strengen Ausrichtung von Forschungsansätzen an eine der beschriebenen Traditionen und der damit verbundenen Paradigmen, finden auch Triangulationsmodelle immer mehr Anwendung. Diese versuchen durch bewusste Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden Synergieeffekte bei Datenerhebung und Wissensgenerierung zu erreichen.

Die vorliegende Studie zielt auf das Verstehen der Ausprägungen partizipativer Prozesse bei der Entscheidungsfindung im Kommunalwald. Sie möchte soziales Handeln im Kontext des Kommunalwaldes erklären. Dabei orientiert sie sich in ihrer Grundausrichtung an der qualitativen Forschung. Es werden ausschließlich qualitative Daten erhoben und ausgewertet. Hierbei wird jedoch nicht rein interpretativ vorgegangen. Aufgrund des vorhandenen Stands der Forschung (vgl. Kap. 1) in den Bereichen Kommunalwald- und Partizipationsforschung, werden sowohl aus der Theorie entwickelte Forschungsfragen diskutiert, Thesen formuliert sowie Leitfragen beantwortet. Die soziale Wirklichkeit des Einsatzes partizipativer Prozesse wird mit Hilfe qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung abgebildet und abstrahiert.²⁰³ Als Ergebnis werden Erklärungsansätze für die soziale Wirklichkeit im Kommunalwald erwartet. Diese werden wiederum auf abstrahierter Ebene mit vergleichbaren Erklärungsansätzen anderer Forschungsobjekte verglichen und in bestehende theoretische Überlegungen eingeordnet.

²⁰¹ Vgl. Weber 2012, S. 106 f.

²⁰² Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 22 f.

²⁰³ Kriterien der Wissenschaftlichkeit. Vgl. Atteslander, Cromm 2006, S. 6 f.

4.2 EMPIRISCHE ERHEBUNG

4.2.1 Übersicht über Methodenwahl und Auswertungsdesign

Die vorliegende Arbeit verfolgt in ihrem Erhebungsdesign bzw. in der Methodenwahl ein zweistrangiges Verfahren und bewegt sich somit im Bereich der Methodentriangulation (vgl. Abbildung 12).

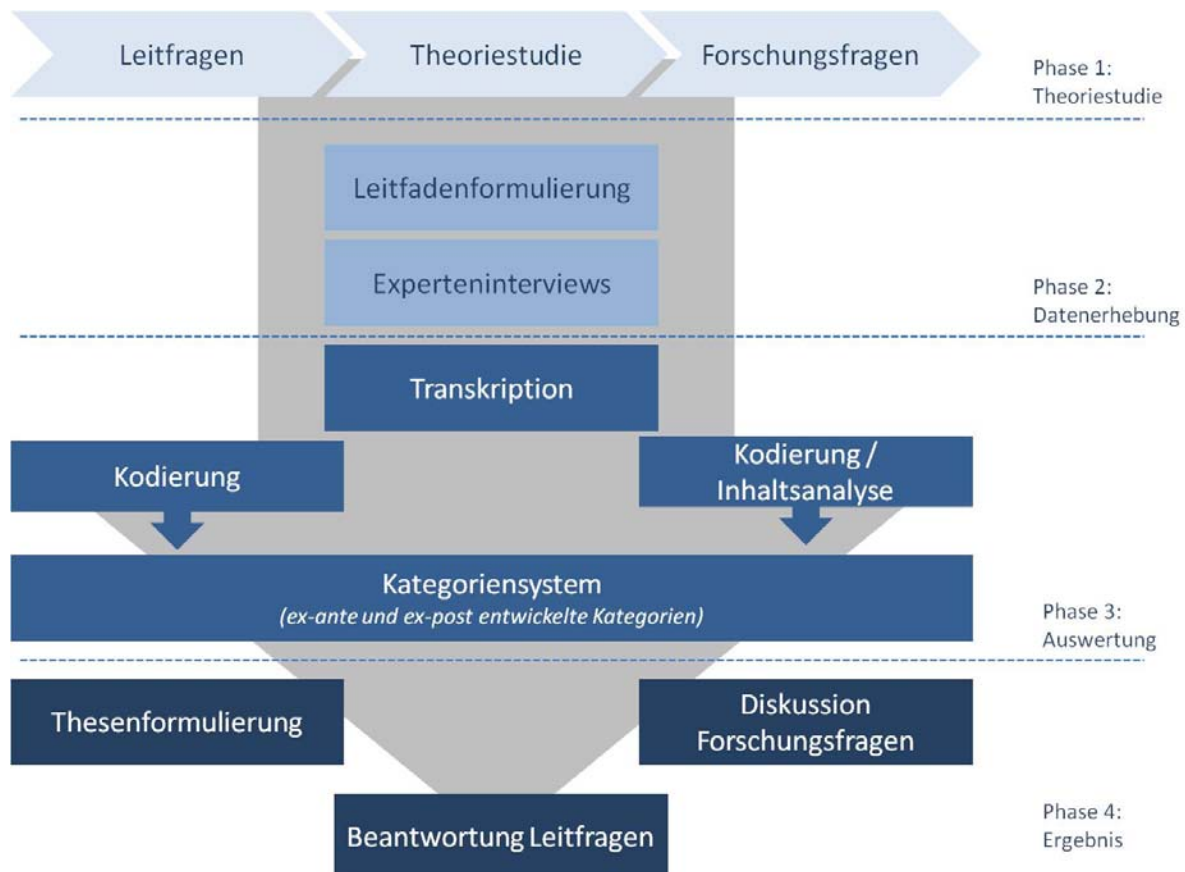


Abbildung 12: Darstellung der Methodik

Grundsätzlich gliedert sich die Untersuchung in vier Phasen. In der ersten Phase wird anhand der Leitfragen eine Theoriestudie durchgeführt. Auf der Basis des Literaturstudiums werden im Anschluss Leitfragen zu Forschungsfragen konkretisiert. Auf dem Ergebnis der Phase 1, den konkretisierten Forschungsfragen, aufbauend werden in der Phase 2 empirische Daten über qualitative, leitfadengestützte Experteninterviews erhoben. Die anschließende Transkription der Experteninterviews bildet den Übergang zwischen Datenerhebung und der dritten Phase der Datenauswertung. Die Entwicklung des Kategoriensystems erfolgt über zwei Stränge. Zum einen werden ex post, angelehnt an die Grundsätze der Grounded Theory, Kategorien entwickelt. Den zweiten Strang bilden ex ante gebildete, an die Inhaltsanalyse nach MAYRING (2008) angelehnte, theoriegestützte Kategorien. Diese orientieren sich an den formulierten Forschungsfragen. Die

Formulierung der Ergebnisse in Phase 4 erfolgt entlang des Kategoriensystems. Im Anschluss werden die Forschungsfragen diskutiert und Thesen formuliert.

4.2.2 Experteninterviews

Als Technik der Datenerhebung wurde das leitfadengestützte Experteninterview gewählt. Zur Beantwortung der Forschungsfragen ist es nötig, den konkreten sozialen Sachverhalt der Entscheidungsfindung sowie der Partizipationsprozesse auf den unterschiedlichen Ebenen von Kommunen zu verstehen und eventuell zu erklären. Hierzu ist es erforderlich, wenige Beispiele nahezu vollständig zu rekonstruieren und zu verstehen, um dann einer fall-basierten Erklärungsstrategie zu folgen.²⁰⁴ Eine standardisierte Vorgehensweise eignet sich hierfür nicht, da die Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Kommunen zum einen stark differieren und außerdem das spezifische Wissen der Experten so nicht abgefragt werden kann. Gleichzeitig bedeutet die Tiefe der Analyse allerdings, dass nur wenige Fälle realisierbar sind.

Die Experteninterviews wurden mündlich durchgeführt und das Interviewverhalten des Interviewers ist angelehnt an eine neutrale²⁰⁵ Gesprächsführung. Allerdings wird hierbei der gelockerten Form nach E. und N. MACCOBY gefolgt, bei der der Interviewer sich bis zu einem gewissen Grad zurückhält, aber echtes Interesse an den gegebenen Informationen zeigt. Durch eine Haltung *freundlichen Gewährenlassens* schafft der Interviewer eine angenehme Gesprächssituation, gleichzeitig meidet er jedoch direkte Zustimmung oder Ablehnung der Einstellung des Befragten gegenüber, um die Informationen nicht zu verzerren.²⁰⁶ Allerdings ist immer zu berücksichtigen, dass es sich bei einem mündlichen Interview um eine soziale Situation handelt, der Interviewer und Befragter ausgesetzt sind. Besonders problematisch ist hierbei die Differenz zwischen den Kontexten der beiden Gesprächsteilnehmer, da sich die Lebenswelt des Interviewpartners im Normalfall von dem wissenschaftlichen Kontext des Interviewers unterscheidet. Besondere Aufmerksamkeit sollte demzufolge der Anpassung des Erkenntnisinteresses an die realen Lebenswelten der Befragten geschuldet werden, die ihre Operationalisierung im Rahmen der Leitfadenformulierung²⁰⁷ erfährt.²⁰⁸ In der vorliegenden Untersuchung wird die Problematik

²⁰⁴ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 34 f.

²⁰⁵ ATTESLANDER (2006) unterscheidet weiche, neutrale und harte Interviews. Weiche Interviews zeichnen sich durch eine passive Rolle des Interviewers aus und überlassen dem Befragten den Gang des Gesprächs. Sie sind auf Rogers (1945) zurückzuführen. Harte Interviews sind den weichen diametral entgegengesetzt und wenden eine Art „Verhörtechnik“ an, bei der die „richtigen Antworten“ erzwungen werden sollen. Das neutrale Interview versucht die Vergleichbarkeit der Informationen zu erhöhen, indem der Interviewer als Übermittler von Stimuli fungiert und Emotionen möglichst ausgeschaltet werden.

²⁰⁶ Vgl. Atteslander, Cromm 2006, S. 128 f.

²⁰⁷ Vgl. Anhang: Expertenleitfaden

²⁰⁸ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 108 f.

entschärft, da Forscher und Interviewpartner in der Regel ein forstliches Studium absolviert haben und so in einem gewissen Rahmen eine Übereinstimmung des beruflichen Habitus aufweisen. Weiterhin kann in der Kommunikation auf einen gemeinsamen Fachjargon sowie Vorwissen zurückgegriffen und somit Missverständnissen vorgebeugt werden.²⁰⁹

Leitfadeninterviews werden gemeinhin den nichtstrukturierten und hier speziell den semi- oder teilstrukturierten Interviewtypen zugeordnet.²¹⁰ In der vorliegenden Untersuchung bieten sie sich an, da innerhalb jedes Interviews unterschiedliche Themenfelder behandelt werden müssen, um die Zielsetzung der Studie zu erreichen und die Vergleichbarkeit zwischen den Interviews zu wahren. Gleichzeitig bieten sie ausreichend Flexibilität, um spezielles Expertenwissen sowie Themen und Fragestellungen, die im Gesprächsverlauf entstehen, aber nicht im Leitfaden vorgesehen sind, zu berücksichtigen.

4.2.3 Entwicklung des Leitfadens

Die Hauptaufgabe des Interviewleitfadens besteht darin zu gewährleisten, dass in allen Interviews einer Untersuchung dieselbe grundlegende Gesprächslineie eingehalten wird, um einen Vergleich der Interviews zu ermöglichen. Konkreter bedeutet dies, dass der Leitfaden Hilfestellung gibt gewisse Themenkomplexe oder auch konkret ausformulierte Schlüsselfragen mit jedem Interviewpartner zu erörtern. Die Reihenfolge der Themenkomplexe oder Fragen kann dabei frei variiert werden und spontane Ergänzungen der zu behandelnden Themen seitens Interviewer oder Befragter sind möglich. Somit bleibt der Gesprächsverlauf flexibel und es kann auf die Besonderheiten jedes einzelnen Fallbeispiels ausreichend eingegangen werden.²¹¹ Desweiteren kann der Leitfaden im Laufe der Befragungen weiter angepasst werden. Wichtig bleibt dabei nur, dass die behandelten Themenkomplexe gleich bleiben.²¹²

Für die vorliegende Untersuchung wurde ein Leitfaden²¹³ mit vier Thementeilen entwickelt. Inhaltlich orientiert sich der Leitfaden an den Leit- und Forschungsfragen. Daher stützen sich die Fragen in weiten Teilen auf die Grundlagen der Theoriestudie (Vgl. Kap. 2).

Zum Gesprächseinstieg wurden in einem kurzen deskriptiven Teil allgemeine Fragen zur Institution und deren Aufgabenspektrum sowie über die persönliche Funktion des Interviewpartners innerhalb der Institution gesprochen. Auf diese Weise wurden die Rahmenbedingungen der Fallbeispiele kurz skizziert und organisatorische Besonderheiten fanden Beachtung. Neben inhaltlichen Gründen

²⁰⁹ Vgl. Schramml 2000, S. 99

²¹⁰ Vgl. Atteslander, Cromm 2006, S. 123; Bryman 2004, S. 320 f.; Gläser, Laudel 2006, S. 107

²¹¹ Vgl. Bryman 2004, S. 324 ff.; Statistisches Bundesamt 2011, S. 343 ff.

²¹² Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 145

²¹³ Vgl. Anhang: Expertenleitfaden

diente dieser Einführungsteil dazu, dem Interviewpartner einen leichten Einstieg in das Gespräch zu schaffen. Der zweite Gesprächsabschnitt befasste sich allgemein mit den Partizipationsprozessen. Essentieller Bestandteil dieses Abschnittes war das Abfragen von persönlichen Definitionen zu den Begriffen Partizipation und Partizipative Planung und einem daran anschließenden Abgleich mit den der Untersuchung zu Grunde liegenden Definitionen (vgl. Kap. 2.1). Weitere Punkte waren die konkreten Abläufe von Entscheidungsprozessen im kommunalen Wald, eigene Erfahrungen und Beispiele für Partizipationsprozesse, Fragen nach Rahmenbedingungen, Erfolgen bzw. Misserfolgen und der Meinung zu partizipativen Prozessen. Der dritte Themenschwerpunkt wurde im Bereich Urban Governance gesetzt. Parallel zum Vorgehen im Abschnitt Partizipation wurde auch hier eine Abfrage der persönlichen Definition mit anschließendem Abgleich mit der Auffassung des Begriffs Urban Governance (vgl. Kap. 2.4.1), wie sie der vorliegenden Untersuchung zu Grunde liegt, vollzogen. Weiter wurden Beispiele zum Thema gesammelt, der Einbezug von forstlichen Themen in vorliegende Konzepte abgefragt und Möglichkeiten und Grenzen von Urban Governance erfragt. Als abschließender Abschnitt wurde in allen Fällen ein Resümee zum Thema Partizipation und Partizipative Planungsprozesse erbeten, in dem besonders auf Stärken und Schwächen eingegangen werden sollte. Im Rahmen der ersten Interviewrunde 2008 (vgl. Kap. 4.2.4) wurden abschließend Personen und Regionen, die sich im Rahmen der weiteren Untersuchung aus Sicht der Experten als Interviewpartner eignen könnten, erfragt. Dies wurde in den ab 2009 geführten Interviews unterlassen, da zu diesem Zeitpunkt die Auswahl von Fallbeispielen abgeschlossen war.

Bei der Durchführung aller Experteninterviews wurde dem leitfadengestützten Gespräch ein Vorspann vorweg gestellt. In diesem wurden die Ziele des Interviews, die Rolle des Interviews innerhalb der Gesamtstudie, Fragen zum Datenschutz sowie die Bereitschaft zur Interviewaufzeichnung mit dem Befragten geklärt.²¹⁴

Durch die vorliegenden Experteninterviews wird sowohl narrativ-episodisches²¹⁵ als auch begrifflich-semantisches²¹⁶ Wissen erhoben. Einerseits wird durch gezielte Fragen nach Konzepten im Sinne von Definitionen („Was verstehen Sie unter dem Begriff Partizipation?“), Handlungsstrategien („Welche Beteiligungsprozesse werden eingesetzt?“) oder Beschreibungen („Wie werden Entscheidungen aus Ihrer Sicht getroffen?“) behandelt. Zum anderen liefern die Interviews im Gesprächsverlauf immer wieder Erzählungen über Erfahrungen („Konkrete Beispiele für Partizipationsprozesse“) oder auch Wunschvorstellungen („Welche Akteure sollten Ihrer Meinung

²¹⁴ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 140

²¹⁵ Narrativ-episodisch: Wissen, welches über Erzählungen zugänglich gemacht wird

²¹⁶ Begrifflich-semantisch: abstrahiert von Situationen und Kontexten und orientiert auf Begriffe und Definitionen

nach optimaler Weise beteiligt werden und welche nicht?).²¹⁷ Die leitfadengestützten Experteninterviews der vorliegenden Untersuchung können damit den episodischen Interviews zugeordnet werden. Es werden Situationserzählungen, Beispielschilderungen, subjektive Definitionen und argumentative Aussagen erwartet.

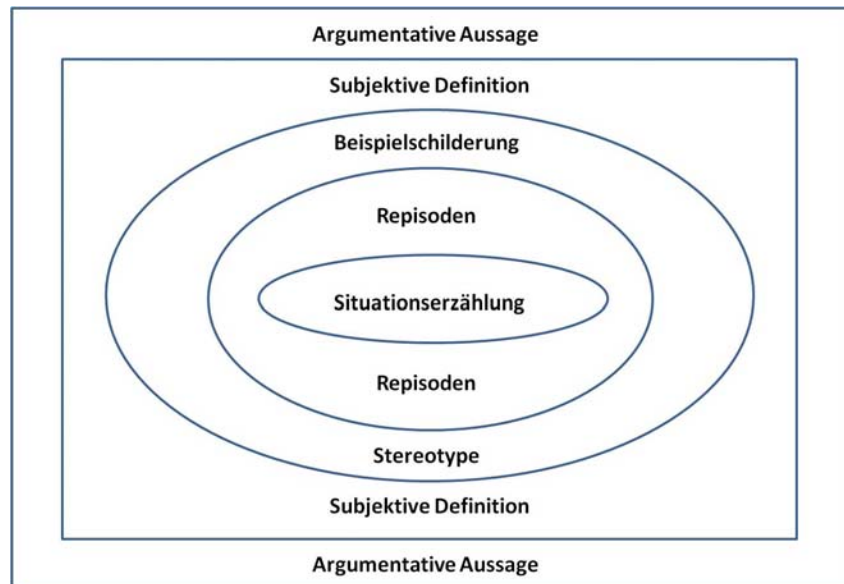


Abbildung 13: Datensorten im episodischen Interview (vgl. Flick 2008, S. S. 38)

Abbildung 13 verdeutlicht das Zusammenspiel der unterschiedlichen Datensorten, welche im Rahmen episodischer Interviews erhoben werden. Zentrum der Interviews sind Situationsbeschreibungen aus der sozialen Realität der Interviewpartner. Aus diesen entwickeln sich über Repisoden und Beispiele im Gesprächsverlauf subjektive Definitionen und argumentative Aussagen.²¹⁸

4.2.4 Auswahl der Fallbeispiele und Interviewpartner

Das Sampling, also die Auswahl einer Untergruppe von Fällen, welche für eine bestimmte Population, Grundgesamtheit oder einen bestimmten Sachverhalt stehen, ist ein zentraler Baustein des Erhebungsdesigns. Die Prozedur des Sampling bildet die Grundlage für die Generalisierbarkeit der Ergebnisse. In der qualitativen Forschung steht die Verallgemeinerung gewonnener Ergebnisse über die Erfassung der Strukturiertheit des Phänomens und das Erfassen des Ausprägungsspektrums im Vordergrund.²¹⁹ Anerkannte Samplingverfahren sind PRZYBORSKI (2008) folgend insbesondere das Theoretical Sampling, Sampling nach bestimmten vorab festgelegten Kriterien und das Snowball Sampling. Im Theoretical Sampling wird das Sampling nicht

²¹⁷ Vgl. Flick 2008, S. S. 28

²¹⁸ Vgl. Flick 2008, S. 38

²¹⁹ Vgl. Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 176

zu Beginn der Untersuchung festgelegt, sondern anhand der theoretischen Erkenntnisse im Verlauf der empirischen Analyse zusammengestellt. Dieses klassisch qualitative Verfahren ist eng mit der Durchführung von Grounded Theory verknüpft. Das Sampling nach bestimmten, vorab festgelegten Kriterien steht für eine gezielte Auswahl einer Untersuchungsgruppe anhand bestimmter Kriterien oder Vorergebnisse. Das Erschließen eines Feldes und das Ausfindigmachen relevanter Personen stehen bei der Anwendung des Schneeballverfahrens im Mittelpunkt. Es bietet einen Zugang zur inneren Strukturierung des Feldes und ermöglicht eine kontrastierende Betrachtung. Allerdings müssen Verzerrungen durch ein Verhaften in Netzwerkstrukturen verhindert werden. Eine Kombination unterschiedlicher Samplingverfahren zur Ergänzung oder wechselseitigen Vorbereitung ist möglich.²²⁰

Die Zusammensetzung eines Samplings geeigneter „Experten“ beruht auf einer bewussten, nicht zufallsgesteuerten Auswahl. MEUSER & NAGEL (1991) definieren einen Experten als eine Person, die entweder Verantwortung für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung trägt oder einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse besitzt.²²¹ Dies bedeutet, dass ein Experte nicht immer auf der höchsten Organisationsebene zu finden sein muss, sondern für die vorliegende Untersuchung vielmehr die Ebene der tatsächlichen Entscheidungsfindung bezüglich Stadt- bzw. Gemeindeveld im Mittelpunkt stehen muss. Die Auswahl der Interviewpartner unterliegt demnach verschiedenen Faktoren. In Frage kommende Personen müssen über relevante Informationen verfügen, bereit sein diese zu teilen und überdies in der Lage sein sie klar und präzise zu formulieren. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die generelle Verfügbarkeit und Bereitschaft der Informanten, welche oftmals von der allgemeinen Arbeitsbelastung abhängt.²²² In der vorliegenden Studie wurde die Entscheidungsfindung bzw. Begleitung der Entscheidungen auf Verwaltungsebene bzw. der Verwaltung untergeordneten betrieblichen Ebene gewählt. Diese Ebene ist im Gegensatz zu den demokratisch gewählten Entscheidungsträgern²²³ über einen längeren Zeitraum mit dieser Thematik beschäftigt und führt den Themenbereich Waldbewirtschaftung außerdem als Haupt- bzw. Nebenaufgabe mit größerer Intensität durch. Für die vorliegende Untersuchung wurden Leiter von Stadtforstämtern, bei nicht-Vorhandensein kommunaler Forstämter im Dienst der Kommune stehende Revierleiter oder aber die jeweiligen Beauftragten der Kommune für Forst/Wald bzw.

²²⁰ Vgl. Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 177 ff.

²²¹ Vgl. Meuser, Nagel 1991, S. 443

²²² Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 113 f.

²²³ z.B. der Gemeinderat, Bürgermeister, Vertreter des Umweltausschusses o.Ä.

Liegenschaften als Ansprechpartner gewählt. In allen Fällen wurde mit Personen in direktem oder indirektem Anstellungsverhältnis von Kommunen gesprochen.

Die ausgewählten Personen sind als Repräsentanten der Akteure, im vorliegenden Fall der untersuchten Gemeinden und Kommunen, zu sehen. Dies wurde im Vorspann des Interviews noch einmal betont. Sie sprechen im Rahmen der Experteninterviews in ihrer Funktion und nicht als Privatperson. Der konkreten Auswahl der Fallbeispiele liegt die Überlegung zu Grunde, dass stadtnahe Waldlandschaften (vgl. Kap. 1.5.1) besonders in der Organisationsstruktur und Rechtsform des Kommunalwaldes zu finden sind. Gleichzeitig liegt die Annahme nahe, dass besonders der Kommunalwald im Gegensatz zu beispielsweise Privatwaldbesitzern durch seine direkte Angliederung an die jeweilige Stadt- bzw. Ortsverwaltung und der Verwaltung des Waldes im Sinne der Stadt/Ort besonderen Wert auf die Bewirtschaftung der ihm anvertrauten Liegenschaften im Sinne der Stadt-/Ortsverwaltung legt. Diese spiegelt im demokratischen Politiksystem die Meinung und Ansichten der Bürgerschaft wider.

Die empirische Datenerhebung der vorliegenden Untersuchung fand im Rahmen von insgesamt 16 Experteninterviews statt. Davon wurden 14 mit Fachverantwortlichen aus dem Bereich Forsten, Waldbewirtschaftung bzw. Liegenschaften aus 14 Kommunen unterschiedlicher Größen sowohl bei der Einwohnerzahl, als auch bei der Waldbesitzgröße sowie der Organisationsstruktur der Waldbewirtschaftung befragt (vgl. Abbildung 14). Zusätzlich zu diesen 14 Fallbeispielen wurden 2 Experteninterviews mit übergeordneten Wissensträgern aus den Bereichen Kommunalwaldbewirtschaftung bei kleinen und Kleinstkommunen bzw. Gemeinden sowie Urban Forestry im Ballungsgebiet geführt. Die Erkenntnisse aus den zwei unterstützenden Experteninterviews dienen dazu die Ergebnisse der 14 Fallbeispiele besser einordnen und bündeln zu können.

Die absichtsvolle Stichprobenzusammensetzung beruht auf der Kombination eines *heterogeneity sampling*²²⁴ mit einem *snowball sampling*²²⁵ und kombiniert objektive und subjektive Auswahlkriterien. Die Fallbeispiele wurden einerseits nach bestimmten, vorab festgelegten Kriterien ausgewählt, um eine maximale Variation in den Fallbeispielen zu erhalten. Andererseits wurde

²²⁴ Das *heterogeneity* oder auch *maximum variation sampling* hat die Erfassung und Beschreibung zentraler Themen beim Erörtern großer Variationsmengen zum Ziel. Es eignet sich insbesondere für kleine Stichprobengrößen, da seine Stärke im Erkennen von Mustern innerhalb der starken Variationen liegt. Muster in stark variierenden Fallbeispielen zeugen von großem Interesse und Aussagekraft. Vgl. Patton 2009, S. 234 f.

²²⁵ Das *snowball* oder *chain sampling* (Schneeballsystem) ist ein Ansatz um Schlüsselpersonen oder -fälle innerhalb einer Untersuchung aufzufinden. Vgl. Patton 2009, S. 237 f. und Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 181

dieses Vorgehens mit der Anwendung des Schneeballsystems kombiniert, um Schlüsselinformanten oder besonders entscheidende Fallbeispiele in die Untersuchung zu integrieren.

Zu Beginn der Untersuchung wurden Kommunen bzw. Gemeinden durch persönliche Empfehlungen in Form des Schneeballsystems ausgewählt. Hierzu wurden insbesondere in der ersten Erhebungsphase²²⁶ Kommunen und Gemeinden mit Erfahrungen im Bereich der Durchführung von Partizipationsprozessen befragt. In dieser Phase standen die Qualität der Aussagen und der Erfahrungsschatz der Kommunen und Gemeinden im Mittelpunkt. Hierdurch wurde der explorativen Forschungsweise Rechnung getragen, ein möglichst breites Spektrum an Informationen zur Entscheidungsfindung in stadtnahen Wäldern abzubilden. Leuchtturmkommunen oder -Gemeinden in den Bereichen Kommunalwaldbewirtschaftung, Entscheidungsfindungsprozesse oder der Einsatz von partizipativen Prozessen konnten so eingebunden werden. Um neben extremen Fällen auch typische Fälle in der Erhebung zu berücksichtigen und somit das Feld kontrastierend zu betrachten und ein möglichst breites und vollständiges Spektrum an partizipativen Entscheidungsfindungsprozessen zu erheben, wurden bestehende Lücken im Erhebungssystem (vgl. Abbildung 14) durch die Auswahl von Fallbeispielen anhand vorab festgelegter objektiver Kriterien²²⁷ geschlossen. Die Recherche der Kriterien erfolgte über Internetpräsenzen und telefonische Auskünfte der Kommunal- bzw. Gemeindebüros. Neben dem Samplingverfahren floss als weitere Größe zur Aufnahme einer Gemeinde bzw. Kommune in die Untersuchung die Bereitschaft des jeweiligen Interviewpartners zur Teilnahme an der Untersuchung als wichtiger Faktor ein. Die leitfadengestützten Experteninterviews lagen in ihrer zeitlichen Ausdehnung zwischen 52 -132 Minuten. Hier förderten sogenannte *Door Opener* oder auch *Gatekeeper*²²⁸ den Fortgang der Untersuchung.

²²⁶ Interviews der ersten Erhebungssequenz im Kalenderjahr 2008

²²⁷ Kommunengröße, geographische Lage in alten oder neuen Bundesländern (A BI / N BI), Waldbesitzgröße, Organisationsstruktur

²²⁸ Vgl. Bryman 2004, S. 518

Abbildung 14: Auswahlschema der befragten Kommunen

			Einwohnerzahl / Geographische Lage							
			< 20.000 EW		20.000 – 100.000 EW		100.000 – 500.000 EW		> 500.000 EW	
			A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI
Waldbesitz / Organisationsstruktur	< 1000 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit (z. B. Forstamt)			X					
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt	X					X		X
		Forstbeauftragter + Betreuung		X						
	1000 – 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit (z. B. Forstamt)					X			X
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt								
		Forstbeauftragter + Betreuung	X			X				
	> 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit (z. B. Forstamt)			X		XX ²²⁹		X	
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt		X						
		Forstbeauftragter + Betreuung								

A BI = Alte Bundesländer

N BI = Neue Bundesländer

EW = Einwohner

²²⁹ In dieser Kategorie wurden zwei Kommunen untersucht. Beide Kommunen wurden während des Auswahlverfahrens mehrfach als herausragende Beispiele für Partizipationsprozesse genannt.

4.2.5 Durchführung der Experteninterviews

Die 15 Experteninterviews wurden zwischen August 2008 und Januar 2011 geführt. Die Einladung zur Teilnahme an der Studie wurde den Experten schriftlich und gemeinsam mit einem Informationsbrief zum Forschungsvorhaben zugesandt. Im Anschluss daran wurden telefonisch Vor-Ort-Termine vereinbart. Die Bereitschaft zur Teilnahme an den Experteninterviews war sehr gut. Lediglich in einem Fall gab es aufgrund von einer aktuellen Umstrukturierung der Kommune und der damit verbundenden Mehrbelastung den Wunsch nicht an der Untersuchung teilzunehmen.

Die Interviews fanden in der Regel in einer 1:1 Situation zwischen Interviewer und Befragtem statt. In einem Fall wurde auf Wunsch des angefragten Experten ein Gruppeninterview²³⁰ durchgeführt, an dem eine weitere Person der kommunalen forstlichen Verwaltungseinheit teilnahm. Gründe hierfür lagen in einer Aufteilung der Zuständigkeiten.

Die Gespräche dauerten zwischen 52 und 132 Minuten, wobei 10 Gespräche unter 75 Minuten lagen. Diese Zeitangaben beziehen sich auf die benötigte Zeit des Leitfadeninterviews. Dem eigentlichen Interview wurde sowohl ein Vorspann vorweggeschickt als auch ein abschließendes Gespräch²³¹ nachgestellt.

Alle Befragten erklärten sich bereit das Interview digital aufzunehmen zu lassen und machten somit eine Transkription der Interviews möglich. Die Interviewtranskripte bilden die Grundlage für die Datenauswertung.

4.3 AUSWERTUNG

4.3.1 Transkriptionspraxis

Qualitative Forschung arbeitet mit sprachlichen Äußerungen als „symbolisch vorstrukturierte Gegenstände“ bzw. mit Texten als deren „geronnene Form“. ²³² Dies stützt auch MAYRING (2008), der die Inhaltsanalyse als Instrument beschreibt, welches dazu dient, fixierte Kommunikation zu analysieren.

Der Transkription der geführten Interviews als Übergang in eine schriftliche Form kommt also eine besondere Bedeutung zu. Grundlage der Transkription ist in der Regel eine Tonaufnahme des Interviews. Obschon der Einsatz eines Aufnahmegeräts Verzerrungen der Aussagen des Befragten hervorrufen kann, da es die Befragungssituation als weiterer Faktor beeinflusst, ermöglicht die Loslösung vom Führen eines Protokolls dem Interviewer sich ausschließlich auf die Befragung zu

²³⁰ Ein „Gruppeninterview liegt dann vor, wenn nach einem offenem Konzept der Interviewer Fragen in einer Gruppensituation beantworten lässt“. Vgl. Atteslander, Cromm 2006, S. 131

²³¹ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 186

²³² Vgl. Krott 1998, S. 21 ff.

konzentrieren. Dies ist nach MAYER (2002) eine Voraussetzung zur flexiblen Handhabung des Leitfadens und somit zum Erfolg der Befragung.²³³ In der vorliegenden Untersuchung wurden alle Interviews, mit Einverständnis der Befragten, aufgezeichnet und detailliert transkribiert.

Die Interviews wurden teilweise durch den Interviewer und teilweise durch eine Schreibkraft transkribiert. Alle Interviews wurden nach abgeschlossener Transkription noch einmal vollständig durch den Interviewer kontrolliert. Zur Transkription wurden angelehnt an die von GLÄSER und LAUDEL (2006) vertretenen Transkriptionsregeln für rekonstruierende Untersuchungen²³⁴ folgende Regeln angewandt:

- Es wird in Standardorthographie verschriftet und keine literarische Umschrift verwendet
- Nichtverbale Äußerungen werden nur dann transkribiert, wenn sie einer Äußerung eine andere Bedeutung geben oder wenn sie den Gesprächsverlauf deutlich unterbrechen oder beeinflussen
- Unterbrechungen im Gespräch werden unter Angabe des Grundes vermerkt
- Unverständliche Passagen werden gekennzeichnet

4.3.2 Auswertungsmethoden

Auswertungen qualitativer Experteninterviews erfolgen nach vier unterschiedlichen Ansätzen. GLÄSER (2006) unterteilt diese Ansätze in (1) freie Interpretation, (2) sequenzanalytische Methoden, dem (3) Kodieren der Texte sowie der (4) Qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Abbildung 15). Diese Klassifizierung orientiert sich insbesondere an forschungspraktischen Aspekten, da in der Praxis diverse, teilweise sehr spezielle und an komplexe Fragestellungen angepasste Verfahren zur Auswertung bestehen.

Bei der freien Interpretation von Experteninterviews werden durch den Forscher wichtige Aspekte zur Beantwortung der Forschungsfragen zusammengefasst. Verfahrensregeln existieren bei diesem Verfahren nicht, wodurch die Ergebnisse für Dritte nicht oder schwer nachvollziehbar sind. Freie Interpretation ist damit als Methode wissenschaftlich angreifbar.

Die sequenzanalytischen Methoden konzentrieren sich auf die Bearbeitung einzelner Abschnitte, also Sequenzen, welche thematisch oder zeitlich miteinander verknüpft und analysiert werden. Besondere Anwendung finden diese Methoden in der Narrationsanalyse oder in der objektiven Hermeneutik.²³⁵

²³³ Vgl. Rapp 1997, S. 46

²³⁴ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 188 f.

²³⁵ Gläser, Laudel 2006, S. 41 ff.

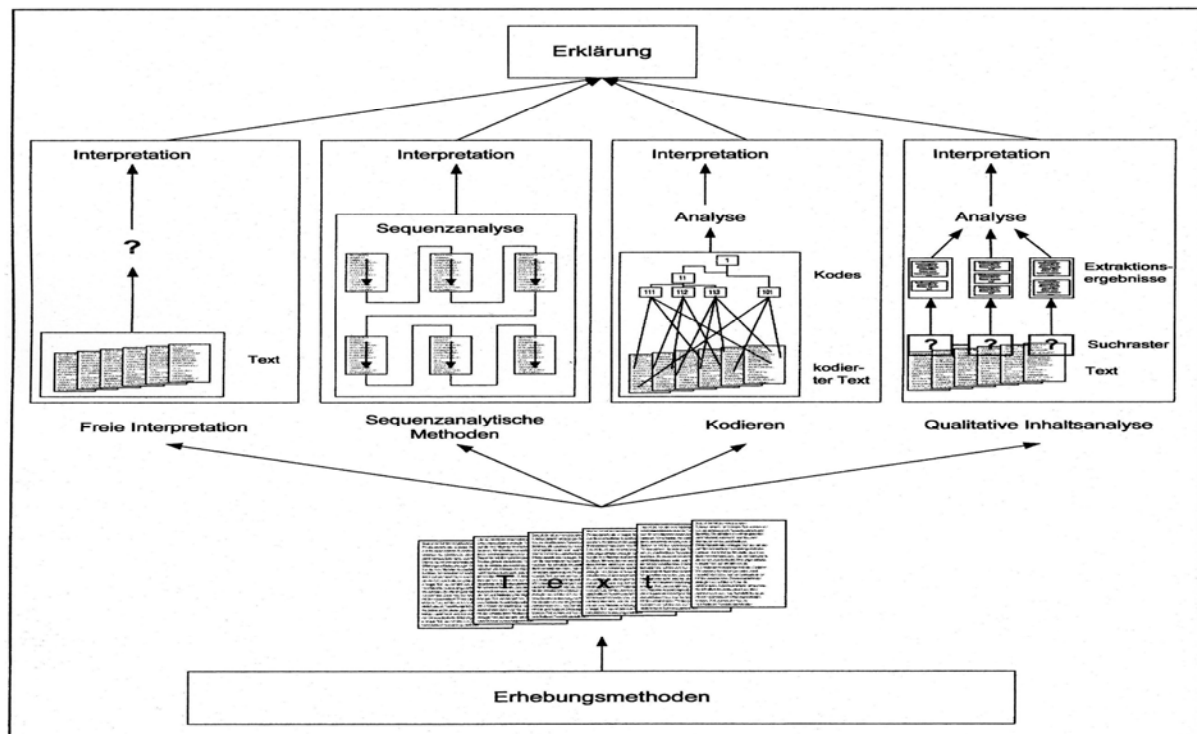


Abbildung 15: Klassifizierung von Auswertungsmethoden (Gläser, Laudel 2006, S. 42)

Die Auswertung der durch die Experteninterviews erhobenen Rohdaten erfolgt in der vorliegenden Arbeit über die zwei letzten der oben beschriebenen Ansätze und bildet somit eine kombinierte Auswertungsmethode. Zum einen werden anhand des in Kapitel 4 entwickelten Erhebungsmodells fixe Parameter zur Beschreibung der partizipativen Prozesse im Kommunalwald über eine qualitative Inhaltsanalyse erhoben. Darüber hinaus findet gleichzeitig dazu eine Kodierung der Transkripte statt (vgl. Abbildung 12), welche angelehnt an das Verständnis der Grounded Theory eine vergleichende Betrachtung der unterschiedlichen Interviews ermöglichen soll (vgl. Kap. 4.3.2.1). Das Ergebnis ist eine Thesenformulierung sowie die Beantwortung der formulierten Leitfragen. Darüber hinaus werden die in Kapitel 4 formulierten Forschungsfragen diskutiert.

4.3.2.1 Kodieren der Interviews

Unter Kodieren versteht man grundsätzlich das systematische Ordnen von Daten nach unterschiedlichen Themen. Hierzu werden Originaltextabschnitte, so genannte Codings, Kategorien und Codes zugeordnet. Diese können durch Begriffe, Umschreibungen oder Zahlen definiert werden. Die Formulierung der Kategorien und Codes im Rahmen der Kodierung erfolgt ausschließlich auf Grundlage der Experteninterviews.²³⁶

²³⁶ Vgl. Schirmer 2009, S. 105

Das Kodieren von Experteninterviews als Form einer qualitativen Datenauswertung hat seinen Ursprung in der Grounded Theory²³⁷. Sie hat zum Ziel, auf Grundlage von empirischer Forschung neue Theorien zu generieren, die in der Lage sind, soziale Phänomene zu beschreiben und zu erklären. Die Entscheidungskriterien zur Auswahl der Untersuchungseinheiten orientieren sich ausschließlich am Wissensgewinn bezüglich des Forschungsgegenstands, nicht an statistischer Repräsentativität.²³⁸ Da die Grounded Theory in ihren Analyseschritten keinen festen Regeln folgt, bildet das Memoschreiben einen wichtigen und zentralen Punkt während der Auswertung. In den Memos werden Notizen zum Codesystem und den Abgrenzungen zwischen den Codes festgehalten, die einer ständigen Überarbeitung unterliegen. Hierdurch wird beim Forscher eine Distanzierung zu den Daten erreicht, welche wiederum dazu beiträgt über reine Deskriptionen hinaus zu kommen.²³⁹

Das Kodieren ist als Verschlüsseln oder auch Übersetzen von Daten zu verstehen. Hierbei ist offenes, axiales und selektives Kodieren zu unterscheiden. Im Sinne der Grounded Theory stellen die unterschiedlichen Arten des Kodierens unterschiedliche Zeitpunkte im Forschungsprozess dar. Beispielsweise sind nach Auffassung der Hauptvertreter der Grounded Theory theoretische Codes, im Sinne von Begriffen aus bestehenden wissenschaftlichen Theorien oder aber aus dem Vorwissen generierte Codes, zu vermeiden. Das offene Kodieren ist ein analytisches Aufschlüsseln der Daten aus dem Text heraus. In-vivo-Codes²⁴⁰ gelten bei dieser Art des Kodierens als besonders fruchtvoll und dienen dazu unterschiedliche Aspekte und Eigenschaften des untersuchten Phänomens zu benennen. Auf das offene Kodieren folgt in der Regel ein axiales Kodieren, bei dem durch eine weitere Ausdifferenzierung die Codes zu Kategorien weiterentwickelt werden. Mit den Achsenkategorien werden z.B. Ursache-Wirkung oder Mittel-Zweck-Beziehungen aber auch argumentative oder motivationale Zusammenhänge herausgearbeitet. Die letzte Ebene des selektiven Kodierens beschäftigt sich wiederum mit den erarbeiteten Kategorien, Codenotizen, Memos, Diagrammen, usw., um das zentrale Phänomen und damit die Kernkategorie zu identifizieren.²⁴¹

Das Kodieren hat sich im Verlauf der Entwicklung und Spezifizierung der Auswertungsmethoden von einer ausschließlichen Anwendung im Rahmen der Grounded Theory abgelöst und wird heute auch außerhalb als Auswertungsmethode angewandt. Es entstehen Schnittstellen zu Auswertungsmethoden, welche beispielsweise im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse Anwendung finden. Damit ist es möglich theoretisch hergeleitete und aus der Untersuchung heraus entwickelte Kategorien und Codes in einem Codesystem zu kombinieren. So entsteht ein

²³⁷ Hauptvertreter der Grounded Theory sind vor allem Glaser (1978), Strauss (1987) und Strauss/Corbin (1990)

²³⁸ Vgl. Weber 2012, S. 106

²³⁹ Vgl. Böhm 2010, S. 476 f.

²⁴⁰ In-vivo-Codes werden aus dem Sprachgebrauch des Untersuchungsfeldes formuliert

²⁴¹ Vgl. Böhm 2010, S. 477 ff.

Codesystem, welches teilweise ex post und teilweise ex ante entwickelt wird. Anders ausgedrückt kommt es sowohl zur induktiven als auch zur deduktiven Entwicklung von Indikatoren bzw. Codes. Der induktive, offene Forschungsstil der Grounded Theory wird mit dem regelgeleiteten Vorgehen der Qualitativen Inhaltsanalyse verbunden.²⁴² Mit Hilfe eines solchen Codesystems können zum einen einzelne Themenschwerpunkte analysiert und verglichen werden, mit dem Ziel der Beantwortung von Forschungsfragen oder auch zur Formulierung von Thesen und Hypothesen. Zum anderen ist die Prüfung von Hypothesen möglich.²⁴³

4.3.2.2 Qualitative Inhaltsanalyse leitfadengestützter Experteninterviews

In der qualitativen Inhaltsanalyse von Experteninterviews wird gegenüber dem Kodieren des Rohmaterials mit einer höheren Abstraktion der Daten gearbeitet. Während beim Kodieren immer mit dem Ursprungstext gearbeitet wird, bemüht sich die qualitative Inhaltsanalyse darum, Informationen aus dem Ursprungstext zu abstrahieren und anschließend diese Informationen getrennt vom Ursprungstext weiter zu verarbeiten. Die Entwicklung eines Kategoriensystems ist der zentrale Punkt sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Inhaltsanalyse. Die Ziele der Analyse werden durch die Kategorien konkretisiert und die Nachvollziehbarkeit für Dritte gewährleistet. Das Kategoriensystem der qualitativen Inhaltsanalyse wird immer ex ante entwickelt, entsteht also aus deduktiven Überlegungen heraus.²⁴⁴ Die strukturierende Inhaltsanalyse hat zum Ziel bestimmte Aspekte aus dem Material herauszuarbeiten bzw. bestimmte Kriterien innerhalb des Materials einzuschätzen. Hierzu werden anhand typischer Textpassagen, die so genannten *Ankerbeispiele*, Definitionen und Kodierregeln in einem Kodierleitfaden zusammengestellt, welcher wiederum als Grundlage für die Kodierung des übrigen Material verwendet wird.²⁴⁵

Bei der Inhaltsanalyse können verschiedene Techniken zur Analyse der Daten verwendet werden. Hier müssen nach MAYRING (2008) die Häufigkeits- oder auch Frequenzanalysen, die Valenz- und Intensitätsanalysen und als letztes die Kontingenzanalysen unterschieden werden. Bei letzterer ist *„(...) das Ziel, festzustellen, ob bestimmte Textelemente (z.B. zentrale Begriffe) besonders häufig im gleichen Zusammenhang auftauchen, im Text auf irgendeine Art miteinander verbunden sind, kontingent sind“* (Mayring 2008, S. 15). Hierzu wird ein Kategoriensystem aufgestellt, mit dessen Hilfe die Kontingenz von Textbestandteilen untersucht werden soll. Dies deckt sich mit dem Ansatz von MEUSER und NAGEL (1991), welche das Ziel bei der Auswertung von Experteninterviews im Herausarbeiten des Überindividuell-Gemeinsamen sehen.²⁴⁶ Dieses stützt wiederum MAYER (2004)

²⁴² Vgl. Jensen 2005, S. 265 f.

²⁴³ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 43

²⁴⁴ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 44

²⁴⁵ Vgl. Mayring 2008, S. 82 ff.

²⁴⁶ Vgl. Hoffmann et al. 1995, S. 452 f.

durch die Aussage, dass nicht jedes Interview so exakt wie möglich zu interpretieren ist, sondern vielmehr Problembereiche zu identifizieren sind, die einzelnen Fragen des Leitfadens zugeordnet werden können.²⁴⁷ Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die qualitativ orientierten Forschungsmethoden in den letzten Jahren stark entwickelt haben. Insbesondere die Kombination von qualitativen und quantitativen Methoden steht bei dieser Entwicklung im Fokus. In der vorliegenden Arbeit wird diese Integration in Form der Analyse von Auftretungshäufigkeiten einzelner Auswertungskategorien angewandt (vgl. Kap. 5.1.).²⁴⁸

Wie in Kapitel 4.3.2.1 beschrieben, wendet die vorliegende Untersuchung eine kombinierte Auswertung der Interviews an. Das Codesystem enthält sowohl ex post als auch ex ante formulierte Kategorien und Codes.

4.3.3 Die Entwicklung des Kategoriensystems

Die vorliegende Untersuchung kombiniert die deduktive mit der induktiven Kategorienfindung (vgl. Kap. 4.3.2.1 und 4.3.2.2) und unterteilt das Kategoriensystem²⁴⁹ in fünf Subsysteme. Die Gliederung erfolgt anhand einer Zuordnung der Kategorien in die Themenkomplexe Informationen zur Institution, Aktuelle Themen und Problemfelder des Kommunalwalds, Entscheidungsfindung, Partizipation / Beteiligung und Urban Governance. Diese grobe Untergliederung des Kategoriensystems bietet zum einen Unterstützung, das umfassende Themenspektrum der Experteninterviews strukturiert zu betrachten. Darüber hinaus verbindet die Aufteilung nach Themenkomplexen das Kategoriensystem mit der Struktur der Experteninterviews, welche sich ihrerseits am Gesprächsleitfaden²⁵⁰ orientieren. Jedes der Subsysteme bzw. Komplexe besitzt Kategorien, welche sich in Unterkategorien, Codes und ggf. Subcodes unterteilen. Die Kategorien entstehen zum einen ex ante aus den theoretischen Überlegungen, welche in die Formulierung des Interviewleitfadens eingeflossen sind. Daneben werden über das Verfahren des offenen Kodierens ex post Kategorien gebildet.²⁵¹ Bei der Einordnung von Textstellen in ein, durch die Auseinandersetzung mit Theorien entstandenes, Kategoriensystem ist es üblich, dieses im Bedarfsfall zu erweitern.²⁵² Auf diese Weise kann das theoretisch entwickelte Kategoriensystem an die praktische Untersuchung angepasst werden. Nicht voraussehbare oder in der Theorie abgedeckte Aspekte bzw. Schwerpunkte, die durch die offene Fragestellung begünstigt und gewollt sind, können so im Nachhinein noch Berücksichtigung finden. Die Unterkategorien, Codes und

²⁴⁷ Vgl. Mayer 2004, S. 47 ff.

²⁴⁸ Vgl. Kombinationsansätze qualitativer und quantitativer Analyseansätze in Mayring 2005, S. 8 f.

²⁴⁹ Vgl. Anhang: Kategoriensystem

²⁵⁰ Vgl. Anhang: Interviewleitfaden

²⁵¹ Formen des Kodierens im Rahmen der Grounded Theory sind 1. Offenes Kodieren, 2. Axiales Kodieren, 3. Selektives Kodieren. Vgl. Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 205

²⁵² Mayer 2004, S. 48

Subcodes wurden einerseits durch axiales Kodieren und andererseits durch eine weiterführende inhaltliche Klassifikation der Codings entwickelt. Kategorien beinhalten also in der vorliegenden Untersuchung umfassende, im Zusammenhang stehende Codings²⁵³. Diese werden in weiteren Auswertungs- und Abstraktionsschritten nach Möglichkeit in Unterkategorien, Codes und UnterCodes aufgeschlüsselt. Abbildung 16 verdeutlicht den schematischen Aufbau des Kategoriensystems über die verschiedenen Ebenen.

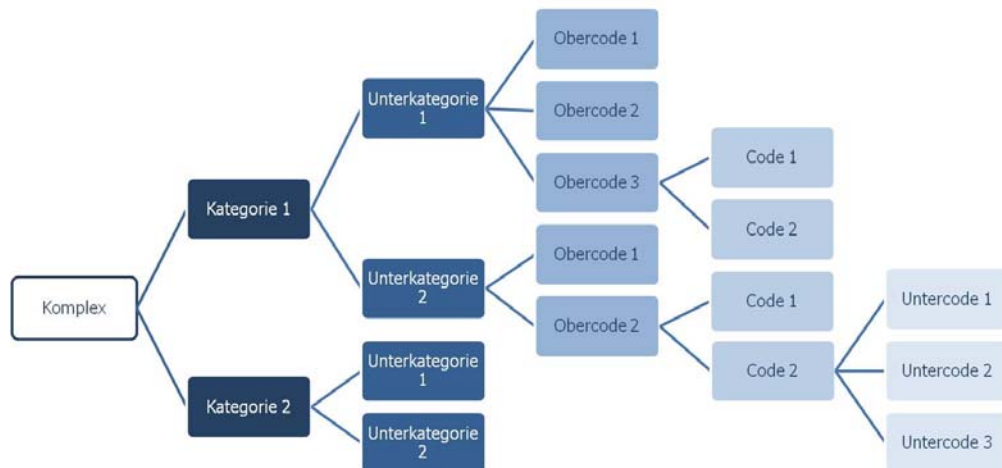


Abbildung 16: Schematische Darstellung des Aufbaus des Kategoriensystems

Bestehen zu einer Kategorie weitere Unterausprägungen besagt die Zuordnungsregel, dass nach Möglichkeit bei der Codierung auf die niedrigste Ebene aufgeschlüsselt wird. D.h., besitzt eine Kategorie eine Unterkategorie, Code oder Subcode findet eine Zuordnung des gesamten Codings oder extrahierter Teile des Codings in diese statt. Ausnahmen bestehen, wenn das einer Kategorie zugeordnete Coding zu unspezifisch ist, um fehlerfrei einer Unterausprägung zugeordnet werden zu können. Eine direkte Zuordnung eines Codings in eine Unterkategorie oder Code und Subcode führt automatisch zu einer Zuordnung in die entsprechende übergeordnete Kategorie. Der durch FRIEDRICHS (1999) formulierte Anspruch an die Kategorien bzw. Codes ausschließlich, eindimensional, und vollständig zu sein ist gewährleistet. Für die vorliegende Untersuchung ist hierbei entscheidend, dass eine einer Kategorie zugeordnete Textstelle in Gänze nicht mehreren Codes der gleichen Kategorie, wohl aber unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden kann. Eine Aussage die Aspekte beinhaltet, welche Aussagen zu mehreren Kategorien trifft, kann also in unterschiedlichen Sinnzusammenhängen mehrfach zugeordnet werden. Bei einer Zuordnung in

²⁵³ Als Coding werden zugeordnete Textstellen bezeichnet

mehrere Unterkategorien oder Codes muss allerdings zwangsläufig eine detaillierte Unterteilung in einzelne Textfragmente erfolgen.²⁵⁴

Das Kategoriensystem besteht aus insgesamt 342 Komplexen, Kategorien und Codes. Jedem dieser Unterpunkte wurde eine laufende Nummer zugeordnet. Zur Sicherung des Anspruchs der Validität, Reliabilität und Objektivität²⁵⁵ an die Auswertung qualitativer Daten wurde ein Code-Handbuch²⁵⁶ mit detaillierten Kodierungsrichtlinien erstellt. Es fasst die Einordnung der Codes zu den entsprechenden Kategorien sowie eine Beschreibung der zugeordneten Inhalte und ggf. ein Ankerbeispiel zum besseren Verständnis des Sinnzusammenhangs zusammen. Das Code-Handbuch folgt im Aufbau den zugeordneten laufenden Nummern und ermöglicht so eine unkomplizierte Verknüpfung von Kategoriensystem und Code-Handbuch. Tabelle 6 zeigt den Aufbau des Code-Handbuches am Beispiel einiger Kategorien und Unterkategorien im Themenkomplex Urban Governance. Das vollständige Code-Handbuch befindet sich im Anhang.

Tabelle 6: Auszug aus dem Code-Handbuch

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
330	5.	Schlagwort	Urban Governance	
331	5.1.	Kategorie	Akteure, Strukturen	<ul style="list-style-type: none"> • Benennungen von Akteuren in UG Prozessen • Beschreibung von UG Strukturen, Arbeitsgruppen, Kooperationen, etc.
332	5.2.	Kategorie	Bedeutung für kommunalen Forstsektor	<ul style="list-style-type: none"> • Einschätzung der Bedeutung von UG Prozessen für den kommunalen Forstsektor
333	5.3.	Kategorie	Beispiele für UG	<ul style="list-style-type: none"> • konkrete Beispiele für UG Prozesse • Beispiele sowohl aus eigener Erfahrung als auch aus zweiter Hand • keine Eingrenzung des Themenfeldes. Themen außerhalb des Forstsektors sind integriert
334	5.3.1.	Unterkategorie	Beispiele für Anwendung mit Waldbezug	<ul style="list-style-type: none"> • Nennung von Beispielen, in denen der Forstsektor in UG Prozesse eingebunden war • Beschreibung der UG Prozesse

²⁵⁴ Vgl. Friedrichs 1999, S. 320 f.

²⁵⁵ Vgl. Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 35 ff.

²⁵⁶ Vgl. Anhang: Code Handbuch

4.3.4 Einsatz von QDA-Software / MaxQDA

Die Analyse qualitativer Daten und die Bildung von Kategoriensystemen wird in den letzten Jahren verstärkt computergestützt durchgeführt.²⁵⁷ Auch die Auswertung von Experteninterviews kann computergestützt vereinfacht werden. Bei Programmen für die qualitative Datenanalyse (QDA) gibt es sowohl qualitativ als auch quantitativ rasante Entwicklungen. Grundlegend können drei unterstützende Softwaregruppen als Unterstützung gewählt werden. MAYRING (2008) führt hierzu eine einfache Analyse über die Funktionen von Textverarbeitungsprogrammen, das Arbeiten mit Datenbankprogrammen sowie speziell zum Zweck der qualitativen Inhaltsanalyse in Programmiersprache entwickelte Programme auf.²⁵⁸ Für die vorliegende Untersuchung wurde die Anwendung des Datenbankprogramms MaxQDA gewählt. Dieses ermöglicht eine Organisation der kodierten Textstellen, losgelöst vom Quelltext. Hierdurch wird das Operieren, z. B. das Vergleichen der unterschiedlichen Experteninterviews auf Kategorienebene ermöglicht. Des Weiteren stehen Selektions-, Analyse- und Visualisierungswerkzeuge zur Verfügung. Die Datenbank ist neben dem Erfassen von stark strukturierten Kategoriensystemen dazu in der Lage, über Memofunktionen interpretierende Kommentare zu hinterlegen und somit die Erstellung von Kodierleitfäden, welche die Grundlage des inhaltsanalytischen Zusammenfassens bilden, zu ermöglichen.²⁵⁹

In MaxQDA findet sich das gesamte Codesystem mit allen Kategorien wieder. Ein Grund ist die geordnete Sammlung von beschreibenden Daten, welche die Möglichkeit der systematischen Orientierung für die Untersuchende in den Daten bietet. Als zweites liegt auf diese Weise eine vollständige Zuordnung aller im Leitfaden angeführten Themenkomplexe vor und ein Datenverlust wird minimiert. Des Weiteren werden so die Zusammenhänge von Textpassagen in ihrem gesamten Kontext gewährleistet.

Durch das gezielte Aktivieren der durch Schlagworte bezeichneten Subsysteme, Kategorien und Codes kann bewusst eine Darstellung von Teilbereichen aller verfügbaren Daten erreicht werden. Die gezielte Aktivierung und Visualisierung ist ebenfalls für einzelne oder eine Auswahl von Dokumenten möglich.

²⁵⁷ Vgl. Atteslander, Cromm 2006, S. 225 ff.

²⁵⁸ Vgl. Mayring 2008, S. 101 f.

²⁵⁹ Vgl. Mayring 2008, S. 101 f.

5 ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN ERHEBUNG

5.1 DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE

Die Auswertung der Daten erfolgt über einen frageorientierten Analyseansatz.²⁶⁰ Die Organisation der Datenauswertung richtet sich anfangs nach dem im Leitfaden²⁶¹ vorstrukturierten theoretischen Bezugsrahmen. Aufgrund der Kombination von deduktiver und induktiver Kategorienbildung löst sich das Kategoriensystem im Verlauf der Auswertung vom Leitfaden. Schlussendlich entstand ein Gesamtkategoriensystem, welches alle Aspekte der Experteninterviews umfasst. Aufgrund des inhaltlichen Umfangs zeichnet sich dieses durch komplexe Strukturen und einen großen Umfang aus. Daher wurde, um die Nachvollziehbarkeit und Übersichtlichkeit zu gewährleisten, das Gesamtkategoriensystem in fünf (Teil-)Komplexe unterteilt, welche durch Schlagwörter bezeichnet wurden. Diese lauten (1) *Informationen zur Institution*, (2) *aktuelle Themen- und Problemfelder*, (3) *Entscheidungsfindung*, (4) *Partizipation/ Beteiligung* und (5) *Urban Governance*. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt anhand dieser Komplexe. Ausgewählte Ergebniskomplexe mit besonderer Bedeutung für die vorliegende Untersuchung werden im Ergebniskapitel detailliert und unter Zuhilfenahme von Ankerbeispielen dargestellt. Eine Kurzdarstellung aller vorliegenden Ergebnisse findet sich im Anhang.²⁶²

Die Darstellung der mit Hilfe des qualitativen Datenanalyseprogramms Max QDA ausgewerteten Untersuchungsergebnisse erfolgt sowohl in tabellarischer als auch visualisierter Form. Die Tabellendarstellungen zeigen zur verbesserten Einschätzung der Daten eine quantitative Einordnung der zugeordneten Codings in Kategorien, Obercodes, Codes und UnterCodes²⁶³ (vgl.4.3.3). Tabelle 7 zeigt beispielhaft den Aufbau des Codesystems über die vier genannten Ebenen inklusive eines Ankerbeispiels. Ankerbeispiele sind Codings, also zugeordnete Textpassagen, welche die Aussage der entsprechenden Zuordnungsebene besonders treffend darstellen.

²⁶⁰ PATTON unterteilt die Analyse qualitativer Daten in 1. Storytelling Approaches, 2. Case Study Approaches, 3. Analytical Framework Approaches. Die Organisation der Daten anhand der Fragen zählt zu letzterer Kategorie. Vgl. Patton 2009, S. 439

²⁶¹ Vgl. Anhang: Interviewleitfaden

²⁶² Vgl. Anhang: Ergebnistabellen

²⁶³ Vgl. Anhang: Kategoriensystem

Tabelle 7: Aufbau des Codesystems am Beispiel des Untercode „Vorlagen / Beschlüsse“

Komplex / Schlagwort	Kategorie	Unter-kategorie	Obercode	Obercode	Coding
Entscheidungsfindung	Akteure der Entscheidungsfindung / Verwaltungshandeln	Stadt-/ Gemeinderat	Zusammenarbeit mit Stadt-/ Gemeinderat	Vorlagen / Beschlüsse	„IP2: (...) dort wird eine Empfehlung für den Stadtrat gegeben und dann berät der Stadtrat eine Woche später nochmal über diese Vorlage und dann wird gesagt jawohl so machen wir es oder es gibt Änderungsvorschläge die die Stadträte einbringen, (...)“

Die Auswertungstabellen beziehen sich auf Ausschnitte des Kategoriensystems und orientieren sich in der Regel an der Ebene von Obercodes oder Codes. Alle nachgeordneten Ebenen werden mit dargestellt. Zusätzlich wird in den Tabellen jeweils die Anzahl der zugeordneten Codings in den Zuordnungsebenen nach Interviews aufgeschlüsselt dargestellt. Es ist zu beachten, dass sich die Anzahl der Codings in einem Obercode oder Code von der Anzahl der Codings in der nachfolgenden Zuordnungsebene unterscheiden kann, falls Codings inhaltlich zu unspezifisch sind, um auf nachgeordneter Ebene eindeutig zugeordnet werden zu können.

Die Häufigkeit der Nennungen einer Kategorie, eines Obercodes, Codes oder Untercode innerhalb eines Interviews wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht gewertet und interpretiert. Der Untersuchungsschwerpunkt liegt nicht in einer detaillierten Analyse auf Ebene von Einzelfallstudien, sondern in einer Bundesland-, organisations- und größenübergreifenden, vergleichenden Auswertung der Fallbeispiele. Die Bandbreite der inhaltlichen Nennungen zu den unterschiedlichen Themenkomplexen steht im Mittelpunkt. Diese bietet über den qualitativen Ansatz die Möglichkeit den Untersuchungsgegenstand umfassend zu erkennen und zu beschreiben. Zum anderen kommt der Anzahl der Nennungen über die kontrastierenden Fallbeispiele hinweg eine wichtige Rolle zu. Sie bietet ein Werkzeug, um Gemeinsamkeiten und Schwerpunkte identifizieren und analysieren zu können.

Aufgrund der qualitativen leitfadengestützten und damit verbundenen offenen Gesprächsführung muss allerdings berücksichtigt werden, dass Nichtnennungen oder fehlende implizite Aussagen keinen Rückschluss auf nicht existierende oder nicht wahrgenommene Themenfelder, Fragestellungen, Probleme o.Ä. in dem jeweiligen Fallbeispiel zulassen. Dennoch führen sie zu keiner Aufführung des Interviews in den Ergebnistabellen eines konkreten Themas.

5.1.1 Visualisierung des Gesprächsverlaufs - Interview Portraits

Der Gesprächsverlauf der Experteninterviews kann mit Hilfe des durch MaxQDA zur Verfügung stehenden Visualisierungswerkzeugs der Interview Portraits dargestellt werden. Es bietet die Möglichkeit der fallorientierten Visualisierung. In den Portraits werden die zugeordneten Codes anhand von Farben in den Sequenzen ihrer Codierung im Gesprächsverlauf dargestellt. Endprodukt des *Dokument Portraits* ist immer ein aus 30 mal 40 Kacheln bestehendes Bild. Die Länge eines Textsegmentes gilt als Gewichtungsfaktor für die Zuordnung der farbigen Kacheln. Die Gewichtung wird über die Datengröße in Byte eines Textsegmentes zugewiesen. Interviewpassagen, welche keinem Code zugeordnet werden konnten, werden durch weiße Kacheln dargestellt. Sind einem Textsegment mehrere Codes zugeordnet, erfolgt eine sequentielle Darstellung hintereinander, d.h. alle zugeordneten Codes werden farblich visualisiert.²⁶⁴ Abbildung 18 zeigt beispielhaft ein Interviewportrait²⁶⁵ aus der vorliegenden Untersuchung. Im Anhang befinden sich alle Interviewportraits inklusive einer kurzen Darstellung des jeweiligen Fallbeispiels.

Die Visualisierung der Fallbeispiele über Interview Portraits ermöglicht zum einen die Kontrolle der stringenten Anwendung des Leitfadens. Über die Darstellung der Schwerpunktthemen kann nachvollzogen werden, inwieweit in den einzelnen Interviews zuordnungsbar Aussagen produziert wurden. Allerdings ist zu beachten, dass die Portraits ausschließlich zugeordnete Textfragmente widerspiegeln. Tauchen Schwerpunktthemen im Portrait nicht auf, ist ein Rückschluss auf ein nicht Behandeln während der Interviewführung nicht zulässig. Die Darstellung weißer Kacheln bezieht sich zum einen auf Testpassagen, welche nicht zuordnungsfähig waren. Zusätzlich werden alle Interviewanteile, welche durch den Interviewer beigetragen wurden, als weiße Kachel dargestellt. Das Verhältnis farbiger zu weißer Kachel spiegelt also lediglich einen Trend wider, inwieweit die Interviews auswertbare Ergebnisse geliefert haben. Die Aussagekraft bezüglich der tatsächlichen Gesprächsinhalte ist gering. Die dargestellten Themenschwerpunkte umfassen jeweils eine Vielzahl von Kategorien, so dass die tatsächlich behandelten Themen aus den Portraits heraus nicht erkennbar sind. Die Interview Portraits eignen sich in der vorliegenden Untersuchung also nicht für inhaltliche Auswertungsprozesse, sondern sind ein Instrument zur Kontrolle der Methodik. Die

²⁶⁴ Vgl. Kuckartz 28.05.2011, S. 207 f.

²⁶⁵ Vgl. Anhang: Interview Portraits

Interviewportraits verdeutlichen zum einen, wie eng die Entwicklung des Interviews an den Leitfaden gebunden war. D.h. es wird erkennbar, ob im Ablauf des Leitfadens gesprungen wurde oder ob dieses nicht notwendig war. Die Anpassung der Interviewführung im Rahmen von Experteninterviews ist zulässig. In vielen Fällen ist eine flexible Handhabung des Leitfadens sinnvoll, um auf die einzelnen Interviewpartner einzugehen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, welche die Grundlage für die vorliegende qualitative Erhebung bilden, zu ermöglichen.²⁶⁶

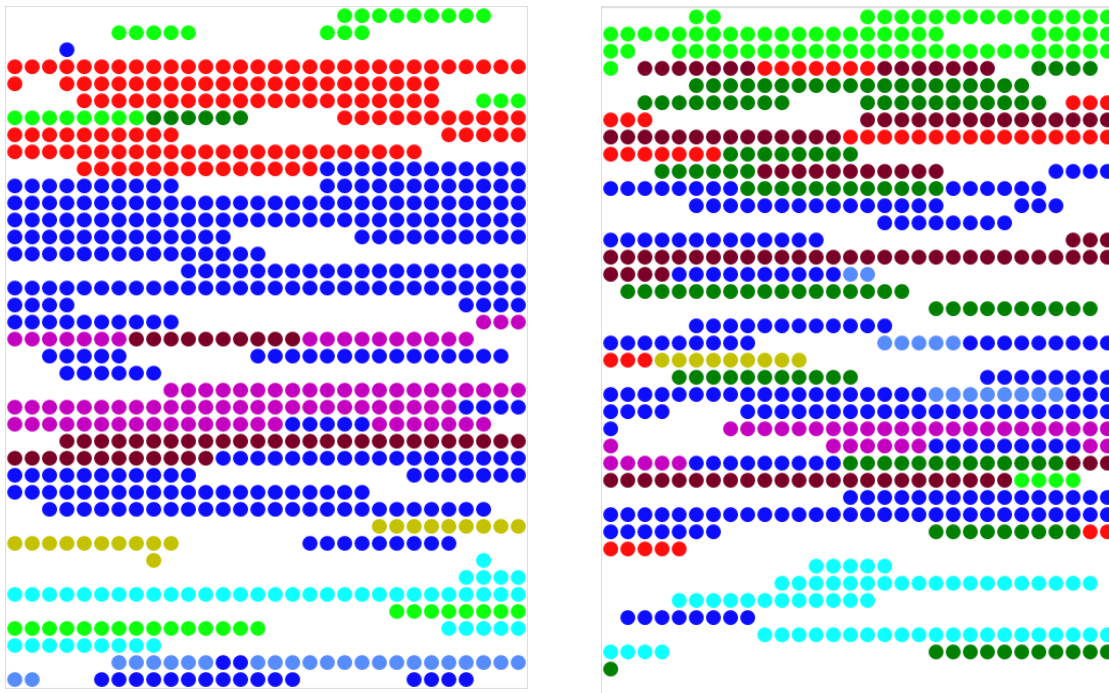


Abbildung 18: Gegenüberstellung zweier Interviewportraits

Abbildung 18 stellt beispielhaft zwei Interviewportraits gegenüber. Einerseits ist im linken Portrait ein inhaltlich stärker strukturierter Gesprächsverlauf erkennbar. Andererseits wird deutlich, dass in beiden Interviews dieselben Themenkomplexe behandelt wurden, allerdings im Gesprächsverlauf unterschiedlich positioniert sind. Gleichzeitig sind Unterschiede im jeweiligen Gesprächsanteil erkennbar.

5.2 KOMPLEX 1 / INFORMATIONEN ZUR INSTITUTION UND KATEGORISIERUNG DER FALLBEISPIELE

Die in der Erhebung untersuchten Fallbeispiele bilden einerseits, aufgrund ihrer strukturierten Auswahl anhand unterschiedlicher Indikatoren, ein einheitliches Sample, welches die Individualität der Fallbeispiele über den Ansatz der maximalen Variation überbrückt (vgl. Kap. 4.2.4). Andererseits

²⁶⁶ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 145

weist jede der untersuchten Kommunen lokale Besonderheiten aus, welche die Entscheidungsfindung allgemein und damit auch die Rolle partizipativer Entscheidungs- und Planungsprozesse beeinflussen. Besonderheiten, welche Einfluss auf die kommunale Forstwirtschaft haben, werden zum einen in den vorliegenden Rahmenbedingungen durch kommunale Strukturen gesehen. Diese beziehen sich auf die Mentalität der Bevölkerung, Organisationsformen des Forstbetriebs oder eine Schwerpunktsetzung der Forstwirtschaft nach einzelnen Waldfunktionen. In mehreren Fällen wird explizit durch Initiative des Interviewpartners auf diese besonderen Rahmenbedingungen für die kommunale Waldbewirtschaftung hingewiesen.

IP4: „(...) Diese Bereiche Sozialfunktion, Erholungsfunktion plus Ökologie spielen in XXX traditionell oder bedingt eben durch die Zusammensetzung der Bevölkerung, das Thema Ökologie und Umweltpolitik spielt in XXX eine herausragende Rolle.“

Im Rahmen der expliziten Nennungen kommen kaum Mehrfachnennungen in den Codes vor. Tabelle 8 fasst diese expliziten Nennungen von, durch die Interviewpartner wahrgenommenen Besonderheiten, in den Rahmenbedingungen zusammen.

Tabelle 8: Explizit benannte besondere lokale Rahmenbedingungen für waldbewirtschaftende Institutionen

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Besondere Rahmenbedingungen Institution (Summe)			2	1	1	2		2	2				5	1		8
Forstwirtschaftliche Ausrichtung					1				1							2
Naturnahe Waldwirtschaft / Ökologische Ausrichtung			1	1												2
Ballungsraum								1								1
Bürgerorientierung									1							1
Demographischer Wandel / Strukturwandel								1								1
Geringe Bedeutung Wald/Forst						2										1
Geringe personelle Ausstattung														1		1
Große Bedeutung Wald/Forst													2			1
Internationalität			1													1
Stiftung													3			1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Lediglich eine starke *forstwirtschaftliche Ausrichtung* sowie eine *naturnahe Waldbewirtschaftung* und eine damit verbundene starke ökologische Ausrichtung werden in je zwei Fallbeispielen explizit als besondere Rahmenbedingung beschrieben.

Neben den Rahmenbedingungen, wird in größerem Umfang explizit auf Besonderheiten der Waldflächen verwiesen. Insbesondere die Lage der Waldflächen wird hierbei als ausschlaggebend für die kommunale Forstwirtschaft thematisiert.

„IP1: (...) weil ja der XXX Stadtwald, sagen wir zu 80% auf der Gemarkung anderer Gemeinden liegt, nicht auf XXX Gemarkung und das ein traditionelles Erholungsgebiet ist, gibt es dort eine

sehr starke Inanspruchnahme gerade was Tourismus-Erholungswesen betrifft."
(Interview_1_2008)

Tabelle 9 zeigt die expliziten Nennungen zu Besonderheiten der vorhandenen Kommunalwaldflächen.

Tabelle 9: Explizit benannte Besonderheiten kommunaler Waldflächen

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Besonderheiten der Waldfläche (Summe)	1		1		1			2	1		2		4	2	2	9
Zentrale Lage															1	1
Verpachtung															1	1
Großflächigkeit														1		1
Nichtwaldflächen													1			1
Waldmehrung											1		2			2
Funktionensegregation											1					1
Erholungsfunktion														1		1
Kalamitäten								1								1
Kleinflächigkeit					1											1
Referenzflächen			1						1							2
Lage in anderen Gemarkungen	1							1					1			3

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Zum einen stehen sich eine *zentrale Lage* der Waldgebiete mit direktem Anschluss an bebaute Gebiete und eine *dezentrale Lage in anderen Gemarkungen* gegenüber. Desweiteren werden Einschränkungen der Bewirtschaftung durch das Vorhandensein von *FFH Gebieten* und *FSC Referenzflächen* sowie eine klare Bekenntnis zur *Waldmehrung* im kommunalen Besitz mehrfach benannt.

Neben den in Tabelle 8 und Tabelle 9 aufgeführten expliziten Nennungen wird in allen Fallbeispielen implizit auf die vorherrschenden Rahmenbedingungen und Besonderheiten der Waldfläche eingegangen. Häufig wird auf die Besonderheit von Forstwirtschaft im kommunalen Kontext insgesamt hingewiesen. Diese wird, als sich wesentlich von der Forstwirtschaft im Privat- oder auch Landeswald unterscheidend, beschrieben.

Tabelle 10 zeigt eine Übersichtstabelle mit Kurzdarstellung der explizit und implizit genannten Rahmenbedingungen und Besonderheiten, aufgeschlüsselt nach den untersuchten Fallbeispielen.

Tabelle 10: Kurzdarstellung der Fallbeispiele anhand der vorliegenden Organisationsstruktur und örtlichen Besonderheiten²⁶⁷

Nr.	Position IP	Kommunen- klassifikation ²⁶⁸	Wald- besitz- größe ²⁶⁹	BI	Organisationsstruktur	Zuständige kommunale Gremien	Besonderheiten / Rahmenbedingungen
Interview 1_2008	Referatsleiter	Mittelstadt 20.000 – 100.000 EW	mittel/ groß	SN	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Forstbeauftragter in Kommune zur Koordination ➤ Staatliche Beförderung der Waldflächen ➤ Kommunale Forstwirte 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat ➤ Forstbeirat (beratend) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ca. 80 % des Kommunalwaldes auf Gemarkungen anderer Gemeinden ➤ Starke Inanspruchnahme der Flächen durch Tourismus- und Erholungswesen ➤ Übergang in Eigenbetrieb Forstwirtschaft und kommunale Dienste geplant²⁷⁰
Interview 2_2008	Abteilungsleiter Forstverwaltung	Großstadt 100.000 – 500.000 EW	klein/ mittel	SN	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grünflächenamt zugeordnet ➤ Kommunales Forstamt mit zwei kommunalen Forstrevieren ➤ Kommunale Forstwirte 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat ➤ Planungs-, Verwaltungs- und Umweltausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben
Interview 3_2008	Abteilungsleiter Stadtforst	Großstadt > 500.000 EW	mittel	SN	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grünflächenamt ➤ Kommunales Forstamt 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat ➤ Fachausschuss Umwelt ➤ Naturschutzbeirat ➤ Jagdbeirat 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben ➤ Untere Jagdbehörde ➤ Wildgehege ➤ Wissenschaftliche Forschung ➤ Internationales Umfeld ➤ Schwerpunkt Ökologie ➤ Große FFH-Flächen

²⁶⁷ Die Kategorisierung wurde auf Grundlage der Interviewergebnisse erstellt. Die Organisationsstruktur sowie die zuständigen kommunalen Gremien wurden mit verfügbaren Quellen abgeglichen.

²⁶⁸ Zur Wahrung der zugesicherten Anonymität der Kommunen und jeweils ausgewählten Experten, werden keine detaillierten Angaben zur Einwohnerzahl, sowie der Waldbesitzgröße gegeben. Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix.

²⁶⁹ Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix. Waldflächengrößen, welche sich im Übergangsbereich (+/- 200 ha) zwischen zwei Klassifizierungsstufen befinden, werden in dieser Tabelle zur besseren Einordnung durch die Angabe des Übergangsbereiches angegeben.

²⁷⁰ Zum 01.01.2009 erfolgt

Nr.	Position IP	Kommunen- klassifikation ²⁷¹	Wald- besitz- größe ²⁷²	Bl	Organisationsstruktur	Zuständige kommunale Gremien	Besonderheiten / Rahmenbedingungen
Interview 4_2008		Großstadt 100.000 – 500.000 EW	groß	B-W	➤ Selbstständiges Kommunales Forstamt ➤ Dezernat untergeordnet	➤ Gemeinderat ➤ Umweltausschuss ➤ AK Wald	➤ Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben ➤ Untere Jagdbehörde ➤ Kurpark / Tierpark ➤ Schwerpunkte Ökologie, Erholung
Interview 5_2008	Referent	-	-	R-P	➤ Kommunalen Spitzenverband	-	➤ 2000 waldbesitzende Kommunen als Mitglieder ➤ Forstwirtschaft als gleichgeordnetes Themenfeld
Interview 6_2008	Bereichsleiter Stadtwald	Großstadt 100.000 – 500.000 EW	groß	S-H	➤ Eigener Fachbereich ➤ Kommunalen Forstbetrieb ➤ Vier kommunale Forstreviere	➤ Stadtrat ➤ Umweltausschuss	➤ Schwerpunkte Schutz-, Erholungsfunktion ➤ Kaum Waldtradition ➤ Keine behördlichen Aufgaben
Interview 7_2008	Referent	-	-	NRW	➤ Ministerium ➤ Referat für forstliche Planung, Umsetzung FFH-Gebiete, Biodiversität im Wald, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung	-	➤ Übernahme von konzeptionell programmatischen Aufgaben für den Kommunalwald

²⁷¹ Zur Wahrung der zugesicherten Anonymität der Kommunen und jeweils ausgewählten Experten, werden keine detaillierten Angaben zur Einwohnerzahl, sowie der Waldbesitzgröße gegeben. Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix.

²⁷² Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix. Waldflächengrößen, welche sich im Übergangsbereich (+/- 200 ha) zwischen zwei Klassifizierungsstufen befinden, werden in dieser Tabelle zur besseren Einordnung durch die Angabe des Übergangsbereiches angegeben.

Nr.	Position IP	Kommunen- klassifikation ²⁷³	Wald- besitz- größe ²⁷⁴	BI	Organisationsstruktur	Zuständige kommunale Gremien	Besonderheiten / Rahmenbedingungen
Interview 8_2008	Forstamtsleiter	Großstadt 100.000 – 500.000 EW	klein/ mittel	NRW	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eigenständiges Kommunales Forstamt ➤ Vier kommunale Forstreviere ➤ Gleichzeitig Geschäftsführung des Forstbetriebsverbands 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gemeinderat ➤ Umweltausschuss ➤ Vier Bezirksvertretungen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Übernahme der Beförderung von privatem Waldbesitz Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben ➤ Untere Jagdbehörde ➤ Forstwirtschaft im Ballungsraum ➤ Hauptschwerpunkt Erholungsnutzung ➤ Ziel ist über einen Zweckverband ein fusioniertes gemeinschaftliches Forstamt zu gründen ➤ Kommunalwald teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden
Interview 9_2009	Forstbetriebs- leiter	Mittelstadt 20.000 – 100.000 EW	groß	NRW	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eigenständiger kommunaler Forstbetrieb ➤ Fünf kommunale Forstreviere 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat ➤ Haupt- und Finanzausschuss ➤ Ausschuss f. Forst, Umwelt und Landwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Öffentlichkeitsarbeit ➤ Alter, traditioneller Waldbesitz: Starke Identifikation der Bürger mit dem Wald ➤ Wirtschaftliche Bedeutung des Kommunalwaldes ➤ FFH-Gebiete

²⁷³ Zur Wahrung der zugesicherten Anonymität der Kommunen und jeweils ausgewählten Experten, werden keine detaillierten Angaben zur Einwohnerzahl, sowie der Waldbesitzgröße gegeben. Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix.

²⁷⁴ Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix. Waldflächengrößen, welche sich im Übergangsbereich (+/- 200 ha) zwischen zwei Klassifizierungsstufen befinden, werden in dieser Tabelle zur besseren Einordnung durch die Angabe des Übergangsbereiches angegeben.

Nr.	Position IP	Kommunen- klassifikation ²⁷⁵	Wald- besitz- größe ²⁷⁶	BI	Organisationsstruktur	Zuständige kommunale Gremien	Besonderheiten / Rahmenbedingungen
Interview 10_2009	Sachgebiets- leiter Forst	Großstadt > 500.000 EW	klein	SN	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Amt f. Stadtgrün und Abfallwirtschaft ➤ Bewirtschaftung innerstädtischer Wald über kommunalen Forstmeister ➤ Außerstädtischer Wald mit Beförderung durch Landesforstverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat ➤ Umweltausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schwerpunkt forsthoheitliche Aufgaben ➤ Untere Forstbehörde ➤ Kommunalwald teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden
Interview 11_2009	Revierleiter	Kleinstadt < 20.000 EW	klein/ mittel	R-P	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Regiebetrieb ➤ Zusammenschluss von drei kommunalen Waldbesitzern und einem Zweckverband ➤ 4 (2) kommunale Forstwirte 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gemeinderat 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schwerpunkt Erholungswald „Grüner Gürtel“ ➤ Nutzungssegregation auf den Flächen
Interview 12_2010	Referatsleiter Forstbetrieb	Großstadt > 500.000 EW	klein/ groß	BB	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Teil der Hauptverwaltung ➤ Nachgeordnete Sonderbehörde der Senatsverwaltung ➤ Leistungs- und Verantwortungszentrum ➤ Landesforstamt, vier Forstämtern, 29 Revierförstereien ➤ 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Senat ➤ Petitionsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eigener Haushalt ➤ Behördliche Aufgaben ➤ Waldflächen teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden ➤ Starke Identifikation der Bürger mit dem Wald

²⁷⁵ Zur Wahrung der zugesicherten Anonymität der Kommunen und jeweils ausgewählten Experten, werden keine detaillierten Angaben zur Einwohnerzahl, sowie der Waldbesitzgröße gegeben. Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix.

²⁷⁶ Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix. Waldflächengrößen, welche sich im Übergangsbereich (+/- 200 ha) zwischen zwei Klassifizierungsstufen befinden, werden in dieser Tabelle zur besseren Einordnung durch die Angabe des Übergangsbereiches angegeben.

Nr.	Position IP	Kommunen- klassifikation ²⁷⁷	Wald- besitz- größe ²⁷⁸	Bl	Organisationsstruktur	Zuständige kommunale Gremien	Besonderheiten / Rahmenbedingungen
Interview 13_2011	Fachbereichs- leiter Stiftung Leitender Revierförster	Mittelstadt	klein	BY	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kommunalverwaltete Stiftung für Altenpflege ➤ Fachbereichsleiter der Stadtverwaltung und ein Revierförster zur Betriebsausführung ➤ Aufsicht über Landesamt f. Landwirtschaft und Forsten 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat ➤ Stiftungsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterliegen dem Stiftungsrecht ➤ Hauptzweck der Stiftung ist Altenpflege ➤ Wald ist Anlage- und Wirtschaftsvermögen ➤ Ziel ist die Mehrung der Waldflächen ➤ Stellung liegt zwischen privatem und kommunalem Forstbetrieb ➤ keine stadtnahen Waldgebiete, teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden
Interview 14_2011	Leiter Hauptamt	Kleinstadt / Landstadt	klein	SN	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kommunalwald dem Hauptamt zugeordnet ➤ Beförderung durch Landesforstverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtrat 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kleine Gemeinde, daher Ein-Personenstruktur in der Zuständigkeit ➤ Hoheitliche Verwaltung des Waldes ➤ Schwerpunkt Erholungsnutzung über Skihang ➤ 44 ha zusammenhängend, 4 ha zergliedert
Interview 15_2011	Leitender Revierförster	Kleinstadt	mittel/ groß	BB	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Dem Fachbereich Finanzen der Stadtverwaltung zugeordnet ➤ Ein leitender und einem weiteren Revierförster ➤ Kommunale Forstwirte über Eigenbetrieb Bauhof der Stadt angestellt 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stadtverordneten Versammlung ➤ Hauptausschuss ➤ Finanzausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ 700 ha verpachtet an kirchliche Stiftung als Schulwald ➤ Kommunalwald teilweise in Stadtgebiet reinragend ➤ Schwerpunkt Erholungsnutzung

²⁷⁷ Zur Wahrung der zugesicherten Anonymität der Kommunen und jeweils ausgewählten Experten, werden keine detaillierten Angaben zur Einwohnerzahl, sowie der Waldbesitzgröße gegeben. Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix.

²⁷⁸ Die Einteilung richtet sich nach den Angaben der Erhebungsmatrix. Waldflächengrößen, welche sich im Übergangsbereich (+/- 200 ha) zwischen zwei Klassifizierungsstufen befinden, werden in dieser Tabelle zur besseren Einordnung durch die Angabe des Übergangsbereiches angegeben.

Die Einordnung der Fallbeispiele nach Erhebungsindikatoren, kommunalpolitischen und sonstigen lokalen Rahmenbedingungen sowie Besonderheiten der Waldflächen kennzeichnen den Kommunalwald als eine stark heterogene Waldbesitzform. Dies deckt sich mit der nationalen und internationalen Sicht auf urbane Wälder. Zum einen divergiert der öffentliche Wald im Eigentum von Kommunen stark in den unterschiedlichen Betriebsgrößen.²⁷⁹ Daneben unterscheiden sich die Zielsetzungen und Aufgabenfelder stark zwischen urbanen Wäldern, also Wäldern in direkter Stadtnähe, und Wäldern im Eigentum von Kleinstädten und Landgemeinden im ruralen Raum.²⁸⁰ Abbildung 19 zeigt Einflussfaktoren, aus denen sich konkrete lokale Rahmenbedingungen für die kommunale Forstwirtschaft ergeben, anhand des Urban Forestry Models von RANDRUP et al. (2005) auf.²⁸¹

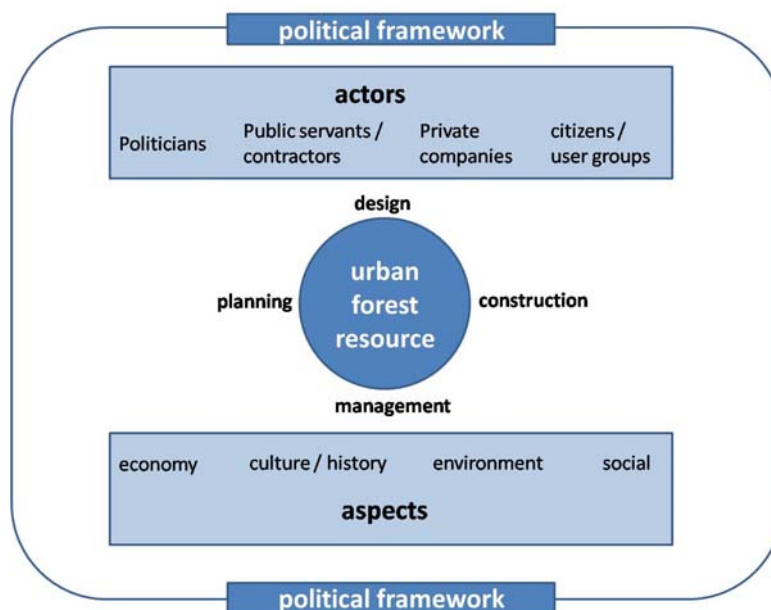


Abbildung 19: The urban forestry model (Böhnke, angelehnt und erweitert an RANDRUP et al., 2005)²⁸²

Die politischen Rahmenbedingungen sind in der vorliegenden Untersuchung abhängig von der jeweilig gültigen Gemeindeverordnung²⁸³. Die behandelten Fallbeispiele differieren in den lokal in Erscheinung tretenden Akteuren, Ansprüchen an die Multifunktionalität, den Waldflächenressourcen und jeweiligen forstwirtschaftlichen Maßnahmen. Die Einflussgrößen auf Kommunalwälder sind somit divergent.

Die Wahrnehmung der Interviewpartner, in einzigartigen Rahmenbedingungen zu agieren, ist nachvollziehbar, da es keine hundertprozentige Übereinstimmung aller Rahmenbedingungen in

²⁷⁹ Vgl. Krott 2001, S. 34

²⁸⁰ Vgl. Krott 1998, S. 12 ff.

²⁸¹ Vgl. Randrup et al. 2005, S. 19

²⁸² Vgl. Randrup et al. 2005, S. 19 "The urban Forestry Model, representing the actors and activities associated with urban forestry"

²⁸³ Die Gemeindeverordnungen variieren aufgrund der differierenden Ländergesetzgebung

zwei Kommunen geben kann. Diese Individualität ist auch in anderen Waldbesitzarten gegeben. Die Untersuchung zeigt jedoch, dass ähnliche Rahmenbedingungen bestehen können, da Kommunen vergleichbarer Größe, geographischer Lage, etc. strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen.²⁸⁴

5.3 KOMPLEX 2 / AKTUELLE THEMENKOMPLEXE UND PROBLEMFELDER DES KOMMUNALWALDS

Auch wenn die lokalen Rahmenbedingungen im Kommunalwald sich sehr unterschiedlich darstellen können, zeigen sich bei der Betrachtung der aktuellen Themen- und Problemfelder, in welchen sich die jeweiligen Institutionen bewegen, größere Übereinstimmungen zwischen den unterschiedlichen Fallbeispielen. Tabelle 11 führt die Themen und Problemfelder an, welchen sich Kommunen im Zusammenhang mit ihrem Waldbesitz aktuell stellen.

Tabelle 11: Aktuelle Themen im Kommunalwald

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Aktuelle Themen u. Problemfelder des Kommunalwaldes (Summe)	2	7	3	4	15	6	8	7	7	1	6	8	5	1	13	15
Energie / Klimawandel	1				1	1	1		1		1	1	2		1	9
Urbaner vs. ruraler Kommunalwald	1			1		1	2	1			2	1			3	8
Organisationsstruktur / Kommunalisierung					5	1		3	2			2	2		1	7
Nutzungskonflikte					2		2		1			3			1	5
Waldverkauf					1	2					1		1		1	5
Temporäre Wälder / Kompensation, Ökokonto			1		1			1		1	1					5
Verkehrssicherungspflicht		3						1	1			1		1		5
Zertifizierung			2		1						1				1	4
Knappe Ressourcen		2				1		1							1	4
Öffentlichkeitsarbeit / Entfremdung vom Wald					2		2								1	3
Zielsetzung				3	1										2	3
Bestattungswald					1										1	2
Waldbau									2							1
Umweltbildung							1									1
Vandalismus		2														1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

In der Mehrzahl entstammen die Nennungen dem Themenfeld *Energie und Klimawandel*. Die politische und gesellschaftliche Diskussion auf internationaler und nationaler Ebene um eine notwendige Energiewende und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien wird auf kommunaler Ebene aufgegriffen. Angepasste Waldbewirtschaftungsformen und die Entwicklung

²⁸⁴ Typisierungen von Städten sind auf Grundlage empirischer Clusteranalysen oder anhand subjektiver oder normativer Profilkategorien möglich und können grundsätzliche Potentiale und Chancen kennzeichnen. Vgl. Kunzmann 2004, S. 22 f.

kommunaler Energiekonzepte werden thematisiert. In einigen Kommunen ist der Wald durch die aktuellen Entwicklungen in der Klimapolitik neu in den Fokus gerückt. Insbesondere eine mögliche Versorgung kommunaler Biomassekraftwerke mit Holz, mit dem Ziel der energetischen Versorgung öffentlicher Einrichtungen, ist hier ein Beweggrund. Aufgabenfelder für die untersuchten Institutionen ergeben sich insbesondere in der Entwicklung kommunaler Energiekonzepte.

IP9: „Wir sind jetzt im Moment mit einem Projekt dabei, Postbank Klima, Klimawald, Klima CO² Senke, sind wir dabei, also eine bioenergetische Region XXX zu gründen. Das ist aber noch in den Kinderschuhen, da laufen verschiedene Arbeitskreise. Neben dem Arbeitskreis Windenergie, der jetzt, der jetzt bald kommen wird. Wir haben in XXX es geschafft, das ist also auch ein Prozess von 17 Jahren (...), Hackschnitzelheizungen in XXX in öffentlichen Gebäuden und das wird jetzt kommen 2011 (...)"

Daneben werden diesem Code das Themenfeld der CO₂ Speicherkapazität der kommunalen Wälder sowie der Umgang mit der steigenden Nachfrage nach Brennholz zugeordnet.

Eine weitere zentrale Frage sehen die Befragten in der Ausrichtung, Durchführung und Aufgabenstellung der kommunalen Forstwirtschaft. Intuitiv wird die Frage nach der Ausrichtung in mehreren Experteninterviews mit der Frage nach unterschiedlichen Anforderungen *urbaner und ruraler Kommunalwälder* verknüpft. Dieses Thema ist wiederum ausschlaggebend für die Identitätsfindung und kontinuierliche Anpassung der untersuchten Institutionen.

IP4: „Hier in XXX gibt es eine andere Bedürfnislage, als auf dem flachen Land, auf der Schwäbischen Alb oder im tiefen Schwarzwald, kann es sein gibt es unterschiedliche Prioritäten und die dürfen ja auch sein, im Sinne einer Pluralität darf das ja auch sein, dass solche Zielsetzungen von Kommune zu Kommune unterschiedlich gesetzt werden. " "

Ein weiteres mehrfach benanntes aktuelles Themenfeld ist die Wahl der *Organisationsform* für Kommunalwald bewirtschaftende Institutionen, sowie die Frage nach der *Kommunalisierung*²⁸⁵ der Kommunalwaldbewirtschaftung. Zum einen stellt sich die Frage nach der Organisationsform des Kommunalwaldes.

IP5: „(...) oder jetzt beschäftigen wir uns halt relativ stark so mit Kommunalisierung der Förster, dass die Förster in den kommunalen Dienst wechseln. (...)"

IP15: „Also die Diskussion war durchaus und es wurde eben auch diskutiert, brauchen wir den Stadtwald, wollen wir den Stadtwald weiter behalten."

Die Frage nach der Lösung und dem Umgang mit Nutzungskonflikten im Kommunalwald ist weit verbreitet. Hauptgegenstandsbereich ist der Ausgleich unterschiedlicher Erholungsinteressen oder

²⁸⁵ Dieses Thema wird ausführlich in der Dissertation RUPPERT (2006) behandelt

Interessen in der Nutzungsform wie bspw. Naturschutzinteressen vs. Forstwirtschaft. Auch Diskussionen über die Veräußerung des Kommunalwaldes, die Entwicklung neuer Geschäftsfelder im Bereich Kompensations- oder Ökokontomaßnahmen sowie die Regelung der Verkehrssicherungspflicht sind verbreitete Themen. Zusammenhänge zu dem benannten Problemfeld der knappen finanziellen und personellen Ressourcen sind in allen Fällen erkennbar.

Die Zertifizierung von Kommunalwaldflächen allgemein und Prozesse zur Wahl passender Zertifizierungssysteme sowie Öffentlichkeitsarbeitsbemühungen zur Minderung der Entfremdung der Bevölkerung vom Wald sind weitere Themen mit mehreren Nennungen. Diese werden seitens der Interviewpartner, genau wie die Nutzungskonflikte, als altbekannte Themen mit anhaltender Aktualität beschrieben.

Der Code *Zielsetzung* der Kommunalwaldbewirtschaftung bündelt problemorientierte Aussagen zum Fehlen konkreter Zielsetzungen für die Kommunalwaldbewirtschaftung.

IP4: „Für einen Kommunalwald ist das große Problem, besteht darin bei der Zielfestsetzung eine gewisse Orientierungslosigkeit zu haben, weil der Eigentümer gibt keine konkreten Ziele vor. Das ist das Hauptproblem.“

In einzelnen Aussagen werden die Einrichtung von Bestattungswäldern, Erstellung von Richtlinien für den Waldbau, das Angebot von Umweltbildungsangeboten sowie der Umgang und die Reaktion auf Vandalismus im Wald als aktuelle Aufgabenfelder im Kommunalwald benannt.

5.4 KOMPLEX 3 / ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IM KOMMUNALWALD IM SYSTEM DER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE

5.4.1 Unterschiedliche Entscheidungsebenen und Beschreibungsdimensionen

Die Unterscheidung unterschiedlicher Handlungsebenen ist in den Augen der Interviewpartner wesentlich für die Beschreibung der Entscheidungsfindung. Die Handlungsebene beeinflusst den Ablauf der Entscheidungsfindung grundlegend, da sich aus ihr der Kreis der notwendig und freiwillig einzubeziehenden Akteure ergibt.

IP4: „(...) Das ist ein multiples System. Das läuft auf ganz unterschiedlichen Ebenen ab. (...)“

Beschreibungsdimensionen, welche durch die Befragten angewandt wurden, lassen sich vier UnterCodes zuordnen, welche in Tabelle 12 aufgeschlüsselt sind.

Tabelle 12: Beschreibungsdimensionen für Entscheidungen im Kommunalwald

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06		I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
unterschiedliche Entscheidungsarten (Summe)				1		5	I 07	1			1	1			3	6
Außen- vs Innenwirkung											1	1				2
kurz-, mittel-, langfristig						1									3	2
politisch vs. operativ						4		1								2
Verwaltungshandeln				1												1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Eine Unterscheidung von *politischen* vs. *operativen* Entscheidungen wird häufig getroffen. Bei den operativen Entscheidungen werden besonders *forstbetriebliche* Fragen herausgearbeitet.

„IP 8: (...) Wobei man da ja deutlich unterscheiden muss, welche Entscheidungen sind das denn. Ob der Fichtenbestand überhaupt zu durchforsten ist, oder ob das jetzt eine Struktur, Hoch-, Nieder- oder sonst für eine Durchforstung ist, (...)“

Neben den politischen und operativen Entscheidungen werden Entscheidungen des *laufenden Verwaltungsgeschäfts* benannt. Als weitere angewandte Beschreibungsdimension werden über den zeitlichen Aspekt *kurz-, mittel- und langfristige* Entscheidungen unterschieden. Als letzte Beschreibungsdimension werden Entscheidungen, welche lediglich eine *Innenwirkung* besitzen, von jenen mit *Außenwirkung* unterschieden.

Auffallend ist, dass zwar nicht in allen Interviews unterschiedliche Beschreibungsdimensionen von Entscheidungen definiert wurden, jedoch in der Regel implizit auf die Unterschiedlichkeit der Entscheidungssituationen hingewiesen wurde. Aus diesen Unterschieden heraus ergeben sich angepasste Handlungsstrategien.

Die in den Experteninterviews verwendeten Beschreibungen von Entscheidungsebenen können in hierarchische, funktionale, organisatorische und zeitliche Dimensionen abstrahiert werden. Abbildung 20 zeigt die daraus entstehende Zuordnung der Entscheidungsarten nach hierarchischer, funktionaler, organisatorischer und zeitlicher Dimension.

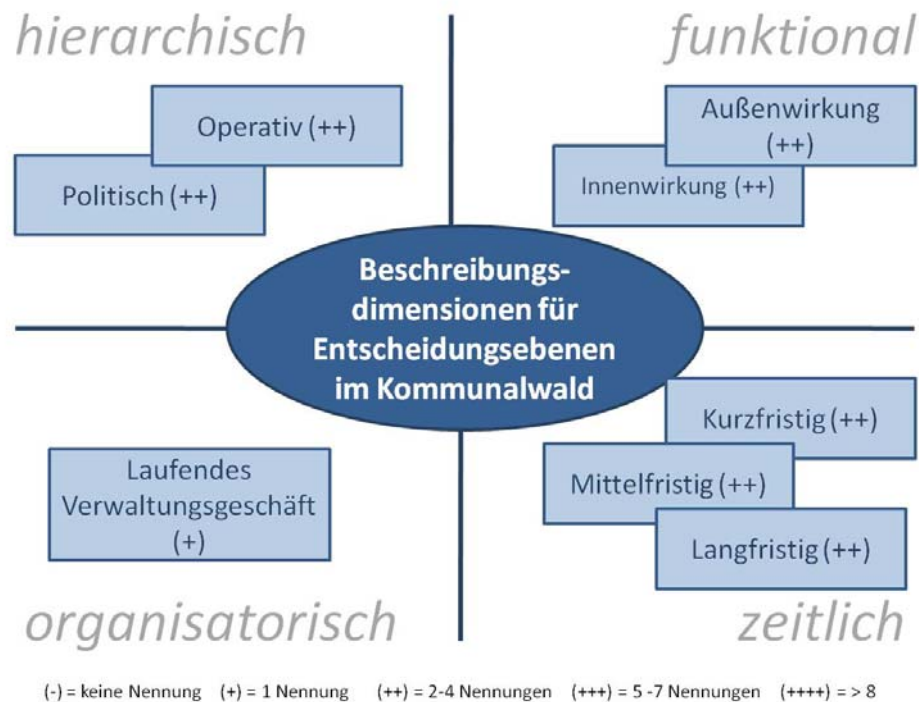


Abbildung 20: Beschreibungsdimensionen für Entscheidungsebenen im Kommunalwald

5.4.2 Weg und Akteure der Entscheidungsfindung

In allen Experteninterviews wird explizit oder implizit auf die gültige Gesetzeslage als Entscheidungsrahmen für den im kommunalen Eigentum stehenden Wald hingewiesen. Der Stadt- oder Gemeinderat wird bezüglich Entscheidungen im Kommunalwald von den Wissensträgern als das letztendlich beschlussfassende Gremium beschrieben. Eine besondere Rolle kommt den Bürgermeistern zu. Die Legitimierung der Entscheidungen fußt also laut der Expertenbefragung letztendlich auf der Entscheidung der demokratisch gewählten Bürgervertreter. Entscheidungen, die in ihrer organisatorischen Dimension (vgl. Kap. 5.4.1) dem Verwaltungshandeln zugeordnet sind, sind davon ausgenommen. Diese werden durch Beschlüsse auf Verwaltungsebene oder in den forstbetrieblichen Institutionen umgesetzt.

IP2: „Also vom Grundsatz her, jetzt kommen wir ja zu den Gesetzlichkeiten, das ist ja gesetzlich geregelt, da gibt’s jetzt also keinen Spielraum. Dass die Entscheidung Kommunalwald letztendlich der Waldeigentümer trifft.“

Als Rahmen für die Entscheidungsfindung wird die Eingliederung forstlicher Themen in kommunale Entscheidungsabläufe beschrieben. Dies zielt im Wesentlichen auf eine Rechtfertigung des operativen Verwaltungshandelns gegenüber dem Stadt- oder Gemeinderat.

IP5: „Also rein rechtlich und formal ist es so, dass sowohl die Forsteinrichtungsplanung, mittelfristige Planungsgeschichten, als auch die jährlichen Wirtschaftspläne von den kommunalen Gremien beschlossen werden müssen.“

Daneben wird immer wieder auf die gültigen Länder- bzw. Bundesfachgesetze für Wald und Naturschutz als maßgebliche Handlungsgrundlage verwiesen. Diese bilden die zweite Säule der Begrenzung forstwirtschaftlicher Entscheidungen für die Verwaltungsebene und die operativen forstbetrieblichen Institutionen im Kommunalwald. Die entsprechenden Entscheidungen werden in diesem Fall über die formal hierarchischen Ebenen getroffen. D.h. Entscheidungen, welche sich außerhalb des Spielraums des Verwaltungshandelns bewegen, werden in den entsprechenden Gremien vorgestellt und getroffen. In der Konkretisierung bedeutet dies, dass die Entscheidungen, im Rahmen der gültigen Gesetzeslage, offiziell im jeweiligen Stadt- oder Gemeinderat getroffen und beschlossen werden.

IP11: „(...) es gibt also zum Einen natürlich die jeweiligen kommunalen Gremien die über zu mindestens einmal im Jahr über Forstwirtschaftspläne oder eben aus besonderen Anlass beraten und auch beschließen und diese Beschlüsse werden dann umgesetzt. Die können letztendlich nur das beraten was ihnen auch zur Beratung vorgelegt wird. Das heißt also praktisch sieht das so aus, dass ich eine Vorlage für das jeweilige kommunale Gremium schreibe und dann in der Sitzung wird dann auch dieser Fall eben diskutiert. Das ist dieser Standardfall wie im Kommunalwald Entscheidungen herbeigeführt werden.“

Allerdings wird in den Experteninterviews deutlich, dass neben dem formal rechtlichen, also offiziellen Weg der Entscheidungsfindung im Rahmen der repräsentativen Demokratie, eine operative Ebene der Entscheidungsfindung existiert.

IP9: „De facto ist es so, aber es ist, es ist unterschiedlich. Es, man darf sich das nicht so streng und hierarchisch, also das ist formal streng hierarchisch, da geht gar kein Weg dran vorbei. Aber vielleicht können wir das später mal so abhandeln, weil das nämlich eigentlich das wahre Leben ist. Es läuft ja sehr viel informell.“

Aufgrund der Diskrepanz zwischen formellen und informellen Entscheidungsfindungsprozessen, entsteht in vielen Kommunen für die Verwaltungsebene und die operativen forstbetrieblichen Institutionen eine *große fachliche Freiheit* in der Entscheidungsfindung. Es findet eine umfangreiche Zuordnung von Entscheidungsprozessen in die organisatorische Dimension des Verwaltungshandelns statt (vgl. Kap. 5.4.1). Tabelle 13 zeigt dieses in der Konkretisierung. Neben der großen Freiheit, vor allem in forstfachlichen Fragen, steht insbesondere die *Vorbereitung von Entscheidungen, Vorlagen* oder auch *Positionspapieren* für die unterschiedlichen demokratisch legitimierten Gremien auf der Aufgabenliste. Dies kann im Weiteren dazu führen, dass die Meinungsbildung in den Gremien durch die Verwaltungsebene und die operativen forstbetrieblichen Institutionen geprägt wird und die Institutionen als *Meinungsführer* agieren. In Einzelnennungen wird die Übernahme von weiterführenden Aufgabenbereichen der Gremien beschrieben. Diese reichen von der inhaltlichen Steuerung der Gremien durch das *aktive Einbringen von Themen*, die

Übernahme von organisatorischen und koordinativen Aufgaben im Vorfeld und während Gremiensitzungen bis hin zur faktischen Übernahme der Eigentümerverantwortung durch die Institutionen.

Tabelle 13: Informelle Ebene der Entscheidungsfindung, bezogen auf die Rolle der forstlichen Verwaltungseinheiten, im Rahmen der repräsentativen Demokratie

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Informelle Ebene der Entscheidungsfindung (Summe)		2	1		1	3			5		4	1				7
große Freiheit in fachlichen Entscheidungen		1	1			3			1							4
Vorbereitung von Entscheidungen/ Vorlagen/ Positionspapieren		1							1		2	1				4
Meinungsführer									2		1					2
Aktives Einbringen von Themen											1					1
Übernahme organisatorischer, koordinativer Aufgaben									1							1
Übernahme der Eigentümerverantwortung					1											1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Als Hauptakteure der Entscheidungsfindung im Rahmen der repräsentativen Demokratie agieren, nach den Aussagen der Experten, die befragten Institutionen selber, der *Stadt-/Gemeinderat*, beratende oder beschließende *Fachausschüsse*, die Person des *Bürgermeisters*, *Dezernenten/Senatoren/Staatssekretäre* sowie *sachkundige Bürger*.

5.4.2.1 Die Rolle des Stadt- / Gemeinderats sowie der Fachausschüsse

Der Stadt- oder Gemeinderat wird bezüglich Entscheidungen im Kommunalwald von den Wissensträgern als das letztendlich beschlussfassende Gremium beschrieben. Gleichzeitig ergibt die vorliegende Untersuchung, dass in einem Großteil der untersuchten Gemeinden lediglich einmal bis maximal zweimal pro Jahr forstliche Themen im Gemeinderat thematisiert werden. In impliziten Beschreibungen wird immer wieder auf wichtige oder außergewöhnliche Entscheidungen verwiesen, welche in den gewählten Gremien vorgebracht werden. Eine Konkretisierung der betroffenen Themenbereiche wird nicht gegeben. Als wichtigste reguläre Gegenstandsbereiche werden die Verabschiedung des Haushaltsplans und damit die Jahresplanung der Finanzen für den Forstbereich beschrieben. Tabelle 14 beschreibt die Bandbreite der expliziten Nennungen von im Stadt- oder Gemeinderat behandelten Themenbereichen.

Tabelle 14: Im Stadt- oder Gemeinderat behandelte Kommunalwaldthemen

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Themen im Stadt- / Gemeinderat (Summe)		5	3	1		2			2	4	5	1	2	4	4	11
Haushaltsplan / Wirtschaftsplan		2	2			2					3		1	3	1	7
Zertifizierung		1								1		1			1	4
Forsteinrichtung		2								2				1	1	4
Große Investitionen										1			1		1	3
Schutzgebiete			1													1
Infrastruktur											1					1
Brennholz / Energie											1					1
Flächeninanspruchnahmen									1							1
Holzverkauf / Holztransport									1							1
Außenwirkung				1												1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Hier wird deutlich, dass neben dem Haushaltsplan alle sonstigen benannten Themen auf geringes Interesse stoßen. Als weiteres Planungs- und Steuerungsinstrument ist der Beschluss der *Forsteinrichtung* ein weiteres Thema im Gremium. Die implizite Nennung wichtiger Entscheidungen wird explizit durch den Beschluss von *großen Investitionen* unterfüttert. Die Entscheidung für oder gegen eine *Zertifizierung* der kommunalen Waldflächen und die Wahl des angewandten Zertifizierungssystems ist ebenso ein Thema mit Mehrfachnennungen. Interessant ist, dass teilweise in den Stadt- und Gemeinderäten über die jährliche Planung hinaus spezifische Themen, wie beispielsweise die konkrete Abwicklung des *Holzverkaufs* oder die *Brennholzseltwertung*, behandelt werden.

IP11: „(...) Ja, obwohl das in allen Landgemeinden so ist. Selbst bei der Stadt XXX wird durchaus mal über Brennholz im Ausschuss gesprochen, das ist ein Riesenthema.“

Eine Typisierung der Behandlung forstlicher Fragen in den Fallbeispielen, anhand der zuständigen kommunalen Gremien, der Kommunen- oder Waldbesitzgröße ist nicht möglich.

Die Zusammenarbeit der Verwaltungsebene und der operativen forstbetrieblichen Institutionen mit dem Stadt- und Gemeinderat wird in der Regel als positiv beschrieben. Tabelle 15 zeigt die expliziten Nennungen aus den Experteninterviews zu Art und Weise der Zusammenarbeit. Neben den Stadt- und Gemeinderatssitzungen wird insbesondere der Waldbegang mit Mitgliedern der Gremien von den Interviewpartnern als wichtiges Instrument für die Zusammenarbeit beschrieben.

IP15: „(...) deswegen haben wir ja auch andere Wege versucht um nicht immer in der Stadtverordnetenversammlung, wo man dann nur 5 Minuten Zeit hat, dann geht es nicht. Sondern wir haben so eine Exkursion mit ihnen gemacht, haben sie aufgesucht und (gezeigt)

das doch auch viel daran liegt, an diesen Entscheidungen, wo die hin gehen, was überhaupt entschieden wird, (...)."

Neben diesen interaktiven Elementen wird die Zusammenarbeit mit den demokratisch legitimierten Gremien häufig über das Zuarbeiten von *Vorlagen* durch die untersuchten Institutionen mit anschließender Beschlussfassung beschrieben.

IP13: „(...) dass sie uns auch gefolgt sind muss ich sagen, also unseren Vorschlag der Verwaltung gefolgt sind und das so eigentlich auch immer, so gut wie immer einstimmig beschlossen haben.“

Die jährlichen Termine im Gemeinderat enden in der Regel mit *einstimmigen Beschlüssen* der erarbeiteten Vorlagen. Dies wird wiederum mit Vertrauen in die Fachkompetenz der Verwaltungs- und operativen forstbetrieblichen Ebene sowie durch die bereits in Kapitel 5.4.2 beschriebene intensive Vorbereitung der vorgestellten Vorlagen begründet. Das Vertrauen entsteht dabei häufig über langfristige Strukturen in der Zusammenarbeit.

IP3: „Da sind viele sehr lange Jahre dabei. Natürlich mit jeder Wahl kann sich dieser Personenkreis ändern, aber manche sind eben wiederholt gewählt wurden.“

Zwar wird seitens der Experten wiederholt darauf hingewiesen, dass während Gemeinderatssitzungen mit anstehenden Beschlussfassungen zum Gemeindewald *Diskussionen* mit Gemeinderatsmitgliedern aufkommen oder Fragen gestellt werden. Als echtes Beratungsgremium zum Thema Wald wird der Gemeinderat jedoch in der Regel nicht wahrgenommen.

Tabelle 15: Explizite Nennungen zur Art der Zusammenarbeit mit dem Stadt- oder Gemeinderat

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Zusammenarbeit mit Stadt- / Gemeinderat (Summe)		4	3	1	1				2	3	10	1	6	5	3	11
Waldbegang mit Stadt- / Gemeinderat											2		1		1	3
Vertrauen											1					1
Einstimmige Beschlüsse											1		1	1		3
Diskussion		1	1								1	1	1			5
Vorlagen / Beschlüsse		3	2	1					1		1		1	2		7
Waldbegang					1				1	3	4		2	2	2	7

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Wenn eine Gemeinde über einen speziellen Fachausschuss verfügt, dem der Forstbereich zugeordnet ist, wird in einigen Fällen eine enge Zusammenarbeit zwischen Forstverwaltung/Forstbetrieb und formal verankertem Gremium beschrieben. Bezüglich des Kommunalwaldes werden hier die „Vorlagen für den Gemeinderat“ abgestimmt, also die Beschlüsse vorbereitet. Daneben wird „vorberaten“ und „vertiefend diskutiert“.

IP3: „Ich kann nicht, auch wenn das rechtlich vielleicht nicht ganz sauber ist, aber ich kann nicht jedes Mal in den Stadtrat gehen. Der Aufwand wäre einfach zu groß und es würde auch nicht zünden. Und deshalb gehe ich in das Gremium vom Stadtrat, in den sogenannten FA Umwelt, der dazu da ist und die segnen das ab.“

Diese enge Zusammenarbeit mit Fachausschüssen ist jedoch nicht die Regel. Auch von den Fachausschüssen wird explizit, aber vor allem auch implizit, berichtet, dass der Kommunalwald in der Ausschussarbeit eine eher untergeordnete Rolle spielt.

IP13: „Das ist aber zur Information gegeben worden, es gab im Stiftungsausschuss, der den Haushaltsplan vorberät, keine weitere Diskussion darüber zu dem Thema, es wurde zur Kenntnis genommen.“

Die Vertreter der Großstädte > 500.000 EW berichten teilweise, dass der zuständige Fachausschuss das ausschließliche demokratisch legitimierte kommunale Gremium darstellt, zu dem direkte Kontakte seitens der forstlichen Verwaltungsebene und des Forstbetriebs bestehen. In diesen Fällen besteht eine indirekte Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.

5.4.2.2 Die Rolle des Bürgermeisters und der Dezernenten/Senatoren

Die Rolle des *Bürgermeisters* für die Entscheidungsfindung im Kommunalwald ist in den untersuchten Kommunen unterschiedlich. Tabelle 16 zeigt die expliziten Nennungen zu Art und Weise der Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister sowie der Rolle, welche durch den Bürgermeister bezüglich der Entscheidungsfindung im Kommunalwald eingenommen wird.

Tabelle 16: Die Rolle des Bürgermeisters in der Entscheidungsfindung im Kommunalwald

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	I 16	Anzahl
Bürgermeister (Summe)		7	1	2		2					3	2		6	2		8
Zusammenarbeit mit dem BM		3									1	1		2	1		5
Höchste Instanz des Verwaltungshandels				2		2					1			1			4
Einzelgespräche											1			1	1		3
BM als Ansprechpartner für Bevölkerung / Presse		1	1											1			3
Information														1			1
Kontinuierlicher Kontakt												1					1
Zuarbeiten für BM		3															1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Als Akteur wird er in der Mehrzahl der Interviews explizit benannt. Die Intensivität der Zusammenarbeit ist dabei unterschiedlich und reicht von regelmäßigen *Einzelgesprächen*, über die *Information* bezüglich erforderlicher Maßnahmen oder dem Erstellen von *Zuarbeiten* zur Sitzungsvorbereitung. Die besondere Rolle des Bürgermeisters neben Stadt- oder Gemeinderat und Fachausschüssen wird durch die Interviewpartner in der hierarchischen Stellung des Amtes als

höchste Instanz in der Kommunalverwaltung gesehen. Diese Stellung wird auch in Waldfragen wahrgenommen.

IP6: „Es gehen auch alle, sagen wir mal Vorlagen die wir für den Umweltausschuss machen, über den Bürgermeister. Der Bürgermeister behält sich vor diese Entscheidungen, diese Vorlagen nicht durchgehen zu lassen oder zu verändern.“

Die Stellung als Verwaltungsspitze führt auch dazu, dass der Bürgermeister teilweise zwischen den unterschiedlichen Gremiensitzungen als Ansprechpartner für die Verwaltungsebene oder den Forstbetrieb fungiert und Maßnahmen und Entscheidungen, welche sich im Grenzbereich des zugewiesenen Verwaltungshandeln bewegen, behandelt werden.

IP11: „Alternativ ein Gespräch mit dem Bürgermeister, der sozusagen verantwortlich ist für die Geschäfte der laufenden Verwaltung oder eben wenn das sozusagen in mein Ressort ursächlich reinfällt und keine Besonderheit darstellt, dann entscheide ich das auch selber.“

Typische Themen für diese Beratungen sind die kontinuierliche *Information* über verschiedene Bereiche des operativen Tagesgeschäfts oder auch finanzielle Entscheidungen, welche den Handlungsspielraum der Verwaltungsebene überschreiten und der Zustimmung des Bürgermeisters bedürfen.

Die beschriebene Rolle der übergeordneten Instanz des Bürgermeisters kann, je nach kommunalen Gegebenheiten, auch durch die Position des *Dezernenten* oder vergleichbarer Ämter ausgefüllt werden.

IP6: „Das geht nur über unseren Dezernenten, der ist immer unser Sprachrohr. Das ist ja der Transmitter zur politischen Situation zwischen Politik und Verwaltung. Das ist ja ein politischer Beamter, das ist die entscheidende Figur für Grundsatzentscheidungen. Der kann das beeinflussen.“

Insbesondere die Interviewpartner aus Großstädten weisen darauf hin, dass diese Akteure aufgrund der kommunalen Verwaltungsorganisation einbezogen werden müssen.

5.4.2.3 Die Rolle sachkundiger Bürger

Einige Kommunen greifen auf die Expertise *sachkundiger Bürger* für den Forstbereich zurück. Vier Kommunen berichten explizit über das Vorhandensein sachkundiger Bürger in Fachausschüssen und Beiräten. Dabei ist den Interviewpartnern die Zugehörigkeit von sachkundigen Bürgern zu gesetzlich verankerten Beteiligungsverfahren geläufig.

IP4: „Die Stadt XXX hat bei Entscheidungsfindungen im Gemeinderat und in den Ausschüssen das Instrument der sachkundigen Bürger. Das ist eine grundsätzlich freiwillige Angelegenheit, setzt aber eben im stärkeren Maß auf diese, auf diesen Dialog, dass die Bürgerschaft stärker

eingebunden werden muss. Ist aber vom Gemeinderat mit gesetzt, deshalb ist es jetzt keine freiwillige Beteiligung unsererseits."

Neben der Nennung der sachkundigen Bürger werden in den Interviews kaum qualitative Aussagen über ihr Wirken getroffen. Eine Einschätzung der Güte dieses Instruments für den Kommunalwald ist daher schwierig. Positive Bewertungen werden nicht gegeben. Allerdings wird in einem Fallbeispiel die *Besonderheit* des ausschließlichen Vorkommens von sachkundigen Bürgern im Forst- und Umweltausschuss beschrieben. In diesem Fall sind sie durch die Fraktionen berufen. Daraus lässt sich ein verstärktes politisches Interesse der Fraktionen am Thema Wald ableiten, welche durch das Instrument des sachkundigen Bürger eventuell mehr Einfluss erreichen wollen. Ähnliche Zusammenhänge werden auch in einem weiteren Fallbeispiel beschrieben, in welchem die sachkundigen Bürger durch den Interviewpartner als eher parteinah und *wenig qualifiziert* beschrieben werden.

IP8: „Wobei, eine besondere Sachkunde sollte man auch da nicht unbedingt voraussetzen. Es mag im Einzelfall wirklich solche Leute geben, aber häufig sind dann doch parteipolitische Dinge usw. ausschlaggebend dafür, dass dann, ich sage mal der Blinde unter den oder der Einäugige unter den Blinden der König ist."

Eine besondere Stellung oder Bedeutung sachkundiger Bürger für die Entscheidungsfindungen bezüglich des Kommunalwaldes ist auf Grundlage der Expertenbefragung nicht festzustellen.

5.4.2.4 Die Rolle der forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen

Die eigene Rolle in der Entscheidungsfindung im Themenbereich Kommunalwald wird seitens der Interviewpartner deutlich formuliert. Hierbei werden teilweise deutlich Machtverhältnisse zwischen den kommunalen Vertretern und der forstlichen Verwaltungsebene und den forstbetrieblichen Institutionen eingegangen. In allen Aussagen wird deutlich, dass den forstlichen Institutionen Mechanismen zur Verfügung stehen, die Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Diese bestehen in der gezielten Gabe von Fachinformationen, der Begleitung von Themen mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit oder Verbandsarbeit und der umfassenden Vorbereitung von Entscheidungen. Unter Umständen werden diese gezielt zur Erreichung der eigenen Ziele eingesetzt.

IP6: Also ich wollte darauf hinweisen, das ist mir ein Anliegen, dass man als Verwalter so einer Forsten und vor allen als öffentlich Bediensteter einen sehr großen Spielraum hat auf die Öffentlichkeit im Sinne der eigenen Ziele zu motivieren, was die vorgesetzte Stelle also die direkten Vorgesetzten häufig überkompensieren kann.

Gleichzeitig wird der Einsatz der Steuerungsmechanismen aus Sicht der Interviewpartner als Notwendigkeit beschrieben. Die Erhaltung der eigenen Arbeitsfähigkeit, die Angst vor politischen

Ränkespielen und die Ressourcenkonkurrenz zu anderen Fachressorts, werden als Gründe für dieses Verhalten angeführt.

IP9: Also da gibt's dann, da wollen wir das schon sehen, dass wir unsere Dinge dann auch durchsetzen, die müssen wir nämlich auch durchsetzen und also hier werden die Entscheidungen einfach vorbereitet und so wasserdicht gemacht, wenn es irgend geht, dass sie dann auch durch die politischen Gremien durchkommen.

5.5 KOMPLEX 4 / PARTIZIPATION BEI DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IM KOMMUNALWALD

5.5.1 Durch Rechtssätze verankerte Beteiligungsverfahren mit Relevanz für die Entscheidungsfindung im Kommunalwald

Die Spannweite der in Rechtssätzen²⁸⁶ verankerten Beteiligungsverfahren mit Relevanz für den Kommunalwald ist weit. Tabelle 17 zeigt die expliziten Nennungen, aufgeschlüsselt nach Fallbeispielen. Das am häufigsten angewendete Verfahren ist dabei die Information der Bevölkerung über die Arbeit, Beschlüsse und sonstigen Ergebnisse der unterschiedlichen demokratisch legitimierten Gremien und ihrer nachgeordneten Verwaltungsebene. Diese spielt im Kommunalwald eine herausragende Rolle.

IP3: „(...) und dort wird das in diesen 4 Gremien grundsätzlich vorgestellt und da können dort eventuell noch Änderungen erfolgen. Wenn das dann sozusagen durch ist, wird es dann kommuniziert.“

²⁸⁶ Gültige Rechtssätze in der Kommunalpolitik sind die jeweiligen Gemeindeordnungen oder -satzungen. Diese werden im Rahmen der jeweilig gültigen Landesgesetzgebung erlassen.

Tabelle 17: In Rechtssätzen verankerte Beteiligungsverfahren mit Relevanz für den Kommunalwald²⁸⁷

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
In Rechtssätzen verankerte Beteiligungsverfahren (Summe)	1	7	9	5	3	4	1	4	10	5	9	12	6	4	3	15
Information / Öffentlichkeitsarbeit	1	6	5		1	4		4	10	3	9	9	6	3		12
Eingaben / Beschwerden / Leserbriefe		1	1		1							2		1	2	6
Bürgerversammlungen / Stadtteilkonferenzen					1		1									2
Expertenbeteiligung			2	2												2
Stellungnahmen			1							2						2
Bürgerbegehren												1				1
Bürgerfragestunden															1	1
Ortschaftsräte				3												1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Gleichzeitig ist jedoch zu beachten, dass es sich bei der Information der Bevölkerung häufig um eine Art Zwitterstellung zwischen einem gesetzlich verankerten und einem freiwilligen Verfahren handelt. Einerseits besteht eine Informationspflicht der politischen Ebene gegenüber dem Bürger. Diese ist in den Gemeindeordnungen bzw. –satzungen grundsätzlich verankert. Die Ausgestaltung divergiert von Kommune zu Kommune. Zumeist werden die Unterrichtung der Bürger, die Bekanntgabe von Beschlüssen und Sitzungsterminen, Öffentliche Auslegungen etc. aufgeführt.²⁸⁸ Andererseits dient Öffentlichkeitsarbeit als allgemeines Instrument der Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen zur Kommunikation mit den Bürgern und sonstigen Akteuren.

IPg: (...) Ich brauch die Entscheidung des Rates. Aber diese Entscheidung muss begleitet werden. Die muss begleitet werden durch Öffentlichkeitsarbeit, durch Informationsarbeit, ich will sagen durch Pressegespräche, (...)“

Daneben werden offizielle *Eingaben* in die politischen Gremien, das direkte Richten von *Beschwerdebrieffen* an die Verwaltungsebene oder die politischen Gremien oder Ämter oder indirekt das Verfassen von *Leserbriefen* in der lokalen Presse als Verfahren benannt, durch die der Bürger oder Interessengruppen sich in die Entscheidungsfindung im Rahmen der repräsentativen

²⁸⁷ Beispiele für in Rechtssätzen verankerte Beteiligungsprozesse aus Gemeindeordnungen oder -satzungen:

Hauptsatzung Fallbeispiel 09 (Abs. 31.1): „Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat oder eine Bezirksvertretung zu wenden.“

Hauptsatzung Fallbeispiel 03 §14 9. (7): „Über die Berufung von sachkundigen Einwohnern gemäß § 44 Abs. 2 SächsGemO entscheidet die Ratsversammlung durch besonderen Beschluss. Bei beratender Tätigkeit von sachkundigen Einwohnern sind die §§ 19 und 20 der SächsGemO anzuwenden.“

²⁸⁸ Beispiel für in Rechtssätzen vorgeschriebene Informationspflicht gegenüber dem Bürger:

Hauptsatzung des Fallbeispiels 09 (29.1): „Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z.B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.“

Demokratie einbringen. Diese beiden am häufigsten explizit benannten Beteiligungsverfahren sind nicht dialogisch orientiert. Zu diesen einseitigen Verfahren können ebenfalls die explizit benannten Bürgerbegehren und offiziellen Stellungnahmen zugeordnet werden.

Neben diesen einseitigen, oft stark informationsbasierten Verfahren finden aber auch dialogisch orientierte Verfahren im Kommunalwald Anwendung. Die Nennungen reichen hier von dem Durchführen von Bürgerversammlungen oder Stadtteilkonferenzen zu forstlich relevanten Themen, über die Inanspruchnahme von Beratungen durch Experten bis zu Bürgerfragestunden zum Thema Kommunalwald oder der Einbindung von und Diskussion mit Ortschaftsräten oder Stadtteilparlamenten.

5.5.2 Freiwillige Beteiligungsprozesse mit Relevanz für den Kommunalwald

Im Themenkomplex der freiwilligen Beteiligungsprozesse können Codings aus allen Fallbeispielen zugeordnet werden. Tabelle 18 zeigt die expliziten Nennungen von angewandten Verfahren der freiwilligen, über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus gehenden, Beteiligung von Einzelpersonen, Institutionen oder sonstigen Akteuren.

Tabelle 18: Explizite Nennung von Verfahren der freiwilligen Beteiligung mit Relevanz für den Kommunalwald

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Verfahren der freiwilligen Beteiligung (Summe)	1	7	11	6	5	9	2	8	12	6	13	15	8	5	6	15
Information / Öffentlichkeitsarbeit	1	6	5		1	4		4	10	3	9	9	6	3		12
Schriftstück			2	3		2	1	1	1			1			3	8
Waldbegang					1				1	3	4		2	2	2	7
Offene Bürgerbeteiligung				1	1	1									1	4
Runde Tische					1			3				5				3
freiwillige Gremien			3	2		1										3
Bürgerversammlungen / Stadtteilkonferenzen			1		1		1									3
Delegation						1										1
Beratungen		1														1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Wie auch in den gesetzlich verankerten Verfahren, bilden die *Information* der Bevölkerung sowie die *Öffentlichkeitsarbeit* den Schwerpunkt der Nennungen (vgl. Kap. 5.5.1). Dieses hängt mit der Zwitterstellung der Informationsgabe zusammen. Einerseits besteht eine Informationspflicht der kommunalen Politik- und Verwaltungseinheiten gegenüber den Bürgern und andererseits wird Öffentlichkeitsarbeit freiwillig seitens der politischen und der Verwaltungsebene bzw. der forstbetrieblichen Institutionen betrieben (vgl. Kap. 5.5.1). Die freiwillige Informationsgabe adressiert sich hauptsächlich an die Bürger, an Verbände und Vereine und an betroffene Einzelpersonen oder an außerforstliche Verwaltungseinheiten der Kommune.

IP2: „(...) also da informieren wir die Bevölkerung darüber, dass wir das gemacht haben, aber wir fragen nicht: „Was meint denn Ihr, sollen wir die Buche oder Eiche pflanzen“ wenn beide Baumarten möglich sind. Also diese Entscheidung treffen wir selber, ohne dass wir die Bevölkerung fragen, was sie gern für eine Baumart dort hätten.“

IP3: „(...) und natürlich Öffentlichkeitsarbeit das ist ein sehr wichtiger Punkt, ohne den würden wir nicht überleben können, sage ich mal so wie es ist. Also man muss alle Maßnahmen jagdlich und auch forstlich hier sehr breit kommunizieren und auch immer wieder sich gefallen lassen, dass es hinterfragt wird. (...)“

Der Waldbegang ist ein weiteres, oft beschriebenes Verfahren der freiwilligen Beteiligung. Dieses Instrument wird in der Regel zur Einbindung von Mitgliedern des Stadt- oder Gemeinderats oder der kommunalen Verwaltungsebene eingesetzt. Teilweise dienen die Waldbegänge auch der Klärung spezieller Sachverhalte mit betroffenen Akteuren, wie beispielsweise angrenzenden Waldbesitzern oder als Kommunikationsinstrument.

Die Waldbegänge werden sowohl Themen bezogen zur Klärung konkreter Sachverhalte, als auch als jährlicher Routinetermin eingesetzt.

IP14: „(...) und meine Rolle dort oben [beim Waldbegang] ist eher der politische Vermittler zwischen dem reinen forstlichen unserer Revierförsterin, die ja auch gleichzeitig "bis vor kurzem" noch die hoheitlichen Revierförster vertreten hat, (...) und dem Willen des Skivereines der manchmal sehr weit außerhalb des Waldgesetzes liegt. Und da bin ich dann sozusagen die verwaltungstechnische und politische Vertretung des Bürgermeisters, der Vermittler der auch die Sachkunde hat, einmal vom forstlichen, aber auch vom politischen, verwaltungstechnischen ganz komplett vom Forst abgesehen mal sozusagen die Vermittlerrolle spielen kann.“

Neben Waldbegängen mit geschlossenem Teilnehmerkreis werden auch Beispiele für offene Teilnehmerkreise benannt.

IP11: „Ja, auch bei grundsätzlichen Entscheidungen, also hier jährliche Wirtschaftspläne oder 10jährige Planung werden hier, zumindest hier in XXX, öffentliche Waldbegänge angeboten.“

Weitere freiwillige Beteiligungsprozesse im Kontext Kommunalwald sind offene Bürgerbeteiligungsverfahren, das heißt Verfahren, welche keinen klar begrenzten Teilnehmerkreis haben, sondern jedem Interessierten offen stehen. Dies können offene Diskussionsrunden zu festgelegten Themenkreisen oder auch gesamtstädtische Leitbildprozesse sein. In den gesamtstädtischen Prozessen bildet das Thema Kommunalwald einen Teilaspekt.

IP15: „(...) es gab auch eine öffentliche Diskussion, also hier im multikulturellen Zentrum zu diesem Thema. In der Zuspitzung sage ich mal, dieser Konfrontation, um zu sagen: Ja weiß ich,

wo wollen wir hin mit unserer Waldbewirtschaftung, wollen wir ihn überhaupt behalten, wollen wir ihn verkaufen oder? Da gab's also mit regem Interesse, waren bestimmt 100 Leute da."

Ähnliche Mechanismen der freien Beteiligung können im Rahmen von *Bürgerversammlungen* oder *Stadtteilkonferenzen* entstehen. Bilateral ausgerichtet sind *Beratungen* mit betroffenen Akteuren. Eine weitere Form ist die Delegation von Aufgaben oder Verantwortung an Dritte. Delegiert werden kann an Angehörige der eigenen Organisationseinheit im Sinne interner Mitarbeiterpartizipation oder an externe Akteure, z.B. im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement²⁸⁹.

5.5.2.1 Schriftliche Leitbilder

In vielen Fällen wird von Prozessen zur Schaffung schriftlich fixierter Zielsetzungen oder Handlungsgrundlagen berichtet. Die Anfertigung solcher *Schriftstücke* ist nicht notwendiger Weise mit der Durchführung eines Verfahrens der freiwilligen Partizipation verbunden. In allen beschriebenen Fällen wurden jedoch entweder verwaltungsinterne oder auch -externe Institutionen oder Einzelpersonen an der Formulierung beteiligt.

IP3: „Als Besonderheit: Wir haben selbst eine langfristige Planung erarbeitet, die gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, wobei das offenbar – das entnehme ich der Fachliteratur – deutschlandweit so ein bisschen in Mode kommt. (...)“

Die Motivation für die Entwicklung schriftlicher Ziele und Leitbilder ist häufig eine ex-ante Legitimation von Maßnahmen im Kommunalwald.

IP4: „Und wollte den Gemeinderat einbeziehen in diese Zielsetzungsdiskussion und dann über einen Beschluss, also einen Beschluss herbei führen, der uns genügend Klarheit schafft, welche Ziele denn der Eigentümer Stadtverwaltung und Bürgerschaft mit seinem Vermögens- und Unternehmensbereichs Forst, ja wie er die Ziele sieht...“

Der Teilnehmerkreis an der Formulierung ist in den Fallbeispielen sehr unterschiedlich. Beispiele für eine rein verwaltungsinterne Formulierung mit anschließender Einbringung in den Stadt- oder Gemeinderat sowie Prozesse mit aktiver Einbindung des Stadt- oder Gemeinderats sowie Verbandsvertretern und sonstigen Experten werden genannt. Die Diskussionsrunden werden als eher klein beschrieben. Beispiele, in denen das Schriftstück Ergebnis einer offenen Bürgerbeteiligung ist, wurden im Rahmen der Untersuchung nicht gefunden. Die Legitimierung der Schriftstücke ist in der Regel durch einen abschließenden Stadt- oder Gemeinderatsbeschluss gegeben.

²⁸⁹ Eine umfassende Studie zum Thema Bürgerschaftliches Engagement in Wald und Forstwirtschaft findet sich bei Rosenauer 2011

Die Inhalte der unterschiedlichen Schriftstücke variieren im Konkretisierungsgrad. Teilweise werden allgemeine, übergeordnete Ziele formuliert. Beispiele sind die Rangfolge der Waldfunktionen oder die Einigung auf eine „schwarze Null“ als Betriebsziel.

IP8: „(...) wo dann auch eine gewisse Rangfolge zwischen Nutzungs-, Erholungsfunktion aufgeführt ist.“

Andere Schriftstücke behandeln sehr konkret Detailfragen wie z.B. im Rahmen einer Waldbaurichtlinie.

Die Initialisierung von Prozessen zur Formulierung und offiziellen Beschlussfassung von Zielsetzungen geht in der Regel von der Verwaltungsebene und den operativen forstbetrieblichen Institutionen aus. Die Motivation ist häufig das Schaffen konkreter Handlungsrichtlinien. Auf diese Weise wird eine ex-ante Legitimation für die Entscheidungen und Handlungsweisen im Rahmen des Verwaltungshandelns oder der operativen Kommunalwaldbewirtschaftung erreicht.

IP9: „Zunächst mal, wenn wir uns, Ziele werden bei uns schriftlich fixiert. Ziele müssen immer schriftlich formuliert sein, damit man sie auch kontrollieren kann. Und ich denke, wenn wir ein solches Ziel erreicht haben, war das natürlich ein Erfolg.“

Der Wunsch nach Zielformulierungen, welche über die Standardziele im Rahmen der jährlichen Wirtschaftspläne bestehen, ist teilweise persönlich motiviert.

IP6: „Es ging mir darum es abzusichern für die Zukunft, auch über meine Zeit hinaus und da haben wir es in die Bürgerschaft gebracht.“

Gleichzeitig verbessert sich die Verhandlungssituation gegenüber den demokratisch legitimierten Gremien im Rahmen von Haushaltsverhandlungen.

IP15: „Und jetzt können wir sagen, dann müsst ihr aber euren Beschluss ändern und dann können wir nicht so wirtschaften wie wir sollen.“

5.5.2.2 Freiwillige Gremien und Arbeitsgruppen

Die Bildung freiwilliger Gremien oder Arbeitsgruppen ist ein weiteres Verfahren kooperativer Demokratie, welches im Kommunalwald Anwendung findet. Nach den Ergebnissen der empirischen Erhebung können für den Kommunalwald

- kontinuierliche themenbezogene Entscheidungs- oder Beratungsorgane
- kontinuierliche themenunabhängige
- temporäre problembezogene Entscheidungs- oder Beratungsorgane

unterschieden werden.²⁹⁰ Als Verfahren wird häufig die Einrichtung Runder Tische gewählt, aber es kommen auch Arbeitsgruppen vor. Die kontinuierlichen, themenunabhängigen Organe setzen sich in der Regel aus Vertretern der Naturschutzverbände, sonstigen Vertretern mit Naturschutzinteresse oder interessierten Einzelpersonen zusammen. Zweck dieser kontinuierlichen Gremien oder Arbeitsgruppen im Ressort Kommunalwald ist der Informationsaustausch und eine kontinuierliche Netzwerkbildung und Zusammenarbeit.

IP5: „Und in dem Prozess sind eigentlich eine Reihe von Kommunen ganz gute, wie ich das einschätzen würde, so Netzwerke, Runde Tische oder wie immer man das nennen will entstanden, wo man einfach mit öffentlichen Naturschutzgruppen, mit anderen Interessierten am Wald sich zusammengefunden hat.“

Kontinuierliche, freiwillige Gremien werden durch die Verwaltungsebene und die operativen forstbetrieblichen Institutionen sehr positiv bewertet. Zum einen wird durch die Veranstaltungen fachlicher Input, insbesondere aus dem Bereich Naturschutz generiert. Zum anderen werden durch die kontinuierliche Zusammenarbeit Vertrauen aufgebaut und Konflikte vermieden.

IP3: „Für mich das Wertvollste ist witziger weise natürlich eine eigene Arbeitsgruppe die ich extra gebildet habe, die nicht vorgeschrieben ist.“

Themenfelder der themenbezogenen Arbeitsgruppen sind Abstimmungen mit einzelnen Nutzergruppen, wie beispielsweise über das Reitwegenetz oder Biomasse und Holzenergie. Das Instrument der Runden Tische oder sonstigen Beratungsorgane wird in allen betroffenen Fallbeispielen positiv gewertet.

IP8.: „(...) würde ich sagen, dass wir im Rahmen des Möglichen sehr häufig, Runde Tische, Gespräche, Workshops angeboten haben, offen für jeden, der sich dort auch einbringen möchte, um Anregungen zu geben.“

5.5.3 Akteure der Partizipation

5.5.3.1 Aktuelle Akteure der Partizipation

Akteure, welche durch die politischen Entscheidungsträger, die Verwaltungsebene oder die operative forstbetriebliche Ebene an Entscheidungsprozessen im Kommunalwald beteiligt werden, können unterschiedlichen Gruppen zugeordnet werden. Tabelle 19 listet alle in der Untersuchung explizit genannten Akteure auf.

²⁹⁰ BEIERLE & CAYFORD (2002) führen in ihrer Untersuchung vier grundlegende Kategorien von Beteiligungsmechanismen im Umweltbereich an. Diese sind (1) Öffentliche Versammlungen und Anhörungen, (2) Konsensorientierte Beratungsgremien, (3) nicht konsensorientierte Beratungsgremien sowie (4) Negotiationen und Mediationen. Vgl. Beierle, Cayford 2002, S. 44. Die in der vorliegenden Untersuchung aufgeführten Gremien finden sich in den unter 2 und 3 aufgeführten grundlegenden Kategorien wieder.

Tabelle 19: Akteure in Partizipationsprozessen im Kommunalwald

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Akteure der Partizipation (Summe)	1	23	9	13	2	9	4	3	7	6	9	7	4	1	9	15
Verbände / Vereine (Teilsomme)		8	3	4		3	2	3	5	1	6	4	4	1	4	13
davon:																
Naturschutz		6	1	1		2	1		2		3	2			1	9
Erholung / Sport		1							1	1	2	1	2	1	1	8
Waldbesitzer							1	1	2				1			4
Interessen- / Bürgervereine			2	3		1		1								4
Jagd		1						1			1		1			4
Tourismus															2	1
Tierschutz												1				1
Einzelpersonen		1	2	2	1	2	1				2	2			2	9
außerforstliche Verwaltungseinheiten (Teilsomme)		7	1	1		4			1	4		1			1	8
davon:																
Ämter f. Naturschutz		2		1		2				3					1	5
sonst. kommunalen Ämter		2				1						1				3
kommunale Planungsämter		3	1							1						3
Liegenschaftsämter									1							1
Personalrat						1										1
Sonstige		2	1							1	1				1	5
Bürgerinitiativen		2	2	4	1											4
Biosphärenreservate / Naturparke	1														1	2
Privatwirtschaftliche Akteure		1							1							2
andere Kommunen / Landkreistage							1									1
Ortschaftsräte / Ortschaftsparlamente				2												1
Religiöse Gemeinschaften		2														1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Wichtige Akteure in den Augen der Interviewpartner sind zum einen *Verbände und Vereine*, welche am häufigsten und intensivsten als Akteure von Partizipationsprozessen beschrieben werden. Die ebenfalls oft beschriebene Einbeziehung von Einzelpersonen hat Überschneidungsbereiche mit dem Code der Verbände und Vereine. Interessierte und fachlich versierte Einzelpersonen, welche für eine Beteiligung in Frage kommen, besitzen laut Interviewpartnern häufig eine Doppelfunktion. Beispielsweise sind sie Mitglied in einem Verband, werden aber bewusst als Person und nicht aufgrund der Verbandszugehörigkeit beteiligt. Die Rolle, welche sie in den Beteiligungsprozessen einnimmt, ist nicht immer klar definiert.

IP6: „Also die Personen mit Fachwissen hier im Raum XXX waren alle immer auch Repräsentanten irgendeiner Gruppe. Das ist ja häufig so. Wenn Leute so außerordentlich versiert sind, dann bedienen sie sich häufig auch irgendeiner Gruppe, die sie als Hausmacht haben oder umgekehrt die Gruppe sucht solche Frontleute.“

Naturschutzverbände bilden bei den Verbänden und Vereinen die größte Gruppe. Insbesondere der NABU taucht als namentliche Nennung vermehrt auf. Thematisch werden Partizipationsprozesse mit Naturschutzverbänden öfter in beratender Funktion beschrieben.

IP3: „(...) die Naturschutzverbände, die geben uns mitunter Hinweise: Dort und dort sollte mal ein Gewässer aufgelichtet werden, wenn ihr dort einmal seid (...)“

Neben den Naturschutzverbänden werden insbesondere *Bürgervereine, Jagdverbände, Waldbesitzverbände* und *Sport-/Erholungsvereine* als Akteure in Partizipationsprozessen benannt. Bei den Sport-/Erholungsvereinen dominieren Wandervereine. Vereinzelt werden Tourismus- und Tierschutzvereine aufgeführt. Neben den Bürgervereinen werden immer wieder Bürgerinitiativen, also Zusammenschlüsse ohne rechtlichen Vereinsstatus, als Akteure erwähnt. Interessant ist hier, dass Interessen- und Bürgervereine als Akteure aufgrund ihres Organisationsgrads positiv bewertet werden.

IP4: „(...) Also wir versuchen dann eine Organisation zu finden, die einen Stadtteil oder ein Quartier repräsentiert und vertritt. (...)“

Diese positive Bewertung ist auf die *Bürgerinitiativen*²⁹¹ übertragbar. Sie weisen insgesamt große Parallelen zu den Bürgervereinen auf, sind aber aufgrund ihres geringeren Organisationsgrads als eigener Code angeführt.

Als wichtige *außerforstliche Verwaltungseinheiten* und damit wichtige Partner in der partizipativen Entscheidungsfindung werden insbesondere naturschutzfachliche Akteure benannt. Ausdrücklich finden der amtliche Naturschutz und die unteren und mittleren Naturschutzbehörden Erwähnung. Daneben besteht oftmals eine enge Zusammenarbeit mit den *kommunalen Planungsämtern* im Bereich der Stadt- und Landschaftsplanung. Aber auch Personalämter, Veterinärämter oder in besonderen Fragestellungen Sportdezernate werden als Akteure angeführt.

Vereinzelt wird von der Beteiligung von Vertretern nahe gelegener *Biosphärenreservate und Naturparke* sowie *privatwirtschaftlichen Akteuren* im Rahmen von Ökosponsoring berichtet. Daneben wird die Zusammenarbeit mit *anderen Kommunen* oder dem *Landkreistag, Stadtteilparlamenten* und *Ortschaftsräten* sowie *religiösen Gemeinschaften* benannt.

5.5.3.2 Potentielle Akteure der Partizipation

In den Experteninterviews werden Akteursgruppen angegeben, welche aus Sicht der Befragten in Beteiligungsprozesse intensiver oder erstmalig eingebunden werden sollten. Diese Akteursgruppen werden in den entsprechenden Fallbeispielen entweder noch nicht oder nur in geringem Ausmaß beteiligt. Ebenso werden Akteursgruppen für Partizipationsprozesse aus Sicht der Befragten

²⁹¹ NAßMACHER (1998) unterscheidet spontane, formelle und informelle Interessengruppen. Bürgerinitiativen sind spontane Interessengruppen, welche sich zum einen durch eine ad hoc Bearbeitung einzelner Probleme und zum anderen durch eine diffuse Organisationsstruktur auszeichnen. Der Übergang in langfristige Organisationsformen ist nicht ausgeschlossen. Vgl. Naßmacher 1998, S. 75

ausgeschlossen. Tabelle 20 zeigt potentielle Akteure für zukünftige Partizipationsprozesse im Kommunalwald nach Fallbeispielen aufgeschlüsselt.

Tabelle 20: Potentielle Akteure für Partizipationsprozesse im Kommunalwald

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Potentielle Akteure (Summe)	3		3		2	3	1		1	1			1	4		9
Bürger (allgemein)			1		1		1							1		4
Parteivertreter						1				1				1		3
Ortschaftsräte / Gemeindevertreter	2													1		2
Fachleute			2													1
freiwillige Gremien (negierend)					1											1
Jagd														1		1
Landratsamt	1															1
Mitarbeiter der eigenen Einheit						1										1
Multiplikatoren						1										1
Niemand													1			1
Tourismus									1							1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

In den Nennungen der potentiellen oder auszuschließenden Akteure gibt es über die Fallbeispiele hinweg kaum Schwerpunkte. Lediglich *Bürger*, *Parteivertreter* sowie *Ortschaftsräte* und *Gemeindevertreter* werden mehrfach benannt. Die Bürger werden in ihren Eigenschaften konkretisiert. Zum einen wird Interessiertheit und zum anderen eine gewisse Fachkompetenz bzw. ihre Fähigkeit eine größere Gruppe von Bürgern zu repräsentieren gefordert.

IP14: „(...) bzw. eben interessierte Bürger aus den Gemeinden, die sozusagen in etwa die Meinung der Örtlichkeit widerspiegeln.“

In Einzelnennungen werden im Weiteren *Fachleute*, *Vertreter der Jagd*, *Landratsämter*, *Multiplikatoren* und Vertreter des *Tourismus* explizit benannt. Die Beteiligung von Fachleuten und Multiplikatoren wird in ihrer Erläuterung ein weiteres Mal eng mit der Beteiligung von Vertretern von Naturschutzverbänden verknüpft.

5.5.4 Rahmenbedingungen und Themenkomplexe für Partizipationsprozesse

5.5.4.1 Rahmenbedingungen für partizipative Prozesse

Geeignete Rahmenbedingungen für die Durchführung partizipativer Prozesse zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald müssen auf unterschiedlichen Ebenen gegeben sein. Zum einen sind im Vorfeld richtungsweisende Bedingungen zu klären. Zum anderen werden Bedingungen genannt, welche während eines Prozesses entscheidend sind. Beschreibungen von notwendigen Rahmenbedingungen werden vor allem von denjenigen Interviewpartnern gegeben, welche praktische Erfahrungen in der Durchführung partizipativer Prozesse gesammelt haben.

Schwerpunkte der Nennungen zu im Vorfeld erkennbaren Rahmenbedingungen liegen in den Bereichen *Offenheit / Diskussionsbereitschaft / Kompromissbereitschaft* sowie dem *politischen Rückhalt*. Beide Codes beschreiben ähnliche Aspekte, differieren allerdings bezüglich unterschiedlicher Akteursgruppen. Ersterer Code bezieht sich auf Eigenschaften, welche Teilnehmer partizipativer Prozesse aus Sicht der Interviewpartner besitzen sollten.

IP3: „Und das vor allem, wir haben das ja vorhin gesagt, die ganzen anderen Entscheidungsträger oder diejenigen, die alle mit an dem Prozess beteiligt sind, das selbst auch so wollen.“

Demgegenüber steht in dem zweiten Code die politische Entscheidungsebene im Fokus. Der Entscheidungsträger strebt seine Absicherung durch ein entsprechendes Mandat für partizipative Entscheidungsprozesse durch die politische Entscheidungsebene an. Nur so ist auch die Umsetzbarkeit der Ergebnisse gewährleistet.

IP5: „Also die Kommune als Waldbesitzer, die ja letztlich die Ziele und die Entscheidungskompetenz hat, die muss als Grundsatzentscheidung sagen, ich will sowas, mir ist das wichtig und lass mich da auch ein.“

Besteht eine klare Positionierung für partizipative Entscheidungsfindung, ist auch der Einsatz von finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen leichter zu rechtfertigen. Denn es wird mehrfach darauf hingewiesen, dass sowohl *finanzielle* als auch *personelle Ressourcen* zur Verfügung stehen müssen, um partizipative Prozesse, welche oft einen größeren zeitlichen Aufwand bedeuten als eine Top-down Entscheidung, durchzuführen.

Als zentrale Voraussetzung wird das klare *Formulieren der Entscheidungsgrenzen* für den angestrebten Prozess beschrieben. Zum einen wird der Prozesse dadurch thematisch fokussiert und zum anderen wird der persönliche Entscheidungsspielraum sowie der rechtliche Rahmen jedes Akteurs verdeutlicht. Die Gewährleistung der Umsetzbarkeit von zu treffenden Entscheidungen wird wiederum als Grund angeführt.

IP9: „Aber vom Grundsatz ist es wirklich so, wenn man den kleinen Finger gibt, dann kriegt man eigentlich immer den ganzen Arm ausgerissen und deshalb muss man Dämme setzen. Und deshalb muss es Rahmenbedingungen geben. Und die müssen auch manchmal relativ hart eingefordert werden, weil, man versucht natürlich immer die Maximalforderung.“

Während des Prozesses ist zum einen die *Identifizierung* der zu beteiligenden Akteure ausschlaggebend. Diese ist nicht immer einfach, da nicht alle Nutzergruppen im Waldbereich einen Organisationsgrad besitzen, welcher ein gezieltes Ansprechen und Einladen möglich macht. Hinzu kommt, dass als weitere Kategorie der erforderlichen Rahmenbedingungen die Zusammenarbeit mit *verlässlichen, konstanten Partnern* gesehen wird. Im weiteren Verlauf der Prozesse werden

Sachlichkeit in der Diskussion und die Gleichberechtigung der beteiligten Akteure als notwendige Rahmenbedingungen genannt. Zur Steigerung der Sachlichkeit wird *Fachkompetenz* als Bedingung beschrieben.

5.5.4.2 Themenbereiche partizipativer Planungs- und Entscheidungsprozesse

Aus den Ergebnissen der qualitativen Studie lassen sich inhaltliche Themenstellungen im Kommunalwald bezüglich ihrer Anwendbarkeit für die partizipative Entscheidungsfindung in vier Arten untergliedern. Tabelle 21 ordnet die expliziten Nennungen und Einschätzungen der Interviewpartner in angewandte, mögliche, nicht angewandte und nicht mögliche Themenkomplexe für partizipative Prozesse. Angewandte Themenkomplexe werden in den Interviews anhand konkreter Beispiele bereits abgeschlossener oder aktuell laufender Prozesse untermauert. Mögliche Themen werden derzeit nicht oder noch nicht partizipativ bearbeitet, jedoch durch die Interviewpartner explizit als in Planung befindliche oder generell denkbare Themen für Partizipationsprozesse beschrieben. Wird ein Thema nicht angewandt und durch die Interviewpartner nicht explizit als generell möglich beschrieben, wird es den nicht angewandten Themen zugeordnet. Abschließend werden derzeit nicht angewandte und in den Interviews explizit als nicht für Partizipationsprozesse geeignete bzw. mögliche Themen der Gruppe der nicht möglichen Themen zugeordnet.

Tabelle 21: Themenkomplexe von Partizipationsprozessen, verfahrens- und akteursunabhängig

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Themen / Inhalte PP (Summe)	7	6	10	7	8	9	3	8	4	11	10	7	4	4	5	15
angewandte (Teilsumme)	3	3	7	7	4	4	3	6	2	4	6	5	4	3	5	15
davon:																
Freizeit- / Erholungsnutzung	2	1	4	3	1			2	2	1		3	2	3	1	12
Grundsatzentscheidungen - ökonomische, soziale		1				4	2	1			1		1		1	7
Waldpädagogik / Schulwald					1		1	2		1					2	5
Waldbewirtschaftung - Naturschutz			2	1						2		1			1	5
Zertifizierung		1		2	1											3
Waldbewirtschaftung - Waldbau			1					1					1			3
Begleitung von Hiebsmaßnahmen											4	1				2
keine	1				1											2
Prozess Aufgabenkritik				1												1
Brennholz											1					1
mögliche (Teilsumme)	1	1	2		3	2		1		5	1	1		1		10
davon:																
Freizeit- / Erholungsnutzung	1				1					4	1	1		1		6
Grundsatzentscheidungen - ökonomische, soziale					1	1		1								3
Waldbewirtschaftung - Naturschutz					1					1						2
Organisationsformenwahl						1										1
keine generelle Einschränkung			2													1
Waldbewirtschaftung - Baumartenwahl		1														1
nicht angewandte (Teilsumme)	1	2							1		1					4
davon:																
Waldbewirtschaftung / FE	1	2							1		1					4
nicht mögliche (Teilsumme)	2		1		1	3		1	1	2	2	1				9
davon:																
Waldbewirtschaftung / Forstbetrieb	2				1				1	2		1				5
Tagesgeschäft / Holzverkauf								1			1					2
Betriebsinterna / Personalentscheidungen /						2					1					2
eilige Entscheidungen						1										1
generell keine			1													1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Die angewandten Themenkomplexe stammen überwiegend aus dem Bereich der Freizeit- und Erholungsnutzung. Weiterhin werde Grundsatzentscheidungen mit mittel- und langfristigen Auswirkungen genannt. Die Bereiche Naturschutz und Waldbau werden ebenfalls als Beispiele angegeben. Demgegenüber existieren auch Fallbeispiele, in denen nach Aussage der Interviewpartner keine Partizipationsprozesse angewandt werden. Die Bandbreite der angewandten Themen über alle Fallbeispiele hinweg ist sehr breit. Die möglichen Themen unterscheiden sich nicht wesentlich von den angewandten Themen. Die Themen für partizipative Prozesse sind in den unterschiedlichen Fallbeispielen ähnlich, allerdings gibt es Unterschiede in welchem Umfang Prozesse tatsächlich durchgeführt werden. Eine generelle Bereitschaft zu partizipativen Prozessen ist in der Regel gegeben.

Die Themen, welche durch die Interviewpartner für eine partizipative Bearbeitung ausgeschlossen werden, sind thematisch eng zu umreißen. Häufigste Nennung ist die Waldbewirtschaftung und

forstbetriebliche Planungen wie beispielsweise die Forsteinrichtung. Daneben werden das Tagesgeschäft allgemein, z.B. in Form des Holzverkaufs oder betriebsinterne Entscheidungen wie Personalentscheidungen grundsätzlich ausgeschlossen. In zwei Fallbeispielen wurde explizit darauf verwiesen, dass aus Sicht des Interviewpartners keine Einschränkungen für partizipative Prozesse bestehen.

5.5.5 Stellenwert von Partizipation

5.5.5.1 Stellenwert von Partizipation

In vielen Interviews wird seitens der befragten Experten auf den Stellenwert sowie die Art und Intensität von Beteiligung von Institutionen, Gruppen oder Einzelpersonen innerhalb der jeweiligen Institution eingegangen. Tabelle 22: Stellenwert von Partizipation im Verwaltungshandeln oder operativen Tagesgeschäft schlüsselt den jeweiligen Stellenwert von Beteiligungsprozessen im Verwaltungshandeln und operativen Tagesgeschäft auf.

Tabelle 22: Stellenwert von Partizipation im Verwaltungshandeln oder operativen Tagesgeschäft

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Stellenwert in der Institution (Summe)	1		2	2	4	2	2	1	1		1	4		1	1	12
Normalfall / Notwendige Vorgehensweise	1		1	1	3		1	1			1	3			1	9
Handlungsgrundsatz / Ausrichten am Gemeinwohl			1	1		1	1					1				5
kooperativer Führungsstil						1			1							2
keine strukturierte kooperative Beteiligungskultur					1									1		2

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

In einem großen Anteil der Nennungen wird die Beteiligung von Interessensgruppen als *Normalfall* beschrieben. Beteiligung von Dritten wird durch die Befragten als eine *notwendige Vorgehensweise* gesehen, welche sich aus den speziellen Aufgabenfeldern des Kommunalwalds ergeben. Diese kontinuierliche Beteiligungskultur bezieht sich in vielen Nennungen grundlegend auf die Einbindung der unterschiedlichen Organe der demokratisch legitimierten kommunalpolitischen Ebene. Weitere Akteure werden je nach Problemlage hinzugezogen.

IP11: " Speziell im Kommunalwald sind diese Planungsprozesse praktisch der Normalfall. Es ist immer die Frage wie weit man das ausdehnt. Sind es nur die politischen Gremien, die halt zwingend in Planungsprozesse einzubinden sind, weil letztendlich da auch die Beschlüsse gefasst werden oder wie auch schon mal gesagt, ob man es noch weiter ausdehnen muss. Also solche Entscheidungsfindungsprozesse gehören sozusagen zum täglichen Brot, wenn man im Kommunalwald tätig ist. Das ist üblich so."

Diese aus Sicht der Befragten, also der Verwaltungsebene und der operativen forstbetrieblichen Institutionen, dialogische Entscheidungsfindungen in Zusammenarbeit mit den gewählten Gremien

und sonstigen Anspruchsgruppen und Interessierten werden im Tagesgeschäft nicht als eigenständige Prozesse wahrgenommen.

IP8: „Aber das ist Tagesgeschäft. Da sind wir ständig dabei. Ohne dass uns das jetzt bewusst wird, Mensch, das ist jetzt ein partizipativer Prozess. Das ist halt immer, immer und ständig da.“

Diese Wahrnehmung von Beteiligung als Normalfall fußt in den genannten Beispielen oft auf einem Verständnis der kontinuierlichen Ausrichtung am Gemeinwohl oder auch am Bürgerwillen als Aufgabe des Kommunalwaldes. Um dies zu erreichen, muss der Informationsaustausch gesichert werden.

IP15: „Also für mich, so wie ich das verstehe, ist es so, dass möglichst viele eingebunden sind oder der unterschiedlichste Nutzen aus Waldbewirtschaftung entsteht.“

In wenigen Fallbeispielen wird explizit darauf hingewiesen, dass *keine strukturierte Beteiligungsstruktur* existiert. Teilweise wird als Handlungsgrundsatz für die interne Partizipation, also die Beteiligung von Mitarbeitern, ein *kooperativer Führungsstil* benannt.

Die persönliche Einstellung der befragten Vertreter der forstlichen Institutionen gegenüber Partizipationsprozessen wird in der Mehrzahl der Interviews thematisiert. Tabelle 23 schlüsselt die persönliche Sicht der Interviewpartner bezüglich partizipativer Prozesse im Allgemeinen auf.

Tabelle 23: Allgemeine persönliche Einstellung der Interviewpartner zu partizipativen Prozessen

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
persönliche Einstellung zu PP (Summe)		2				3		3	4		1	1	1	3	1	9
positiv						1					1	1			1	4
strategisches Instrument		1				1		1	2							4
uneffektives Instrument		1				1		1	2							4
zusätzliche Arbeitsbelastung													1	3		2
Zeiger für Unzufriedenheit								1								1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Etwa die Hälfte der Interviewpartner, welche Aussagen zu ihrer persönlichen Einstellung treffen, bewerten Partizipationsprozesse grundsätzlich *positiv*. Grundsätzlich negative Einschätzungen werden hingegen in keinem Interview getroffen. Partizipationsprozesse werden als Instrument in der Entscheidungsfindung angesehen. Dabei werden sie als strategisches Element in der Entscheidungsfindung beschrieben.

IP11: „So dass dann eben es schon wichtig ist, diese Leute auch im Vorfeld zu beteiligen. Das macht man schlicht aus, das mache ich aus grundsätzlicher Überzeugung, weil ich es für richtig halte, aber auch aus egoistischen Gründen, weil es mir die Arbeit unheimlich erleichtert. Es ist immer viel einfacher im Vorfeld eine Sache klarzumachen, als im Nachhinein die Wogen wieder zu glätten.“

Der Einsatz von Partizipationsprozessen erfolgt aus strategischen Gründen, um Opportunitätskosten entgegen zu wirken oder aber um Akteuren das Gefühl zu geben sich einbringen zu können. Dieselben Interviewpartner, welche der Partizipation dieses strategische Element zuweisen, beschreiben jedoch eine inhaltliche *Ineffektivität* von partizipativen Prozessen.

IPo6: „Und ansonsten empfinde ich es auch als Erfolg, dass möglichst viele ihre Bedenken mit einbringen konnten und versuche die auch einzubauen. Auch wenn ich manchmal denke, das ist nicht so plausibel.“

Die Ineffektivität entsteht in den Augen der Interviewpartner zum einen durch fehlendes Fachwissen seitens der zu beteiligenden Akteure sowie in der Unfähigkeit, alle Akteure beteiligen zu können.

Mehrfach werden Partizipationsprozesse als *zusätzliche Arbeitsbelastung* wahrgenommen. Ein Interviewpartner beschreibt das Vorhandensein von Einflussnahme der Bürger auf Entscheidungsfindungen im Wald als Zeiger für Unzufriedenheit mit der Bewirtschaftung.

IPo8: „Im Idealfall ist es ja so, dass Bürger, die den Eindruck haben, der Wald ist in guten Händen, gar keinen Drang verspüren, da jetzt noch irgendwo Einfluss zu nehmen.“

Informationen über die allgemeine Beteiligungs- und Partizipationskultur in einer Kommune können aus den Interviews nicht abgeleitet werden.

5.5.5.2 Einschätzung der derzeitigen Entscheidungsfindung und Veränderungswünsche

Hauptakteure der Entscheidungsfindung im Kommunalwald sind zum einen forstliche Fachleute. Das heißt, nach Einschätzung der Interviewpartner werden in den meisten Fällen die Entscheidungen durch sie selber bzw. Angehörige der forstlichen Institutionen getroffen. In zwei Fallbeispielen wurden neben den forstlichen Fachleuten, die durch repräsentative Demokratie legitimierten kommunalen Gremien als Entscheidungsträger benannt. Zwei weitere Interviewpartner schätzten die kommunalen Gremien als Hauptentscheidungsträger ein. Tabelle 24 zeigt die Bewertung der Hauptakteure der Entscheidungsfindung in den 10 Experteninterviews, welche Aussagen zu diesen Unterkategorien enthielten.

Tabelle 24: Bewertung der Hauptakteure der Entscheidungsfindung

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Hauptakteure (Summe)			1			2		1	1	2	1	1	1	2	1	10
(Forst-) Fachleute als Entscheidungsträger			1			2		1	1	1		1	1	1		8
Kommunale Gremien als Entscheidungsträger										1	1			1	1	4

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Neben grundsätzlichen Einschätzungen zur Verortung der Entscheidungsfindung, wurden in den Experteninterviews Wunschvorstellungen zur Veränderung der Entscheidungsfindung behandelt. Aus den entsprechenden Interviewsequenzen lassen sich Bewertungen der derzeitigen Prozesse

ableiten. Tabelle 25 listet die Ausprägungen zur Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindungen in den unterschiedlichen Fallbeispielen auf. Zufriedenheit mit der derzeitigen Entscheidungsfindung wird explizit seitens zweier Interviewpartner empfunden. Unzufriedenheit wird explizit in drei Experteninterviews zum Ausdruck gebracht. Neben einer generellen Einordnung der Situationseinschätzung in *zufrieden* oder *unzufrieden* wird auf die Frage nach einer Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindung in vielen Fällen mit konkreten Veränderungswünschen reagiert. Häufig wird dabei der Wunsch nach einer *Belebung der Zusammenarbeit mit den kommunalen Gremien* benannt. Eng verknüpft ist hiermit der Code der *Entscheidungsmacht bei kommunaler Verwaltung und Gremien*, welcher die Verortung der Entscheidungsfindung bei Verwaltung und Gremien zum Ausdruck bringt. Der letzte Code mit Mehrfachnennung ist der Wunsch der Interviewpartner nach einem Wechsel der Organisationsform in einen eigenständigen Wirtschaftsbetrieb und damit die Verlagerung der Entscheidungsfindung in die alleinige Kompetenz der forstlichen Institution.

Tabelle 25: Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindung durch die Interviewpartner

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindung (Summe)				3	1	3			2	3	1	1	4	2	3	10
Belebung der Zusammenarbeit mit kommunalen Gremien				1						2	1			1	2	5
Unzufrieden						1			1	1						3
Entscheidungsmacht bei Kommunalverwaltung /				1	1											2
Zufrieden													4		1	2
Organisationsform - Wunsch eigenst. Wirtschaftsbetrieb						1			1							2
Kompetenzverteilung optimieren						1										1
Stärkere Orientierung am Bürgerwillen				1												1
Beteiligung möglich vs. knappe Ressource														1		1
Zentralisierung der Beteiligung												1				1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

In einer einzelnen Nennung wird auf eine Optimierung der Kompetenzverteilung zwischen kommunalem Gremium und Verwaltung bzw. innerhalb der Verwaltung verwiesen. Daneben wird eine stärkere Orientierung am Bürgerwillen sowie die Zentralisierung der Beteiligung in der Kommune und damit eine Vereinfachung der Beteiligung innerhalb der Kommune als Wunschvorstellung angegeben. Letzter Punkt ist das Spannungsfeld von möglichem Beteiligungspotential und knappen Ressourcen. Hier wird eine Zuweisung von Mitteln und Personal als Veränderungswunsch angegeben.

5.5.5.3 Motivation für die Anwendung und Initiierung partizipativer Prozesse

Hauptgrund für die Durchführung oder auch Initiierung partizipativer Prozesse ist die *Konfliktvermeidung*. Tabelle 26 visualisiert die durch die Interviewpartner artikulierte Motivation bzw. ihre Gründe partizipative Prozesse durchzuführen oder zu initiieren.

Tabelle 26: Motivation der Interviewpartner für die Anwendung partizipativer Prozesse

	I 01	I 02	I 03	I 04	I 05	I 06	I 07	I 08	I 09	I 10	I 11	I 12	I 13	I 14	I 15	Anzahl
Motivation / Gründe für Prozesse (Summe)	5	2	5	3	1	2		3	3	5	3	9	1	3		13
Konfliktvermeidung				1	1			1	1	1	1	2		2		8
Finanzielle Gründe / Wirtschaftlicher Vorteil	2	2		1					1	1		2				6
Ausrichten am Gemeinwillen/ Dienstleistungskommune				1				2	1				1			4
Akzeptanz / Rückhalt			1			1				1		2				4
weitergehendes Fachwissen						1				2		1				3
Transparenz											1	2				2
Effizienzsteigerung / Gesamtnutzen			2											1		2
Arbeitserleichterung			1								1					2
Freude an Prozessen			1													1
Bildung dauerhafter Kooperationen	2															1
Aufforderung Dritter	1															1

Anzahl: Zahl der Interviews mit zugeordneten Aussagen

Feldeinträge: Anzahl zugeordneter Codings innerhalb eines Interviews

Frühzeitige Kommunikation wird als Instrument beschrieben, möglichen Konflikten entgegenzuwirken.

IP11: „Das man im Vorfeld da versucht, mögliche Konflikte auszuräumen.“

Verwandt mit der Konfliktvermeidung ist das allgemeinere Ziel durch partizipative Prozesse *Transparenz* bezüglich aller Handlungen der forstlichen Institutionen zu schaffen. Ähnlich verhält es sich mit der Schaffung von *Akzeptanz*. Die Schaffung von Akzeptanz kann auf Transparenz basieren und beinhaltet zusätzlich den Wunsch nach einem Rückhalt der getroffenen Entscheidung. Häufig wird diese Konfliktvermeidung wie auch die Transparenz von Prozessen in Verbindung zu konfliktträchtigen Maßnahmen, wie Ernteeingriffe oder Einschränkungen in der Erholungsnutzung, z.B. bei der Ausweisung von Wander- oder Reitwegen gesetzt. Als weiterer Punkt im Bereich der Legitimation von Entscheidungen ist das Ziel, durch partizipative Prozesse das Handeln der kommunalen forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen am *Gemeinde- oder Bürgerwillen* auszurichten bzw. durch die Integration des Bürgerwillens in das eigene Handeln im Sinne des Leitbildes einer Dienstleistungskommune (vgl. Abbildung 10) zu agieren.

Neben den genannten Legitimationsgründen, werden in den Experteninterviews *finanzielle* und *effizienzsteigernde* Gründe für die Durchführung partizipativer Prozesse angeführt. Finanzielle Vorteile werden zum einen in Verbindung im Zugang zu Fördermitteln durch Kooperationen und

zum anderen in einer Sicherung oder Verbesserung des zugeteilten Etats durch Akzeptanz und Rückhalt für das forstliche Wirken in der Bevölkerung gesehen.

IP09: „Und dann lassen sich auch zum Beispiel Fördergelder akquirieren. Die Töpfe kämen ja sonst nie dran. Also wir sagen, über eine Kooperation, beispielsweise im Sektor Tourismus, können wir Gelder akquirieren, an denen wir sonst, also können wir unsere Aufforstung praktisch finanzieren.“

IP12: „(...) haben wir damit natürlich vielleicht auch Vorteile, wenn es um Ressource, wenn es um Veränderung in unserem Bereich geht, wie wir organisiert sind oder nicht.“

Als weitere Motivationspunkte wird die Integration *weiterführenden Fachwissens*, über welches Dritte verfügen, aufgeführt. Dieses kann unter anderem zu einer *Arbeitserleichterung* führen. Daneben werden *Freude an Partizipationsprozessen*, die Bildung *langfristiger Kooperationen*, z.B. zur Stärkung der Region, sowie die Aufforderung Dritter zur Durchführung eines Prozesses genannt.

5.6 KOMPLEX 5 / VERKNÜPFUNGEN VON URBAN GOVERNANCE KONZEPTEN UND PLANUNGEN IM STADTNAHEN WALD

Das Konzept der Urban Governance ist einigen Interviewpartnern grundsätzlich geläufig. Definitionen können jedoch in der Regel nicht angegeben werden. Lediglich in einem Fall wird eine konkrete Begriffsdefinition formuliert. In den übrigen Interviews wird der Begriff entweder als vollständig unbekannt oder auch als begrifflich bekannt, aber inhaltlich unbekannt beschrieben. Nach der Begriffsklärung und Konzepterläuterung von Urban Governance sind fast allen Interviewpartnern Beispiele aus ihrer eigenen Kommune bekannt, in denen Urban Governance Konzepte oder Teilaspekte umgesetzt werden oder wurden. Die meisten dieser allgemeinen Beispiele stammen aus dem Bereich der *Stadtbauplanung* oder aus dem Bereich *Bürgerhaushalte*²⁹².

IP12: „Da ist das Programm ganz hoch, es ist also aus dem...Politik...Stadtforum, Architektur... da gibt es ja mehrere Foren und da ist dieses „Aktionsräume+“, was sich bestimmt, also unsere heißen, wo die Soziologen der Meinung sind, dass das solche Bereiche werden können.“

Interessant ist, dass im weiteren Verlauf der Gespräche in neun Kommunen Beispiele für Urban Governance Ansätze gegeben wurden, welche einen direkten Bezug zum Kommunalwald oder der kommunalen Forstwirtschaft besitzen.

²⁹² Der Bürgerhaushalt ist ein kommunales Bürgerbeteiligungsinstrument. Ziel ist es über unterschiedliche Beteiligungsmodelle Bürgern und Bürgerinnen das Mitwirken bei der Aufstellung, Umsetzung und Ergebniskontrolle öffentlicher Haushalte innerhalb einer Kommune zu ermöglichen. Vgl. Herzberg 2005, S. 9 ff.

IP3: " (...) Es soll wirklich jetzt, also der neueste Trend ist, der jetzt so bisschen, da hat im Grunde meine Initiative gegriffen, ist das man wirklich noch mehr Stadt – andersrum – noch mehr Wald in die Stadt bringt. Also das man sogar Industriebrachen mitten in bebautem Gelände nutzt, das haben wir auch in der Vergangenheit schon gemacht, aber jetzt in Zukunft vielleicht noch konsequenter, um dort Wald hin zu bringen. Und sowas lässt sich natürlich nur mit dem Stadtplanungsamt abstimmen."

Die genannten Beispiele mit Waldbezug beziehen sich auf die Themenbereiche *Urban Forestry*, *Bürgerhaushalt*, *Erneuerbare Energien*, *Ökosponsoring* und *Umweltbildung*.

Obwohl mehrere Beispiele für Urban Governance Projekte sowohl mit als auch ohne direkten Waldbezug beschrieben werden, kann aus den Interviews keine besondere Bedeutung des Themas für den Kommunalwald abgeleitet werden. Vielmehr besteht eine eher abwartende Haltung.

IP12: „ Ja, erst einmal natürlich klasse, dass wir dort mit einbezogen worden sind. Also dass wir uns da nicht wieder anbieten mussten. Das ist immer blöd. Ist ja nur immer die Frage, was bei raus kommt. Ich bin da ein bisschen Skeptiker. Ich bin da überhaupt nicht der Typ, der sich da in die ganzen Foren und dann laber laber laber. Für mich ist immer entscheidend, was hinten dabei raus kommt."

Diese abwartende Haltung spiegelt sich teilweise bei der Einschätzung von Potenzialen für die Einbindung von Waldthemen in bestehende oder zukünftige Urban Governance Konzepte und Projekte durch die Befragten wider. Ungefähr in der Hälfte der Aussagen zum Thema wird kein Potenzial für den Kommunalwald für eine Stärkung der Zusammenarbeit mit Vertretern der Stadtplanung oder sonstigen Partnern aus dem Bereich Urban Governance gesehen. Als Grund für die reservierte Haltung gegenüber einer Verstärkung der Zusammenarbeit von Stadtplanung und Kommunalwald, wird insbesondere auf die Besonderheit der Flächenressource Wald eingegangen. Da Urban Governance Projekte als Instrumente der Stadtplanung wahrgenommen und verstanden werden, liegt eine in den Augen der Interviewpartner grundlegend unterschiedliche Planungsphilosophie und vor allem ein anderer Planungsgegenstand zu Grunde. Wald wird auf der Stadtplanungsebene von dieser Gruppe der Interviewpartner nicht als Teil der Kommune wahrgenommen.

IP8: „(...) Man könnte sich dort einbringen. Stehen da für alles offen, aber der Weg jetzt von diesen schon gelaufenem Zirkel in Richtung Forstamt ist nicht gelaufen und ich sehe bislang auch nicht die Notwendigkeit, weil, ob wir den Wald so oder so bewirtschaften macht da... „

IP12: „(...) Das sind dann Architekten... da möchte ich auch gar nicht dabei sein. Einladungen kriegt man immer, aber da hätte ich auch gar keine Lust drauf."

Die zweite Hälfte der Befragten sieht hingegen Möglichkeiten für eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Insbesondere die Bindung der Bevölkerung an den Kommunalwald, z.B. durch interaktive Umweltbildungs- oder Kommunikationsprojekte, wird benannt. Ein zweites zentrales Thema ist die Planung und Umsetzung von Urban Forestry Projekten auf Industriebrachen oder ähnlichen Standorten im Stadtbereich.

IP10: "Man geht ja von einer Stagnation oder einer leicht rückläufigen Bevölkerungsentwicklung aus, dadurch rechnet man auch, sagen wir mal, nicht damit, dass die Stadt weiter wachsen wird, sondern man möchte sich dort mehr in Richtung Verdichtung, Siedlungsstrukturen orientieren. Und gleichzeitig vielleicht auch eine gewisse Entflechtung, dass man eben Grünstrukturen gestärkt im innerstädtischen Bereich. Da könnten natürlich auch Aufforstungen eine Rolle spielen. Dass man gewisse Bereiche, Industriebrachen, Eisenbahntrassen oder dergleichen Dinge nutzt, um dort vielleicht mal Wald oder waldähnliche Strukturen zu schaffen. Aber das ist Zukunftsmusik."

Tabelle 27: Kenntnis, Anwendung und Potentiale von Urban Governance im Kommunalwald

			Einwohnerzahl / Geographische Lage													
			< 20.000 EW		20.000 – 100.000 EW		100.000 – 500.000 EW		> 500.000 EW							
			A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI						
Waldbesitz / Organisationsstruktur	< 1000 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit			D	B										
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt							D	B	P		D	B	P	
		Forstbeauftragter + Betreuung			D	B	P									
	1000 – 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit						D	B	P				D	B	P
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt														
		Forstbeauftragter + Betreuung	D	B				D	B	P						
	> 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit				D	B	P		D	B			D	B	P
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt			D	B										
		Forstbeauftragter + Betreuung														

D = Definition B = Beispiele mit Waldbezug P = Potential für den Kommunalwald
 vorhanden nicht vorhanden keine Aussage

6 DISKUSSION DER LEIT- UND FORSCHUNGSFRAGEN

Die Diskussion der Leit- und Forschungsfragen basiert auf den in Kapitel 5 detailliert und im Anhang in Tabellenform dargestellten Ergebnissen. Die Diskussion innerhalb einer Leitfrage (vgl. Kap.1.1) erfolgt entlang der jeweils zugeordneten Forschungsfragen (vgl. Kap. o). Als Ergebnis der Diskussion werden Thesen formuliert.

6.1 DISKUSSION LEITFRAGE 1: WO, WANN UND IN WELCHEM UMFANG WERDEN IN DEUTSCHLAND IM KOMMUNALWALD PARTIZIPATIVE PROZESSE DURCHGEFÜHRT?

6.1.1 Wer ist an der Entscheidungsfindung im Kommunalwald im System der repräsentativen Demokratie beteiligt?

Hauptakteure der Entscheidungsfindung im Kommunalwald im System der repräsentativen Demokratie sind der Stadt- oder Gemeinderat als formales Entscheidungsgremium, der Bürgermeister oder Dezernent als direkter Ansprechpartner und übergeordnete Entscheidungsinstanz der forstlichen Institutionen sowie die forstlichen Fachverantwortlichen und ihre Institutionen (vgl. Kap. 5.4.2). Daneben werden sachkundige Bürger als Akteure benannt.

Allerdings wird der Kommunalwald, auch wenn Ausnahmen erhoben werden konnten, in der Regel nur einmal jährlich im Rahmen der Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat thematisiert (vgl. Kap. 5.4.2.1). Als wesentlicher Grund für die geringe Aufmerksamkeit seitens der Gemeinderäte werden von den Experten die Vielzahl von durch den Gemeinderat abzudeckenden Aufgabenfeldern sowie der Vorrang von wichtigeren Ressorts genannt. Detailfragen aus einzelnen Ressorts können aufgrund des Themenaufkommens nicht behandelt werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass von einem Großteil der Experten fehlendes Fachwissen als Mangel für eine fundierte Entscheidungsfindung seitens der gewählten Bürgervertreter betont wurde. Die Übergabe forstlicher Fachentscheidungen an Fachleute in Verwaltung und Forstbetrieb wird daher durch die Interviewpartner in der Regel positiv gewertet.

Dieses vom Bundesland unabhängige Ergebnis deckt sich mit der Erhebung von Einstellungen von Bürgermeistern in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zum Gemeindewald von LÜCKGE²⁹³.

²⁹³ Vgl. Lückge 1991, S. 57 ff.

Eine weitere Übereinstimmung mit dieser nicht repräsentativen, statistischen Erhebung mit Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz ist die Beschreibung eines Gemeinderats, der in seinen Beschlüssen in der Regel den vorbereiteten Sitzungsvorlagen folgt. Auch die Untersuchung zum Gemeindewald in Baden-Württemberg von DINKELAKER (2000) zeigt auf, dass in Gemeinden mit einer Revierleitung durch die Landesforstverwaltung die Delegation von Entscheidung und Verantwortung an die Forstverwaltung stark ausgeprägt ist. Desweiteren weist er auf eine geringe Konflikthaftigkeit als Merkmal der politischen Entscheidungsprozesse hin.²⁹⁴

Bezieht man die seit den 1990er Jahren entwickelte Strategie des Neuen Steuerungsmodells bzw. des New Public Managements²⁹⁵ mit ein, wandelt sich die Situation auf den ersten Blick. Sie beinhaltet die Vorstellung, dass die Verwaltung als Auftragnehmer fungiert, welche durch langfristige Zielvorstellungen der demokratisch legitimierten Ratsmitglieder beauftragt werden. Die Umsetzung der Ziele erfolgt durch die Verwaltung. So wird der Einfluss von Politikern auf Einzelentscheidungen zurückgedrängt und der Entscheidungsprozess wird effizienter.²⁹⁶ Die Übertragung der Kommunalwaldbewirtschaftung auf die entsprechenden Institutionen mit großem Freiraum im Rahmen des Verwaltungshandelns ist demnach unkritisch. Fehlt allerdings die Kopplung von Einzelentscheidungen an langfristige Zielvorgaben, ist diese Vorgehensweise problematisch.

Die Betrachtung der formalen Entscheidungsfindung im Kommunalwald zeigt, dass großer Raum für informelles Verwaltungshandeln besteht. Dieses tritt auf in Form von (1) normvertretenden Absprachen zur Vermeidung von Rechtsetzungsakten (2) normvollziehenden Verfahrenshandlungen und Absprachen zur Ersetzung von im Normvollzug rechtlich geregelten Verfahren und Rechtsfolgeentscheidungen sowie (3) normvollziehende und normvertretende Absprachen zur Ersetzung von Rechtsakten und Vollzugsakten.²⁹⁷ Diese, formale Verfahren ergänzenden oder ersetzenden Entscheidungsprozesse, werden in der vorliegenden Untersuchung immer wieder explizit und implizit beschrieben. Das informale Handeln ist auf die großen Freiräume, welche den waldbewirtschaftenden Institutionen eingeräumt werden, zurückzuführen. Das informelle Verwaltungshandeln unterliegt zwar keiner rechtlichen Steuerung, ist aber durch rechtliche Regeln begrenzt. Damit ist es dem Bestreben um ein kooperatives Verwaltungshandeln zuzuordnen.²⁹⁸

²⁹⁴ Vgl. Dinkelaker 2000, S. 157

²⁹⁵ Das Neue Steuerungsmodell orientiert sich am international verbreiteten Leitbild des New Public Management (NPM) und hat eine Reformbemühung zur umfassenden Modernisierung öffentlicher Verwaltungen zum Ziel. Die Neubewertung von Staatsaufgaben sowie die Neuorganisation von Aufgabenerledigung durch staatliche und kommunale Institutionen stehen im Mittelpunkt. Vgl. Bogumil, Kuhlmann 2004, S. 51

²⁹⁶ Vgl. Naßmacher 2011, S. 9 f.

²⁹⁷ Vgl. Rapp 1997, S. 18

²⁹⁸ Vgl. Benz 1994, S. 59 ff.

Grundlegend zu bemerken ist, dass die Mehrzahl der befragten Experten den Hauptzweck und das Ziel der Bewirtschaftung des Kommunalwaldes, in der Erfüllung der Ziele der Bürger bzw. der Stadt oder Gemeinde sah. Aufgrund der geringen Beschäftigung der Gremien mit dem Kommunalwald ist diese Ausrichtung jedoch schwierig. Diese Situation wird seitens der Interviewpartner sowohl problematisierend als auch positiv oder neutral beschrieben. Als neutral werden Aussagen gewertet, die die beschriebene Situation als Fakt beschreiben, der anzunehmen und zu bewältigen ist. In einigen Fällen wurde die Situation auch als positiv beschrieben, da auf diese Weise eine große Entscheidungsfreiheit bei der Verwaltungsebene mit ihrer nachgeordneten forstbetrieblichen Ebene liegt. Interessant sind in diesem Zusammenhang aber vor allem die problematisierenden Aussagen. Diese verweisen auf eine Orientierungslosigkeit bei der Zielsetzung der Waldbewirtschaftung und die fehlende Rückkopplung zum Willen und den Erwartungen der Bürger, aber auch zum Willen und den Erwartungen des Gemeinderats. Diese diffusen Erwartungen an die Bewirtschaftung des Waldes und an das Bereitstellen von Erholungsleistungen durch den Wald, werden besonders im Zusammenhang mit einer schwierigen Verhandlungsposition bezüglich der finanziellen und personellen Ausstattung im Forstbereich während der jährlich stattfindenden Gemeinderatstermine als problematisch beschrieben.

Das Hauptziel der forstlichen Verwaltungs- und forstbetrieblichen Ebene des Kommunalwaldes ist nach eigener Aussage in vielen Fällen die Erfüllung der Ziele der Gemeinde und damit der Bürger. Die Mechanismen der repräsentativen Formen politischer Beteiligung sind jedoch aufgrund der beschriebenen untergeordneten Rolle des Walds in der Kommunalpolitik nur begrenzt wirksame Instrumente zur Ausrichtung der Forstwirtschaft an kommunalen Zielen und dem Bürgerwillen. Eine konkret bürgerorientierte Zielsetzung und Entscheidungsfindung im Gemeindewald ist somit in vielen Fällen nur in begrenztem Ausmaß gegeben.

These: Die Entscheidungsfindung im Kommunalwald wird durch formales und informales Verwaltungshandeln dominiert.

6.1.2 Welche Rolle spielen partizipative Prozesse zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald?

Zur Beantwortung der Forschungsfrage muss grundlegend geklärt werden, welche Formen der Partizipation betrachtet werden. In der empirischen Untersuchung wurde deutlich, dass die Interviewpartner in ihrer persönlichen Definition von Partizipationsprozessen stark variieren. Ebenso variieren die beschriebenen Verfahren in ihrer Zuordnung zu in Rechtsvorschriften verankerten oder freiwilligen Beteiligungsverfahren im Rahmen der kooperativen Demokratie. In beiden Fällen müssen nach Auswertung der genannten Verfahren und Beispiele Bürgerbeteiligung, Verbändebeteiligung, Expertenbeteiligung, Verwaltungsbeteiligung und Mitarbeiterbeteiligung unterschieden werden. Als in Rechtsvorschriften verankerte Verfahren der Beteiligung wurden

insbesondere die Beteiligung von sachkundigen Bürgern, Stellungnahmen von Verbänden sowie Bürgerversammlungen beschrieben. Außerdem wurde der Informationsgabe eine besondere Bedeutung zugemessen (vgl. Kap. 5.5.1). Die Beteiligung von Bürgern, unorganisiert oder in Verbänden organisiert, ist auf Ebene der Mitbestimmung über die Wege der repräsentativen Demokratie eher gering einzuschätzen. Bedeutung kommt hier lediglich den sachkundigen Bürgern zu. Auf Ebene der Konsultation werden Bürgern insbesondere über Experten oder Verbände Möglichkeiten der Einflussnahme zuteil. Für beide Ebenen wurden jedoch nur wenige Beispiele und Verfahren in der empirischen Untersuchung benannt. Unter Berücksichtigung von Information als unterste Ebene der Partizipation, kann den durch Rechtssätze verankerten partizipativen Prozessen im Kommunalwald keine untergeordnete Rolle zugesprochen werden. Information der Bürger wurde in fast allen Fallbeispielen als zentrale Aufgabe der forstlichen Institutionen beschrieben. Gleichzeitig liefern die Mechanismen der repräsentativen Formen politischer Beteiligung nur begrenzt inhaltliche Beiträge. Eine konkret bürgerorientierte Zielsetzung und Entscheidungsfindung im Gemeindewald ist somit in vielen Fällen nur in begrenztem Ausmaß gegeben (vgl. Kap. 5.4.2). Den umfassenden Einsatz von Partizipation negiert auch die Untersuchung von DINKELAKER (2000), in welchem die freiwillige Beteiligung von Bürgern mit dem Ziel der Beeinflussung von Entscheidungen als nicht bis selten vorkommend beschrieben wird. Lediglich geringer Einfluss kann über Verbände und Vereine aus den Bereichen Wandern und Jagd ausgeübt werden. Der Einfluss über in Rechtssätzen verankerte Partizipation wird nicht beschrieben. Diese Einschätzung beruht auf der Wahrnehmung von Bürgermeister, Forstamtsleitern und Gemeinderäten.²⁹⁹

Freiwillige partizipative Prozesse im Sinne der kooperativen Demokratie finden hauptsächlich in Form von Verbände- und Expertenbeteiligung in die Entscheidungsfindung im Kommunalwald Eingang. Insbesondere ist hier die Einrichtung freiwilliger Gremien und Arbeitsgruppen hervorzuheben (vgl. Kap. 5.5.2). Der Ebene der Mitbestimmung konnten die beschriebenen Verfahren nur in Ausnahmefällen zugeordnet werden. Da die freiwilligen Gremien und Arbeitsgruppen aufgrund des rechtlichen Rahmens nie eine echte Teilung der Entscheidungsmacht ermöglichen, haben sie einen empfehlenden Charakter und sind effektiv der Ebene der Konsultation zuzurechnen.

Wie schon in den durch Rechtssätze verankerten Verfahren kommt der Information der Bürger auch im Rahmen der freiwilligen Prozesse eine besondere Rolle zu. Auch den Verfahren der kooperativen Demokratie kann aus diesem Grund keine untergeordnete Rolle zugesprochen werden. Allerdings bieten freiwillige Gremien und Arbeitsgruppen den forstlichen Institutionen ein unterstützendes Instrument zur bürgerorientierten Zielsetzung und Entscheidungsfindung im Kommunalwald.

²⁹⁹ Vgl. Dinkelaker 2000, S. 108

These: Partizipative Prozesse zur Entscheidungsfindung spielen im Kommunalwald über alle Zuordnungskriterien hinweg eine untergeordnete Rolle. Es existieren jedoch Beispiele, in denen Partizipationsprozesse gezielt eingesetzt und umgesetzt werden. Entscheidende Bezugsgrößen sind zum einen die angewandten Verfahren/Formen der Beteiligung (Bürger, Verbände, Experten), die Gemeindegröße und die Waldbesitzgröße.

6.1.3 Zu welchem Zeitpunkt im Policy-Zyklus wird durch Partizipationsprozesse auf den Kommunalwald Einfluss genommen?

Nach Einordnung der in Kapitel 5.5 dargestellten Ergebnisse zu Partizipationsprozessen im Kommunalwald ergibt sich die in Abbildung 21 dargestellte Verteilung.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass jedem Zeitpunkt im Policy-Zyklus mindestens eine Partizipationsform, welche eine Einflussnahme Dritter ermöglicht, zugeordnet werden kann. Teilweise sind Partizipationsformen mehreren Phasen zugehörig. Zum einen variiert die Regelsetzung einer Partizipationsform zwischen den Fallbeispielen. Somit entstehen Unterschiede in den Anwendungsbereichen. Beispielsweise werden während Abstimmungsprozessen im Rahmen von Leitbildprozessen, Stellungnahmen oder Diskussionen auf Grundlage vorformulierter Schriftstücke als Partizipationsformen beschrieben. In der Regel sind sie somit der Kommentierung von Entwürfen durch Dritte zugehörig. Andererseits wurden in einem Fallbeispiel vertiefende Diskussionen mit Arbeitsgruppen und eine themenbezogene Beratung durch Experten beschrieben, womit eine Zuordnung zur Ausgestaltung und Diskussion von Vorschlägen gegeben ist (vgl. Kap. 5.5.2.1.).

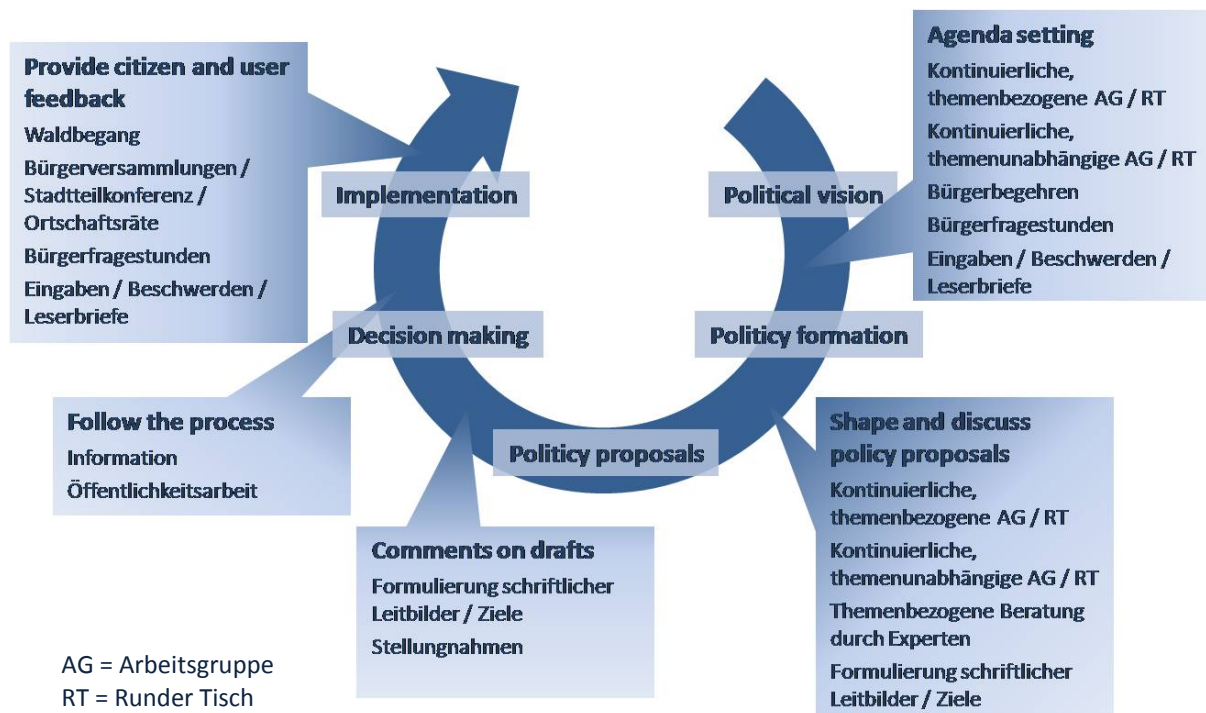


Abbildung 21: Partizipative Prozesse im Kommunalwald, dargestellt anhand des Policy-Cycle (BÖHNKE, angelehnt an WARBURTON et.al., 2007)³⁰⁰

Nur in wenigen Fällen finden Partizipationsformen aller Phasen innerhalb eines Fallbeispiels Anwendung. Das Vorhandensein von kontinuierlichen Arbeitsgruppen oder Runden Tischen, themenabhängig als auch themenunabhängig, zeigt sich hier als Schlüsselindikator. Sind solche kontinuierlichen freiwilligen Gremien vorhanden, führt dies oftmals zu einer engen Zusammenarbeit mit den forstlichen Institutionen, als Träger der Entscheidungsfindung, welche sich über alle Phasen des Policy-Zyklus erstreckt.

Freiwillige Gremienarbeit wurde nur in einem kleinen Teil der untersuchten Fallbeispiele beschrieben (vgl. Kap. 5.5.2.2.). In der Regel beschränken sich die angewandten Partizipationsformen auf die Phasen der Kommentierung von Vorschlägen, beispielsweise im Rahmen der Verbandsarbeit, auf die Prozessbegleitung in Form von Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen oder die gezielte Information der Bürger sowie den Eingang von schriftlich über Eingaben, Leserbriefe etc. oder auch mündlich geäußerte Vorschläge von Bürgern oder sonstigen Akteuren in das Agenda Setting (vgl. Kap. 5.5).

These: Grundsätzlich kann im Kommunalwald in allen Phasen des Policy-Zyklus über partizipative Prozesse Einfluss auf die Entscheidungsfindung genommen werden. In der Regel finden innerhalb einer Kommune nicht während allen Phasen Partizipationsprozesse Anwendung. Schlüsselindikator für Partizipation sind freiwillige, kontinuierliche Gremien.

³⁰⁰ Vgl. Warburton et al. 2007, S. 4 ff.

6.1.4 In welchem Umfang werden Partizipationsprozesse durchgeführt?

Die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung zeigen eine große Bandbreite im Kommunalwald angewandter Partizipationsformen auf (vgl. Kap. 5.5). Diese erstreckt sich sowohl auf in Rechtssätzen verankerten, also formalen, als auch freiwilligen, also informelle Beteiligungsformen. Tabelle 28 setzt diese in Bezug zum Umfang der Anwendungsfindung der unterschiedlichen Formen in den Fallbeispielen.

Tabelle 28: Formen und Umfang von Partizipationsprozessen im Kommunalwald

	Formen der Beteiligung	Anzahl der Nennungen in den Fallbeispielen
In Rechtssätzen verankert (formal)	Wahlen	++++
	Information der Bürger	++++
	Sachkundige Bürger	+++
	Bürgerversammlungen	++
	Ortschaftsrat	++
	Stellungnahmen	++
	Bürgerfragestunden	+
	Bürgerentscheide	+
	Petitionen	-
Freiwillig (informell)	Öffentlichkeitsarbeit: Pressemitteilungen, Flyer, Wurfsendungen, etc.	++++
	Anregungen und Beschwerden	+++
	Expertenbeteiligung	++
	Runder Tisch, Planungszellen	++
	Bürgerversammlungen	++
	Arbeitsgruppen	++
	Interne Beteiligung / Delegation	++
	Bürgerfragestunden	+
	Mediation	-
	Zukunftswerkstatt	-
	Bürgerbefragung	-
	Öffentlichkeitsarbeit: Internetauftritte, Newsletter, etc.	-

(-) = keine Nennung (+) = 1 Nennung (++) = 2-4 Nennungen (+++) = 5-7 Nennungen (++++)= > 8 Nennungen

Bei den formalen Beteiligungsformen wird in allen Fallbeispielen auf den Rahmen der repräsentativen Demokratie, also indirekt auf Wahlen auf kommunaler Ebene, verwiesen (vgl. Kap. 5.4.2). Daneben findet insbesondere die Information der Bürger breite Anwendung.

Auf Seiten der informalen Beteiligung von Akteuren steht parallel zur offiziellen Information der Bürger die Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt der Beteiligung Dritter an Entscheidungsprozessen. Diesem Beteiligungsprozess in Form einseitiger Kommunikation durch die forstlichen Institutionen

und kommunalen Entscheidungsträger, steht ein ebenso einseitiger Kommunikationsprozess seitens Dritter gegenüber. Anregungen und Beschwerden in mündlicher und schriftlicher Form werden in den Fallbeispielen in größerem Umfang als übliche Beteiligungsform beschrieben.

Moderne Partizipationsverfahren finden in Form von Runden Tischen und Planungszellen Anwendung. Mediationen und Zukunftswerkstätten werden im Rahmen der empirischen Erhebung nicht beschrieben.

These: Im Kommunalwald finden formale und informale Formen der Partizipation Anwendung. In beiden Gruppen kommt einseitigen Verfahren die größte Bedeutung zu.

6.1.5 Bestehen Unterschiede in Art und Ausmaß partizipativer Prozesse im Kommunalwald zwischen alten und neuen Bundesländern?

Generelle Unterschiede zwischen der Anwendung partizipativer Prozesse in den untersuchten Fallbeispielen aufgrund ihrer geographischen Lage in den alten oder neuen Bundesländern können anhand der Ergebnisse der Untersuchung nicht festgestellt werden (vgl. 2.3.1.3). In einigen Fallbeispielen aus den neuen Bundesländern wurde bei der Beschreibung der Institution oder auch bei der Nennung aktueller Aufgabenfelder auf die Neuorganisation des kommunalen Waldbesitzes verwiesen. Dieser Umstand kann durch das Auslaufen, nach der Wende geschlossener langfristiger Verträge mit 20-jähriger Laufzeit zur Übernahme der Beförsterung durch die Landesforstverwaltungen, erklärt werden. In den meisten dieser Fälle befanden sich die Kommunen an der Schwelle zwischen Beförsterung und der Einrichtung eigener forstlicher Verwaltungseinheiten. Auswirkungen auf die Partizipationskultur können nicht festgestellt werden. Darüber hinaus sind Änderungen in der Organisationsform grundsätzlich nicht ungewöhnlich. Insbesondere im „Kommunalwaldland“ Rheinland-Pfalz ist beispielsweise die Kommunalisierung des Waldes ein Thema. Obschon die Organisationswahl für den Kommunalwald ein weit verbreitetes aktuelles Themen- und Aufgabenfeld ist (vgl. Kap. 5.3), findet sie in den angewandten Themenbereichen partizipativer Prozesse keine Anwendung (vgl. Kap. 5.5.4.2).

Die vermehrte Anwendung partizipativer Verfahren zeigt in der vorliegenden Untersuchung einen Zusammenhang mit der Kommunengröße sowie mit der Waldbesitzgröße auf. Diese Indikatoren sind für die Gestaltung der Partizipationskultur entscheidender. Beispiele sind die Einrichtung kontinuierlicher, freiwilliger Gremien oder auch das Durchführen von Leitbildprozessen (vgl. Kap.5.5.2 und Kap. 6.2.4). In beiden Fällen zeigt sich, dass mit steigender Einwohnerzahl oder mit steigender Waldbesitzgröße vermehrt partizipative Prozesse durchgeführt werden.

6.1.6 Unterschiede in Abhängigkeit von der Waldbesitzgröße

Kommunen, deren Waldbesitz sich zu großen Teilen außerhalb der eigenen Gemarkung befindet, sind bezüglich ihrer Partizipationsprozesse besonders interessant. Mit wachsender Entfernung der

Waldgebiete von der jeweiligen Kommune sinkt die Attraktivität für die Bürger im Bereich der Erholungsfunktion im kommunaleigenen Wald. Die Bindung der Bürger an den kommunalen Waldbesitz kann dadurch geringer sein. Die Bereitschaft und das Engagement von Bürgern oder sonstigen Akteuren über partizipative Prozesse auf die Entscheidungsfindung einwirken zu können kann sinken. Gleichzeitig treten gegebenenfalls außerkommunale Anspruchsgruppen auf, welche in Entscheidungsfindungsprozesse integriert werden möchten. Bei diesen Kommunen steht bezüglich der Partizipation neben Bürgern und sonstigen Akteuren im Sinne der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen innerhalb einer Kommune, insbesondere die Beteiligung klassischer Nutzergruppen im Mittelpunkt. Die Argumentation der Orientierung der Entscheidungsfindung am Bürgerwillen greift in diesem Fall nicht. Die Motivation, diese Nutzergruppen an Entscheidungs- und Planungsprozessen zu beteiligen, kann in der besonderen Gemeinwohlverpflichtung des Kommunalwalds gesehen werden, welche sich über die Verpflichtung gegenüber den Bürgern der eigenen Kommune hinaus erstreckt. Dem öffentlichen Waldeigentum kommt eine besondere Gemeinwohlverpflichtung zu, da staatliche Einrichtungen eine bestmögliche Ausnutzung von Ressourcen für das Gemeinwohl gewährleisten sollen.³⁰¹ Der Kommunalwald ist in seiner Zuordnung zum Körperschaftswald dem öffentlich-rechtlichen Wald zugehörig. Die in der Erhebung beschriebene Ausrichtung am Bürgerwillen entspricht in diesem Zusammenhang dem von WEBER (2003) formulierten veränderten Modus der Gemeinwohlbestimmung von einer hierarchischen hin zu einer partizipativen Festlegung.³⁰²

These: Unterschiede in der Partizipationskultur im Kommunalwald entstehen aufgrund der Kommunengröße sowie der Waldbesitzgröße. Die geographische Lage spielt als Kriterium eine untergeordnete Rolle.

6.2 DISKUSSION LEITFRAGE 2: WIE KÖNNEN PARTIZIPATIONSPROZESSE IM KOMMUNALWALD CHARAKTERISIERT WERDEN?

6.2.1 Welche Akteure werden im Kommunalwald zum aktuellen Zeitpunkt beteiligt?

Die Akteure der Partizipation lassen sich nach ihrer Zugehörigkeit innerhalb des kommunalen Systems sowie nach Akteursgruppen unterteilen.

Abbildung 22 verdeutlicht die Zugehörigkeit der genannten Akteure zum demokratisch legitimierten kommunalen Politiksystem, zur kommunalen Verwaltungsebene, zu den Bürgern

³⁰¹ Vgl. Weber 2003, S. 74

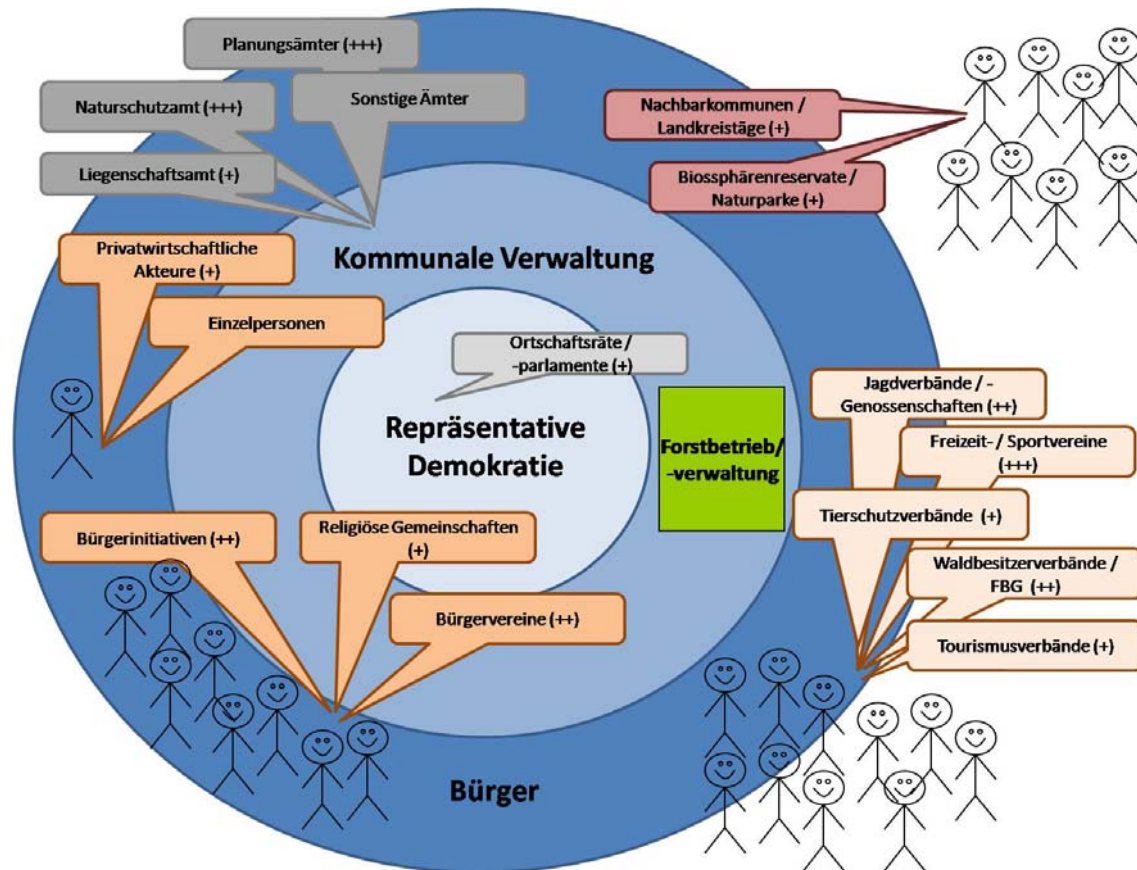
³⁰² Vgl. Weber 2003, S. 82

sowie zu außerkommunalen Institutionen. Der überwiegende Anteil beteiligter Akteure hat Expertenstatus. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung von Angehörigen kommunaler Verwaltungseinheiten, welche aufgrund ihrer Funktion in Prozesse eingebunden werden. Auf Ebene der Bürgerschaft setzt sich der Trend der Expertenbeteiligung fort. Es finden sich insbesondere Vertreter von Verbänden und Vereinen als beteiligte Personen wieder. Diese sind zum einen Repräsentanten von gesellschaftlichen Gruppierungen und zum anderen Multiplikatoren. Häufig besitzen sie darüber hinaus spezifisches Fachwissen und können somit teilweise zeitgleich als Experten eingeordnet werden. Neben der Funktion als „Bürgervertreter“, verfolgen die Repräsentanten Verbandsinteressen. Sie wirken auf Politikformulierer, also Institutionen und einzelne Politiker, ein, um beispielsweise gesetzliche Rahmenbedingungen zu ändern oder das politische System in ihrem Sinne zu beeinflussen.³⁰³ Es kommt teilweise zu einer engen Zusammenarbeit von Verbänden und Parteien. WEBER (2004) zeigt für die sächsische Landespolitik eine gute Zusammenarbeit zwischen den Umweltverbänden NABU, BUND, Grüne Liga sowie kleineren Initiativen mit den Parteien auf. Inhalte dieser Zusammenarbeit sind z.B. FFH-Gebiete³⁰⁴ oder die gemeinsame Arbeit im Umweltbeirat.³⁰⁵ Ähnliche Mechanismen zeigen sich bei der Betrachtung der Partizipationsprozesse auf kommunaler Ebene. In Kommunen mit ausgeprägtem Parteiensystem werden Partnerschaften zwischen Parteien und Verbänden beschrieben. Daneben existieren parteiungebundene Partnerschaften zwischen einzelnen Gemeinderäten und Verbänden bzw. einzelnen Verbandsvertretern. Es wird deutlich, dass auch auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit mit Verbandsexperten insbesondere im Themenfeld Umwelt- und Naturschutz bzw. der Wunsch nach verstärkter Einbringung externer Expertise besteht (vgl. Kap. 6.2.5).

³⁰³ Vgl. Weber 2004, S. 212

³⁰⁴ Schutzgebiete der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union (Richtlinie 92/43/EWG)

³⁰⁵ Vgl. Weber 2004, S. 213



(-) = keine Nennung (+) = 1-2 Nennungen (++) = 2-4 Nennungen (+++) = > 4 Nennungen

Abbildung 22: Klassifizierung der Akteure in Partizipationsprozessen im Kommunalwald

Die Beteiligung von Einzelpersonen und privatwirtschaftlichen Akteuren bildet die Ausnahme. Der Schwerpunkt der Partizipation im Kommunalwald über Expertenbeteiligung deckt sich mit allgemeinen Beobachtungen zur Bürgerbeteiligung. Die Politikberatung in Form der Einbeziehung von Akteuren mit Expertenstatus ist der übliche Weg der Partizipation. Spezifische Beteiligungsprozesse jenseits der Informations- und Anhörungsrechte sind auch außerhalb des Kommunalwaldes ein wenig etabliertes Instrument.³⁰⁶

Die eigenen Institutionen auf Forstverwaltungs- oder forstbetrieblicher Ebene werden innerkommunal nicht als Akteure in Partizipationsprozessen beschrieben. Die Institutionen beschreiben sich selber als Gestalter der Entscheidungsfindung, welche andere Akteure aktiv beteiligen (vgl. Kap. 6.3.2). Beispiele in denen die forstlichen Institutionen durch Dritte beteiligt werden, beispielsweise auf Ebene der repräsentativen Demokratie, werden nicht aufgezeigt.

These: Experten stehen als Akteure bei Partizipationsprozessen im Kommunalwald im Fokus. Diese sind in der Regel in Personalunion Repräsentanten von Verbänden und Vereinen oder Vertreter anderer kommunaler Verwaltungseinheiten.

³⁰⁶ Vgl. Sarcinelli et al. 2011, S. 32

These: Die Möglichkeit von Bürgern Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen steigt mit ihrem Organisationsgrad.

6.2.2 In welchen Fällen fungiert der Bürger in Beteiligungsprozessen im Kommunalwald als Auftraggeber oder Mitgestalter?

Die forstlichen Institutionen sind bei der Entscheidungsfindung im Kommunalwald die Hauptakteure (vgl. Kap. 5.4.2.4). Dem Spielraum des Verwaltungshandelns kommt im kommunalen Forstsektor ein großes Gewicht zu. Das Verwaltungshandeln ist gleichzeitig der Hauptanknüpfungspunkt für Beteiligungsprozesse im Sinne der kooperativen Demokratie.

Die forstlichen Institutionen nehmen sich selber als „Akteure Beteiligende“, nicht als „zu Beteiligende“ wahr (vgl. Kap. 5.5.3.1). Eine eventuelle Rolle als Auftraggeber oder als Mitgestalter wird damit Dritten, also Bürgern, Experten oder sonstigen Akteuren zugewiesen.

Abbildung 23 zeigt die Verschneidung der in den Fallbeispielen beschriebenen, kooperativen Formen der Partizipation im Kommunalwald mit dem in Kapitel Kap. 2.1.2.1 eingeführten Auftraggeber-Mitgestalter-Modell nach BOGUMIL (2001).

Die Auftraggeberrolle kommt aufbauend auf den Ergebnissen der vorliegenden Studie am ehesten den freiwilligen Gremien und Arbeitsgruppen zu. Diese sind theoretisch nicht zugangsbeschränkt, faktisch werden als Mitglieder ausschließlich Verbands- oder Vereinsmitglieder, Interessenvertreter sonstiger organisierter Gesellschaftsgruppen oder Experten benannt. Bürger haben also die Möglichkeit als Auftraggeber zu fungieren, sind dabei jedoch an die organisierte Interessensvertretung gebunden.

	Auftraggeberrolle	Mitgestalterrolle
Formen	<i>Kooperative Planungsobjekte und Koplanungen durch:</i> <ul style="list-style-type: none"> • Kontinuierliche themenbezogene Arbeitsgruppen (+++) • Kontinuierliche themenunabhängige Arbeitsgruppen (+++) • Waldbegang (++) • Bürgerversammlungen / Stadtteilkonferenzen, Ortschaftsräte (++) • Leitbildprozesse (+) 	<i>Mitgestaltung der Dienstleistungsproduktion durch:</i> <ul style="list-style-type: none"> • Übernahme des Baus von Erholungseinrichtungen (++) • Übernahme der Betreuung von Erholungseinrichtungen (++) • Übernahme von naturschutzfachlichen Pflegemaßnahmen (+) • Bürgerschaftliches Engagement (+)
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktminimierung • Akzeptanz / Rückhalt 	<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung kommunaler Ressourcen • höhere Akzeptanz der Maßnahmen • Transparenz • Verringerung der Arbeitsbelastung

Abbildung 23: Formen der kooperativen Partizipation im Kommunalwald (BÖHNKE, angelehnt an BOGUMIL, 2001)

These: Theoretisch finden Verfahren, in denen der Bürger in einer Auftraggeberrolle fungiert, nur selten Anwendung. Faktisch kann über beratende Gremien und Arbeitsgruppen Einfluss genommen werden.

Die Mitgestalterrolle kommt im Kommunalwald insbesondere Kooperationen mit Verbänden/Vereinen oder sonstigen Gruppierungen zur Übernahme von Betreuungs- oder Pflegemaßnahmen zu. Diese sind inhaltlich in der Regel der Erholung oder dem Naturschutz zuzuordnen.

These: Bürgern, Experten oder sonstigen Akteuren kann im Bereich der Erholung oder des Naturschutzes eine Mitgestalterrolle zukommen. Dabei handelt es sich um individuelle Beteiligung z.B. im Rahmen von bürgerschaftlichen Engagements. Verfahren der Selbstverwaltung oder Selbstorganisation werden nicht angewandt.

These: Aus Sicht der forstlichen Verwaltungsebene und forstbetrieblichen Institutionen sind Verfahren der Mitgestaltung zu fördern, während Verfahren der Auftraggebung kritisch betrachtet werden.

6.2.3 Welchen Stufen sind Beteiligungsprozesse im Kommunalwald zuzuordnen? Existieren Prozesse auf Ebene der Mitgestaltung?

Die in der Untersuchung benannten angewandten Prozesse zur Beteiligung Dritter an Entscheidungen können, unabhängig ihrer Zuordnung zu durch Rechtssätze verankerte oder kooperative Verfahren (vgl. Tabelle 17 und Tabelle 18), mit Hilfe der Partizipationsebenen nach ARNSTEIN (1967) analysiert werden. Die mittleren Stufen der „ladder of citizen participation“ (vgl. Kap. 2.1.3) bieten sich hierzu an. Verschneidet man diese mit für den Kommunalwald typischen Verfahrenstypen (vgl. Tabelle 17 und Tabelle 18), ergibt sich die in Abbildung 24 dargestellte dreistufige „Leiter der Bürgerbeteiligung“.

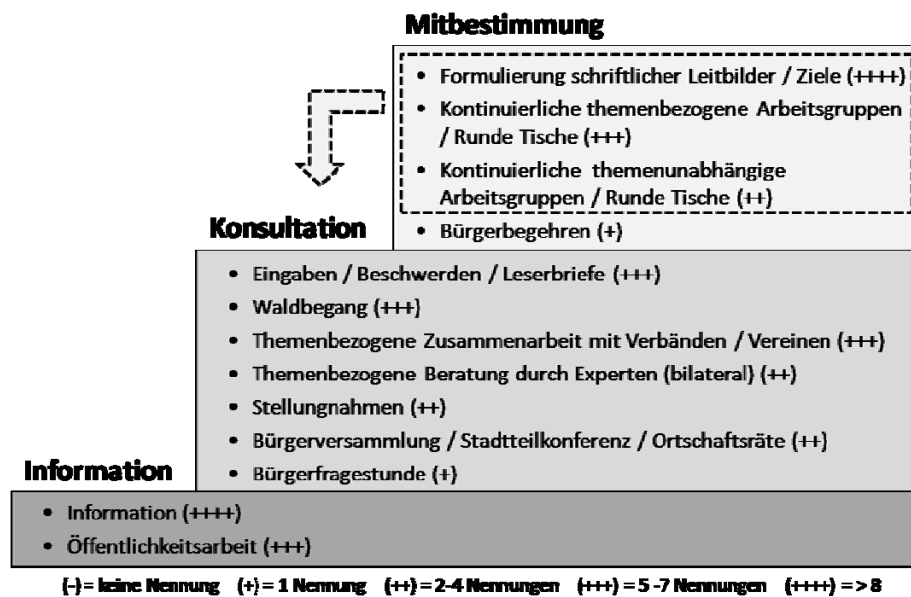


Abbildung 24: Verfahrenstypen der Partizipation im Kommunalwald angelehnt an ARNSTEINS³⁰⁷ „Ladder of Citizen Participation“

Die partizipative Formulierung von schriftlichen Leitbildern und der Einsatz kontinuierlicher themenbezogener oder themenunabhängiger Arbeitsgruppen, mit dem Ziel der gemeinsamen Entscheidungsfindung, sind in ihrem Aufbau originär Verfahren, welche der Mitbestimmungsebene zugeordnet sind. In diesem Fall verfolgen sie das Ziel, gemeinsam, bestenfalls konsensual Entscheidungen zu treffen. Die Ergebnisse der qualitativen Studie zeigen jedoch, dass diese Zuordnung zur Mitbestimmungsebene in der Regel eine theoretische Zuordnung bleibt. Faktisch sind die beschriebenen Leitbildprozesse sowie themenbezogenen als auch themenunabhängigen Arbeitsgruppen der Ebene der Konsultation zuzuordnen. In den Fallbeispielen wird deutlich, dass der Informationsaustausch sowie die Netzwerkbildung bei diesen Prozessen im Vordergrund stehen. Es kommt zum Meinungsaustausch, welcher die schlussendliche Entscheidungsfindung beeinflussen kann, aber nicht muss. Die Diskrepanz zwischen theoretischer und faktischer Zuordnung in der „Leiter der Bürgerbeteiligung“ wird in Abbildung 24 durch den Pfeil visualisiert.

Während die Mechanismen der repräsentativen Demokratie dem Bürger nur wenig Möglichkeit zur Mitbestimmung in der Entscheidungsfindung bieten, bzw. nur in geringem Maß Anwendung finden, wird in den qualitativen Experteninterviews wiederholt die Anwendung von Verfahren der kooperativen Demokratie beschrieben. Diese bewegen sich in erster Linie auf der Ebene der Konsultation (vgl. Kap. 6.2.3). In Ausnahmefällen kann die Ebene der Mitbestimmung erreicht werden. Die Konsultation, als Hauptelement der kooperativen Demokratie in Kommunalwaldfragen, ergibt sich aus den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, welche der Verwaltungsebene und operativen Institutionen formal keine Delegation von

³⁰⁷ Vgl. Arnstein 1967, S. 217

Entscheidungsprozessen auf Dritte gestattet. Dennoch können freiwillige Gremien in der Vorbereitung von Entscheidungen richtungsweisend Einfluss nehmen.

Verfahrensübergreifend über durch Rechtssätze verankerte und freiwillige Beteiligung wird in der Untersuchung deutlich, dass insbesondere die Ebene der Information im Mittelpunkt der Partizipation im Kommunalwald steht. Daneben wird ebenfalls auf beiden Ebenen die Anwendung von konsultativen Verfahren beschrieben. Im Rahmen der empirischen Untersuchung werden Einzelbeispiele beschrieben, in denen Bürger die Möglichkeit bekommen, faktisch auf Ebene der Mitbestimmung auf Entscheidungen im Kommunalwald mitzuwirken. Bürgerentscheide oder Bürgerbegehren als Beispiele für in Rechtssätzen verankerte Verfahren finden kaum Anwendung. Sachkundige Bürger sind ein Weg der Mitbestimmung, leisten inhaltlich aber nur einen geringen Beitrag. Die kooperativen Verfahren haben in der Regel beratenden Charakter. Der Information der Bürger sowie der Öffentlichkeitsarbeit kommt eine große Bedeutung zu. Diese spielen im operativen Alltagsgeschäft als auch in strategischen Planungen eine umfassende und damit wichtige Rolle und finden regelmäßig Anwendung.

These: Der Schwerpunkt der Partizipation im Kommunalwald liegt auf der Ebene der Information. Daneben werden insbesondere in Großstädten und in Kommunen mit großem Waldbesitz Beteiligungsverfahren auf Ebene der Konsultation angewandt. Diese können sowohl regelmäßig als auch anlaßbezogen stattfinden. Verfahren auf Ebene der Mitbestimmung finden nur in Ausnahmefällen Anwendung.

6.2.4 Welche der angewandten Verfahren können den kooperativen und welche den gesetzlich verankerten Beteiligungsformen zugeordnet werden?

Die unterschiedlichen, durch Rechtssätze verankerten Beteiligungsverfahren mit Relevanz für den Kommunalwald finden in den Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen der repräsentativen Demokratie Anwendung. Abbildung 25 verdeutlicht das Zusammenspiel zwischen der demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsfindung und den offiziellen, gesetzlich verankerten Beteiligungsverfahren der Bürger. In den beratenden Fachausschüssen ohne Beschlussfähigkeit finden Verfahren mit beratendem bzw. empfehlendem Charakter Eingang. Diese sind insbesondere die kontinuierliche Integration *sachkundiger Bürger* in das Gremium, die Anhörung von *Experten* zu speziellen Fragestellungen, die Anregungen und Wünsche, welche über die *Ortschafträte* ermittelt werden, die Aufnahme und Diskussion von *Anregungen und Beschwerden* seitens der Bevölkerung oder sonstiger Interessengruppen sowie das Bearbeiten der Ergebnisse aus *Einwohnerfragestunden*.

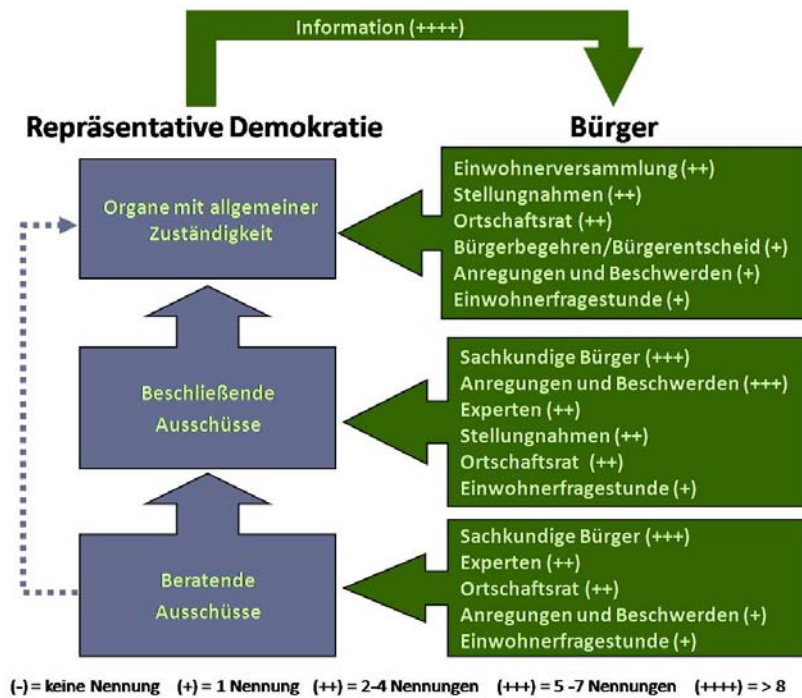


Abbildung 25: Für die Entscheidungen im Kommunalwald relevanten Bürgerbeteiligungsformen im Rahmen der repräsentativen Demokratie

In den beschließenden Ausschüssen finden, anders als in den beratenden Gremien, zusätzlich Verfahren mit stärker bindendem Charakter Eingang. Hier wird im Rahmen der Expertenbefragung, insbesondere auf offizielle Stellungnahmen durch Verbände und Vereine oder behördliche Institutionen bezüglich konkreter Planungsgegenstände hingewiesen. Diese müssen im Vorfeld der Beschlussfassung eingeholt werden. In den Gremien mit allgemeiner Zuständigkeit, also insbesondere dem Stadt- oder Gemeinderat, sind laut den Untersuchungsergebnissen zusätzlich die Durchführung größerer Verfahren, wie das Einberufen von Einwohnerversammlungen oder die Durchführung von Bürgerbegehren zugeordnet. Die tatsächliche Ebene, auf der die unterschiedlichen Verfahren Anwendung finden, ist von der lokalen politischen Ordnung abhängig.³⁰⁸ Bestehen unter dem Stadt- oder Gemeinderat keine nachgeordneten Gremien, können auch die beratenden und empfehlenden Verfahren Eingang in die Gremien mit allgemeiner Zuständigkeit finden. Existieren nachgeordnete Gremien werden dort in der Regel Detailfragen und Themen mit geringerer Bedeutung bearbeitet.

In der Regel sind die durch Rechtssätze verankerten Beteiligungsverfahren der Ebene der Information oder Konsultation zuzuordnen (vgl. Kap. 2.1.3). Die Ebene der Mitbestimmung kann

³⁰⁸ Beispiel für die Aufführung von Bürgerentscheiden in kommunalen Satzungen: Hauptsatzung Fallbeispiel 02, § 33: „Die Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 25 SächsGemO kann schriftlich von Bürgerinnen/Bürgern der Stadt sowie den nach § 16 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO Wahlberechtigten beantragt werden (Bürgerbegehren). Das Bürgerbegehren muss von mindestens 5 v. H. der Bürgerinnen/Bürger der Stadt XXX sowie der nach § 16 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO Wahlberechtigten unterzeichnet sein.“

durch die Berufung sachkundiger Bürger erreicht werden. Dieses Beteiligungsinstrument spielt jedoch für inhaltliche Entscheidungen des Kommunalwalds eine untergeordnete Rolle.

Die Verschneidung des Vorhandenseins schriftlich fixierter Leitbilder, Waldbaurichtlinien oder sonstiger Schriftstücke zur langfristigen Planung mit der Erhebungsmatrix verdeutlicht, dass insbesondere in Kommunen mit großem Waldbesitz Prozesse zur Leitbildformulierung durchlaufen werden. Abbildung 26 visualisiert die Anwendung von Leitbildprozessen, genauer dem Vorhandensein eines Schriftstücks sowie die Bildung freiwilliger Gremien oder Arbeitsgruppen in den untersuchten Fallbeispielen anhand der Erhebungsmatrix.

Zum einen spielen größere Waldbesitze aufgrund ihrer höheren Wirtschaftskraft für die Kommune eine wichtige Rolle, welche ein stärkeres Interesse seitens der gewählten Kommunalvertreter erklären könnte. Darüber hinaus entstehen bei größerem kommunalem Waldbesitz oftmals Struktureinheiten mit Personalressourcen, welche diese Prozesse ermöglichen. Z.B. kann ab einer mittleren Waldbesitzgröße die Einrichtung von mehr als einem Revier möglich oder sinnvoll werden. Mit zunehmender Waldfläche vergrößern sich die Struktureinheiten bis hin zu beispielsweise der Einrichtung eines kommunalen Forstamtes. Diese größeren Einheiten sind wiederum eher in der Lage Sonderaufgaben durchzuführen. Andererseits führen größere Struktureinheiten, mit eigenem, klar abgrenzbarem Mitarbeiterstab, zu komplexeren Organisationsstrukturen. Interne Prozesse und Diskussionen führen dazu, dass konkrete Zielsetzungen nachgefragt werden. Institutionelle Ziele entstehen, welche wiederum in Ideen und Leitziele für den Kommunalwald allgemein einfließen können. Die Beamten oder Angestellten entwickeln persönliche Vorstellungen von den forstlichen Aufgaben, die ihre Verwaltungseinheit oder Institution lösen sollen.³⁰⁹

³⁰⁹ Vgl. Krott 2001, S. 107

			Einwohnerzahl / Geographische Lage									
			< 20.000 EW		20.000 – 100.000 EW		100.000 – 500.000 EW		> 500.000 EW			
			A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI		
Waldbesitz / Organisationsstruktur	< 1000 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit			-	-						
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt						-	-		-	-
		Forstbeauftragter + Betreuung		-	-							
	1000 – 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit					S	G			S	G
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt										
		Forstbeauftragter + Betreuung	-	-		-	-					
	> 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit			S	-		S	G		S	G
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt		S	-							
		Forstbeauftragter + Betreuung										

S = Schriftstück vorhanden G = freiwilliges Gremium / Arbeitsgruppe vorhanden

Abbildung 26: Verschneidung des Vorkommens von schriftlich fixierten Leitbildern und freiwilligen Gremien mit der Erhebungsmatrix

Neben den Kommunen mit großem Waldbesitz, wenden Großstädte mit mittlerem Waldbesitz die schriftliche Formulierung von Leitbildern an. Hier ist die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes nicht die entscheidende Größe für ein stärkeres Interesse der gewählten Stadtvertreter am Wald, welche zu der Bereitschaft führt Ziele zu formulieren. In Großstädten in Ballungsgebieten spielt die Erholungsfunktion eine große Rolle. Es existieren Konflikte zwischen Nutzergruppen sowie zwischen Nutzergruppen und Bewirtschaftern. Ein reibungsloser Ablauf des Verwaltungshandelns kann hier durch eine schriftliche Leitbildformulierung erreicht oder vereinfacht werden.

Prozesse zur Leitbildformulierung entstehen, wenn die forstbetrieblichen Institutionen entweder die Ziele der politischen Ebene als nicht ausreichend empfinden oder wenn sie mit den Zielsetzungen nicht zufrieden sind. Eine grundlegende Zielsetzung ist immer durch die jährlichen Wirtschaftspläne sowie bei einem reibungslos ablaufenden Verwaltungshandeln gegeben. Diese Ziele reichen jedoch den forstfachlichen Vertretern nicht aus. KROTT (2001) zeigt auf, dass informell die Institutionen einer Verwaltung nach möglichst großer Autonomie, gesicherten Ressourcen und einem großen, gesicherten Aufgabenbereich streben.³¹⁰ Aus demokratischer Sicht findet dieser Prozess verkehrt herum statt. Nicht die nachgeordnete Ebene ist dafür verantwortlich sich Ziele zu suchen oder zu formulieren. Die Zielformulierung obliegt formal den demokratisch legitimierten Gremien.

³¹⁰ Vgl. Krott 2001, S. 107

Die Leitbildprozesse werden auf Initiative der forstlichen Verwaltungsebene bzw. durch die forstbetrieblichen Institutionen initialisiert. Diese agieren ebenfalls als Hauptakteure in den Prozessen. Obwohl sich die Möglichkeit zur Beteiligung Dritter bietet, wird diese in vielen Fällen nicht aufgegriffen. Eine Beauftragung durch kommunalpolitische Gremien besteht nicht. Leitbildprozesse sind Instrumente der forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen, um eigene Leitziele durch Bürgervertreter demokratisch legitimieren zu lassen.

Die Einrichtung freiwilliger Gremien oder Arbeitsgruppen spielt sich in weiten Teilen parallel zu dem Vorhandensein von Leitbildprozessen ab (vgl. Abbildung 26). Allerdings wird aufgrund der Untersuchungsergebnisse deutlich, dass Klein- und Mittelstädte mit großem Waldbesitz zwar Prozesse zur schriftlichen Leitbildformulierung durchlaufen haben, jedoch keine freiwilligen Gremien oder Arbeitsgruppen bilden. Zum einen kann dies durch die geringeren Einwohnerzahlen erklärt werden. Weniger starke Nutzergruppen auf größerer Waldfläche führen zu einem geringeren Konfliktpotential. Gleichzeitig wird durch die geringeren Einwohnerzahlen eventuell eine notwendige kritische Masse an interessierten Verbandsvertretern und Bürgern zur Gründung freiwilliger Gremien nicht überschritten. Desweiteren besteht insbesondere in kleineren Kommunen die Möglichkeit problemlösende Beratungen mit betroffenen Akteuren bilateral und ohne fest strukturierte Prozesse ablaufen zu lassen. Die Bildung freiwilliger Gremien oder bilaterale Vorabsprachen sind nach OSTER (2008) dem informell-kooperativen, im Gegensatz zum einseitig-schlichten stehenden, Verwaltungshandeln zuzuordnen. Die Motivation für das Durchführen von Vorabsprachen liegt im Mindern von Risiko und Fehlinvestitionen und im Erreichen von Akzeptanz und Rechtsfrieden.³¹¹ Diese Gründe decken sich mit den Ergebnissen der vorliegenden Studie. Dieses informelle Verwaltungshandeln ist nicht unzulässig. Gleichzeitig ist jedoch auch kein Anspruch auf informell-kooperatives Verwaltungshandeln gegeben. Die Herausforderung in den Kommunen besteht in der Verhinderung einer zu einseitigen Ausrichtung informeller Absprachen, einem zu selektiven Informationsgewinn sowie Distanzverlust. Da informelle Verhaltensweisen das Nachvollziehen der Vorgänge für Außenstehende erschweren, sind geeignete Informationsverfahren gegenüber dem Bürger zur Verfügung zu stellen.³¹² Die in den Experteninterviews immer wieder thematisierte intensive Öffentlichkeitsarbeit über Informationsprozesse, Einsatz unterschiedlicher Medien und direkte Kontakte sind als Bemühung zu sehen, diese Informationsverfahren dem Bürger gegenüber zu gewährleisten.

³¹¹ Vgl. Oster 2008, S. 845

³¹² Vgl. Oster 2008, S. 849

In freiwilligen Gremien mit normvorbereitendem, normvertretendem oder normvollziehendem³¹³ informell-kooperativen Verwaltungshandeln liegt in den betroffenen Kommunen eine Teilformalisierung informellen Verwaltungshandelns vor.³¹⁴

Freiwillige Gremien bieten die Möglichkeit, dem Verwaltungshandeln zugeordnete Entscheidungen über die Abstimmung mit Multiplikatoren im Sinne der Bürger zu treffen. Zur Bildung freiwilliger Gremien ist jedoch eine kritische Masse von Multiplikatoren, also engagierter Verbandsvertreter und interessierter Bürger in einer Kommune erforderlich.

These: Mit zunehmender Waldbesitzgröße vergrößern sich die kommuneneigenen Organisationseinheiten, welches zu einem verstärkten Einsatz partizipativer Prozesse führen kann.

These: Mit zunehmender Einwohnerzahl finden durch das Bilden freiwilliger Gremien partizipative Prozesse zunehmend auf Ebene der Konsultation und Mitbestimmung statt.

6.2.5 Welche Themen werden im Kommunalwald partizipativ bearbeitet?

Vergleicht man die Ergebnisse der vorliegenden qualitativen Studie zu aktuellen Themen- und Aufgabenfeldern mit den Ergebnissen zu aktuellen Fragestellungen des Kommunalwalds anderer Studien³¹⁵ oder Positionspapieren³¹⁶ wird deutlich, dass einige Themen in den letzten 20 Jahren nicht an Aktualität verloren haben und als Dauerthemen bezeichnet werden können (vgl. Kap. 5.3). DINKELAKER (2000) führt als Schwerpunktthemen den Zustand des Waldes, die Waldbewirtschaftung, die Ertragslage des Waldes sowie Sondernutzungen im Gemeindewald an.³¹⁷ Die vorliegende qualitative Untersuchung deckt sich mit dieser Themensetzung in den Bereichen Waldzustand, Waldbewirtschaftung und Ertragslage als Kernpunkte. Diese werden unter dem Themenschwerpunkt Waldbewirtschaftung zusammengefasst. Darüber hinaus zeigt die vorliegende qualitative Erhebung deutlich weitere Themenfelder auf. Aus den Ergebnissen ergeben sich vier übergeordnete Themenkomplexe, mit denen sich Kommunalwald-Verantwortliche verstärkt auseinandersetzen. Nach Abstraktion der konkreten, fallbeispielbezogenen Arbeitsfelder können als übergeordnete Komplexe

³¹³ Normvorbereitend = Bestimmung oder Ersetzung von formalen Rechtsakten; Normvertretend = Absehen von formalen Regelungen aufgrund von Absprachen mit Verbänden, Unternehmen, Privatpersonen; Normvorbereitend = Regelungen basieren auf Verhandlungen mit privaten Interessensvertretern; Vgl. Oster 2008, S. 847

³¹⁴ Oster 2008, S. 846 f.

³¹⁵ Vergleiche Kommunalwaldstudien von Dinkelaker 2000, S. 159 f.; Lückge 1991, S. 68 ff.; LÜCKGE (1991) sowie mit Aussagen von BENTRUP (2000) oder auch MANNS (2010)

³¹⁶ Vgl. Bentrup 1994, S. 441 f.; Manns 2010, S. 1 f.

³¹⁷ Vgl. Dinkelaker 2000, S. 159

- (1) der Umgang mit der Multifunktionalität des Kommunalwaldes insbesondere in Bezug auf die Erholungsnutzung
- (2) die Organisation und Einordnung des Kommunalwalds in das kommunalpolitische System
- (3) die Befassung mit neuen und potentiellen Aufgaben- und Geschäftsfeldern
- (4) die Waldbewirtschaftung

ausgeschieden werden. Abbildung 27 visualisiert die Nennungen der Experteninterviews, zugeordnet in übergeordnete Themenkomplexe. Die Erweiterung der forstlichen Themen waldbesitzender Kommunen kann zum einen auf die zeitliche Entwicklung und die Anpassung lokaler politischer Themen an globale Fragestellungen zurückgeführt werden. Insbesondere Energie und Klimawandel sowie die Organisationsstruktur sind Themen, die auch in neueren Positionspapieren als neue Aufgabenfelder für den Kommunalwald aufgeführt werden.³¹⁸ Daneben bietet die qualitative Forschung die Möglichkeit, detaillierter auf die Erhebung konkreter Fragestellungen im Kommunalwald einzugehen, als dies über quantitative Methoden der Fall ist. Auf die Fragen nach aktuellen Themen wurde in der vorliegenden Untersuchung in der Regel spontan mit der Nennung bekannter Themen aus dem Bereich der Waldbewirtschaftung geantwortet. Diese Aufgabenfelder, welche das forstliche Kerngeschäft repräsentieren, sind offensichtlich. Im Gesprächsverlauf wurde jedoch in vielen Fällen deutlich, dass die aktuellen und außergewöhnlichen Problemstellungen und Aufgabenbereiche deutlich differenzierter zu betrachten sind.

³¹⁸ Vgl. Manns 2010, S. 1 f.



Abbildung 27: Aktuelle Kommunalwaldthemen nach Schwerpunkten

Der Kommunalwald ist, im Gegensatz zu anderen Waldbesitzformen, stark von kommunalpolitischen Themen geprägt. So schlägt sich die seit den 1990er Jahren bestehende Privatisierungswelle, welche zu einem effizienteren und damit für den Bürger kostengünstigeren Leistungsangebot führen soll, auch in Überlegungen bezüglich der Privatisierung des Kommunalwaldes nieder.³¹⁹ Ähnlich verhält es sich mit den beschriebenen Herausforderungen des Kommunalwalds bezüglich des Umgangs mit der knappen Ressourcenversorgung der Institutionen. Der Umgang mit kontinuierlich rückläufigen Budgets ist in der allgemeinen kommunalen Haushaltspolitik ein umfassendes Thema und hat daher auch Auswirkungen auf den Kommunalwald. Allerdings wird eine zunehmende Schere zwischen armen und reichen Kommunen im Bundesländervergleich deutlich. Z.B. sind die Kommunen in Baden-Württemberg kaum von Haushaltsdefiziten und Kassenkrediten betroffen, während diese in nordrhein-westfälischen Kommunen förmlich explodieren.³²⁰ Demnach unterscheidet sich auch die Situation des Kommunalwalds in konkurrierenden Systemen der kommunalen Ressortpolitik.

Im Vergleich der Themen, welche über partizipative Prozesse bearbeitet werden, mit den aktuellen Themenkomplexen des Kommunalwaldes (vgl. Abbildung 27), werden Überschneidungsbereiche deutlich. Abbildung 28 ordnet die in der empirischen Erhebung explizit als angewandte oder

³¹⁹ Vgl. Naßmacher 2011, S. 8 f.

³²⁰ Vgl. Holtkamp 2011, S. 16 f.

mögliche Themen für Partizipation aufgeführten Inhalte den durch die Experten beschriebenen aktuellen Themenkomplexen des Kommunalwalds zu.

Der Schwerpunkt der Themen liegt nach Anzahl der Nennungen über die unterschiedlichen Fallbeispiele hinweg im Bereich der Multifunktionalität, wobei insbesondere die Ausgestaltung der Erholungsfunktion thematisiert wird. Dieser Bereich wird hingegen nur in geringem Umfang in den demokratisch legitimierten kommunalen Gremien bearbeitet (vgl. Abbildung 29). Ähnlich verhält es sich mit Fragestellungen zur Waldbewirtschaftung. Hier werden unterschiedliche Anwendungsbereiche, wie bspw. die Konsultation von Vertretern des Naturschutzes bezüglich konkreter Waldbewirtschaftungsvorhaben, mehrfach als Themen benannt. In den offiziellen kommunalen Gremien finden Fragestellungen zur Waldbewirtschaftung nur selten Eingang.

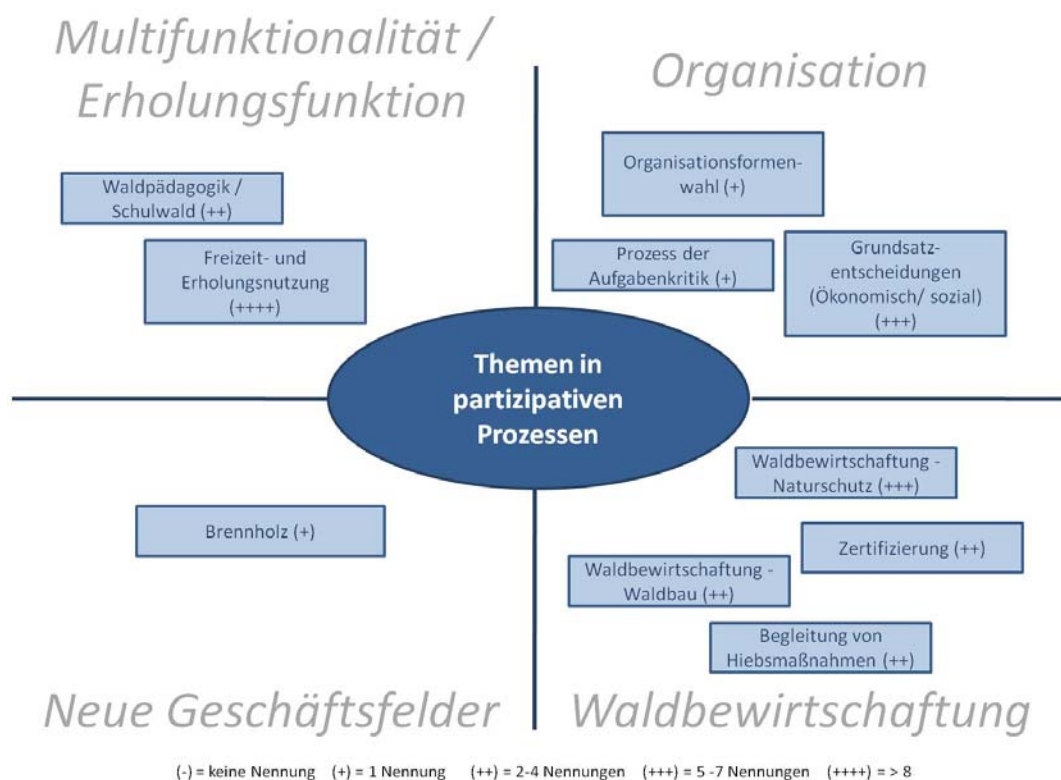


Abbildung 28: Darstellung der in der partizipativen Entscheidungsfindung angewandten und möglichen Themen in Bezug zu den aktuellen Themenkomplexen des Kommunalwaldes

Komplementär ist der Themenkomplex der Organisation und Einbindung der Forstwirtschaft in die kommunale Struktur. Dieser Themenkomplex findet stärkeren Eingang in die Entscheidungsfindung durch die repräsentative Demokratieebene als über partizipative Prozesse. Neue Aufgaben- und Geschäftsfelder werden sowohl in den offiziellen Gremien als auch in partizipativen Prozessen nur in Einzelfällen behandelt. Beispiele für die Anwendung partizipativer Planungsinstrumente für die Entwicklung einer multifunktionalen Waldbewirtschaftungsplanung wurden im Rahmen der

Experteninterviews nicht beschrieben.³²¹ Die Bereitschaft zu einer zukünftigen Anwendung im Kommunalwald scheint eingeschränkt, da nur in wenigen Fallbeispielen Fragen der Waldbewirtschaftung durch die Vertreter der forstlichen Institutionen als potentielle Themen für partizipative Prozesse angesehen wurden.

Im Vergleich der in den Augen der befragten Vertreter des Kommunalwaldes wichtigen Fragestellungen mit den in den demokratisch legitimierten kommunalen Gremien behandelten Themen zeigt sich die Organisation und Einbindung der Forstwirtschaft in die kommunalen Strukturen als Hauptüberschneidungsbereich (vgl. Abbildung 27). Abbildung 29 visualisiert diese Zusammenhänge.

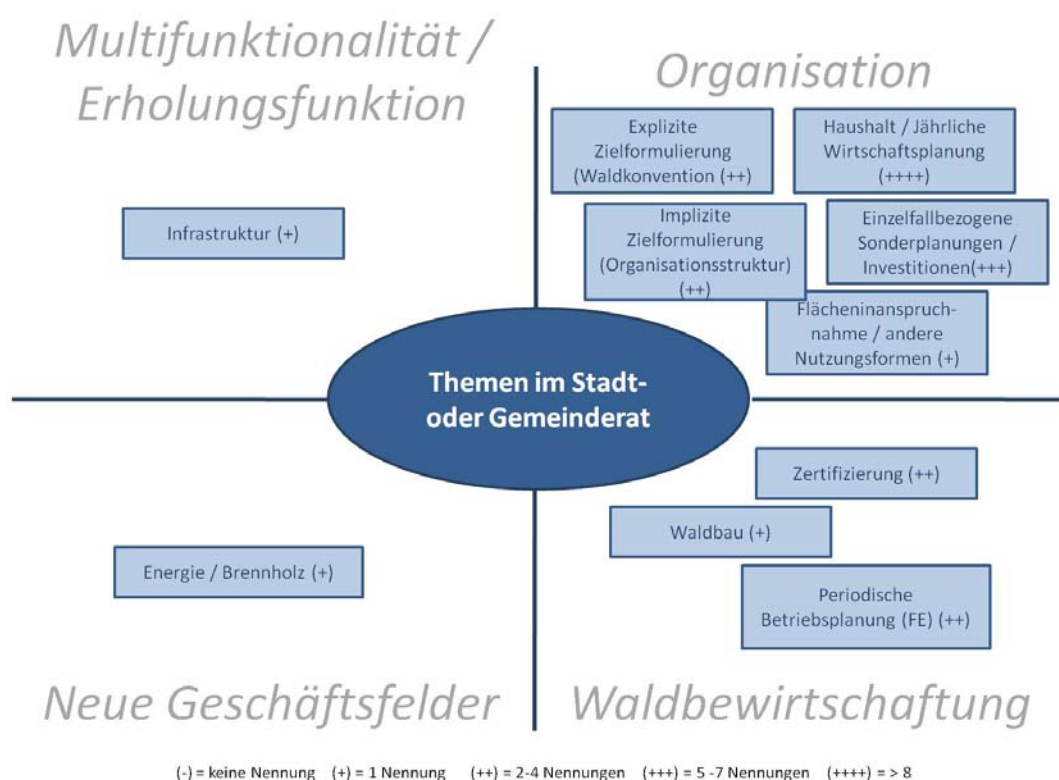


Abbildung 29: Darstellung der in den demokratisch legitimierten kommunalen Gremien behandelten Themen

Die Waldbewirtschaftungsthematik findet im Gegensatz zu den organisatorischen Fragen in wesentlich geringerem Umfang Eingang in die demokratisch legitimierten Gremien. Neue Aufgaben- und Geschäftsfelder oder die Umsetzung der Multifunktionalität, insbesondere der Erholungsfunktion werden nur in Einzelnennungen als Thema im Stadt- oder Gemeinderat beschrieben.

³²¹ Instrumente zur partizipativen flächenbasierten Bewirtschaftungsplanung wurden durch BECK untersucht. Vgl. Beck 2011

Die Untersuchung zeigt, dass Waldfragen in der Kommunalpolitik in der Regel keine große Rolle spielen. Sie werden nur selten in den formalen Gremien, die sich aus gewählten Bürgervertretern, sachkundigen Bürgern und Experten zusammensetzen, bearbeitet. Die fachlichen und sachlichen Entscheidungen erfahren durch die gewählten Bürgervertreter nur ein geringes Maß an inhaltlicher Gestaltung. Bei der Entscheidungsfindung im Gemeindewald kommt infolge dessen besonders der forstlichen Verwaltungsebene und dem Forstbetrieb eine große Rolle zu. Die Beteiligung des Bürgers ist über die Wege der repräsentativen Demokratie bezüglich Entscheidungen im Gemeindewald eher gering einzuschätzen.

These: Partizipative Prozesse befassen sich inhaltlich mit Themenbereichen, welche nicht oder nur in geringem Ausmaß in den demokratisch legitimierten Gremien behandelt werden. Die forstliche Verwaltungsebene und die forstbetrieblichen Institutionen setzen partizipative Prozesse als Instrument zur Überbrückung von nicht klar formulierten Zielvorgaben durch die gewählten Bürgervertreter ein.

6.3 DISKUSSION LEITFRAGE 3: WELCHE INTENTION WIRD MIT DEM EINSATZ PARTIZIPATIVER PROZESSE IM KOMMUNALWALD VERFOLGT?

6.3.1 Welche Intention verfolgen die Entscheidungsträger mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald?

Die Intention der Interviewpartner beim Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald lässt sich aus den angestrebten Zielen sowie aus den Gründen und der Motivation zur Durchführung von Partizipationsprozessen herleiten (vgl. Kap. 6). In Abbildung 30 werden die erhobenen Motivationen mit Hilfe der von WHITE (1996) formulierten allgemeinen Interessen bei der Durchführung von Partizipationsprozessen verschnitten. Die erhobenen Interessen für Beteiligungsprozesse im Themenfeld Kommunalwald werden in der Abbildung farblich schwarz hervorgehoben. Ihre Gruppierung orientiert sich an den allgemeinen Interessen nach WHITE. Allgemeine Interessen, welchen keine Aussagen zugeordnet werden konnten, sind aufgeführt und werden grau dargestellt.

Form	Top-Down	Bottom-Up	Function
Nominal	Legitimation	Inclusion	Display
Instrumental	<ul style="list-style-type: none"> • Akzeptanz • Transparenz • Ausrichten am Gemeindewillen / Dienstleistungskommune 	<ul style="list-style-type: none"> • Weitergehendes Fachwissen • Ausrichten am Bürgerwillen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausrichten am Gemeindewillen / Dienstleistungskommune
Representative	Efficiency	Cost	Means
Transformative	<ul style="list-style-type: none"> • Steigerung des Gesamtnutzens • Arbeitserleichterung • Finanzielle Gründe / Wirtschaftlicher Vorteil • Weitergehendes Fachwissen • Konfliktvermeidung 	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktvermeidung 	Voice
	Sustainability	Leverage	Means / End
	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Gründe • Akzeptanz / Rückhalt 	Empowerment	
	Empowerment		
	<ul style="list-style-type: none"> • Akzeptanz / Rückhalt 		

Abbildung 30: Intentionen für den Einsatz partizipativer Prozesse (BÖHNKE, angelehnt an WHITE, 1996)

Partizipationsprozesse beinhalten häufig konfliktreiche, gespannte Beziehungen zwischen den beteiligten Akteuren. Eine Einflussnahme auf Entscheidungen wird angestrebt. Damit ist eine Neutralität der Akteure nicht gegeben, da eine Einflussnahme immer auch mit der Ausübung von Macht verbunden ist. Partizipativen Prozessen liegen grundsätzlich unterschiedliche Interessen der verschiedenen Akteure zu Grunde.³²² In der vorliegenden Untersuchung wird insbesondere das Interesse seitens der forstlichen Verwaltungs- und forstbetrieblichen Institutionen beschrieben. Damit erklärt sich die Konzentration der Interessen in der Säule der Top-Down Absichten zur Durchführung von Prozessen. Diese Top-Down Absichten werden oftmals den prozessinitiiierenden Organisationen zugeschrieben.³²³ Die Initiative für partizipative Prozesse im Kommunalwald geht in der Regel von den forstlichen Institutionen aus (vgl. Kap. 5.5.5.3 und Kap. 6.3.2). Das Interesse an partizipativen Prozessen liegt hauptsächlich darin Entscheidungen zu legitimieren, ihre Effizienz zu steigern, Nachhaltigkeit durch Akzeptanz zu erreichen oder eine Bevollmächtigung für die eigene Entscheidungsfindung zu erreichen.

Das Erreichen einer Bevollmächtigung für die Entscheidungsfindung äußert sich ferner in den wiederholt beschriebenen Leitbildprozessen. Diese beinhalten den Wunsch nach langfristigen Leitlinien, um die operative Entscheidungsfindung vorbeugend zu legitimieren (vgl. Kap. 5.5.2.1). Im kommunalen Kontext steht die Entwicklung von mittel- und langfristigen Leitlinien jedoch häufig hinter tagesaktuellen Aufgaben zurück.³²⁴ Aufgrund der beschriebenen oftmals geringen Bedeutung des Kommunalwaldes in der Kommunalpolitik ist demnach zu vermuten, dass Leitbildprozesse für

³²² Vgl. White 1996, S. 8 ff.

³²³ Vgl. White 1996, S. 6 f.

³²⁴ Vgl. Gröger 2004, S. 68

diesen Sektor in der Regel nicht seitens der gewählten Gremien angestoßen werden. Dieses deckt sich mit den Ergebnissen der Experteninterviews, in welchen die Initiative zur Durchführung von Leitbildprozessen ausschließlich den forstlichen Institutionen zugeschrieben wurde (vgl. Kap. 5.5.2.1).

These: Partizipation im Kommunalwald ist in erster Linie ein Instrument der kommunalen forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen zur Begleitung von Top-Down-Entscheidungen.

6.3.2 Wer initiiert Beteiligungsprozesse im Kommunalwald?

Die Initiative zu partizipativen Beteiligungsprozessen im Sinne der kooperativen Demokratie geht in der Regel von der forstlichen Verwaltungsebene und den forstbetrieblichen Institutionen aus. Diese gilt insbesondere für die Gründung freiwilliger Gremien und Arbeitsgruppen. Auch bezüglich des Einberufens von Bürgerversammlungen oder Diskussionsforen zu forstlichen Fragestellungen wurde die direkte Initiative in der Regel der forstlichen Institution zugeschrieben. Bürgerbegehren und Bürgerversammlungen, welche konkrete Aufträge für weiterführende Partizipationsprozesse hervorbringen, finden in den Fallbeispielen der vorliegenden Studie nur sehr selten Anwendung.

Auf Ebene der Information ist die Intensität der Informationsgabe ebenfalls in der Regel von der Initiative der forstlichen Institutionen abhängig. Allerdings ist festzustellen, dass die Bürger indirekt sowohl im Bereich der Informationsgabe als auch in der Beteiligung von Experten, Verbänden oder sonstigen Interessenvertretern als Auftraggeber fungieren. Über Eingaben, Leserbriefe und direkte Kontakte werden Probleme und Fragestellungen bezüglich des Kommunalwaldes geäußert, welche im Vorgehen der forstlichen Institutionen Eingang finden. Daneben wird als Motivation für das Bilden freiwilliger Gremien und Arbeitsgruppen die politische aber auch gesellschaftliche Akzeptanz der zu treffenden Entscheidungen beschrieben (vgl. 5.5.2.2).

Initiativen von Bürgern oder sonstigen Akteuren, die an Prozessen beteiligt werden wollen, werden in den Bereichen der Erholungsnutzung oder Naturschutz beschrieben. Inhaltlich richten sich die Teilnahmeabsichten auf die Planung von Erholungseinrichtungen wie Spielplätze oder Wanderwege sowie beispielsweise auf die Übernahme von Biotoppflegemaßnahmen. Dies ist jedoch als Ausnahme zu werten, da die Interviewpartner immer wieder ein Desinteresse an Beteiligungsverfahren seitens der Bürger bzw. das Phänomen der Partizipationsmüdigkeit beschreiben. Eine zögerliche Haltung zum Engagement im Kommunalwald kann gegebenenfalls über die sozialen Milieus in den betroffenen Kommunen erklärt werden. So wird z.B. den traditionellen und traditionslosen Arbeitermilieus im Gegensatz zu dem etablierten, dem modernen

bürgerlichen und dem intellektuellen Milieu eine Überforderung bei öffentlichen Angelegenheiten mitzureden attestiert.³²⁵

These: Die Initiative für partizipative Prozesse geht in der Regel von der kommunalen forstlichen Verwaltungsebene oder den forstbetrieblichen Institutionen aus.

These: Nicht die Bürger fordern neue Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung ein, sondern die forstliche Verwaltungsebene und die forstbetrieblichen Institutionen sehen darin eine Möglichkeit der Konfliktminderung.

6.4 WELCHE RAHMENBEDINGUNGEN SIND FÜR DIE DURCHFÜHRUNG PARTIZIPATIVER PROZESSE IM KOMMUNALWALD NOTWENDIG?

6.4.1 Können Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von Partizipationsprozessen im Kommunalwald ausgeschieden werden?

Die Rahmenbedingungen in Verbindung mit den Ergebnissen zu Stärken und Schwächen partizipativer Planungs- und Entscheidungsprozesse im Kommunalwald aus der empirischen Erhebung können in einer SWOT- Analyse³²⁶ zusammen geführt werden. Abbildung 31 zeigt die aus der empirischen Untersuchung entwickelte SWOT-Analyse. Die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken sind in Relation zu Top-Down-Entscheidungen dargestellt.

In den Schwächen sowie Risiken und Hemmnissen finden sich die von IRVIN & STANSBURY (2004) aufgeführten High-Cost und Low-Benefit Indicators wieder (vgl. Kap.2.1.5). Probleme, welche durch eine fehlende geographische Nähe der Akteure entstehen können, treten im kommunalen Kontext nicht auf. Fehlendes Interesse der Akteure oder Partizipationsmüdigkeit werden hingegen mehrfach als Hemmnis genannt. Ein fehlendes Interesse seitens Bürgern oder Stakeholder an partizipativen Prozessen kann darauf hinweisen, dass eine zufriedene bzw. zustimmende Öffentlichkeit besteht. Diese zu beteiligen führt nach IRVIN & STANSBURY zu hohen Kosten bei niedrigem Nutzen.

³²⁵ Vgl. Ueltzhöffer 2000, S. 43 f.

³²⁶ SWOT – Analysen sind Instrumente aus der Betriebswirtschaftslehre, insbesondere dem Marketing in denen Strengths - Weaknesses – Opportunities – Threats, also Stärken – Schwächen – Chancen – Risiken eines Unternehmens oder eines Produktes in Relation zu Konkurrenten analysiert werden. Die Verknüpfung externer Schwächen und Risiken mit internen Stärken und Schwächen kann auf Fragestellungen außerhalb des Marketings übertragen werden. Vgl. Bruhn 2009, S. 42 ff.

Stärken <ul style="list-style-type: none"> ➤ Notwendige Handlungsweise im Kommunalwald (+++) ➤ Gewinn neuer Perspektiven (+++) ➤ Akzeptanz der Entscheidungen (+++) ➤ Orientierung am Bürgerwillen (+++) ➤ Stärkung der Region (++) ➤ Arbeitersparnis / Kostenersparnis (Opportunitätskosten) (+) ➤ Kontinuität / Dauerhaftigkeit der getroffenen Entscheidungen (+) ➤ Politische Durchsetzbarkeit der getroffenen Entscheidungen (+) 	Schwächen <ul style="list-style-type: none"> ➤ Hoher Zeitaufwand (+++) ➤ Hoher Verwaltungsaufwand (++) ➤ Personelle Ressourcen (++) ➤ Finanzielle Ressourcen (++) ➤ Inflexibilität der Entscheidungsträger / Rechtlicher Rahmen (++) ➤ Minderheiten- / Klientelpolitik (++) ➤ Verwaltungsinterne Verteilung von Zuständigkeiten (+)
Chancen / Erfolgsfaktoren <ul style="list-style-type: none"> ➤ Konstante, verlässliche Partner (++) ➤ Gute Informationslage schaffen (+) ➤ Multiplikatoren (+) ➤ Personalien – geeignete (+) ➤ Ähnliche Ziele aller Akteure (+) ➤ Fachkompetenz als Voraussetzung zur Teilnahme (+) 	Risiken / Hemmnisse <ul style="list-style-type: none"> ➤ Partizipationsmüdigkeit / Fehlendes Interesse seitens der zu beteiligenden Akteure (+++) ➤ Personalien – ungeeignete, z.B. Querulanten (++) ➤ Wald als Gegenstand / Lange Planungsperioden der Forstwirtschaft (++) ➤ Pluralistische Interessen / große Gruppen (++) ➤ Nichtanerkennen des Rahmens (++) ➤ Nutzeridentifikation (++) ➤ Spez. Fachfragen in unspezifischem Kreis (+) ➤ Inkonzanz / Ständig wechselnde Kreise (+) ➤ Keine Schwierigkeiten erschaffen (+)

(-) = keine Nennung (+) = 1 Nennung (++) = 2- 4 Nennungen (+++) = 5 - 8 Nennungen (+++++) = > 8

Abbildung 31: SWOT-Analyse von Partizipationsprozessen im Kommunalwald

Demgegenüber stehen High Benefit und Low Cost Indicators, welche sich wiederum in den genannten Stärken sowie Chancen und Erfolgsfaktoren partizipativer Prozesse im Kommunalwald wiederfinden. Aus Sicht der Kommunalwaldverantwortlichen liegen die Stärken im Gewinn neuer Perspektiven, der politischen und öffentlichen Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen sowie der Möglichkeit der Ausrichtung am Bürgerwillen. Dies führt dazu, dass ein partizipatives Vorgehen im Kommunalwald in vielen Fällen als grundsätzlich, notwendige Handlungsweise empfunden wird. Dies wird nicht als Schwäche, sondern als Stärke ausgelegt. Das Interesse bzw. die Motivation für partizipative Prozesse im Kommunalwald geht nicht ausschließlich von den Bürgern oder Stakeholdern aus. Die kommunalen forstlichen Institutionen, welche partizipative Prozesse anwenden, sehen in ihnen strategische Instrumente (vgl. Kap. 6.3.2).

6.4.2 Welche externen Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für erfolgreiche partizipative Prozesse im Kommunalwald? Können externe und interne Rahmenbedingungen für Partizipationsprozesse im Kommunalwald unterschieden werden?

Abbildung 32 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen notwendigen Rahmenbedingungen für partizipative Prozesse und dem Zeitpunkt, an dem diese Rahmenbedingungen hergestellt oder gegeben sein müssen. Es wird deutlich, dass insbesondere in der Vorbereitung bzw. im Vorfeld sowie zu Beginn und während des Prozesses Rahmenbedingungen zu schaffen sind, um die

Prozesse erfolgreich oder zumindest durchführbar zu gestalten. Im Vorfeld des Prozesses finden sich die Rahmenbedingungen wieder, welche außerhalb der Kompetenz der forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen liegen. Die prozessbezogenen Rahmenbedingungen lassen sich durch die beteiligten Akteure steuern.

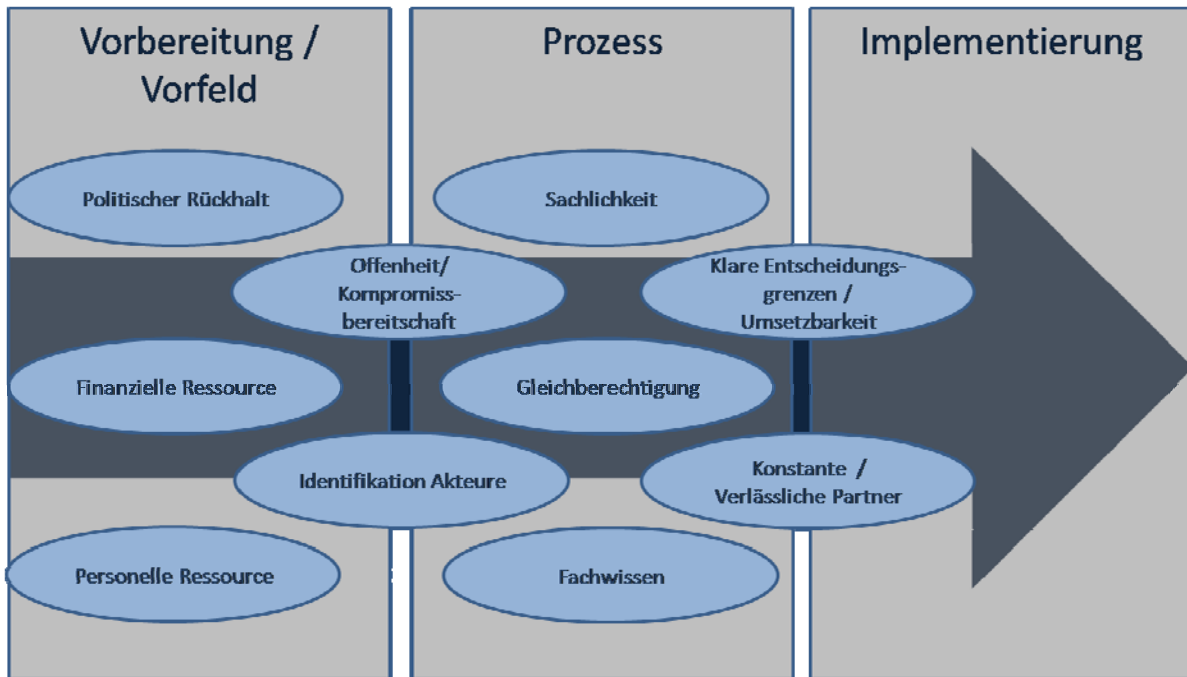


Abbildung 32: Rahmenbedingungen für partizipative Entscheidungsprozesse im Kommunalwald zu unterschiedlichen Zeitpunkten

Das Festlegen einer optimalen sozialen und politischen Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen ist auf einer verallgemeinernden Ebene nicht möglich. Die lokalen Rahmenbedingungen sind zu bestimmend. Vergleicht man die angeführten Rahmenbedingungen mit den durch BERTKE et al. (2005) zusammengestellten Kriterien zur Beurteilung von Beteiligungsprozessen (1) Diskursivität, (2) Transparenz, (3) Rückkopplung und (4) Repräsentativität wird deutlich, dass die Interviewpartner in der vorliegenden Untersuchung in ihren Erwartungen dem Kriterienkatalog entsprechen. Die Einigung über geltende Normen, Werte und Argumente, also die Diskursivität, wird über die Offenheit, Gleichberechtigung, der Anerkennung von Fachwissen und dem Vorhandensein klarer Entscheidungsgrenzen gefordert. Die gleichen Zuordnungen können für die Forderung von Transparenz als Rahmenbedingung getroffen werden. Die Rückkopplung, also Wechselseitigkeit in der Kommunikation, findet sich in der vorliegenden Untersuchung in der Forderung nach Gleichberechtigung und Sachlichkeit in der Diskussion wieder. Fragen nach der Repräsentativität der durchgeführten Beteiligungsprozesse spiegeln sich in der Problematik der Identifikation betroffener und geeigneter Akteure sowie dem gleichzeitigen

Wunsch nach konstanten und verlässlichen Partnern wider.³²⁷ Die durch die Einbindung ins kommunalpolitische Mehrebenensystem notwendigen Rahmenbedingungen in Form eines politischen Mandats für Partizipationsprozesse sowie die Zuweisung entsprechender finanzieller und personeller Ressourcen finden in diesen qualitativen Kriterien, wie auch in den durch BARANEK & GÜNTHER (2005) benannten Erfolgsvoraussetzungen für Partizipationsprozesse in Naturschutzgroßgebieten keine Berücksichtigung.³²⁸ Dieses Ausloten von Partizipationschancen im exekutiven Bereich zwischen politischer Entscheidungsebene und Verwaltung ist jedoch sowohl aus legitimatorischen Gründen wie auch hinsichtlich der Ausgestaltung von Verfahren notwendig. KOHOUT (2002) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Aufgabe der Verwaltung in erster Linie in angeleiteten Tätigkeiten und der Umsetzung von Gesetzen, Entscheidungen und Programmen der politischen Leitungsebene auf konkrete Anwendungsgebiete besteht. Trotzdem ist der staatliche Verwaltungsapparat mehr als nur ein abhängiges Vollzugsorgan. Bürgerschaftliche und verbandliche Partizipationsanstrengungen, insbesondere im Umweltschutzbereich, konzentrieren sich daher auf die Verwaltungsebene.³²⁹ Auch im Kontext der Kommunalwaldbewirtschaftung findet eine Konzentration der Partizipationsprozesse auf Verwaltungsebene statt (vgl. Kap. 5.5.4.2.). Gleichzeitig wird deutlich, dass die Interviewpartner ihre Institutionen fest im Verwaltungsgefüge verankert sehen. Daher wird das Ausloten mit der politischen Entscheidungsebene als eine notwendige Rahmenbedingung für den Einsatz von Partizipationsprozessen beschrieben. In vielen Fällen wird dieses Ausloten nicht aktiv durch die Verwaltungsebene eingefordert oder vorangetrieben. Vielmehr wird eine von der politischen Ebene ausgehende Weisung erwartet.

6.5 AUF WELCHE ART, MIT WELCHEM ORGANISATIONSGRAD UND WELCHER INTENSITÄT LASSEN SICH PARTIZIPATIVE ANSÄTZE IN BESTEHENDE KOMMUNALVERWALTUNGSSTRUKTUREN INTEGRIEREN?

6.5.1 Handlungsstrategien der forstlichen Verwaltungsebene und der forstbetrieblichen Institutionen im Kommunalwald

Die Nutzung des Ermessensspielraums wird von der forstlichen Verwaltungsebene und den operativen forstbetrieblichen Institutionen unterschiedlich interpretiert. Den erhobenen

³²⁷ Vgl. Bertke et al. 2005, S. 291 f. basierend auf Wiegand 1991

³²⁸ Vgl. Baranek, Günther 2005, S. 315 f.

³²⁹ Vgl. Kohout 2002, S. 149

Handlungsvarianten können drei Handlungsstrategien zugewiesen werden.³³⁰ Diese unterscheiden sich bezüglich des Einsatzes und der Rolle von Partizipation durch Bürger und Interessensvertreter. Die Zuordnung der Fallbeispiele zu den einzelnen Strategien beschreibt Abbildung 33. Typ A wurden 7 Fallbeispiele, Typ B 4 Fallbeispiele und Typ C 2 Fallbeispiele zugeordnet.

			Einwohnerzahl / Geographische Lage							
			< 20.000 EW		20.000 – 100.000 EW		100.000 – 500.000 EW		> 500.000 EW	
			A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI	A BI	N BI
Waldbesitz / Organisationsstruktur	< 1000 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit			A					
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt						A		A
		Forstbeauftragter + Betreuung		A						
	1000 – 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit					C			B
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt								
		Forstbeauftragter + Betreuung	A			A				
	> 3500 ha	Eigenständige Verwaltungseinheit			A		B	B		C
		Angegliedert an andere Verwaltungseinheit der Stadt		B						
		Forstbeauftragter + Betreuung								

Abbildung 33: Verschneidung von Handlungsstrategien und Erhebungsmatrix

6.5.1.1 Handlungsstrategie A „Primat forstlicher Fachkompetenz“

Die Fachverantwortlichen der Typ A zugeordneten forstlichen Verwaltungsebenen oder forstbetrieblichen Institutionen sehen ihren Ermessensspielraum zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald als neutral bis unproblematisch. Dem geringen Input seitens des Gemeinderates oder der Fachausschüsse wird durch vollständige Annahme der delegierten Entscheidungsmacht begegnet. Die Legitimation für diese Handlungsstrategie wird in der vorhandenen Fachkompetenz gesehen. Die Entscheidungsfindung obliegt in diesem Typ weitgehend der Leitungsebene der Forstverwaltung bzw. des Forstbetriebes. Als wichtige Partner in der Entscheidungsfindung wird vor allem die Person des Bürgermeisters während bilateraler Abstimmungen genannt. Darüber hinaus werden andere forstbetriebliche Ebenen während interner Abstimmungen sowie andere Einheiten der städtischen Verwaltung beteiligt. Die Beteiligung von Bürgern, Verbänden/Vereinen sowie sonstigen Akteuren erfolgt hauptsächlich durch Informationsgabe in Form von Öffentlichkeitsarbeit oder Reaktionen auf Anfragen/Eingaben. Diese Informationsgabe bezieht sich insbesondere auf die Durchführung von forstbetrieblichen Maßnahmen mit dem Ziel der Vermeidung von Konflikten mit Erholungsnutzern und Anwohnern. Der enge Kontakt beim Informationsaustausch mit Bürgern,

³³⁰ Vgl. zu Kap. 6.5.1 auch frühere Ausführungen der Autorin in Böhnke 2011, S. 240 f.

Verbänden/Vereinen und sonstigen Akteuren wird von den Fachverantwortlichen positiv empfunden, da hiermit eine Wissenserweiterung für die Fachverantwortlichen verbunden ist. Nicht-institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung über freiwillige Gremien, Arbeitsgruppen, Verbandsarbeit oder Bürgerinitiativen werden seitens der Fachvertreter nicht ausgeschlossen, sind aber sehr selten. Die genannten Beispiele beziehen sich hauptsächlich auf das Abfragen von Wünschen bezüglich der Gestaltung der Erholungsinfrastruktur und in geringerem Ausmaß auf die Berücksichtigung von Anregungen sachkundiger Personen bezüglich naturschutzfachlicher Aspekte. Die Legitimation für die Handlungsstrategie A sehen die Fachverantwortlichen laut Interviewergebnissen in der Einhaltung des korrekten, rechtlich und gesetzlich vorgeschriebenen Wegs. Damit ist aus ihrer Sicht im Falle einer nötigen Rechtfertigung für Entscheidungen oder Maßnahmen die Belastbarkeit der getroffenen Entscheidung gegeben. Als weiterer Vorteil wird die Entscheidungsfindung im Kommunalwald durch Fachleute mit forstlicher Kompetenz gesehen.

Neben den repräsentativen Formen der politischen Beteiligung, also der Wahl politischer Vertreter, Eingaben oder der Teilnahme an den öffentlichen Teilen der Gremiensitzungen, bestehen für den Bürger kaum Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Die politischen Vertreter haben jedoch wie in Kapitel 6.1.1 beschrieben kaum inhaltlichen Einfluss. Die Anwendung von Öffentlichkeitsbeteiligungsprozessen beschränkt sich im Bereich der kurz-, mittel- und langfristigen Entscheidungen im Kommunalwald hauptsächlich auf die Ebene der Information.³³¹ Der Rahmen für delegierte Entscheidungen ist hauptsächlich durch die Budgetzuweisung vorgegeben. Der Ermessensspielraum der Fachverantwortlichen ist nicht eingegrenzt.

6.5.1.2 Handlungsstrategie B „schriftliches Leitbild“

Die Fachverantwortlichen der Typ B zugeordneten forstlichen Verwaltungsebenen und forstbetrieblichen Institutionen empfinden die vorliegende Situation als neutral bis problematisch. Ihre Handlungsstrategie im Umgang mit dem Ermessensspielraum ist die Entwicklung eines schriftlich fixierten Leitbildes in Form einer langfristigen Zielformulierung für den Kommunalwald. So entsteht nach abschließender Legitimierung durch einen Gemeinderatsbeschluss ein Dokument, auf dessen Inhalte sich alle Beteiligten bei zukünftig anstehenden Entscheidungen sowie kurz oder mittelfristigen Planungen berufen können. Der Konkretisierungsgrad der formulierten Ziele und damit der Handlungsspielraum bei ihrer Umsetzung reichen von allgemeinen Bewirtschaftungsrichtlinien wie bspw. der Orientierung an der naturgemäßen Waldwirtschaft bis hin zu konkreten Kennzahlen des Betriebsvollzugs. Mindestens existiert jedoch eine grundlegende Formulierung genereller Ziele, die bei der Bewirtschaftung des kommunalen Waldbesitzes verfolgt werden sollen. Die Einbindung der Bevölkerung in die Formulierung dieser Zielaussagen reicht in

³³¹ Vgl. Arnstein 1967, S. 217

den untersuchten Gemeinden von einer nicht stattfindenden bis zu einer starken Einbindung. Die Nennungen beinhalten eine Erarbeitung der Zielformulierung im geschlossenen Kreis zwischen Bürgermeister, forstlicher Verwaltungsebene und forstbetrieblicher Institution, also keiner Beteiligung von Bürgern, über eine über die interne Erarbeitung hinaus gehende Einbeziehung von Experten, Verbänden/Vereinen und sonstigen speziellen Wissensträgern, bis hin zur Erarbeitung der Ziele in großen öffentlich zugänglichen Diskussionsforen mit Verfahren offener Bürgerbeteiligung.

Als Grund für die Erarbeitung in einem geschlossenen Kreis wurde vor allem die Furcht vor einem sehr hohen Zeit- und Arbeitsaufwand durch breite Beteiligungsprozesse angeführt. Neben den Leitbildprozessen werden in den Typ B zugeordneten Fallbeispielen weitere Öffentlichkeitsbeteiligungsprozesse beschrieben. Hierzu gehören neben einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit auch die Unterhaltung freiwilliger Konsultations-/Beratungsgremien in Form von themenbezogenen Runden Tischen und Arbeitsgruppen.

Die befragten Fachverantwortlichen sehen die Vorteile in ihrer Handlungsstrategie darin, dass ein schriftliches Leitbild bei der Abschaffung einer Orientierungslosigkeit für die Zielsetzungen im Kommunalwald hilft. Positiv wird darüber hinaus die Überwindung von Problemen bei der Rückkopplung zu Bürgern und Gemeinderat gesehen. Desweiteren liefert eine schriftliche Vereinbarung eine gute Argumentationsgrundlage bei allgemeinen Verhandlungen zum Finanzplan sowie bei der Thematisierung von anstehenden Sparmaßnahmen zur Entlastung der jeweiligen Stadt- und Gemeindekassen.

Neben den Mitbestimmungsmechanismen, die durch die repräsentative Demokratie gegeben sind, können Bürger bei Typ B, je nach Prozess, bei der Entwicklung und Formulierung der Zielvereinbarungen mitwirken. Eine besondere Rolle kommt hier der organisierten Interessensvertretung in Form von Bürgerengagement in der umweltbezogenen Verbandsarbeit, von Bürgerinitiativen und freiwilligen Beratungsgremien zu. Die Beteiligung wird hier aus Sicht der Fachverantwortlichen durch eine unkomplizierte Identifizierung und anschließende Kontaktaufnahme der Akteursgruppen vereinfacht. In Typ B haben die Bürger die Möglichkeit über die Leitbildprozesse an langfristigen, grundlegenden Entscheidungen mitzuwirken. Bei speziellen Fragestellungen mit erhöhter Betroffenheit einzelner Akteursgruppen bietet sich ihnen in Form von Runden Tischen und Arbeitsgruppen die Möglichkeit sich auf der Ebene der Konsultation und eventuell der Mitbestimmung bei Entscheidungen über den Kommunalwaldwald zu beteiligen. Darüber hinaus wird intensive Öffentlichkeitsarbeit auf Ebene der Informationsgabe betrieben.

Der Rahmen für delegierte Entscheidungen ist durch die Budgetzuweisung sowie eine zusätzliche fachliche Zielsetzung vorgegeben. Der Ermessensspielraum der Fachverantwortlichen ist teilweise begrenzt.

6.5.1.3 Handlungsstrategie C „freiwillige Gremienarbeit“

Die Fachverantwortlichen der Typ C zugeordneten forstlichen Verwaltungsebenen und forstbetrieblichen Institutionen empfinden den gegebenen Ermessensspielraum vorwiegend als problematisch. Sie begegnen diesem durch die bewusste Bildung freiwilliger Gremien. Diese können sowohl ständig oder aber problembezogen sein. Das Ausmaß der Zusammenarbeit ist hierbei losgelöst von der thematischen Ausprägung. So wurden sowohl ständige Gremien mit offenem Themenkreis als auch ständige Gremien mit eingeschränktem Themenkreis in den entsprechenden Fallbeispielen beschrieben. Die problembezogenen freiwilligen Gremien präsentieren sich mehrheitlich in Form von Arbeitsgemeinschaften oder Runden Tischen. Die ständigen Gremien mit offenem Themenkreis sind Arbeitsgruppen. Die Bildung der freiwilligen Gremien erfolgt in allen Fällen auf Initiative des Verantwortlichen für den Forstbereich. Die Zusammensetzung der Gremien erfolgt aufgrund von persönlichen Kontakten und Empfehlungen und umfasst ausschließlich Experten für bestimmte Fragestellungen. Die Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung mit Hilfe dieser freiwilligen Gremien werden dem Bürgermeister und dem Gemeinderat offengelegt und treffen dort auf Zustimmung. Darüber hinaus ist jedoch festzustellen, dass, wie auch schon bei Typ A und Typ B, in allen Gemeinden des Typs C trotzdem eine sehr intensive Öffentlichkeitsarbeit und Information der Bürger zur Konfliktvermeidung betrieben wird.

Wie bei Typ B, bekommen die Bürger auch bei Typ C, die Möglichkeit langfristige und grundlegende Entscheidungen sowie Entscheidungen, die spezielle Fragestellungen mit erhöhter Betroffenheit einzelner Akteursgruppen behandeln, auf der höchsten Stufe der „citizen power“ mitzugestalten. Allerdings muss hierzu ein Zugang zu den freiwilligen Gremien bestehen. Hier kommt, wie schon bei Typ B, der organisierten Interessensvertretung in Form der umweltbezogenen Verbandsarbeit oder Bürgerinitiativen eine besondere Rolle zu. Im Bereich der kurz- und mittelfristigen Entscheidungen sind neben einer wiederum intensiven Öffentlichkeitsarbeit und Konsultation, für interessierte Bürger Strukturen geschaffen, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Der Rahmen für delegierte Entscheidungen ist durch die Budgetzuweisung vorgegeben. Der Ermessensspielraum wird bei Typ C freiwillig seitens der kommunalen forstlichen Verwaltungsebene und der operationalen forstbetrieblichen Institutionen durch die kontinuierliche Abstimmung in nicht offiziell verankerten Gremien eingegrenzt.

6.5.1.4 Vergleichende Betrachtung der Handlungsstrategien

Die drei Handlungsstrategien zeigen den unterschiedlichen Einsatz partizipativer Prozesse zur Entscheidungsfindung im Kommunalwald. Handlungsstrategien vom Typ A wenden partizipative Prozesse in minimaler Form an, indem auf die Initiative von Bürgern reagiert wird. Typ B strebt eine gemeinsame Zielsetzung mit Interessenvertretern an, bei der aufgrund der schriftlichen Fixierung

von Leitgedanken zur Kommunalwaldbewirtschaftung eine dauerhafte intensive Beteiligung der Öffentlichkeit obsolet wird. Der eingangs erwähnte hohe Zeit-, Arbeits- und Kostenaufwand sowie das fehlende Wissen und Interesse der Bürger an den zu treffenden Entscheidungen, sind auch in diesem Zusammenhang die angeführten Gründe für die eingeschränkte Bereitschaft zur Anwendung partizipativer Verfahren bei Typ A und B. Typ C initiiert informale Beteiligungsgremien, welche rein formal Interessierten frei zugänglich sind. Die Entscheidung bzw. Beratung bei der Entscheidung wird hier auf eine Minderheit der Interessierten ausgelagert. Die Motivation der Fachverantwortlichen liegt hierbei häufig in einem empfundenen Zwang zu ebendiesen Handlungsstrategien. Dieser empfundene Zwang kann konkret in Form einer Forderung, z.B. einer Leitzieleformulierung seitens des Gemeinderates vorliegen oder sich diffus äußern, indem keine andere Handlungsstrategie als umsetzbar wahrgenommen wird. Unabhängig der Beteiligungsstrategie wird immer eine regelmäßige intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie die Konsultation einzelner Interessensvertreter als unbedingt notwendig betrachtet werden. Die Motivation hierin wird in allen Fällen hauptsächlich in der Konfliktvermeidung gesehen. Die beschriebenen Handlungsstrategien ersetzen also nicht den kontinuierlichen Kontakt zur Öffentlichkeit. Insbesondere bei den ständigen Beratungsgremien, aber auch bei den schriftlichen Leitbildern wird jedoch eine inhaltlich erleichterte Reaktion auf diese Konflikte beschrieben, da die Kernüberzeugungen der Hauptakteure in der Kommune zu bestimmten Fragestellungen bekannt sind. Dies führt zu zeitlichen Ersparnissen.

These: Es können drei unterschiedliche Handlungsstrategien kommunaler forstlicher Verwaltungsebenen und operationaler forstbetrieblicher Institutionen bezüglich des Umgangs mit ihrem Ermessensspielraum unterschieden werden. In den Strategien werden partizipative Verfahren in der Entscheidungsfindung auf unterschiedliche Art und Weise eingesetzt. Typ A setzt bei der Entscheidungsfindung auf das Primat forstlichen Fachwissens, Typ B führt Leitbildprozesse unter Beteiligung von Interessenvertretern und Teilöffentlichkeiten zur Überwindung der Orientierungslosigkeit bei der Zielformulierung ein und Typ C überwindet die Orientierungslosigkeit über das freiwillige Einrichten nicht gesetzlich verankerter Gremien, welche für Interessenvertreter und Bürger zugänglich sind.

6.5.2 Wird der Kommunalwald an Urban Governance Konzepten beteiligt?

Die formalen flächenbezogenen Planungsprozesse auf lokaler Ebene sind die Entwicklung des Flächennutzungsplans sowie der Bebauungsplan. Der Flächennutzungsplan erstreckt sich über das gesamte Gemeindegebiet und zeigt die aktuelle Flächennutzung auf. Der Bebauungsplan bezieht sich auf alle bebauten Flächen einer Gemeinde und zeigt hier das Planungssoll. Die Kommune fungiert als Träger der lokalen Flächenplanung in ihrem Gemeindegebiet. Liegt das kommunale

Waldeigentum auf fremden Gemarkungen, ist eine andere Gemeinde Träger der lokalen Flächenplanung. Urban Governance umfasst informale Prozesse, welche formale Planungen begleiten und ausgestalten. Die flächenbezogene Gemeindeentwicklung wird nicht als ausschließlich formeller Akt, sondern als ganzheitlicher Planungsprozess gesehen. Die Ansätze, Verfahren und Instrumente der formalen Planung werden durch neue Planungsverfahren und Partnerschaften ergänzt. Obwohl die Vertreter des Kommunalwaldes mögliche Potenziale in einer engeren Zusammenarbeit mit Elementen der Stadtplanung sehen, wird der selbigen mit großer Skepsis begegnet. In der Regel nehmen die forstlichen Institutionen ausschließlich an den formalen Planungsprozessen teil, sofern Waldflächen betroffen sind. Themen sind hier insbesondere die Einhaltung von Mindestabständen zum Wald bei in Planung befindlichen baulichen Maßnahmen und der Regelung der Verkehrssicherungspflicht. Dies liegt vermutlich an dem Vorhandensein von Berührungängsten mit anderen Verwaltungseinheiten und der Angst vor Vereinnahmung der Flächenressource Wald durch andere Planungseinheiten der Kommune. Gleichzeitig bieten, wie Beispiele aus dem Ruhrgebiet oder auch anderer europäischer Länder zeigen, Projekte im Kooperationsbereich von stadtnahem Wald und Stadtplanung sehr gute Möglichkeiten zur Verbesserung des Stadtklimas und sozialer und kultureller Funktionen des Waldes.³³² Eine Zurückhaltung der Forstwirtschaft in der Kooperation mit anderen Politiksektoren und die inhaltliche Abgrenzung des Waldsektors gegenüber anderen Sektoren werden auch in Studien auf anderen inhaltlichen und politischen Ebenen beschrieben. So analysiert GIESSEN (2008) eine Zurückhaltung der Forstwirtschaft in Förderprogrammen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE). Zwar werden forstwirtschaftliche Potenziale in den ILE-Programmen wahrgenommen, eine Beteiligung folgert daraus jedoch nur selten. Ursachen hierfür liegen in sektor-externen und -internen Gründen. Die externen Ursachen sind insbesondere in schwierigen Rahmenbedingungen durch eine Verortung und Ausrichtung der Förderprogramme auf den landwirtschaftlichen Sektor zu finden. Als interne Gründe werden unter anderem die Vermeidung von hohen Transaktionskosten, ein forstpolitisch geprägtes Handeln sowie ein sehr sektorales und konservatives Vorgehen und ein vorherrschendes innovationsunfreundliches Klima angeführt.³³³ Insbesondere die internen Ursachen sind mit Hinblick auf mögliche Erklärungsansätze für die vorliegende Untersuchung interessant. Bei Urban Governance Konzepten handelt es sich nicht um direkte Inhalte der Förderprogramme zur integrierten ländlichen Entwicklung. Allerdings weisen sie auf Grund der angestrebten integrierten Kooperationsformen unterschiedlicher Sektoren Ähnlichkeiten zur Umsetzung integrierter Politikprogramme auf. Diesem cross-sektoralen Konstrukt liegen Mechanismen zu Grunde, welche

³³² Beispiele sind der Emscher Landschaftspark im Ruhrgebiet oder der Regionalpark Saar im Saarland im Rahmen der Interreg Projekte „New Urban Landscapes“ und „Accessible Urban Landscapes“ Vgl. Schwarze-Rodrian, Bauer 2005 und MUEV 2012

³³³ Vgl. Giessen 2008, S. 118 f.

einen großen Einfluss einzelner Sektoren auf andere ermöglichen. Gleichzeitig grenzen sich die einzelnen Sektoren voneinander durch unterschiedliche Werte- und Regelsysteme sowie Prozesse ab.³³⁴

Auch die vorliegende Untersuchung zeigt deutlich, dass seitens der Interviewpartner durchaus Potenziale in Kooperationen im Rahmen von Urban Governance Konzepten gesehen werden.

Die Diskussion um Urban Governance Konzepte ist stark abhängig von der jeweiligen Gemeindegröße und -struktur. Gerade städtebauliche und sozialraumorientierte Aufgabenstellungen, wie sie im Rahmen von Urban Governance Konzepten vorliegen, sind in Klein- und Mittelstädten oft schwer umsetzbar. Insbesondere die vorhandenen Arbeits- und Organisationsformen gelten hier als Schwierigkeit.³³⁵ Aber auch in rural geprägten Gemeinden können Ansatzpunkte gefunden werden. Hier ist die Bindung der Bevölkerung an den Wald historisch oft stärker. Allerdings hat der demographische Wandel auch in ländlicheren Gemeinden Auswirkungen. Junge Leute wandern ab oder pendeln häufig weite Strecken zum Arbeitsplatz. Um einer daraus folgenden Entfremdung zum Wald entgegen zu wirken, können partizipative Prozesse genutzt werden. Die Beteiligung der Bürgerschaft an kommunalen Planungsprozessen wird als wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsbeständigkeit von Städten betrachtet, da durch sie das Kräfterdreieck zwischen Bürgerschaft, Stadtpolitik und Stadtverwaltung gestaltet werden kann und im Rahmen der neuen Planungskultur neue Rollenverständnisse entwickelt werden.³³⁶ Kommunale cross-sektorale Planungsansätze können für die Forstwirtschaft eine Möglichkeit darstellen, an dieser neuen Planungskultur teilzuhaben. Gleichzeitig bekommt der kommunale Forstsektor durch eine Beteiligung die Möglichkeit sich innerhalb der Kommune zu positionieren.

Da Zeit und Personal immer wieder als limitierende Faktoren beschrieben werden, könnten durch Kooperationen entstehende Synergieeffekte genutzt werden. Insbesondere Projekte, bei denen lokale Unternehmer mit berücksichtigt werden, könnten über Ökosponsoring zur Realisierung von Projekten, für die derzeit keine Finanzierung besteht, führen oder aber zu einer Entlastung der Haushalte beitragen.

Nur wenige der untersuchten Kommunen besitzen umfassende Urban Governance Konzepte. Zum Thema Mitwirkung in Projekten der Stadtplanung wird in den Interviews immer wieder eine Freiwilligkeit zur Teilnahme beschrieben. Oft liegt die Initiative zur Teilnahme nach eigener Auffassung auf Seiten der Vertreter des Kommunalwaldes. In einem Fallbeispiel war die Teilnahme der forstlichen Institutionen an einem kommunalen Planungsprojekt obligatorisch. Gegenstand des Prozesses war die Erstellung eines geschlechterneutralen Bürgerhaushaltes, in welchen der

³³⁴ Vgl. Giessen, Krott 2009, S. 96 f.

³³⁵ Vgl. Grüger 2004, S. 69

³³⁶ Vgl. Grüger 2004, S. 68

Kommunalwald unter anderen Ressorts als Planungsgegenstand integriert wurde. Vertreter des Kommunalwalds waren jedoch nur in geringem Umfang in den Prozess involviert. Zwar war der Wald, neben anderen Ressorts, Gegenstand abstrakter Finanzplanungen, jedoch nicht konkreter inhaltlicher Planungen. Daher hatten die Ergebnisse keine Auswirkung auf die Entscheidungsfindung. Eine Einbeziehung kommunaler forstlicher Institutionen in Gemeindeentwicklung, bspw. im Rahmen von Urban Governance Prozessen, findet in der Regel nicht statt. Die Bedeutung von Urban Governance Prozessen für den Kommunalwald ist gegenwärtig gering. Der Gedanke einer Verbindung der Bereiche liegt jedoch nahe, da der Kommunalwald im öffentlichen Bewusstsein verankert ist. Es besteht eine Vielfalt gesellschaftlicher Anforderungen an den Wald, welche zu Interessenkonflikten führen. Eine Mitwirkung an gesamt kommunalen Konzepten kann zu Vorteilen im Wettbewerb um Budgetmittel innerhalb der Kommune führen. Ein bereits geschaffenes Kommunikationsmedium kann für den Einsatz in der Forst- und Umweltpolitik adaptiert werden.

These: In Urban Governance Prozessen wird die flächenbezogene Gemeindeentwicklung als ganzheitlicher Prozess, welcher über die formale Planung hinaus geht, gesehen. Die Partizipation kommunaler forstlicher Institutionen beschränkt sich in der Regel auf die gesetzlich vorgegebene Beteiligung in formalen Planungsverfahren.

These: Gemeinsame Planungen von Vertretern der Stadtplanung mit Kommunalwaldvertretern in Übergangsbereichen von bebautem Gebiet zu Waldfläche werden kritisch und nicht als Chance gesehen.

6.6 METHODENKRITIK

An dieser Stelle wird die angewandte Untersuchungsmethodik zusammenfassend diskutiert. Detaillierte Ausführungen zum Umgang mit methodischen Einschränkungen und möglichen Fehlerquellen werden in Kapitel 4 aufgeführt.

Die Wahl des qualitativen Vorgehens ist richtungsweisend für den Verlauf des vorliegenden Forschungsvorhabens. Genereller Kritikpunkt an qualitativen Methoden ist, dass der Zugang zu den eigentlichen Handlungen der Subjekte durch Befragungssituationen nicht gefunden werden kann. Der für ein Interview notwendige Rekonstruktionsvorgang unterliegt Erinnerungen und Darstellungsweisen und kann somit zur Überdeckung ursprünglicher Sinnzusammenhänge führen.³³⁷ Andererseits ermöglicht der Zugang zur Realität über subjektive Deutungen und interpretative Prozesse das Verstehen von Zusammenhängen und Themenkomplexen, zu welchen eingeschränktes Vorwissen existiert. In der Forst- und Umweltpolitikwissenschaft haben sich

³³⁷ Vgl. Flick 2008, S. S. 22

qualitative Forschungsansätze in den vergangenen Jahren etabliert und sind wissenschaftlich anerkannt. Beispiele für erfolgreich eingesetzte qualitative Methoden finden sich u.a. bei ZIEGENSPECK (2001), BIELING (2003), VERING (2007) oder GIESSEN (2010).

Ausschlaggebend für die Wahl eines qualitativen Forschungsansatzes war das Ziel der Exploration des Feldes der partizipativen Prozesse im Kommunalwald. Aufgrund des eingeschränkten Vorwissens in diesem konkreten Themenkomplex, ist das Ziel, Partizipationsprozesse im Kommunalwald zu verstehen und neues theoretisches Wissen zu generieren. Der Anspruch einer deutschlandweiten, vergleichenden Analyse stellt über qualitative Verfahren eine Herausforderung dar. Quantitative, standardisierte Ansätze, bspw. in Form schriftlicher Befragungen von Kommunalwaldvertretern, sind jedoch aufgrund des geringen Vorwissens, fehlender gemeinsamer Begriffskonzepte und der unklaren Motivlage der Akteure für die vorliegende Fragestellung keine geeigneten Erhebungsinstrumente. Quantitative Analyseansätze wurden in der forstpolitischen Kommunalwaldforschung beispielsweise durch DINKELAKER (2000) und LÜCKGE (1991) gewählt. Für die Durchführung einer quantitativen Erhebung sind gemeinsame Begrifflichkeiten und Definitionen nötig, um Verzerrungen in den Ergebnissen zu vermeiden. Diese sind, wie auch die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, im Bereich der Partizipation nicht gegeben. Aufgrund der fehlenden Definitionen und gemeinsamen Begriffskonzepten steht das Verstehen und Deuten sozialen Handelns im Mittelpunkt, welches über ein qualitatives Vorgehen erreicht werden kann.³³⁸ Daneben bietet die qualitative Forschung die Möglichkeit detaillierter auf die Erhebung konkreter Fragestellungen im Kommunalwald einzugehen und Zusammenhänge zu verstehen, als dies über quantitative Methoden der Fall ist. Die qualitative, methodologische Positionierung findet sich in der konsequenten Ausrichtung des Forschungsdesigns an qualitativen Paradigmen wieder, um ein methodisch kontrolliertes Fremdverstehen zu erreichen.³³⁹ Neben den „klassischen Gütekriterien“ Validität, Reliabilität und Objektivität wurden Qualitätsstandards rekonstruktiver Verfahren³⁴⁰ berücksichtigt, indem die explorativen, leitfadengestützten Experteninterviews in theoretische Zusammenhänge gesetzt wurden (vgl. Kap. o).

Das *heterogeneity* oder auch *maximum variation sampling* hat die Erfassung und Beschreibung zentraler Themen beim Erörtern großer Variationsmengen zum Ziel. Es eignet sich insbesondere für kleine Stichprobengrößen, da seine Stärke im Erkennen von Mustern innerhalb der starken Variationen liegt. Muster in stark variierenden Fallbeispielen zeugen von großem Interesse und

³³⁸ Vgl. Gläser, Laudel 2006, S. 22 f.

³³⁹ Vgl. Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 28

³⁴⁰ Vgl. Weiterreichende Qualitätsstandards durch (meta)theoretische Fundierung und Generalisierbarkeit in Przyborski, Wohlrab-Sahr 2008, S. 42 ff.

Aussagekraft.³⁴¹ Die Ausrichtung der vorliegenden Untersuchung an einer Erhebungsmatrix (vgl. Kap. 4.2.4) bietet die Möglichkeit eines strukturierten Vorgehens in der Auswahl der Untersuchungskommunen. Der gegenüber quantitativen Stichproben geringere Umfang des Samples durch wenige, jedoch detailliert erhobene Fallbeispiele, wird auf diese Weise ausgeglichen. Ferner gewährleistet die Erhebungsmatrix eine Spreitung nach den ausgewählten Indikatoren bei der schlussendlichen Stichprobenzusammensetzung. Schwierigkeiten bei der Untersuchungsausrichtung anhand ausgewählter Indikatoren entstanden im vorliegenden Fall bei der Zuordnung möglicher Untersuchungskommunen in die Matrix. Sowohl Einwohnerzahlen als auch Waldflächengrößen sind variable Werte. Die Aktualität verfügbarer Zahlen ist oft uneinheitlich und einzelne Werte, insbesondere konkrete Waldflächengrößen, sind teilweise schwer verfügbar. Die Einordnung der untersuchten Kommunen in die Matrix ist also ein Richtwert, welcher insbesondere das Verhältnis der Kommunengröße zur kommunalen Waldfläche in den Mittelpunkt stellt. Ein Einteilungsansatz über eine Pro-Kopf Angabe stellt allerdings keine Alternative dar, da das hierzu benötigte Datenmaterial, wie bereits beschrieben, nicht in der notwendigen Aktualität und damit Vergleichbarkeit vorliegt.

Um, qualitativer Forschungstradition folgend, neue Aspekte in die weiterführende Forschung zu integrieren und den Untersuchungsgegenstand umfassend und erschöpfend zu erheben, wurden in einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren in drei Erhebungsphasen Daten erhoben. Die Experteninterviews jeder Phase wurden erhebungsbegleitend ausgewertet. Eine Verzerrung der Ergebnisse ist aufgrund der Unterschiede in den Erhebungszeitpunkten nicht zu erwarten.

Der Umstand, dass die Interviewerin eine forstliche Ausbildung aufweist, kann zu einer selektiven Wahrnehmung und Fragenauswahl bei der Leitfadenentwicklung führen. Die Einbettung der Forschungsfragen in theoretische Zusammenhänge wirkt diesem entgegen. Zusätzlich wurde durch Vorrecherchen zu den Rahmenbedingungen der untersuchten Fallbeispiele versucht, den Erkenntnisgewinn aus den mündlichen Interviews zu erhöhen. Durch dieselbe Strategie wurde der Neigung zu sozial erwünschtem Antwortverhalten seitens der Befragten, welche sich in sogenannten „Social Desirability Effects“³⁴² äußern können, entgegengewirkt.³⁴³

Auf expliziten Wunsch eines angefragten Interviewpartners wurde in einem Fallbeispiel ein Gruppeninterview mit zwei Teilnehmern durchgeführt. Um Verzerrungen zu vermeiden wurde von der Forscherin keine klassische Gruppendiskussion mit freier Interaktion der Gruppenmitglieder zugelassen.³⁴⁴ Von jedem der Interviewpartner wurden zu allen Themenschwerpunkten Aussagen

³⁴¹ Vgl. Patton 2009, S. 234 f.

³⁴² Effekte der sozialen Erwünschtheit, vgl. Bryman 2004, S. 134 und 544

³⁴³ Vgl. Hogl, Dinkelaker 2000, S. 119

³⁴⁴ Vgl. Atteslander, Cromm 2006, S. 131

erhoben. Damit wurde den Sichtweisen beider Interviewpartner Rechnung getragen. Die Transkription des kombinierten Interviews stellte keine Schwierigkeit dar.

7 AUSBLICK

Die vorliegende Forschungsarbeit zeigt Potentiale und Herangehensweisen partizipativer Prozesse aller Ausprägungsarten auf. Diese können als Beispielsammlung für die Anwendung oder Spezifizierung von Partizipationsprozessen dienen. Darüber hinaus bieten die angewandten Analysemodelle interessierten Kommunen die Möglichkeit partizipative Prozesse in der waldbezogene Entscheidungsfindung zu analysieren und mit anderen Kommunen zu vergleichen.

Die Beteiligung Dritter soll nicht dazu beitragen repräsentative Demokratie gegen kooperative Verfahren der Beteiligung auszuspielen. Aus den vorliegenden Ergebnissen lässt sich eine generelle Ausweitung der Bürgerbeteiligung in Form von direkt-demokratischen Verfahren, also der plebiszitären Entscheidungsfindung oder kooperativer Verfahren nicht als Ziel ableiten. Vielmehr bietet die strukturierte Betrachtung angewandter und potentieller, partizipativer Verfahren die Möglichkeit zukünftige Entscheidungsprozesse innovativ zu gestalten. Durch eine an die jeweilige Kommune angepasste Kombination unterschiedlicher Spielarten von Partizipation im Kommunalwald, können Entscheidungen gestärkt und prozessuale Schwächen ausgeglichen werden. Die beschriebenen Partizipationsverfahren und partizipativen Handlungsstrategien können allerdings nicht den kontinuierlichen Kontakt zur Öffentlichkeit ersetzen. Die Information von Bürgern und Stakeholdern ist zentrales Instrument zur Konfliktprävention und -lösung im Kommunalwald.

Inwieweit die aufgezeigten angewandten Beteiligungsprozesse und die potentiellen Partizipationsverfahren in der Lage sind, faktische Ziele der Bürger in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, ist im Laufe weiterer Untersuchungen zu klären. Daneben ist z.B. die Betrachtung, inwieweit der Bürger an Entscheidungen teilhaben möchte bzw. ob Gründe für eine verstärkte Einbindung existieren, der Öffentlichkeit in Kommunalwaldentscheidungen über das Agendasetting möglich.

Forschungsbedarf ergibt sich aus der in den Ergebnissen aufgezeigten Absicht die Bewirtschaftung des Kommunalwalds grundsätzlich am Bürgerwillen und dem Gemeinwohl auszurichten. Insbesondere die Einrichtung von ständigen Beratungsgremien und die Durchführung von Leitbildprozessen sind in diesem Zusammenhang interessant. Als weiterer Aspekt kommt ihnen eine besondere Bedeutung für die Zusammenarbeit mit Stakeholdern und den gesetzlich legitimierten Kommunalvertretern zu. Sie erleichtern die Konfliktprävention, die inhaltliche Reaktion auf eventuelle Konflikte sowie die Einbindung externen Expertenwissens in die Entscheidungsfindung im Kommunalwald. Die kontinuierliche Zusammenarbeit führt zu einer

Vertrauensbasis und Kenntnis der Kernüberzeugungen der Hauptakteure innerhalb der Kommune. Dies kann zu zeitlichen Ersparnissen in der Entscheidungsfindung und –begleitung führen.

Nachdem die vorliegende Untersuchung ein grundlegendes Verständnis von kommunalwaldbezogenen Partizipationsprozessen ermöglicht und geeignete Begriffskonzepte etabliert, ergibt sich weiterer Forschungsbedarf. Die formulierten Thesen schaffen die Grundlage für eine quantitative, repräsentative Erhebung. Diese könnte ein umfassendes Bild zu Art, Umfang und Verbreitung partizipativer Prozesse im Kommunalwald liefern. Darüber hinaus wäre eine agentenbasierte Modellierung partizipativer Prozesse im sozialen Raum Kommunalwald wünschenswert. Auf Grundlage der vorliegenden explorativen Ergebnisse zu diesen Beteiligungsprozessen ist bspw. die Anwendung eines spieltheoretischen Ansatzes wie der Principal-Agent-Theory³⁴⁵ denkbar, indem der Gemeinderat als Principal und der Fachverantwortliche als Agent betrachtet wird.

Generell wurde im Verlauf der vorliegenden Forschungsarbeit deutlich, dass in Deutschland grundlegende Erhebungen zum Kommunalwald fehlen. Die verfügbaren Datengrundlagen sind schwer zugänglich und aufgrund uneinheitlicher Quellen nur begrenzt vergleichbar. Dies sowie die Differenziertheit der Rahmenbedingungen als Folge unterschiedlicher Ländergesetzgebungen mag der Grund sein, warum Studien zur Bundesland übergreifenden Kommunalwaldforschungen weitgehend fehlen.

³⁴⁵ Vgl. Picot et al. 2004, S. 72 ff.

8 ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Arbeit „Partizipative Prozesse in stadtnahen Waldlandschaften am Beispiel von Kommunalwäldern in Deutschland“ setzt sich mit der Anwendung partizipativer Verfahren bei der Entscheidungsvorbereitung, -findung und -umsetzung in kommunalen Forstbetrieben in Deutschland auseinander. Die Partizipation von externen Gruppen oder Individuen an Entscheidungen wird als mehrstufiger Prozess hinsichtlich ihrer Anwendung in ausgewählten Kommunalwäldern analysiert.

Im Rahmen der Voruntersuchung des Arbeitsgegenstandes wurde deutlich, dass ein umfangreiches, mehrheitlich deskriptives Schrifttum zu Struktur und Verwaltung von kommunalen Wäldern in Deutschland vorliegt. Eine intensive politikwissenschaftliche Analyse des Entscheidungsprozesses auf der Basis qualitativer Forschung hat bislang jedoch weder grundsätzlich noch bezüglich des Einsatzes partizipativer Verfahren stattgefunden. Der umfassende Kenntnis des rechtlichen, sozioökonomischen und ökologischen Rahmens sowie der als Folge der föderalen Struktur umfänglichen Heterogenität an Verwaltungsstrukturen und -verfahren steht ein Fehlen politikwissenschaftlicher Analysen des konkreten Ablaufs von Entscheidungsprozessen im Kommunalwald gegenüber. Die Verwendung von partizipatorischen Verfahren im Entscheidungsprozess ist bislang nicht untersucht worden. Gleichzeitig ist festzustellen, dass auf kommunaler Ebene politische Wahlen das klassische Beteiligungsangebot an die Gemeindebürger darstellen. Damit bilden sie die Grundlage für die Entscheidungsfindung. Neben dieser Art der gesetzlich verankerten Beteiligungsverfahren rücken in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion nicht-institutionalisierte Beteiligungsverfahren der kooperativen Demokratie in den Fokus. Da forstliche Themen auf der Agenda der kommunalen Politik in der Regel eine untergeordnete Rolle spielen, befinden sich die forstlichen Entscheidungsträger in einer schwierigen Situation. Die Entscheidungen im Kommunalwald sollen im Sinne der Bürger getroffen werden, wobei über die Wege der repräsentativen Demokratie nur wenige Impulse geliefert werden. Als Ergebnis der Voruntersuchung konnten folgende Leitfragen formuliert werden:

1. Wo, wann, wie und in welchem Umfang werden in Deutschland im Kommunalwald partizipative Prozesse durchgeführt?
2. Wie können Partizipationsprozesse im Kommunalwald charakterisiert werden?
3. Welche Intention wird mit dem Einsatz partizipativer Prozesse im Kommunalwald verfolgt?
4. Welche Rahmenbedingungen sind für die Durchführung partizipativer Prozesse im Kommunalwald notwendig?

5. In welchen Situationen sind partizipative Prozesse alternative Methoden zur klassischen Entscheidungsfindung im stadtnahen Wald?
6. Auf welche Art, mit welchem Organisationsgrad und welcher Intensität lassen sich partizipative Ansätze in bestehende Kommunalverwaltungsstrukturen integrieren?

Auf der Basis der vorhandenen politikwissenschaftlichen Forschung sind partizipatorische Prozesse durch theoretische Modelle analysier- und kategorisierbar. Dies betrifft sowohl die Intensität der Partizipation von Akteuren an Entscheidungen als auch die Ebenen des Entscheidungsprozesses, auf denen Partizipation stattfindet. Die vorhandenen politiktheoretischen Modelle und Begriffskonzepte wurden genutzt, um auf der Basis des qualitativen Ansatzes die Leitfragen zu Forschungsfragen zu konkretisieren. Die Zuweisung einzelner Modelle und Erklärungsansätze zu konkreten Forschungsfragen bilden das Erhebungsmodell der vorliegenden Untersuchung.

Die empirische Erhebung setzt sich aus 15 explorativen, leitfadengestützten Experteninterviews zusammen. Davon wurden 13 Interviews mit Fachverantwortlichen aus dem Bereich Forsten, Waldbewirtschaftung bzw. Liegenschaften aus 13 Kommunen sowie zwei weitere Experteninterviews mit übergeordneten Wissensträgern aus den Bereichen Kommunalwaldbewirtschaftung bei kleinen und Kleinstkommunen bzw. Gemeinden sowie Urban Forestry im Ballungsgebiet geführt. Die Auswahl der Experten erfolgte über ein maximum variation sampling, welches die Erfassung und Beschreibung zentraler Themen beim Erörtern großer Variationsmengen zum Ziel hatte. Diese bezogen sich auf die geographische Lage, die Einwohnerzahl, die Flächengröße des kommunalen Waldbesitzes sowie der Organisationsform. Durch die Kombination der gerichteten Auswahl anhand struktureller Kriterien mit einem snowball sampling wurden auch typische bzw. extreme Fallbeispiele berücksichtigt.

Die Entwicklung des Leitfadens zur Analyse des kommunalen Verwaltungshandelns und Partizipationsprozessen bezüglich des gemeindeeigenen Waldbesitzes basiert auf den konkretisierten Forschungsfragen und kombiniert damit die Leitfragen mit vorhandenem theoretischem Vorwissen. In den Experteninterviews wurden vier Themenkomplexe behandelt: (1) Informationen zur Institution, (2) Aktuelle Themen- und Problemfelder, (3) Entscheidungsfindung / Partizipation/ Beteiligung sowie (4) Urban Governance. Die Experteninterviews wurden auf einen Tonträger aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

Die Auswertung der Experteninterviews erfolgte anhand eines auf einem zweisträngigen, kombinierten Verfahren beruhenden Kategoriensystems. Dabei wurden die benannten Themenkomplexe hierarchisch mit Kategorien, Obercodes, Codes und Codings untersetzt. Alle Interviews wurden zielgerichtet auf Aussagen zu den relevanten Themenfeldern untersucht. Jede auswertbare Information wurde in das Kategoriensystem eingeordnet.

Aus der Analyse und der anschließenden Interpretation der leitfadengestützten Experteninterviews generierte sich ein Kategoriensystem bestehend aus fünf Teilkomplexen und insgesamt 337 Kategorien und Codes. Die hergeleiteten Thesen resultieren aus der Diskussion der Forschungsfragen anhand der Ergebnisse der Experteninterviews. Die zentralen Ergebnisse können in fünf Aussagen zusammengefasst werden.

- 1) Partizipatorische Prozesse im Kommunalwald in Deutschland finden grundsätzlich Anwendung.
- 2) Partizipatorische Prozesse werden schwerpunktmäßig auf der Ebene der Information durchgeführt. Die weiteren Ebenen der Partizipation (Konsultation, Mitbestimmung) werden nur selten genutzt.
- 3) Der Entscheidungsprozess im Kommunalwald ist maßgeblich durch informale Verwaltungsaktivitäten geprägt.
- 4) Maßgeblicher Akteur bei der Involvierung partizipatorischer Prozesse in waldbezogene Entscheidungsfindung ist die kommunale forstliche Verwaltungseinheit.
- 5) Waldbesitzgröße und Einwohnerzahl können als Einflussgrößen für die Entwicklung partizipativer Verfahren bei der Kommunalwaldbewirtschaftung gelten.

Nach der Diskussion der Forschungsfragen und der Einbindung der gewonnenen Erkenntnisse in den theoretischen Rahmen wurden als Ergebnis 19 Thesen formuliert. Zusätzlich wurden drei unterschiedliche Handlungsstrategien kommunaler forstlicher Verwaltungsebenen und operationaler forstbetrieblicher Institutionen bezüglich ihres Ermessensspielraums unterschieden. Diese setzen bei der Entscheidungsfindung partizipative Verfahren auf unterschiedliche Art und Weise ein. Typ A empfindet den Ermessensspielraum als neutral bis positiv und setzt bei der Entscheidungsfindung auf das Primat forstlichen Fachwissens. Typ B empfindet die Situation als neutral bis problematisch und führt Leitbildprozesse unter Beteiligung von Interessenvertretern und Teilöffentlichkeiten zur Überwindung der Orientierungslosigkeit bei der Zielformulierung ein. Typ C empfindet den Ermessensspielraum als vorwiegend problematisch und überwindet die Orientierungslosigkeit über das freiwillige Einrichten nicht gesetzlich verankerter Gremien, welche für Interessenvertreter und Bürger zugänglich sind.

Die formulierten Thesen können als Grundlage für weiterführende qualitative und quantitative Untersuchungen von Verwaltungsabläufen im Kommunalwald in Deutschland dienen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Andersen, U.; Woyke, W. (Hg.) (2003): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich.
- Arnold, J. E. M. (1991): Community Forestry: Ten Years in Review. Herausgegeben von FAO. Rome. (CF Note 7).
- Arnstein, S. R. (1967): A Ladder of citizen Participation. In: JAIP, H. 35/July, S. 216–224.
- Atteslander, P.; Cromm, J. (2006): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., neu bearb. und erw. Aufl. Berlin: Schmidt.
- Baranek, E.; Günther, B. (2005): Erfolgsfaktoren von Partizipation in Naturschutzgroßprojekten. Das Beispiel: Moderationsverfahren im Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald. In: Feindt, P. H.; Newig, J. (Hg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl., S. 299–320.
- Barber, B. R.; Goldmann, C.; Buchstein, H.; Schmalz-Bruns, R. (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch-Verl.
- Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C., et al. (Hg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004. Dortmund (SRPapers, 1).
- BaySF (2010): Wald in Zahlen (Online-Version). Herausgegeben von Bayerische Staatsforsten. Online verfügbar unter: http://www.forst.bayern.de/forstpolitik/wald_in_zahlen/28096/index.php, zuletzt geprüft am 31.03.2010.
- Beck, S. M. (2011): Partizipative Planungsinstrumente für eine nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung. Vergleichende Anwendung und Nutzerevaluation des analytisch hierarchischen Prozesses und der Nutzwertanalyse. Univ., Diss. Freiburg i. Br., Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Abt. Forstökonomie (Schriftenreihe Freiburger Forstliche Forschung, 49).
- Beierle, T. C. (1999): Using social goals to evaluate public participation in environmental decisions. In: Policy Studies Review, Jg. 16, H. 3/4, S. 75–104.
- Beierle, T. C.; Cayford, Jerry (2002): Democracy in Practice. Public Participation in Environmental Decisions. Washington, DC: Resources for the Future.
- Bentrup, H.-H. (1994): Der Kommunalwald an der Schwelle zum Jahr 2000. In: Forst und Holz, Jg. 49, H. 16, S. 441–442.
- Benz, A. (1994): Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen. Hochsch. für Verwaltungswiss., Habil.-Schr.--Speyer, 1992. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Bertke, E.; Hespelt, S. K.; Marggraf, R. (2005): Ein Regionaler Beirat als partizipatives Gremium der Agrar-Umweltpolitik. In: Feindt, P. H.; Newig, J. (Hg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl., S. 281–298.

- Bieling, C. (2003): Naturnahe Waldbewirtschaftung durch private Eigentümer. Akzeptanz und Umsetzung naturnaher Bewirtschaftungsformen im Kleinprivatwald des Südschwarzwaldes. Univ., Diss.. Freiburg, 2002. 1. Aufl. Remagen: Kessel (Freiburger Schriften zur Forst- und Umweltpolitik, 2).
- Bittner, A. (2001): Qualitative Methoden in der Forstpolitikforschung als Grundlage eines alternativen forschungslogischen Ansatzes. In: Forstarchiv, Jg. 72, S. 235–243.
- BMELV (2002): Bundeswaldinventur 2. Waldfläche nach Land und Eigentumsart; Ergebnisdatenbank. Herausgegeben von Landwirtschaft und Verbraucherschutz Bundesministerium für Ernährung.
- BMELV (2009): Waldbericht der Bundesregierung 2009. Herausgegeben von Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Berlin.
- BNatSchG (2009): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz). vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148) geändert worden ist. Online verfügbar unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bnatschg_2009/gesamt.pdf, zuletzt aktualisiert am 14.02.2012, zuletzt geprüft am 14.04.2012..
- Bogumil, J. (2001): Modernisierung lokaler Politik. Kommunale Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung. Fernuniv., Habil-Schr., Hagen, 2000. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Bogumil, J.; Holtkamp, L. (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Bogumil, J.; Jann, W. (2005): Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Bogumil, J.; Kuhlmann, S. (2004): 10 Jahre Neues Steuerungsmodell- Ansätze einer Wirkungsanalyse. In: Jann, Werner et al (Hg.): Status-Report Verwaltungsreform - Eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren. Berlin: Ed. Sigma, S. 51–63.
- Böhm, A. (2010): Theoretisches Codieren. Textanalyse in der Grounded Theory. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Orig.-Ausg., 8. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl., S. 475–485.
- Böhnke, P. (2011): Bürger als (Mit-)Entscheider im Kommunalwald – Die Rolle von Bürgerbeteiligung in der Entscheidungsfindung. In: Allgemeine Forst und Jagdzeitung - German Journal of Forest Research, Jg. 182, H. 11/12, S. 240–247.
- Bruhn, M. (2009): Marketing. Grundlagen für Studium und Praxis. 9., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Gabler Verlag / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Bryman, A. (2004): Social research methods. 2. ed. Oxford: Univ. Press.
- Burger, R.; Hilt, J. (2010): Kommunaler Körperschaftswald. In: Depenheuer, O.; Möhring, B. (Hg.): Waldeigentum. Dimensionen und Perspektiven. Berlin: Springer Berlin, S. 349–370.

- BWaldG (1975): Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz). "Bundeswaldgesetz vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2010 (BGBl. I S. 1050) geändert worden ist".
- Clergeau, P.; Savard, J.-P.; Mennechez, G.; Falardeau, G. (1998): Bird Abundance and Diversity Along an Urban-Rural Gradient: A Comparative Study Between Two Cities on Different Continents. In: *The Condor. An International Journal of Avian Biology*, Jg. 100, H. 3, S. 413–425.
- Davidson, S. (1998): Spinning the Wheel of Empowerment. In: *Planning*, H. 1262, S. 14–15.
- Denzin, N. K. (1978): *The research act. A theoretical introduction to sociological methods*. 2. ed. New York: McGraw-Hill.
- Depenheuer, O.; Möhring, B. (Hg.) (2010): *Waldeigentum. Dimensionen und Perspektiven*. Berlin: Springer Berlin.
- Diller, C. (2005): *Regional Governance by and with Government: Die Rolle staatlicher Rahmensetzungen und Akteure in drei Prozessen der Regionsbildung*. Habilitationsschrift. Berlin. TU Berlin.
- Dinkelaker, F. F. (2000): *Der Gemeindewald in der Kommunalpolitik. Eine Untersuchung am Beispiel des kommunalen Waldbesitzes in Baden-Württemberg*. Dissertation. Freiburg, Breisgau. Albert-Ludwig-Universität, Institut für Forstpolitik.
- Dreßler, U. (2002): 50 Jahre Hessische Gemeindeordnung. In: *Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung*, H. 4 (April), S. 147–151.
- Easton, D. (1965): *A systems analysis of political life*. New York, NY: Wiley.
- Einig, K.; Grabher, Gernot (2005): Urban Governance. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9 (10.2005).
- Einig, K. et al (2005): Urban Governance. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9, S. I–IV
- Europäische Kommission (2001): *Europäisches Regieren. Ein Weißbuch*. Herausgegeben von Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2003): *Bericht der Kommission über europäisches Regieren*. Luxemburg: Amt für Amtl. Veröff. der Europ. Gemeinschaften.
- European Commission – DG Agriculture and Rural Development (2011): *Workshop on sharing experiences on urban and peri-urban forestry 28th January 2011, Brussels. Report of the meeting*. Unter Mitarbeit von Leo Maier.
- Feindt, P. H.; Newig, J. (Hg.) (2005): *Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie*. Marburg: Metropolis-Verl. (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 62).
- Flick, U. (2008): *Triangulation. Eine Einführung. (Qualitative Sozialforschung)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flick, U.; Kardorff, E. von; Steinke, I. (Hg.) (2010): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Orig.-Ausg., 8. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Friedrichs, J. (1999): *Methoden empirischer Sozialforschung*. 15. Aufl. Opladen: Westdt. Verl.

- Gabriel, O. W. (2002): Die Bürgergemeinde als neues Leitbild der Kommunalpolitik. Anspruch und Wirklichkeit. In: Schuster, Wolfgang; Barzel, Georg (Hg.): Die regierbare Stadt. Stuttgart: Dt. Gemeindeverl., S. 139–169.
- Gerhold, H. D. (2007): Origins of Urban Forestry. In: Kuser, John E. (Hg.): Urban and Community Forestry in the Northeast. Dordrecht: Springer, S. 1–24.
- Giessen, L. (2008): Die Zurückhaltung der Forstwirtschaft in der integrierten ländlichen Entwicklung. Analyse der politischen Ursachen. In: Forstarchiv, Jg. 79, H. 3, S. 116–121.
- Giessen, L. (2010): Regional forest governance. Forstliche Potentiale und politische Kräfte in der integrierten ländlichen Entwicklung ; Potentials for forestry and political drivers in integrated rural development policy. Univ., Diss. 2009--Göttingen, 2009. Göttingen: Univ.-Verl. Göttingen
- Giessen, L.; Krott, M. (2009): Forestry Joining Integrated Programmes? A question of willingness, ability and opportunities. In: Allgemeine Forst- und Jagdzeitung., Jg. 180, H. 5/6, S. 94–100.
- Gläser, J.; Laudel, G. (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grüger, C. (2004): Partizipationspotenziale in Klein- und Mittelstädten. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004. Dortmund (SRPapers, 1), S. 63–70.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG). in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944) geändert worden ist.
- Guggenberger, B. (2005): Demokratietheorien. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2: N-Z. Theorien, Methoden, Begriffe: Beck, C H, S. 135–143.
- Herzberg, C. (2005): Bürgerhaushalt in Großstädten. Arbeitsmaterialien für die Umsetzung ; Dokumentation und Auswertung der Ergebnisse des Workshop "Bürgerhaushalt für Berliner Bezirke: Lesbar, verständlich, für und mit Bürger/innen". Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Hill, H. (2005): Urban Governance und Lokale Demokratie. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9, S. 567–577.
- HMULV (2010): Statistiken. Herausgegeben von Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hessisches Ministerium für Umwelt. Online verfügbar unter: http://www.hmuv.hessen.de/irj/HMULV_Internet?uid=a1b07118-ff12-701b-e592-63b5005ae75d, zuletzt geprüft am 31.03.2010.
- Hoffmann, M.; Kromberg, C.; Roth, V. et al. (Hg.) (1995): Kommunale Selbstverwaltung im Spiegel von Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht: Richard Boorberg Verlag.
- Hogl, K.; Dinkelaker, F. (2000): Königsweg Interview. Merkmale und methodische Probleme in der Forstpolitikwissenschaft. In: Krott, M.; Suda, M. (Hg.): Befragung als Methode der Sozialforschung in der Forstwirtschaft. Frankfurt am Main: Sauerländer's, S. 111–132.

- Holtkamp, L. (2011): Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 7-8, S. 13–19.
- Holtkamp, L.; Bogumil, J.; Kißler, L. (2006): Kooperative Demokratie. Das demokratische Potenzial von Bürgerengagement. Frankfurt am Main: Campus.
- IAP2 (2007): IAP2 Spectrum of Public Participation. Herausgegeben von International Association for Public Participation. Online verfügbar unter:
http://www.iap2.org/associations/4748/files/IAP2%20Spectrum_vertical.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2011.
- Irvin, R. A.; Stansbury, J. (2004): Citizen Participation in Decision Making: Is It Worth the Effort. In: Public Administration Review, Jg. 64, H. 1, S. 55–65.
- Jakubowski, P.; Pauly, M. (2005): Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung - eine Effizienzanalyse im Lichte der Transaktionskostentheorie. In: Informationen zur Raumentwicklung, Jg. 2005, H. 9/10.
- Jann, W. et al (Hg.) (2004): Status-Report Verwaltungsreform - Eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren. Berlin: Ed. Sigma.
- Jensen, O. (2005): Induktive Kategorienbildung als Basis Qualitativer Inhaltsanalyse. In: Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hg.): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim: Beltz, S. 255–275.
- Kaase, M. (2003): Politische Beteiligung / Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich.
- Klein, A. (Hg.) (1997): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 347).
- Klose, Franz; Orf, Siegfried; Klose-Orf (1998): Forstrecht. Kommentar zum Waldrecht des Bundes und der Länder. 2., neubearb. und erw. Aufl. Münster: Aschendorff.
- Kohout, F. (2002): Vom Wert der Partizipation. Eine Analyse partizipativ angelegter Entscheidungsfindung in der Umweltpolitik. Univ., Habil.-Schr.--München, 2001. Münster: Lit Verl.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Brüssel (Hg.) (2006): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über einen EU-Forstaktionsplan. Brüssel. (SEK(2006), 748).
- Konijnendijk, C. C. (Hg.) (2005): Urban forests and trees. A reference book. Unter Mitarbeit von Kjell Nielsson, Thomas B. Randrup und Jasper Schipperijn. Berlin: Springer.
- Konijnendijk, C. C. (2008): The Forest and the City. The Cultural Landscape of Urban Woodland. 1. Aufl. s.l.: Springer Netherlands.
- Krott, M. (1998): Urban Forestry: Management within the Focus of People and Trees. In: Krott, Max; Nilsson, K. (Hg.): Urban Forestry. Multiple Use of Town Forests in International Comparism. Wuppertal: Eigenverlag, S. 9–19.

- Krott, M. (2001): Politikfeldanalyse Forstwirtschaft. Eine Einführung für Studium und Praxis. Berlin: Parey.
- Krott, M.; Nilsson, K. (Hg.) (1998): Urban Forestry. Multiple Use of Town Forests in International Comparism. Wuppertal: Eigenverlag.
- Krott, M.; Suda, M. (Hg.) (2000): Befragung als Methode der Sozialforschung in der Forstwirtschaft. Frankfurt am Main: Sauerländer's .
- Kuckartz, U. (2011): Referenzhandbuch MAXQDA 10. Online verfügbar unter: http://www.maxqda.de/download/manuals/MAX10_manual_ger.pdf, zuletzt geprüft am 14.03.2012.
- Kunzmann, K. R. (2004): Der Typ macht Eindruck! Anmerkungen zur Typisierung von Klein- und Mittelstädten in Deutschland. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004. Dortmund (SRPapers, 1), S. 19–24.
- Kuser, J. E. (Hg.) (2007): Urban and Community Forestry in the Northeast. Dordrecht: Springer.
- Landsberg, G. (2011): Bürgerbeteiligung modernisieren. Planungsverfahren beschleunigen, Abstimmungsdemokratie vermeiden. Herausgegeben von Deutscher Städte- und Gemeindebund. (Positionspapier).
- Lawrence, A.; Johnston M.; Konijnendijk, C. C.; Vreese, R. de (2011): The governance of (peri-)urban forestry in Europe. Briefing Paper 3: (Workshop on sharing experiences on urban and peri-urban forestry, Brussels, 28/01/2011).
- LF RLP (2010): Unser Wald. Herausgegeben von Landesforsten Rheinland-Pfalz. Online verfügbar unter <http://www.wald-rlp.de/index.php?id=193>, zuletzt geprüft am 11.09.2011.
- Lückge, F. J. (1991): Gemeinden als Waldeigentümer. Forstpolitische Analyse der Gemeindewaldwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Dissertation Erlangung der Doktorwürde. Freiburg, Breisgau. Albert-Ludwig-Universität.
- Lüders, C.; Reichertz, J. (1986): Wissenschaftliche Praxis ist wenn alles funktioniert und keiner weiß warum. Bemerkung zur Entwicklung qualitativer Sozialforschung. In: Sozialwissenschaftliche Literaturreischau, H. 12, S. 90–102.
- Manns, W. (2010): Der Zukunftswald aus der Sicht des Kommunalwaldes. GStB-Aktenvermerk. Veranstaltung vom 2010, aus der Reihe "Gesamtstrategie Wald 2020". 13.-14.04.2010, Berlin. Veranstalter: BMELV.
- Mayer, H. O. (2004): Interview und schriftliche Befragung : Entwicklung, Durchführung und Auswertung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Mayntz, R. (2006): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Schriften zur Governance-Forschung, 1), S. 11–20.

- Mayring, P.(2005): Neuere Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der Qualitativen Inhaltsanalyse. In: Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hg.): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim: Beltz (UTB Pädagogik, Psychologie, 8069 i.e. 8269), S. 7–19.
- Mayring, P. (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 10., neu ausgestattete Aufl., Dr. nach Typoskr. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik).
- Mayring, P.; Gläser-Zikuda, M. (Hg.) (2005): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim: Beltz.
- Meuser, M.; Nagel, U. (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Garz D. /Kraimer K. (Hg): Qualitativ-empirische Sozialforschung Konzepte Methoden Analysen Opladen: Westdeutscher Verlag 1991 S. 441-471;
- Miller, R. W. (2007): Urban Forestry: Planning and Managing Urban Greenspaces. 2. Aufl. Long Grove: Waveland Pr Inc.
- MLR B-W (2010): Wem gehört der Wald. Herausgegeben von Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Online verfügbar unter http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Wem_gehoert_der_Wald/506.html, zuletzt geprüft am 31.03.2010.
- MUEV (2012): Regionalpark Saar. Neue Qualitäten für die Stadtlandschaft im Saarland. Der Masterplan - Zwischenbilanz und Perspektiven. Unter Mitarbeit von Abteilung C. Landesplanung Des Ministerium für Umwelt Saarlandes.
- MUNLV (2007): Landeswaldbericht Nordrhein-Westfalen 2007. Bericht der Landesregierung zur Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft (einschließlich forstbasierter Industrien) und über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen.
- MUNLV (2010): Forst- und Holzwirtschaft. Herausgegeben von Umwelt Landwirtschaft NATur-und Verbraucherschutz Landes Nordrhein-Westfalen Des Ministerium für Klima. Online verfügbar unter: <http://www.umwelt.nrw.de/naturschutz/forstwirtschaft/index.php>, zuletzt geprüft am 11.09.2011.
- Murawski, K. P. (2002): Politische Steuerung im Dialog. In: Schuster, Wolfgang; Murawski, Klaus-Peter (Hg.): Die regierbare Stadt. Stuttgart: Dt. Gemeindeverl.
- Naßmacher, H. (1998): Politikwissenschaft. 3., völlig Neubearb. und erw. Aufl. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).
- Naßmacher, H. (2011): Kommunalpolitik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 7-8, S. 6–12.
- Newig, J. (2005): Erleichtert Öffentlichkeitsbeteiligung die Umsetzung (umwelt-)politischer Maßnahmen? Ein Modellansatz zur Erklärung der Implementationseffektivität. Herausgegeben von Newig, P. H.; Feindt, J. (Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit, Perspektiven der politischen Ökonomie).
- Newig, J.; Fritsch, O. (2009): Environmental governance: participatory, multi-level - and effective? In: Environmental Policy and Governance, H. 19, S. 197–214.
- Newig, J.; Gaube, V.; Berkhoff, K.; Kaldrack, K.; Kastens, B.; Lutz, J. (2007): Partizipative Modellbildung, Akteurs- und Ökosystemanalyse in Agrarintensivregionen. Schlussbericht

- des deutsch-österreichischen Verbundprojekts. Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Matthies. Osnabrück. (Beiträge des Instituts für Umweltsystemforschung, Nr. 39).
- Nohlen, D. (2005): Demokratisierung. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2: N-Z. Theorien, Methoden, Begriffe: Beck, C H, S. 144–145.
- Nohlen, D.; Schultze, R.-O. (Hg.) (2005): Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2: N-Z. Theorien, Methoden, Begriffe: Beck, C H.
- Oster, J. (2008): Das informell-kooperative Verwaltungshandeln. Begriffliche Abgrenzung, Erscheinungsformen und rechtliche Bewertung. In: Natur und Recht, Jg. 30, H. 12, S. 845–850.
- Ottitsch, A.; Krott, M.(2005): Urban Forest and Policy Planning. In: Konijnendijk, Cecil C. (Hg.): Urban forests and trees. A reference book. Berlin: Springer, S. 117–148.
- Patton, M. Q. (2009): Qualitative research & evaluation methods. 3. ed., [Nachdr.]. Thousand Oaks, Calif.: Sage.
- PEFC-Arbeitsgruppe Saarland (2009): 2. Regionaler Waldbericht. Unter Mitarbeit von Helmut Wolf, Norbert Maurer und Margareta Kulesa. Herausgegeben von Prof. Michael Heupel.
- Picot, A.; Dietl, H.; Franck, E. (2004): Organisation. Eine ökonomische Perspektive. 4., aktualisierte und überarb. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Porter, E. E.; Forschner, B. R.; Blair, R. B. (2001): Woody vegetation and canopy fragmentation along a forest-to-urban gradient. In: Urban Ecosystems, H. 5, S. 131–151.
- Preece, J.; Shneiderman, B. (2009): The Reader-to-Leader Framework. Motivating Technology-Mediated Social Participation. In: AIS Transactions on Human-Computer Interaction, Jg. 1, H. 1, S. 13–32.
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2008): Qualitative Sozialforschung. 1. Aufl. s.l.: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Rademacher (2010): Statistische Angaben der Landesforst M-V 2010. statistik_PSD_Jun_2010. Herausgegeben von Landesforst Mecklenburg-Vorpommern (LFoA). Online verfügbar unter: <http://www.wald-mv.de/style-a2/lib/media.php?id=948>, zuletzt geprüft am 25.08.2011.
- Randrup, T. B.; Konijnendijk, C. C.; Dobbertin, M. K.; Prüller, R. (2005): The Concept of Urban Forestry in Europe. In: Konijnendijk, C. C. (Hg.): Urban forests and trees. A reference book. Berlin: Springer, S. 1–21.
- Rapp, P. (1997): Formales und informales Verwaltungshandeln. eine exemplarische Untersuchung eines Verfahrens zur Genehmigung einer Erstaufforstung in Baden-Württemberg. Diplomarbeit. Freiburg i. B., Albert-Ludwig-Universität, Institut für Forstpolitik.
- Reihlen, M. (1999): Die Heterarchie als postbürokratisches Organisationsmodell der Zukunft? Herausgegeben von Prof. Dr. W. Delfmann. Universität zu Köln. Köln. (Arbeitsberichte des Seminars für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftliche Planung und Logistik, Nr. 96).

- Rosenauer, G. M. (2011): Bürgerschaftliches Engagement in Wald und Forstwirtschaft. Univ., Diss.-- Freiburg im Breisgau, 2011. 1. Aufl. Remagen: Kessel (Freiburger Schriften zur Forst- und Umweltpolitik, 24).
- Roth, R. (1997): Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, Ansgar (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 347), S. 404–447.
- Roth, R. (2001): Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. B 39-40, S. 15–22, zuletzt geprüft am 11.05.2012.
- Ruppert, C. (2006): Der kommunale Forstbetrieb im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Erwerbswirtschaft. Eine institutionenökonomische Analyse, empirische Studien und Handlungsempfehlungen. Dissertation. Freiburg i. B., Albert-Ludwig-Universität, Institut für Forstökonomie.
- SächsWaldG (1992): Waldgesetz für den Freistaat Sachsen. Vom 10. April 1992; Rechtsbereinigt mit Stand vom 28. Dezember 2009, zuletzt aktualisiert am 04.09.2009, zuletzt geprüft am 14.04.2012.
- Sangster, M.; Nielsen, A. B.; Stewart, A. (2011): The physical (peri)-urban forestry resource in Europe. Briefing Paper 1: Brüssel. (Workshop on sharing experiences on urban and peri-urban forestry, Brussels, 28/01/2011).
- Sarcinelli, U.; König, M.; König, W. (2011): Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 7-8, S. 32–38.
- Schirmer, D. (2009): Empirische Methoden der Sozialforschung. Paderborn: Wilhelm Fink GmbH und Co (Basiswissen Soziologie).
- Schmidt, M. G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. [5. Aufl.], Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1059).
- Schmidt-Eichstaedt, G. (2005): Planungshoheit als öffentliches Gut contra Veräußerung der Planungshoheit an Private. In: Informationen zur Raumentwicklung, Jg. 2005, H. 9/10, S. 649–656.
- Schraml, U. (2000): Blick hinter die Kulissen. Formen des Feldzugangs für die forstpolitische Befragung. In: Krott, Max; Suda, Michael (Hg.): Befragung als Methode der Sozialforschung in der Forstwirtschaft. Frankfurt am Main: Sauerländer's (Schriften aus der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen und der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt), S. 93–109.
- Schultze, R.-O. (2005): Partizipation. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft Bd. 2: N-Z. Theorien, Methoden, Begriffe: Beck, C H, S. 675–676.
- Schuppert, G. F. (Hg.) (2006): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Schuster, W.; Barzel, G. (Hg.) (2002): Die regierbare Stadt. Stuttgart: Dt. Gemeindeverl.

- Schwarze-Rodrian, M.I.; Bauer, I. (2005): Masterplan Emscher Landschaftspark 2010. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verl.
- Simmen, H; Walter, F. (2007): Landschaft gemeinsam gestalten. Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation. Zürich: vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich.
- Sinning, H. (2005): Partizipation - neue Anforderungen an eine bewährte Governanceform. In: Informationen zur Raumentwicklung, Jg. 2005, H. 9/10, S. 579–588.
- Statistisches Bundesamt (2010): Gemeindeverzeichnis (Online-Version). Herausgegeben von Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter:
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GV2000VJ/1Q__310310__Auszug,property=file.xls, zuletzt geprüft am 31.03.2010.
- Statistisches Bundesamt (2011): Forstwirtschaft. Herausgegeben von Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter:
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/LandForstwirtschaft/Forstwirtschaft/Forstwirtschaft.psml>, zuletzt geprüft am 25.08.2011.
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (2010): Statistisches Jahrbuch 2010. Statistisches Jahrbuch 2010. Herausgegeben von Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/B3/Publikation/Jahrbuch/LandForstwirtschaft,property=file.pdf>, zuletzt aktualisiert am 26.08.2010, zuletzt geprüft am 25.08.2011.
- Steinke, I. (2010): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Orig.-Ausg., 8. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Thumfahrt, A. (2001): Politische Kultur in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. B 39-40, S. 6–14.
- Ueltzhöffer, J. (2000): Lebenswelt und bürgerschaftliches Engagement. Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Ergebnisse einer Sozialempirischen Repräsentativerhebung in der BRD 2000. Herausgegeben von Sozialministerium Baden Württemberg. Stuttgart.
- Vering, K. (2007): Integrationsprojekte als Aufgabe urbaner Forstwirtschaft. Ein Beitrag zur sozialen Nachhaltigkeit. Dissertationsschrift. Betreut von Prof. Dr. Max Krott. Göttingen. Georg-August-Universität, Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie.
- Warburton, D.; Wilson, R.; Rainbow, E. (2007): Making a difference: Guide to evaluation public participation in central government. Herausgegeben von Involve and Shared Practice.
- Weber, N. (2003): Überlegungen zur Gemeinwohldiskussion in der Forstwirtschaft. In: Weber, Norbert; Köpf, Ernst Ulrich (Hg.): Facetten der Forstpolitikwissenschaft. Eine Aufsatzsammlung mit Beiträgen zum Ehrenkolloquium für Prof. Dr. habil. Ernst Ulrich Köpf am 19. Juni 2002 in Tharandt. Remagen-Oberwinter: Kessel, S. 67–86.
- Weber, N. (2004): Die Rolle der Umweltverbände in der Forstpolitik. Einzelverbandliche und verbandssystematische Analyse der "neuen Akteure" im ökologischen Konflikt um die qualitative Walderhaltung. Habilitationsschrift. Freiburg, Breisgau. Albert-Ludwig-Universität, Forst- und Umweltpolitik.

- Weber, N. (2012): Reflection on theories in forest policy. Testing, combining or building? In: Forest Policy and Economics, Jg. 16, H. March, S. 102–108.
- Weber, N.; Köpf, E. U. (Hg.) (2003): Facetten der Forstpolitikwissenschaft. Eine Aufsatzsammlung mit Beiträgen zum Ehrenkolloquium für Prof. Dr. habil. Ernst Ulrich Köpf am 19. Juni 2002 in Tharandt. Remagen-Oberwinter: Kessel.
- White, S. (1996): Depoliticising development: The uses and abuses of participation. In: Development in Practice, Jg. 6, H. 1, S. 6–15.
- Wiegand, E. (1991): Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig weit verbreitet. Eine Zusammenstellung von Indikatoren der politischen Partizipation. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), H. 6, S. 6–9.
- Wild-Eck, S. (2000): Auf den Fundamenten der Sozialwissenschaft. Methodologische Konzepte für die Befragung im forstlichen Kontext. In: Krott, M.; Suda, M. (Hg.): Befragung als Methode der Sozialforschung in der Forstwirtschaft. Frankfurt am Main: Sauerländer's (Schriften aus der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen und der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt), S. 15–46.
- Ziegenspeck, S. (2000): Die Lebenspraxis der Waldbauern. Eine Untersuchung der waldbäuerlichen Lebenspraxis im Gebiet der geschlossenen Hofgüter des Schwarzwaldes sowie die Ableitung von Prognosen für politische Existenzsicherungskonzepte. Univ., Forstwiss. Fak., Dissertationsschrift, Freiburg i. B., 2001. Hamburg: Hochschulverlag (Schriftenreihe des Instituts für Forstpolitik der Universität Freiburg).
- Zormair, F. (2006): Die Rolle der Unteren Forstbehörden bei partizipativen Prozessen. Eine forstpolitische Analyse am Beispiel der Lokalen Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen. Dissertationsschrift. Technische Universität München, Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte.

ANHANG

- Leitfaden Experteninterviews
- Kategoriensystem
- Code Handbuch
- Interviewportraits

Leitfaden Experteninterview

A - Deskriptiver Teil:

1. Sie arbeiten für... bitte beschreiben Sie mir kurz das **Aufgabenfeld ihrer Institution**. Nennen Sie mir bitte den genauen Namen Ihrer Institution und beschreiben Sie kurz das Aufgabenfeld der Institution.

❖ *Selbstwahrnehmung der Institution*

2. Für welche Aufgaben sind Sie innerhalb ihrer Institution verantwortlich? Welche **Funktion üben Sie persönlich** innerhalb Ihrer Institution aus? Welche Aufgabenbereiche unterliegen Ihnen?

❖ *Erfahrungsschatz bezüglich PP's*

❖ *Blickwinkel*

❖ *„Organisationstyp“; Strukturierung der Institution*

B - Partizipationsprozesse in stadtnahen Wäldern:

„Partizipation umfasst die Beteiligung von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen an Entscheidungsprozessen, die einem dritten Entscheidungsträger unterliegen.“

Zu den gesetzlich garantierten Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten gehören die Beteiligung im Zusammenhang mit Sachgesetzen (Städtebauförderungs-, Bundesbau-, Abfallbeseitigungs-, Naturschutz-, Umweltinformationsgesetz).

Die neuen nicht gesetzlich vorgeschriebenen, sondern freiwilligen dialogisch orientierten und auf kooperativen Problemlösungen angelegten Verfahren der Bürger- und Verbändebeteiligung an der Politikformulierung und an der Politikumsetzung werden auch als kooperative Demokratie bezeichnet. Sie beinhaltet die Mitgestaltung der Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen und die Mitgestaltung an der Dienstleistungsproduktion. (Bogumil 2000)“

Begrifflichkeit/Definition (*Partizipative Planung, Participatory Democracy*)

1. Was verstehen Sie unter dem **Begriff Partizipation**? Was verstehen Sie unter dem **Begriff Partizipative Planung**? Was stellen Sie sich unter diesem Begriff vor?

❖ *Individuelle Definition*

Entscheidungsprozesse in stadtnahen Wäldern

1. Wie werden aus Ihrer Sicht **Entscheidungen im kommunalen Stadtwald** (stadtnahen Wäldern) getroffen? Welche Prozesse laufen bei Planungen im Stadtwald ab?
2. Wer ist an Entscheidungen im Stadtwald beteiligt? **Wer trifft (offiziell) die Entscheidungen bezüglich des Stadtwaldes?**

- ❖ *Ausschüsse*
 - ❖ *Forstliche Gremien*
 - ❖ *Arbeitsgruppen, Runde Tische*
 - ❖ *Sachkundige Bürger*
3. Werden über das gesetzlich vorgeschriebene Maß Personen oder Gruppen **freiwillig in Entscheidungsprozesse einbezogen**? Um welche Gruppen und Personen handelt es sich hierbei?
- ❖ *Gremien, Arbeitsgruppen*
 - ❖ *Verbände*
 - ❖ *Einzelpersonen*
 - ❖ *Organisationen*
4. Zu welchem **Zeitpunkt** werden Organisationen, Gruppen oder Personen beteiligt?
- ❖ *Planungsphase*
 - ❖ *Implementationsphase*
5. Wie werden in Entscheidungsprozessen bezüglich stadtnahen Wäldern Konflikte zwischen Interessenvertretern gelöst? Welche **Konfliktregelungsverfahren** werden eingesetzt?
- ❖ *Mehrheitsregel*
 - ❖ *Aushandeln*
 - ❖ *Hierarchie*
6. Wie werden Akteure an Entscheidungsprozessen beteiligt? Welche **Beteiligungsverfahren** werden eingesetzt?
- ❖ *Verbädebeteiligung*
 - ❖ *Lokale Agendaprozesse*
 - ❖ *PPP's, Beiräte in Fachausschüssen*
 - ❖ *Mediationsverfahren, Runde Tische*
 - ❖ *Zukunftswerkstätten, Planungszellen*
7. Welche **Arten von Entscheidungen** werden in diesem Sinne partizipativ getroffen?
- ❖ *Langfristige Planungen*
 - ❖ *Kurzfristige Planungen*
 - ❖ *Einzelfallentscheidungen*

Eigene Erfahrungen mit PP

1. Kennen Sie **konkrete Beispiele** in stadtnahen Wäldern für solche Planungsprozesse?
 - ❖ *Themen (Nutzungsformen, Bewirtschaftung, inhaltliche Gestaltung, Wegenetz, Veranstaltungen etc.)*
2. Wer hat diese Prozesse gestartet? Durch wen wurden diese **Prozesse initiiert**? Und aus welchem Grund?

- ❖ *Gesetzlicher Auftrag*
 - ❖ *Private Initiative*
 - ❖ *Entscheidungslegitimation*
 - ❖ *Bürger als Auftraggeber ↔ Mitgestalter*
3. Wenn Sie an Beispiele in stadtnahen Wäldern denken, welcher **Motivation** folgen ihrer Erfahrung nach Entscheidungsträger, wenn Sie sich für einen partizipativen Prozess entscheiden? Aus welcher Motivation heraus wurden partizipative Prozesse gestartet?
 - ❖ *Finanzierungsprobleme, Fördermittel*
 - ❖ *Input-, Output-, Throughout-Legitimation*
 - ❖ *Steuerungsprobleme*
 4. Worin lagen die **Erfolge/Misserfolge** der von ihnen beschriebenen Planungsprozesse?

Meinung zu PP

1. Wer sollte Ihrer Meinung nach bei welchen Entscheidungen bezüglich stadtnahen Wäldern beteiligt werden? Wer sollte Ihrer Meinung nach bei Entscheidungen bezüglich stadtnaher Wälder beteiligt werden? **Welche Organisationen, Organe, Gruppen oder Einzelpersonen** sollten im stadtnahen Wald beteiligt werden?
 - ❖ *Bürgerbeteiligung*
 - ❖ *Vereine, Bündnisse*
2. Welche **Arten von Entscheidungen** können ihrer Meinung nach partizipativ getroffen werden? Bietet sich Partizipation als Konzept bei bestimmten Entscheidungen besonders an?
 - ❖ *Themenkomplexe (real, hypothetisch)*
3. Sehen Sie **Schwierigkeiten** bezüglich partizipativer Planungsprozesse in stadtnahen Wäldern? Wo kommt es (kann es kommen) zu Problemen, wenn Entscheidungen partizipativ getroffen werden?
 - ❖ *Fehlende Entscheidungsmacht*
 - ❖ *Alibicharakter, soziale Selektivität*
 - ❖ *Motivationsprobleme*
 - ❖ *Aufwand, Zeitbudget*
 - ❖ *Transparenz für Öffentlichkeit*
4. Welche Entscheidungen im Stadtwald können Ihrer Meinung nach **nicht partizipativ** getroffen werden? Und weshalb nicht? Wo liegen hierbei die Probleme?

Erfolg PP

1. Wann ist ein partizipativer Planungsprozess erfolgreich? Wann kann das Ergebnis eines partizipativen Prozesses ihrer Meinung nach als **erfolgreich** gewertet werden?

- ❖ Prozessuale Ausrichtung
 - ❖ Inhaltliche Ausrichtung
2. Welche **Erfolge** werden Ihrer Meinung nach durch partizipative Planungsprozesse erreicht?
 - ❖ Nutzbarkeit
 - ❖ Qualität
 - ❖ Konfliktminderung
 - ❖ Gewinnoptimierung
 - ❖ Wirtschaftliche Tragfähigkeit
 3. Welche **Rahmenbedingungen** müssen Ihrer Meinung nach erfüllt sein, damit ein partizipativer Prozess erfolgreich ist?
 - ❖ Entscheidungsmacht
 - ❖ Partizipationsmanagement

C - Urban Governance:

„Unter Urban Governance versteht man Steuerungs- und Regelungssysteme mit formellen und informellen Elementen, die Staatliche und gesellschaftliche Akteure zusammenführen. Entscheidende Bedeutung haben horizontale netzwerkartige Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren (Benz; Fürst).

Den Ursprung haben Urban Governance Konzepte in der Stadtentwicklung. Die Praxisbandbreite umfasst thematisch: Standortentscheidungen, Stadtumbau-, Gebietsentwicklungskonzepte, Investitionsgemeinschaften"

Urban Governance

1. Sind Sie schon einmal in Berührung mit Urban Governance Konzepten gekommen? Kennen Sie den **Begriff Urban Governance**? Was beinhaltet Ihrer Meinung nach der Begriff Urban Governance?
2. Kennen Sie **konkrete Beispiele** für Städte, die ein Urban Governance Konzept umsetzen? Ist ihre Kommune selber in einen Urban Governance Prozess involviert?
3. Welche **Motivation** steht Ihrer Meinung nach hinter den genannten Urban Governance Prozessen?
4. Wie schätzen Sie **Urban Governance Projekte als Steuerungskonzept** ein? Erfolgreich – nicht erfolgreich?

Urban Governance und PP

Konzept in Kommune vorhanden:

1. Ist der Stadtwald bei den von Ihnen genannten Beispielen Teil eines Urban Governance Konzeptes? Auf welche Weise sind Sie und ihre **Institution involviert**?

2. Sehen Sie eine Möglichkeit **inhaltlich** Entscheidungen bezüglich stadtnaher Wälder/ Stadtwald in das bestehende Urban Governance Konzept aufzunehmen?
3. Besteht bei dem vorhandenen Konzept **strukturell** die Möglichkeit den Stadtwald mit einzubeziehen?

Kein Konzept in Kommune vorhanden

1. Bestehen bei denen von Ihnen benannten Beispielen Möglichkeiten **inhaltliche Planungen** im Stadtwald in die Urban Governance Konzepte aufzunehmen?
2. Besteht bei dem beschriebenen Konzept **strukturell** die Möglichkeit den Stadtwald mit einzubeziehen?
3. Halten Sie es **generell für denkbar Urban Governance Prozesse und Planungen im Stadtwald/stadtnahen Wald zu verschneiden?** In welchen waldbezogenen inhaltlichen Themenkomplexen wäre ein solcher Einbezug ihrer Meinung nach möglich?

D - Resümee

1. Worin sehen Sie die **Stärken und Schwächen** von partizipativen Planungsprozessen in Stadtwäldern/ stadtnahen Wäldern?
3. Welche **Personen/Regionen** sollte ich Ihrer Meinung nach in meine weitere Untersuchung einbeziehen? Können Sie mir Ansprechpartner nennen?

Kategoriensystem

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
1. Informationen zur Institution / Besonderheiten der Institution	1.1. Allgemeine Beschreibung				
	1.2. Aufgabenfeld Institution				
	1.3. Aufgabenfeld IP	1.3.1. persönliche Arbeitsphilosophie / berufliches Leitbild	1.3.1.1. Ausrichtung am kommunalen Gesamtnutzen		
			1.3.1.2. kooperativer Führungsstil		
			1.3.1.3. Verantwortung für Wald	1.3.1.3.1. Restriktives Vorgehen / Gesetzeslage	
			1.3.1.4. Bürgerorientierung	1.3.1.4.1. Förderung Naturbewusst- sein	
	1.4. Besondere Rahmenbedingungen Institution	1.4.2. Filz / Netzwerke			
		1.4.3. Gesellschaftliche Konventionen			
		1.4.4. Ballungsraum			
		1.4.5. Bürgerorientierung			
		1.4.6. Demographischer Wandel / Strukturwandel			
		1.4.7. Forstliche Ausrichtung			
		1.4.8. Geringe Bedeutung Wald/Forst			
		1.4.9. Geringe personelle Ausstattung			
		1.4.10. Große Bedeutung Wald/Forst			
		1.4.11.			

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		Internationalität			
		1.4.12. Naturnahe Waldwirtschaft / Ökologische Ausrichtung			
		1.4.13. Stiftung			
		1.5. Besonderheiten der Waldfläche			
		1.5.1. Zentrale Lage			
		1.5.2. Verpachtung			
		1.5.3. Großflächigkeit			
		1.5.4. Nichtwaldflächen			
		1.5.5. Waldmehrung			
		1.5.6. Funktionen-Segregation			
		1.5.7. Kalamitäten			
		1.5.8. Kleinflächigkeit			
		1.5.9. Schutzgebiete / FFH / Referenzflächen			
		1.5.10. Lage in anderen Gemarkungen			
	1.6. Finanzen				
	1.7. Organisationsstruktur				
2. Aktuelle Themen u. Problemfelder des Kommunalwalds	2.1. Bestattungswald				
	2.2. Waldbau				
	2.3. Urbaner vs. ruraler				

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
	Kommunalwald				
	2.4. Umweltbildung				
	2.5. Energie / Klimawandel				
	2.6. Öffentlichkeitsarbeit / Entfremdung vom Wald				
	2.7. Nutzungskonflikte				
	2.8. Organisationsstruktur / Kommunalisierung	2.8.1. Waldverkauf			
	2.9. Zielsetzung				
	2.10. Waldumwandlung / Temporäre Wälder / Kompensation, Ökokonto				
	2.11. Zertifizierung				
	2.12. Knappe Ressourcen				
	2.13. Vandalismus				
	2.14. Verkehrssicherungspflicht				
3. Entscheidungsfindung	3.1. Handlungseinschränkung / Gesetze				
	3.2. Akteure der Entscheidungsfindung / Verwaltungshandeln	3.2.1. Bürgermeister		3.2.1.1. höchste Instanz	
				3.2.1.2. Information	
				3.2.1.3. Kontinuierlicher Kontakt	
				3.2.1.4. Vorabstimmungen / Einzelgespräche	
				3.2.1.5.	

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
			Zuarbeiten für BM		
			3.2.1.6. BM als Ansprechpartner für Bevölkerung/Presse		
			3.2.1.7. Zusammenarbeit mit dem BM		
		3.2.2. Fachausschüsse	3.2.2.1. Zusammenarbeit mit Fachausschüssen	3.2.2.1.1. Durchwinken	
				3.2.2.1.2. vertiefte Zusammenarbeit	
				3.2.2.1.3. regelmäßige Zusammenarbeit	
			3.2.2.2. beratende Ausschüsse	3.2.2.2.1. Themen beratender Ausschuss	3.2.2.2.1.1. FE
					3.2.2.2.1.2. keine konkreten Maßnahmenplanungen
					3.2.2.2.1.3. Maßnahmenplanung
			3.2.2.3. beschließende Ausschüsse	3.2.2.3.1. Themen beschließender Ausschuss	3.2.2.2.1.4. Information über Aktivitäten / Maßnahmen
		3.2.3. Betriebsleitung / Betreuung	3.2.2.4. Anzahl Ausschusssitzungen mit Forstthemen		
		3.2.4. Dezernent / Staatssekretär / Senator	3.2.4.1. Themen Dezernent / Staatssekretär / Senator		
		3.2.5.	3.2.5.1.		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		Sachkundige Bürger	geringe Qualifikation		
			3.2.5.2. Besonderheit des Umweltbereichs		
			3.2.5.3. nicht vorhanden		
			3.2.5.4. vorhanden		
		3.2.6. Stadtrat / Gemeinderat	3.2.6.1. Zusammenarbeit mit Stadt- / Gemeinderat	3.2.6.1.1. Waldbegang mit Stadt- / Gemeinderat	
				3.2.6.1.2. Vertrauen	
				3.2.6.1.3. Einstimmige Beschlüsse	
				3.2.6.1.4. Diskussion	
				3.2.6.1.5. Vorlagen / Beschlüsse	
			3.2.6.2. Themen im Stadt- / Gemeinderat	3.2.6.2.1. Keine Einzelmaßnahmen	
				3.2.6.2.2. Schutzgebiete	
				3.2.6.2.3. Infrastruktur	
				3.2.6.2.4. Brennholz / Energie	
				3.2.6.2.5. Große Investitionen	
				3.2.6.2.6. Flächeninanspruch- nahmen	
				3.2.6.2.7. Holzverkauf / Holztransport	
				3.2.6.2.8.	

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
				Außenwirkung	
				3.2.6.2.9.	
				Haushaltsplan / Wirtschaftsplan	
				3.2.6.2.10.	
				Zertifizierung	
				3.2.6.2.11.	Forsteinrichtung
				3.2.6.3.	
			Anzahl Sitzungen mit Forstthemen		
	3.3.				
	Machtverhältnisse				
	3.4.	3.4.1.			
	Verwaltungshandeln	Gremien			
		3.4.2.			
		Themen			
	3.5.	3.5.1.			
	Beschreibungsdimensionen	Außen- vs. Innenwirkung			
	Entscheidung	3.5.2.			
		lang-, kurz- und mittelfristig			
		3.5.3.			
		laufendes Verwaltungsgeschäft			
	3.5.4.	3.5.4.1.			
	politisch vs. operativ	forstbetrieblich			
3.6.	3.6.1.				
Weg der kommunalen	interne Partizipation / Beratungen				
Entscheidungsfindung					
	3.6.2.	3.6.2.1.			
	informaler / inoffizieller Weg	Meinungsprägung			
		3.6.2.2.			
		Aktives Einbringen von Themen			
		3.6.2.3.			
		Übernahme organisatorischer Aufgaben			
		3.6.2.4.			
		Übernahme der			

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
	3.7. Wunschvorstellung vs. derzeitige Entscheidungs- findung		Eigentümerverantwortung		
			3.6.2.5. große Freiheit in fachlichen Entscheidungen		
			3.6.2.6. Vorbereitung von Entscheidungen / Vorlagen / Positionspapieren		
		3.6.3. formal rechtlicher / offizieller Weg	3.6.3.1. FE als Richtlinie		
		3.7.1. Beteiligte Entscheidungsträger			
		3.7.2. Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindung	3.7.2.1. Kompetenzverteilung optimieren		
			3.7.2.2. Unzufrieden		
			3.7.2.3. Entscheidungsmacht bei kommunaler Verwaltung / Gremium		
			3.7.2.4. Stärkere Orientierung am Bürgerwillen		
			3.7.2.5. Beteiligung möglich vs. knappe Ressource		
			3.7.2.6. Zufrieden		
			3.7.2.7. Zentralisierung der Beteiligung		
			3.7.2.8. Belebung der Zusammenarbeit mit kommunalen Gremien		
			3.7.2.9. Organisationsform - Wunsch eigenständiger Wirtschaftsbetrieb		
		3.7.3. (Forst-) Fachleute als Haupt- entscheidungssträger			

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		3.7.4. Städtische Gremien als Haupt- entscheidungssträger			
4. Partizipation, Beteiligung	4.1. Repräsentative Demokratie als Rahmenbedingung	4.1.1. Besonderheit Kommunalwald / öffentliche Entscheidungen			
		4.1.2. Ressortdenken			
		4.1.3. Vergleich zu anderen Ressorts			
		4.1.4. Wahrnehmung der Rahmen- bedingungen	4.1.4.1. kein Problem		
			4.1.4.2. Problem	4.1.4.2.1. keine ausreichende Begleitung durch kommunale Gremien	
				4.1.4.2.2. Fehlendes Fachwissen in kommunalen Gremien	
				4.1.4.2.3. Orientierungslosigkeit bei Zielen / Bürgerwille	
				4.1.4.2.4. Wahlbeamten / Personalrotation / Politische Konflikte	
	4.2. Rahmenbedingungen, Grundvoraussetzungen	4.2.1. hoher Verwaltungsaufwand			
		4.2.2. Sachlichkeit			
		4.2.3. Personelle Ressource			
		4.2.4. Finanzielle Ressource			

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		4.2.5. Nutzeridentifikation			
		4.2.6. Gleichberechtigung			
		4.2.7. Fachkompetenz als Voraussetzung	4.2.7.1. spezifische Fachfragen vs. unspezifischer Kreis		
		4.2.8. Offenheit / Diskussionsbereitschaft / Kompromissbereitschaft	4.2.8.1. Ergebnisoffenheit		
		4.2.9. Politischer Rückhalt			
		4.2.10. Konstante / verlässliche Partner			
		4.2.11. Klare Entscheidungsgrenzen - Umsetzbarkeit /Gesetzlicher Rahmen	4.2.11.1. Bewirtschaftung muss berücksichtigt werden		
		4.2.12. Erfolgsfaktoren	4.2.12.1. Multiplikatoren		
			4.2.12.2. Vertrauen		
			4.2.12.3. Gute Informationslage		
			4.2.12.4. Personalia		
			4.2.12.5. Konsensuales Ergebnis		
			4.2.12.6. ähnliche Ziele		
		4.2.13. Schwierigkeiten / Hemmnisse	4.2.13.1. Querulanten / Mecker-Bürger		
			4.2.13.2. Inkonstanz		
			4.2.13.3. Keine Schwierigkeiten verursachen		
			4.2.13.4. Hoher Zeitaufwand / Langwierigkeit	4.1.13.4.1. hoher Zeitaufwand	
			4.2.13.5. Unflexibilität der Entscheidungsträger / rechtliche Struktur		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
			4.2.13.6. pluralistische Interessen / Große Gruppen	4.2.13.7.1. Partizipationsmüdigkeit	
			4.2.13.7. Fehlendes Interesse bei den Akteuren		
			4.2.13.8. Nichtanerkennen des Rahmens		
		4.3. Beispiele, Erfahrungen	4.3.1. Negativbeispiel		
		4.4. Akteure der Partizipation			
		4.4.1. andere Kommunen / Landkreistage			
		4.4.2. Biosphärenreservate / Naturparke			
		4.4.3. Bürgerinitiativen			
		4.4.4. Einzelpersonen			
		4.4.5. Ortschaftsräte / Ortschaftsparlamente			
		4.4.6. Privatwirtschaftliche Akteure			
		4.4.7. Religiöse Gemeinschaften			
		4.4.8. Sonstige			
		4.4.9. Verbände / Vereine	4.4.9.1. Tourismus		
			4.4.9.2. Tierschutz		
			4.4.9.3. Waldbesitzer		
			4.4.9.4. Interessen / Bürgervereine		
			4.4.9.5. Erholung / Sport		
			4.4.9.6. Jagd		
			4.4.9.7. Naturschutz		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		4.4.10. wichtige außerforstliche Einheiten	4.4.10.1. Liegenschaftsämter		
			4.4.10.2. Personalrat		
			4.4.10.3. sonstige kommunalen Ämter		
			4.4.10.4. Naturschutzbehörden / Ämter f. Naturschutz		
			4.4.10.5. kommunale Planungsämter		
			4.4.10.6. Themen		
	4.5. eigene Definition	4.5.1. freiwillige Partizipation			
		4.5.2. Gesetzlich verankerte Partizipation			
		4.5.3. Partizipative Planung			
	4.6. Ergebnisse				
	4.7. Fazit zu PP	4.7.1. Schwächen	4.7.1.1. Minderheitenpolitik / Klientelpolitik		
			4.7.1.2. Zuständigkeiten		
		4.7.2. Stärken	4.7.2.1. Stärkung der Region		
			4.7.2.2. Arbeitersparnis / Kostenersparnis		
			4.7.2.3. neue Perspektiven		
			4.7.2.4. Kontinuität / Dauerhaftigkeit der		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
			Entscheidungen		
			4.7.2.5. politische Durchsetzbarkeit		
			4.7.2.6. Integration gesellschaftlicher Wünsche / Akzeptanz		
	4.8. Initiative zu Prozess				
	4.9. Kommunikatoren				
	4.10. Motivation / Gründe für Prozesse	4.10.1. Transparenz			
		4.10.2. Weitergehendes Fachwissen			
		4.10.3. Konfliktvermeidung			
		4.10.4. Ausrichten am Gemeindewillen / Dienstleistungskommune			
		4.10.5. Akzeptanz / Rückhalt			
		4.10.6. Effizienzsteigerung / Gesamtnutzen			
		4.10.7. Arbeitserleichterung			
		4.10.8. Freude an Prozessen			
		4.10.9. Bildung dauerhafter Kooperationen			
		4.10.10. Aufforderung Dritter			
		4.10.11. Finanzielle Gründe / Wirtschaftlicher Vorteil			
	4.11. Persönliche / institutionelle Einstellung zu PP	4.11.1. Persönliche Einstellung zu PP	4.11.1.1. Strategisches Instrument		
			4.11.1.2. Zusätzliche Arbeitsbelastung		
			4.11.1.3. Ineffektives Instrument	4.11.1.3.1. Notwendig, aber nicht zielführend	
			4.11.1.4.		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		4.11.2. Stellenwert in der Institution	Zeiger für Unzufriedenheit	4.11.2.3.1. Tagesgeschäft	
			4.11.1.5. Positiv		
			4.11.2.1. Kooperativer Führungsstil		
			4.11.2.2. Keine strukturierte kooperative Beteiligungskultur		
			4.11.2.3. Handlungsgrundsatz / Ausrichten am Gemeinwohl		
	4.12. Potentielle Akteure für PP	4.12.1. Begründungen	4.11.2.4. Normalfall / Notwendige Vorgehensweise		
			4.12.2.1. Kompetente Bürger		
			4.12.3. Fachleute		
			4.12.4.1. Negierend		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
	4.13. Stellenwert in der Institution	Tourismus			
		4.13.1. kooperativer Führungsstil			
		4.13.2. keine strukturierte kooperative Beteiligungskultur			
		4.13.3. Handlungsgrundsatz / Ausrichten am Gemeinwohl			
		4.13.4. Normalfall / Notwendige Vorgehensweise	4.13.3.1. Tagesgeschäft		
	4.14. Themen / Inhalte PP	4.14.1. angewandte	4.14.1.1. Waldpädagogik / Schulwald		
			4.14.1.2. Prozess Aufgabenkritik		
			4.14.1.3. Zertifizierung		
			4.14.1.4. Begleitung von Hiebsmaßnahmen		
			4.14.1.5. Brennholz		
			4.14.1.6. Freizeit- / Erholungsnutzung		
			4.14.1.7. Waldbewirtschaftung - Waldbau		
			4.14.1.8. Waldbewirtschaftung - Naturschutz (Hinweise)		
			4.14.1.9. Grundsatzentscheidungen - ökonomische, soziale Konsequenzen		
			4.14.1.10. keine		
		4.14.2. mögliche	4.14.4.1. Grundsatzentscheidungen - ökonomische, soziale Konsequenzen		
			4.14.4.2.		

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
			Organisationsformenwahl		
			4.14.4.3. Waldbewirtschaftung - Naturschutz		
			4.14.4.4. Freizeit- / Erholungsnutzung		
			4.14.4.5. keine Einschränkung		
			4.14.4.6. Betriebskonzept - Baumartenwahl		
		4.14.3. nicht angewandte	4.14.3.1. Waldbewirtschaftung / FE		
		4.14.4. nicht mögliche	4.14.4.1. schnelle Entscheidungen		
			4.14.4.2. Tagesgeschäft / Holzverkauf		
			4.14.4.3. Betriebsinterna / Personalentscheidungen / Finanzen		
			4.14.4.4. generell keine		
			4.14.4.5. Waldbewirtschaftung / Forstbetrieb		
	4.15. Verfahren	4.15.1. Expertenbeteiligung	4.15.1.1. Förster als Experte		
		4.15.2. Information / Öffentlichkeitsarbeit	4.15.2.1. Themen		
		4.15.3. Delegation			
		4.15.4. Beratungen			
		4.15.5. Bürgerbegehren			
		4.15.6. Bürgerfragestunden			

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
		4.15.7. Bürgerversammlungen / Stadtteilkonferenzen			
		4.15.8. Eingaben / Beschwerden / Leserbriefe			
		4.15.9. Offene Bürgerbeteiligung			
		4.15.10. freiwillige Gremien / Arbeitsgruppen	4.15.10.1. Runde Tische	4.15.10.1.1. Turnus	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
		.	.	.	
			4.15.10.2. Mitglieder		
			4.15.10.3. Motivation / Gründe für freiwilliges Gremium		
			4.15.11.1. Motivation		
		4.15.11. Schriftstück	4.15.11.2. Inhalte		
			4.15.11.3. Beteiligte an Formulierung		
		4.15.12. Stellungnahmen			
		4.15.13. Waldbegang			
5- Urban Governance	4.16. Zeitpunkt PP				
	5.1. Akteure, Strukturen				
	5.2. Bedeutung für kommunalen Forstsektor				
	5.3.	5.3.1.			

Schlagwort	Kategorie	Unterkategorie	Obercode	Code	Untercode
	Beispiele für UG	Beispiele für Anwendung mit Waldbezug			
		5.3.2. keine Anwendung mit Waldbezug			
		5.3.3. keine Anwendung UG			
	5.4. Einschätzung von Potentialen	5.4.1. keine Potentiale für FoWi			
		5.4.2. Potentiale / Möglichkeiten für FoWi			
	5.5. Gründe / Motivation für UG Prozesse				
	5.6. persönliche Definition	5.6.1. keine Begriffskennntnis			

Code Handbuch

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
1	1	Schlagwort	Informationen zur Institution / Besonderheiten der Institution	
2	1.1.	Kategorie	Allgemeine Beschreibung	- Allgemeine Nennung und Beschreibung der Institution
3	1.2.	Kategorie	Aufgabenfeld Institution	- allgemeine Beschreibung der Aufgabenfelder der Institution - konkrete Benennung von Arbeitsfeldern - Gewichtung genannter Arbeitsfelder nach Arbeitsaufkommen oder Bedeutung für die Institution
4	1.3.	Kategorie	Aufgabenfeld IP	- Beschreibung der persönlichen Aufgaben des IP innerhalb der Institution - Beschreibung der persönlichen Rolle des IP innerhalb der Institution
5	1.3.1.	Unterkategorie	persönliche Arbeitsphilosophie/ berufliches Leitbild	- Beschreibung der eigenen Arbeitsphilosophie - Nennung und Beschreibung von persönlichen beruflichen Leitbildern
6	1.3.1.1.	Obercode	Ausrichtung am kommunalen Gesamtnutzen	- Berufliches Leitbild IP richtet sich auf Bereitstellen des größtmöglichen kommunalen Gesamtnutzen
7	1.3.1.2.	Obercode	kooperativer Führungsstil	- Kooperativer Führungsstil als berufliches Leitbild des IP
8	1.3.1.3.	Obercode	Verantwortung für Wald	- Berufliches Leitbild des IP zielt auf die Übernahme von Verantwortung für das Ökosystem Wald - <i>IP2: Ich betrachte mich gewissermaßen nicht bloß als Dienstleister der Stadtverwaltung XXX in dem ich hier meine Job mache und dann nachmittags nach Hause gehe und mein Geld bekomme, sondern ich sage „Du bist Bestandteil dieses großen Organismus Wald“, letztendlich kommen wir als Mensch ja alle mal irgendwie aus dem Wald und das ist bei mir wohl besonders stark hinterlegt.</i>

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
9	1.3.1.3.1.	Code	Restriktives Vorgehen / Gesetzeslage	- Verantwortungsübernahme durch konsequente Ausrichtung an der Gesetzeslage
10	1.3.1.4.	Obercode	Bürgerorientierung	- Bürgerorientierung im Handeln als berufliches Leitbild IP
11	1.3.1.4.1.	Code	Förderung Naturbewusstsein	- Bürgerorientierung nutzen, um Naturbewusstsein der Bürger zu stärken
12	1.4.	Kategorie	Besondere Rahmenbedingungen Institution	- vom IP besonders hervorgehobene Eigenschaften bezüglich der Institution
13	1.4.2.	Unterkategorie	Filz / Netzwerke	- Umfeld der Institution geprägt durch starke Netzwerke - Vorkommen von nicht offen definierten Netzwerken in Form von „Filz“
14	1.4.3.	Unterkategorie	Gesellschaftliche Konventionen	- Umfeld der Institution geprägt durch, als außergewöhnlich wahrgenommene, gesellschaftliche Konventionen
15	1.4.4.	Unterkategorie	Ballungsraum	- Umfeld der Institution geprägt durch eine Lage im Ballungsraum
16	1.4.5.	Unterkategorie	Bürgerorientierung	- Umfeld der Institution geprägt durch Bürgerorientierung
17	1.4.6.	Unterkategorie	Demographischer Wandel / Strukturwandel	- Umfeld der Institution geprägt durch demographischen Wandel oder Wandel in Organisationsstrukturen
18	1.4.7.	Unterkategorie	Forstliche Ausrichtung	- Klares Bekenntnis für eine forstwirtschaftliche Ausrichtung des Kommunalwalds seitens der Kommune
19	1.4.8.	Unterkategorie	Geringe Bedeutung Wald/Forst	- Geringe Bedeutung des Sektors Wald und Forst innerhalb der Kommune als Rahmenbedingung
20	1.4.9.	Unterkategorie	Geringe personelle Ausstattung	- Geringe personelle Ausstattung des Bereichs als Rahmenbedingung für die Institution
21	1.4.10.	Unterkategorie	Große Bedeutung Wald/Forst	- Große Bedeutung des Sektors Wald und Forst innerhalb der Kommune als Rahmenbedingung
22	1.4.11.	Unterkategorie	Internationalität	- Umfeld der Institution geprägt durch Internationalität
23	1.4.12	Unterkategorie	Naturnahe Waldwirtschaft / Ökologische Ausrichtung	- Klares Bekenntnis für eine ökologische Ausrichtung des Kommunalwalds seitens der Kommune - Naturnahe Waldbewirtschaftung als Rahmenbedingung

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
24	1.4.13	Unterkategorie	Stiftung	- Stiftungsrecht als Rahmenbedingung
25	1.5.	Kategorie	Besonderheiten der Waldfläche	- vom IP besonders hervorgehobene Beschaffenheit der Waldflächen - besondere Lage der Waldfläche - besondere naturräumliche Ausstattungen
26	1.5.1.	Unterkategorie	Zentrale Lage	- Waldflächen zentrumsnah Gelegen
27	1.5.2.	Unterkategorie	Verpachtung	- Waldfläche oder Teile von Waldflächen in der Verpachtung
28	1.5.3.	Unterkategorie	Großflächigkeit	- Große, zusammenhängende Waldflächen
29	1.5.4.	Unterkategorie	Nichtwaldflächen	- Betreuung von Nicht-Waldflächen
30	1.5.5.	Unterkategorie	Waldmehrung	- Zunahme der Waldflächen
31	1.5.6.	Unterkategorie	Funktionensegregation	- Waldflächen unterliegen einem Konzept der Funktionensegregation
32	1.5.6.1.	Obercode	Erholungsfunktion	- Ausweisung von vorrangiger Erholungsfunktion auf Teilflächen
33	1.5.7.	Unterkategorie	Kalamitäten	- Waldflächen geprägt durch Kalamitäten (insbesondere durch Kyrill)
34	1.5.8.	Unterkategorie	Kleinflächigkeit	- Kleine, zersplitterte Waldflächen
35	1.5.9	Unterkategorie	Schutzgebiete / FFH / Referenzflächen	- Vorkommen von FFH-Gebieten - Vorkommen von FSC Referenzflächen - Vorkommen von sonstigen Schutzgebieten
36	1.5.10	Unterkategorie	Lage in anderen Gemarkungen	- Lage der Waldflächen in Gemarkungen anderer Gemeinden - Lage außerhalb der eigenen Gemeindegemarkung
37	1.6.	Kategorie	Finanzen	- Informationen zum Finanzbedarf der Organisationen - Nennung von Einnahme- und Ausgabeposten der Institution - Informationen zum finanziellen Rahmen der Institution

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
38	1.7.	Kategorie	Organisationsstruktur	- Beschreibung der Organisationsstruktur
39	2.	Schlagwort	Aktuelle Themen u. Problemfelder des Kommunalwaldes	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung und Beschreibung aktueller Themen im Kommunalwald aus Sicht des IP - Beschreibungen von Sachverhalten oder Problemfeldern, welche der IP für die durch ihn vertretene Institution sieht
40	2.1.	Kategorie	Bestattungswald	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung von Bestattungswäldern - Waldfriedhöfe als Thema
41	2.2.	Kategorie	Waldbau	- Fragen konkreter Bewirtschaftungsgrundsätze
42	2.3.	Kategorie	Urbaner vs. ruraler Kommunalwald	<ul style="list-style-type: none"> - unterschiedliche Rahmenbedingungen von Kommunalwaldmanagement in urbanem und im ruralen Kontext - unterschiedliche Ansprüche der Bevölkerung an den Kommunalwald in urbanem und ruralen Kontext - generell große Bandbreite von Ansprüchen und Zielen in unterschiedlichen Kommunen - <i>IP11: Hier in XXX gibt es eine andere Bedürfnislage, als auf dem flachen Land, auf der Schwäbischen Alb oder im tiefen Schwarzwald, kann es sein gibt es unterschiedliche Prioritäten und die dürfen ja auch sein, im Sinne einer Pluralität darf das ja auch sein, dass solche Zielsetzungen von Kommune zu Kommune unterschiedlich gesetzt werden.</i>
43	2.4.	Kategorie	Umweltbildung	- Umweltbildung als Aufgabe

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
44	2.5.	Kategorie	Energie / Klimawandel	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunalwald als Quelle für erneuerbare Energieträger - kommunale Energiekonzepte und die Rolle des Waldes in selbigen - Brennholz, Brennholzseltwerber - Anpassung des Kommunalwaldes an den Klimawandel - <i>IPg: Wir sind jetzt im Moment mit einem Projekt dabei Postbank Klima, Klimawald, Klima CO2 Senke, sind wir dabei, also eine bioenergetische Region Brilon zu gründen. Das ist aber noch in den Kinderschuhen, da laufen verschiedene Arbeitskreise. Neben dem Arbeitskreis Windenergie, der jetzt, der jetzt bald kommen wird. Wir haben in Brilon es geschafft, das ist also auch ein Prozess von 17 Jahren war, ich hab den nur 2 Jahre miterlebt, aber ich habe den massiv nach vorne gebracht, Hackschnitzelheizung in Brilon in öffentlichen Gebäuden und das wird jetzt kommen 2011, das war eben das Gespräch mit dem</i>
45	2.6.	Kategorie	Öffentlichkeitsarbeit/ Entfremdung vom Wald	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit als Thema - Entfremdung der Bevölkerung zum Wald und damit verbundene Kommunikationskonzepte
46	2.7.	Kategorie	Nutzungskonflikte	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Nutzungskonflikten in unterschiedlichen Zusammenhängen
47	2.8.	Kategorie	Organisationsstruktur/ Kommunalisierung	<ul style="list-style-type: none"> - Organisationsformwahl - Probleme, welche sich aus der Organisationsform ergeben - Schwierigkeiten durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Politikebenen - Kommunalisierung von Revierförstern

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
48	2.8.1.	Unterkategorie	Waldverkauf	<ul style="list-style-type: none"> - Verkauf des Kommunalwaldes als Thema - Übergang des kommunales Waldbesitzes in andere Besitzformen, z.B. Stiftungswald - <i>IP15: Also die Diskussion war durchaus und es wurde eben auch diskutiert, brauchen wir den Stadtwald, wollen wir den Stadtwald weiter behalten.</i>
49	2.9.	Kategorie	Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Festsetzen von Zielsetzungen als Thema - Fehlende Zielsetzungen als Problem - Unterschiedliche Zielsetzungen von Anspruchsgruppen - <i>IP5: Für einen Kommunalwald ist das große Problem, besteht darin bei der Zielfestsetzung eine gewisse Orientierungslosigkeit zu haben, weil der Eigentümer gibt keine konkreten Ziele vor. Das ist das Hauptproblem.</i>
50	2.10.	Kategorie	Waldumwandlung/ Kompensation/ Ökokonto	<ul style="list-style-type: none"> - Umgang mit Konkurrenz um Flächenressourcen, z.B. Industriegebiete - Kompensation und Ökokontomaßnahmen als Aufgabe / Geschäftsfeld - Temporäre und dauerhafte Waldumwandlungen - Aufforstungen
51	2.11.	Kategorie	Zertifizierung	<ul style="list-style-type: none"> - Zertifizierung als Thema - Wahl eines Zertifizierungssystems, Anschluss an mehrere Zertifizierungssysteme - Ablauf / Auswirkung der Zertifizierungsprozesse
52	2.12.	Kategorie	Knappe Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> - Umgang mit knappen finanziellen Ressourcen - Entwicklung der finanziellen Ressourcen über die letzten Jahre - Auswirkungen durch angespannte finanzielle Lage
53	2.13.	Kategorie	Vandalismus	<ul style="list-style-type: none"> - Vandalismus an Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen - Vermüllung

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
54	2.14.	Kategorie	Verkehrssicherungspflicht	<ul style="list-style-type: none"> - Verkehrssicherungspflicht als Thema - Verkehrssicherungspflicht und damit verbundene Kosten - Verkehrssicherungspflicht an Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen
55	3.	Schlagwort	Entscheidungs-findung	
56	3.1.	Kategorie	Handlungseinschränkung / Gesetze	<ul style="list-style-type: none"> - Entscheidungsfindung eingeschränkt durch Gesetzeslage
57	3.2.	Kategorie	Akteure der Entscheidungs-findung / Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung und Beschreibung von Akteuren welche in Entscheidungen eingebunden sind - Beschreibung des Verwaltungshandelns
58	3.2.1.	Unterkategorie	Bürgermeister	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung des BM in verschiedenen Zusammenhängen - Benennung von Aufgaben des BM bezüglich forstlicher Themenstellungen - Beschreibung der Rolle des BM innerhalb der Entscheidungsfindung
59	3.2.1.1.	Obercode	höchste Instanz	<ul style="list-style-type: none"> - BM als höchste Instanz in der Entscheidungsfindung
60	3.2.1.2.	Obercode	Information	<ul style="list-style-type: none"> - BM als durch den IP zu informierender Akteur
61	3.2.1.3.	Obercode	Kontinuierlicher Kontakt	<ul style="list-style-type: none"> - Kontinuierlicher mündlicher oder schriftlicher Kontakt zwischen IP / Institution und BM
62	3.2.1.4.	Obercode	Vorabstimmungen/ Einzelgespräche	<ul style="list-style-type: none"> - Vorabstimmung von Entscheidungen oder Vorlagen zwischen IP / Institution und BM vor Gremiensitzungen
63	3.2.1.5.	Obercode	Zuarbeiten für BM	<ul style="list-style-type: none"> - Erstellen von Sitzungsvorlagen, Positionspapieren o.Ä. seitens IP / Institution für BM
64	3.2.1.6	Obercode	BM als Ansprechpartner für Bevölkerung/ Presse	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibungen von Situationen in denen der Bürgermeister in Erscheinung tritt oder betroffen ist - nur Situationen <u>außerhalb</u> der Entscheidungsfindung

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
65	3.2.1.7.	Obercode	Zusammenarbeit mit dem BM	<ul style="list-style-type: none"> - Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Institution und BM - Beispiele für die Zusammenarbeit von Institution und BM
66	3.2.2.	Unterkategorie	Fachausschüsse	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Fachausschüssen - Beschreibung der zuständigen Fachausschüsse - Beschreibung der Rolle der Fachausschüsse für die Entscheidungsfindung
67	3.2.2.1.	Obercode	Zusammenarbeit mit Fachausschüssen	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen - Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Institution und Fachausschuss
68	3.2.2.1.1.	Code	Durchwinken	<ul style="list-style-type: none"> - Durchwinken der vorbereiteten Vorlagen, Entscheidungen, etc. - Keine vertiefende Diskussion
69	3.2.2.1.2.	Code	vertiefte Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Vertiefte Zusammenarbeit in Form von Diskussionen während der Ausschusssitzungen - Vertiefte Zusammenarbeit mit Vertretern des Ausschusses
70	3.2.2.1.3.	Code	regelmäßige Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßige Treffen zwischen Ausschuss und IP / Institution
71	3.2.2.2.	Obercode	beratende Ausschüsse	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung und Beschreibung von beratenden Ausschüssen - Beschreibung der Rolle von beratenden Ausschüssen für die Entscheidungsfindung - Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Institution und beratenden Ausschuss
72	3.2.2.2.1.	Code	Themen beratender Ausschuss	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Themen, die in den beratenden Ausschüssen bearbeitet werden
73	3.2.2.2.1.1.	Untercode	FE	<ul style="list-style-type: none"> - Besprechung der Forsteinrichtung im Ausschuss

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
74	3.2.2.2.1.2.	Untercode	keine konkreten Maßnahmenplanungen	- Keine Diskussion konkreter forstwirtschaftlicher Maßnahmen im Ausschuss
75	3.2.2.2.1.3.	Untercode	Maßnahmenplanung	- Besprechung von konkreten forstwirtschaftlichen Maßnahmen im Ausschuss
76	3.2.2.2.1.4.	Untercode	Information über Aktivitäten / Maßnahmen	- Information des Ausschusses durch den IP / Institution über aktuelle Maßnahmen und Aktivitäten - <u>Keine</u> Diskussion dieser Punkte!
77	3.2.2.3.	Obercode	beschließende Ausschüsse	- Nennung und Beschreibung von beschließenden Ausschüssen - Beschreibung der Rolle von beschließenden Ausschüssen für die Entscheidungsfindung - Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Institution und beschließenden Ausschuss
78	3.2.2.3.1.	Code	Themen beschließender Ausschuss	- Nennung von Themen, die in den beschließenden Ausschüssen bearbeitet werden
79	3.2.2.4.	Obercode	Anzahl Ausschusssitzungen mit Forstthemen	- Nennung der Anzahl von Ausschusssitzungen mit forstlichem Inhalt
80	3.2.3.	Unterkategorie	Betriebsleitung / Betreuung	- Beschreibung der Zusammenarbeit mit oder Betreuung durch staatlichen Forstämtern - Beschreibung der Zusammenarbeit mit staatlichen Forstbetrieben im Rahmen der Forsthoheit
81	3.2.4.	Unterkategorie	Dezernent / Staatssekretär / Senator	- Nennung von Referatsleitern, Dezernenten, Staatssekretären, Senatoren als Akteure in der Entscheidungsfindung - Beschreibung der Rolle von Referatsleitern, Dezernenten, Staatssekretären, Senatoren für die Entscheidungsfindung - Beschreibung der Zusammenarbeit zwischen Institution und Referatsleitern, Dezernenten, Staatssekretären, Senatoren - Beispiele für die Zusammenarbeit

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
82	3.2.4.1.	Obercode	Themen Dezernent/ Senator	- Nennung von Themen welche in der Zusammenarbeit zwischen Institution und Referatsleiter, Dezernent, Staatssekretär Senator behandelt werden
83	3.2.5.	Unterkategorie	Sachkundige Bürger	- Beschreibung und Nennung von Sachkundigen Bürgern als Akteure in der Entscheidungsfindung - Informationen über sachkundige Bürger allgemein - <i>IP4: Die Stadt XXX hat bei Entscheidungsfindungen im Gemeinderat und in den Ausschüssen das Instrument der sachkundigen Bürger. Das ist eine grundsätzlich freiwillige Angelegenheit, setzt aber eben im stärkeren Maß auf diese, auf diesen Dialog, dass die Bürgerschaft stärker eingebunden werden muss. Ist aber vom Gemeinderat mit gesetzt, deshalb ist es jetzt keine freiwillige Beteiligung unsererseits.</i>
84	3.2.5.1.	Obercode	geringe Qualifikation	- Geringe fachliche Qualifikation der sachkundigen Bürger
85	3.2.5.2.	Obercode	Besonderheit des Umweltbereichs	- Sachkundige Bürger in der Kommune nur im Umweltbereich berufen
86	3.2.5.3.	Obercode	nicht vorhanden	- Keine sachkundigen Bürger für Wald / Forstbereich vorhanden
87	3.2.5.4.	Obercode	vorhanden	- Sachkundige Bürger für den Bereich Wald / Forst vorhanden
88	3.2.6.	Unterkategorie	Stadtrat/ Gemeinderat	- Nennung des Stadtrats in unterschiedlichen Zusammenhängen Benennung von Aufgaben des Stadtrats bezüglich des kommunalen Waldbesitz
89	3.2.6.1.	Obercode	Zusammenarbeit mit Stadt-/ Gemeinderat	- Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Institution und Stadtrat - Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Institution und Stadtrat
90	3.2.6.1.1.	Code	Waldbegang mit Stadt-/ Gemeinderat	- Waldbegang als Instrument in der Zusammenarbeit zwischen IP / Institution und Stadt- oder Gemeinderat

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
91	3.2.6.1.2.	Code	Vertrauen	- Zusammenarbeit zwischen IP / Institution und Stadt- oder Gemeinderat geprägt von gegenseitigem Vertrauensverhältnis
92	3.2.6.1.3	Code	Einstimmige Beschlüsse	- Einstimmige Beschlüsse als Regelfall in der Entscheidungsfindung
93	3.2.6.1.4.	Code	Diskussion	- Diskussionen als Grundlage und im Vorfeld von zu treffenden Entscheidungen
94	3.2.6.1.5.	Code	Vorlagen/ Beschlüsse	- Entscheidungsfindung über Einbringung einer Vorlage durch IP/ Institution und anschließendem Beschluss - <i>IP 2: Dort wird eine Empfehlung für den Stadtrat gegeben und dann berät der Stadtrat eine Woche später nochmal über diese Vorlage und dann wird gesagt, jawohl so machen wir es oder es gibt Änderungsvorschläge die die Stadträte einbringen.</i>
95	3.2.6.2.	Obercode	Themen im Stadt-/ Gemeinderat	- Benennung von forstlichen Themen, die im Stadtrat behandelt werden - Beschreibung des Umfangs und des Ablaufs der Beratungen / Diskussionen im Stadtrat
96	3.2.6.2.1.	Code	Keine Einzelmaßnahmen	- Keine Thematisierung von Einzelmaßnahmen im Stadt- oder Gemeinderat
97	3.2.6.2.2.	Code	Schutzgebiete	- Ausweisung, Bewirtschaftung, etc. von Schutzgebieten als Thema
98	3.2.6.2.3.	Code	Infrastruktur	- Besprechung von Infrastrukturmaßnahmen - Wegebau, Erholungsinfrastruktur
99	3.2.6.2.4.	Code	Brennholz/ Energie	- Brennholz als Thema des Stadt- Gemeinderats - Vermarktung, Zuteilung von Brennholz als Thema - Wald als nachwachsender Energieträger
100	3.2.6.2.5.	Code	Große Investitionen	- Entscheidungen bezüglich großer Investitionen als Thema - Diskussionen um größere Investitionen

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
101	3.2.6.2.6.	Code	Flächeninanspruchnahmen	- Diskussion und Entscheidungen bezüglich Inanspruchnahme von Waldflächen durch andere Nutzungsarten
102	3.2.6.2.7.	Code	Holzverkauf/ Holztransport	- Abwicklung des Holzverkaufs als Thema - Abwicklung und Zeitpunkt des Holztransports als Thema
103	3.2.6.2.8.	Code	Außenwirkung	- Themen mit Außenwirkung werden im Stadt- oder Gemeinderat behandelt
104	3.2.6.2.9.	Code	Haushaltsplan/ Wirtschaftsplan	- Besprechung und Verabschiedung des Haushaltsplans - Besprechung und Verabschiedung des jährlichen Wirtschaftsplans für den Kommunalwald
105	3.2.6.2.10.	Code	Zertifizierung	- Zertifizierung als Thema im Stadt- oder Gemeinderat - Wahl eines Zertifizierungssystems
106	3.2.6.2.11.	Code	Forsteinrichtung	- Besprechung der Forsteinrichtungswerke - Verabschiedung der Forsteinrichtungswerke
107	3.2.6.3.	Obercode	Anzahl Sitzungen mit Forstthemen	- Anzahl von Stadtratssitzungen, in denen forstliche Themen behandelt werden
108	3.3.	Kategorie	Machtverhältnisse	- Beschreibung von Machtverhältnissen zwischen den unterschiedlichen Akteuren der Entscheidungsfindung Beschreibung von Informationsnetzwerken zur Entscheidungsvorbereitung - allgemeine und konkrete Beschreibungen von Streitigkeiten während Entscheidungsfindungsprozessen - <i>IP6: Also ich wollte darauf hinweisen, das ist mir ein Anliegen, dass man als Verwalter so einer Forsten und vor allen als öffentlich Bediensteter einen sehr großen Spielraum hat auf die Öffentlichkeit im Sinne der eigenen Ziele zu motivieren, was die vorgesetzte Stelle also die direkten Vorgesetzten häufig überkompensieren kann.</i>

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
109	3.4.	Kategorie	Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenbereiche die operational durch die Institution im Rahmen des Verwaltungshandelns wahrgenommen werden - Beschreibung von operationalen Entscheidungen auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen - Beschreibung von operationalen Entscheidungen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen
110	3.4.1.	Unterkategorie	Gremien	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung und Beschreibung wichtiger Gremien für das Verwaltungshandeln
111	3.4.2.	Unterkategorie	Themen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Themen und Entscheidungen die Gegenstand des operativen Verwaltungshandelns sind
112	3.5.	Kategorie	Beschreibungsdimensionen Entscheidung	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibungen oder Nennungen von unterschiedlichen Entscheidungsebenen und damit verknüpft unterschiedlicher Entscheidungswege - Benennung von Beschreibungsdimensionen für Entscheidungsfindungsprozesse - Beschreibung der Individualität von Entscheidungsfindungsprozessen
113	3.5.1.	Unterkategorie	Außen- vs. Innenwirkung	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von Außenwirkung oder Innenwirkung als Beschreibungsdimension für Entscheidungen - Benennung beider Dimensionen <u>nicht</u> nötig
114	3.5.2.	Unterkategorie	lang- . kurz- und mittelfristig	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von lang-, kurz- oder mittelfristig als Beschreibungsdimension für Entscheidungen - Benennung aller drei Dimensionen <u>nicht</u> nötig
115	3.5.3.	Unterkategorie	laufendes Verwaltungsgeschäft	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von laufendem Verwaltungsgeschäft oder Verwaltungshandeln als Beschreibungsdimension für Entscheidungen
116	3.5.4.	Unterkategorie	politisch vs. operativ	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von politischen Entscheidungen als Beschreibungsdimension - Benennung von operativen Entscheidungen als Beschreibungsdimension - Benennung beider Dimensionen <u>nicht</u> nötig

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
117	3.5.4.1.	Obercode	forstbetrieblich	- Benennung forstbetrieblicher Entscheidungen als Beschreibungsdimension
118	3.6.	Kategorie	Weg der kommunalen Entscheidungsfindung	- Beschreibung des Wegs und der Unterschiedlichen Stationen, welche während des Entscheidungsfindungsprozesses durchlaufen werden
119	3.6.1.	Unterkategorie	interne Partizipation/ Beratungen	- Nennung von Beispielen für interne Partizipation - Nennung von Akteuren, welche an bestimmten Fragestellungen beteiligt werden - Beschreibungen von Akteuren, welche bezüglich bestimmter Fragestellungen zu Beratungen hinzugezogen werden - Stellenwert von internen Beratungen
120	3.6.2.	Unterkategorie	informaler/ inoffizieller Weg	- Beschreibung der tatsächlichen Entscheidungsfindung jenseits des formal rechtlichen / offiziellen Wegs - Beispiele für Abweichungen vom formal rechtlichen / offiziellen Weg - <i>IPg: De facto ist es so, aber es ist, es ist unterschiedlich. Es, man darf sich das nicht so streng und hierarchisch, also das ist formal streng hierarchisch, da geht gar kein Weg dran vorbei. Aber vielleicht können wir das später mal so abhandeln, weil das nämlich eigentlich das wahre Leben ist. Es läuft ja sehr viel informell.</i>
121	3.6.2.1.	Obercode	Meinungsprägung	- IP oder Institution prägt durch die Gabe von Informationen und Fachwissen das Meinungsbild der Entscheidungsträger
122	3.6.2.2.	Obercode	Aktives Einbringen von Themen	- IP / Institution bringt aktiv Wald allgemein als Thema in Gremien ein - IP / Institution bringt aktiv spezielle forstliche Themen in Gremien ein
123	3.6.2.3.	Obercode	Übernahme organisatorischer Aufgaben	- IP / Institution übernimmt organisatorische Aufgaben in der Gremienarbeit - Z.B. faktische Übernahme der Sitzungsleitung

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
124	3.6.2.4.	Obercode	Übernahme der Eigentüerverantwortung	<ul style="list-style-type: none"> - IP / Institution übernimmt faktisch die Eigentüerverantwortung - Gremien nehmen Eigentüerverantwortung nicht wahr
125	3.6.2.5.	Obercode	große Freiheit in fachlichen Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> - Durch IP wahrgenommene großer Freiheit in fachlichen Entscheidungen
126	3.6.2.6.	Obercode	Vorbereitung von Entscheidungen/ Vorlagen/ Positionspapieren	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme der Vorbereitung von Entscheidungen durch IP / Institution - Übernahme der Formulierung von Vorlagen und Positionspapieren für Gremien durch IP / Institution - <i>IP11a: Die können letztendlich nur das Beraten was ihnen auch zur Beratung vorgelegt wird, das heißt also praktisch sieht das so aus, dass ich eine Vorlage für das jeweilige kommunale Gremium schreibe und dann in der Sitzung wird dann auch dieser Fall eben diskutiert. Das ist dieser Standardfall wie im Kommunalwald Entscheidungen herbeigeführt werden.</i>
127	3.6.3.	Unterkategorie	formal rechtlicher/ offizieller Weg	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung des formal rechtlichen Weg der Entscheidungsfindung und den entsprechenden Entscheidungsstationen - Beispiele für Entscheidungsfindungsprozesse über den formal rechtlichen Weg <p>Beschreibung des formal rechtlichen Rahmens für die Entscheidungsfindung</p>
128	3.6.3.1.	Obercode	FE als Richtlinie	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung der Forsteinrichtung als hauptbestimmende Rahmenbedingung für IP / Institution
129	3.7.	Kategorie	Wunschvorstellung vs. derzeitige Entscheidungsfindung	<ul style="list-style-type: none"> - wer sollte aus Sicht IP Entscheidungen treffen - Aussagen über die Zufriedenheit mit der vorliegenden Situation
130	3.7.1.	Unterkategorie	Beteiligte Entscheidungsträger	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Entscheidungsträgern, welche stärker eingebunden werden sollten
131	3.7.2.	Unterkategorie	Bewertung der derzeitigen Entscheidungsfindung	<ul style="list-style-type: none"> - Einschätzung der derzeitigen Entscheidungsfindungsprozesse - positive, negative und neutrale Aussagen

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
132	3.7.2.1.	Obercode	Kompetenzverteilung optimieren	<ul style="list-style-type: none"> - Verteilung der Kompetenzen aus Sicht IP optimierbar - Z.B. Pressemitteilungen nicht ausschließlich über Pressestelle
133	3.7.2.2.	Obercode	Unzufrieden	<ul style="list-style-type: none"> - IP unzufrieden mit der derzeitigen Entscheidungsfindung in Kommune
134	3.7.2.3.	Obercode	Entscheidungsmacht bei kommunaler Verwaltung/ Gremium	<ul style="list-style-type: none"> - Zufriedenheit seitens IP mit der derzeitigen Entscheidungsmacht bei kommunaler Verwaltung und Gremien
135	3.7.2.4.	Obercode	Stärkere Orientierung am Bürgerwillen	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkere Orientierung am Bürgerwillen aus Sicht des IP möglich - Stärkere Orientierung am Bürgerwillen aus Sicht des IP wünschenswert
136	3.7.2.5.	Obercode	Beteiligung möglich vs. knappe Ressource	<ul style="list-style-type: none"> - Potential für mehr Beteiligung vorhanden - finanzielle und personelle Ressourcen sind ausgeschöpft - <i>IP14: Also als Förster muss ich sagen, wenn noch zwei, drei mehr mit machen würden, wäre das schöner, aber aus Sicht meiner Verwaltungstätigkeit muss ich ganz ehrlich sagen, so wie es jetzt ist es gut so, weil wir Kommunen wirklich am unteren Personaleinsatz arbeiten um einfach die Kosten zu minimieren und um überhaupt selbständig noch bleiben zu können.</i>
137	3.7.2.6.	Obercode	Zufrieden	<ul style="list-style-type: none"> - grundsätzlich zufrieden - zufrieden aufgrund großer Freiheit - Rahmenbedingungen sind gegeben und darin findet sich Institution gut zurecht - <i>IP13: aber im Großen und Ganzen läuft es eigentlich recht gut mit der Politik und mit den Stadtratsprämien und so weiter und auch der Oberbürgermeister lässt uns eigentlich relativ freien Lauf.</i>
138	3.7.2.7.	Obercode	Zentralisierung der Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> - Zentralisierung der Beteiligung aus Sicht IP wünschenswert mit dem Ziel der Vereinfachung / Umsetzbarkeit Dezentrale

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
139	3.7.2.8	Obercode	Belebung der Zusammenarbeit mit kommunalen Gremien	<ul style="list-style-type: none"> - Belebung der Zusammenarbeit zwischen IP / Institution und kommunalen Gremien aus Sicht des IP wünschenswert - Beschreibung der Zusammenarbeit aus Sicht des IP als nicht ausreichend
140	3.7.2.9.	Obercode	Organisationsform - Wunsch eigenständiger Wirtschaftsbetrieb	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation des Kommunalwalds als Wirtschaftsbetrieb aus Sicht des IP wünschenswert
141	3.7.3.	Unterkategorie	(Forst-) Fachleute als Hauptentscheidungsträger	<ul style="list-style-type: none"> - Primat forstlichen Wissens als wünschenswerte Grundlage der Entscheidungsfindung
142	3.7.4.	Unterkategorie	Städtische Gremien als Hauptentscheidungsträger	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von städtischen Gremien als wünschenswerter Ort der Entscheidungsfindung
143	4.	Schlagwort	Partizipation, Beteiligung	
144	4.1.	Kategorie	Repräsentative Demokratie als Rahmenbedingung	<ul style="list-style-type: none"> - Aussagen über Repräsentative Demokratie als Rahmen der Entscheidungsfindung - Nennung von Vor- und Nachteilen durch den Rahmen der RD für die Entscheidungsfindung
145	4.1.1.	Unterkategorie	Besonderheit Kommunalwald/ öffentliche Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung des Kommunalwalds allgemein als besondere Besitzart bezüglich der Ansprüche an Entscheidungsprozesse - Hervorhebung der Entscheidungen im Kommunalwald als öffentliche Entscheidungen
146	4.1.2.	Unterkategorie	Ressortdenken	<ul style="list-style-type: none"> - Beispiele für stark ressortbezogenes Denken - "enges" Denken
147	4.1.3.	Unterkategorie	Vergleich zu anderen Ressorts	<ul style="list-style-type: none"> - Vergleichende Aussagen über die Beziehung unterschiedlicher Ressorts zu einander - Aussagen über die Gewichtung unterschiedlicher Ressorts im Gemeinderat - Aussagen über unterschiedliche Ressourcenausstattungen in unterschiedlichen Ressorts

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
148	4.1.4.	Unterkategorie	Wahrnehmung der Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> - Aussagen über die Wahrnehmung der Rahmenbedingungen für die Entscheidungsfindung - Bedeutung der Rahmenbedingungen für den Arbeitsalltag
149	4.1.4.1.	Obercode	kein Problem	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung aus Sicht des IP unproblematischer Rahmenbedingungen
150	4.1.4.2.	Obercode	Problem	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung aus Sicht des IP problematischer Rahmenbedingungen
151	4.1.4.2.1.	Code	keine ausreichende Begleitung durch kommunale Gremien	<ul style="list-style-type: none"> - Entscheidungen im Kommunalwald werden aus Sicht IP nicht ausreichend durch kommunale Gremien begleitet
152	4.1.4.2.2.	Code	Fehlendes Fachwissen in kommunalen Gremien	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunale Gremien verfügen aus Sicht des IP nicht über forstliches Fachwissen - Gremien haben wenig Verständnis für forstliche Fragestellungen
153	4.1.4.2.3.	Code	Orientierungslosigkeit bei Zielen/ Bürgerwille	<ul style="list-style-type: none"> - IP / Institution fühlen sich orientierungslos bei der Identifizierung der Ziele der Bürger - IP beschreibt eigene Unwissenheit über den Bürgerwillens
154	4.1.4.2.4.	Code	Wahlbeamten/ Personalrotation/ Politische Konflikte	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von Wahlbeamten und daraus folgender Personalrotation als problematische Rahmenbedingung - Beschreibung wechselnder Zuständigkeiten auf politischer Ebene als problematische Rahmenbedingung
155	4.2.	Kategorie	Rahmenbedingungen, Grundvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von Rahmenbedingungen oder Grundvoraussetzungen die generell gegeben sein müssen, um PP durchführen zu können - neutrale Aussagen, welche eine Zuordnung zu Erfolgsfaktoren oder Hemmnissen nicht zulassen
156	4.2.1.	Unterkategorie	hoher Verwaltungsaufwand	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von hohem Verwaltungsaufwand für die Durchführung PP - Hoher Verwaltungsaufwand nötig für PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
157	4.2.2.	Unterkategorie	Sachlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Sachlichkeit allgemein seitens aller Akteure notwendig für Durchführung von PP - Sachlichkeit in der Diskussion / Gespräch notwendig für PP
158	4.2.3.	Unterkategorie	Personelle Ressource	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von hohem personellen Einsatz für die Durchführung von PP - Vorhandensein personeller Ressource als Grundvoraussetzung für PP
159	4.2.4.	Unterkategorie	Finanzielle Ressource	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von hohem finanziellen Einsatz für die Durchführung von PP - Vorhandensein finanzieller Ressource als Grundvoraussetzung für PP
160	4.2.5.	Unterkategorie	Nutzeridentifikation	<ul style="list-style-type: none"> - Nutzeridentifikation als Grundvoraussetzung für PP - Beschreibung von Schwierigkeiten bei der Nutzeridentifikation für die Zusammenstellung zu beteiligender Akteure
161	4.2.6.	Unterkategorie	Gleichberechtigung	<ul style="list-style-type: none"> - Gleichberechtigung zwischen allen Akteuren als wichtige Rahmenbedingung für PP
162	4.2.7.	Unterkategorie	Fachkompetenz als Voraussetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Forstliche Fachkompetenz bei allen Akteuren als wichtige Rahmenbedingung für PP - Fachkompetenz in relevanten Fragestellungen als wichtige Rahmenbedingung für PP
163	4.2.7.1.	Obercode	spezifische Fachfragen vs. unspezifischer Kreis	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von (möglichen) Schwierigkeiten bei PP durch fachspezifische Fragen, welche einem unspezifischen Teilnehmerkreis gestellt werden
164	4.2.8.	Unterkategorie	Offenheit/ Diskussionsbereitschaft/ Kompromissbereitschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Offenheit für die Teilnahme bei allen Akteuren als wichtige Rahmenbedingung für PP - Diskussionsbereitschaft bei allen Akteuren als wichtige Rahmenbedingung für PP - Kompromissbereitschaft bei allen Akteuren als wichtige Rahmenbedingung für PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
165	4.2.8.1.	Obercode	Ergebnisoffenheit	<ul style="list-style-type: none"> - Ergebnis darf nicht vorbestimmt sein - Teilnehmer am Prozess müssen ergebnisoffen sein
166	4.2.9.	Unterkategorie	Politischer Rückhalt	<ul style="list-style-type: none"> - Politischer Rückhalt für die Durchführung von PP nötig - IP beschreibt Wunsch nach klarem politischen Votum für PP im Kommunalwald
167	4.2.10.	Unterkategorie	Konstante/ verlässliche Partner	<ul style="list-style-type: none"> - Konstanz bei Partnern als wichtige Rahmenbedingung für PP - Verlässliche Partner als wichtige Rahmenbedingung für PP
168	4.2.11.	Unterkategorie	Klare Entscheidungs-grenzen - Umsetzbarkeit/ Gesetzlicher Rahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Definition von Entscheidungsgrenzen als wichtige Rahmenbedingung für PP - Aufzeigen des gesetzlichen Rahmens für zu treffende Entscheidungen als wichtige Rahmenbedingung für PP
169	4.2.11.1.	Obercode	Bewirtschaftung muss berücksichtigt werden	<ul style="list-style-type: none"> - Fachliche Entscheidungen müssen respektiert werden bei PP - Bsp. Bewirtschaftung darf nicht beeinträchtigt werden
170	4.2.12.	Unterkategorie	Erfolgsfaktoren	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von Faktoren, die PP positiv beeinflussen - konkrete Beispiele für Faktoren, die PP positiv beeinflussen
171	4.2.12.1	Obercode	Multiplikatoren	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung der Beteiligung von Multiplikatoren als Erfolgsfaktor für PP
172	4.2.12.2.	Obercode	Vertrauen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Vertrauen zwischen den Akteuren als Erfolgsfaktor für PP
173	4.2.12.3.	Obercode	Gute Informationslage	<ul style="list-style-type: none"> - Guter Informationsfluss und Informationsaustausch zwischen allen Akteuren als Erfolgsfaktor für PP
174	4.2.12.4	Obercode	Personalialia	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammensetzung und Persönlichkeit der Akteure als ausschlaggebend für Erfolg von PP
175	4.2.12.5.	Obercode	Konsensuales Ergebnis	<ul style="list-style-type: none"> - Konsensuale Ergebnisse als Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Entscheidungen aus PP
176	4.2.12.6.	Obercode	ähnliche Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - Ähnliche Ziele bei den beteiligten Akteuren als Erfolgsfaktor für PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
177	4.2.13.	Unterkategorie	Schwierigkeiten / Hemmnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Benennung von Faktoren, welche PP negativ beeinflussen - konkrete Beispiele für Faktoren, welche PP negativ beeinflussen
178	4.2.13.1.	Obercode	Querulanten / Mecker-Bürger	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von stets unzufriedenen, meckernden Akteuren - Beschreibung von Situationen in denen Akteure sich aus Sicht des IP immer nur beschweren
179	4.2.13.2.	Obercode	Inkonstanz	<ul style="list-style-type: none"> - Inkonstanz bei den Akteuren als Hemmnis für PP - Beschreibung von Schwierigkeiten durch häufig wechselnde Partner
180	4.2.13.3.	Obercode	Keine Schwierigkeiten verursachen	<ul style="list-style-type: none"> - Furcht vor Schwierigkeiten welche durch PP entstehen können als Hemmnis für die Durchführung
181	4.2.13.4.	Obercode	Hoher Zeitaufwand/ Langwierigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Nennung von hohem Zeitaufwand als Schwierigkeit bei PP
182	4.2.13.4.1.	Code	hoher Zeitaufwand	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von hohem Zeitaufwand als Hemmnis für die Durchführung von PP - Furcht vor langwierigen Prozessen als Hemmnis für die Durchführung von PP
183	4.2.13.5.	Obercode	Inflexibilität der Entscheidungsträger/ rechtliche Struktur	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der Inflexibilität der Entscheidungsträger durch rechtliche Strukturen als Schwierigkeit für die Durchführung von PP
184	3.2.13.6.	Obercode	pluralistische Interessen/ große Gruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von Pluralität der Akteursinteressen als Schwierigkeit für die Durchführung von PP - Beschreibung von Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit großen Gruppen - Furcht vor Schwierigkeiten durch das Arbeiten mit großen Gruppen als Hemmnis zur Durchführung von PP
185	3.2.13.7.	Obercode	Fehlendes Interesse bei den Akteuren	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemein Beschreibung von Fehlendem Interesse bei Akteuren zur Teilnahme an PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
186	3.2.13.7.1.	Code	Partizipationsmüdigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von Partizipationsmüdigkeit bei den unterschiedlichen Akteuren - Beschreiben von Desinteresse bei zu beteiligenden Akteuren bezüglich einer Teilnahme an PP - sowohl allgemeine Äußerungen als auch Nennung konkreter Sachverhalte oder Beispiele
187	3.2.13.8.	Obercode	Nichtanerkennen des Rahmens	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibungen von Schwierigkeiten welche durch das Nichtanerkennen des vorgegebenen Rahmens für die Entscheidung seitens Akteuren entstehen
188	4.3.	Kategorie	Beispiele, Erfahrungen	<ul style="list-style-type: none"> - konkrete Beispiele für PP - Konkrete Erfahrungen, welche am Beispiel erläutert werden, die mit PP gemacht wurden
189	4.3.1.	Unterkategorie	Negativbeispiel	<ul style="list-style-type: none"> - konkrete Beispiele für PP, welche nicht zielführend oder erfolgreich waren - negative Wertung seitens des IP enthalten
190	4.4.	Kategorie	Akteure der Partizipation	<ul style="list-style-type: none"> - Kategorie - Sammlung genannter Akteure - Nennung in konkreten Beispielen - allgemeine Nennungen oder Auflistungen
191	4.4.1.	Unterkategorie	andere Kommunen/ Landkreistage	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von angrenzenden Kommunen als Akteure der PP - Nennung der Landkreistage als Akteure der PP
192	4.4.2.	Unterkategorie	Biosphärenreservate / Naturparke	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Schutzgebieten unterschiedlicher Art als Akteure der PP
193	4.4.3.	Unterkategorie	Bürgerinitiativen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Bürgerinitiativen zu bestimmten Themenstellungen - keine eingetragenen Vereine - positive und negative Nennungen möglich

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
194	4.4.4.	Unterkategorie	Einzelpersonen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Privatpersonen als Akteure - Nennung von Einzelpersonen sowohl in privater Funktion als auch in Doppelfunktion. Z.B. ebenfalls Mitglied in einem Verband / Verein. - Positive und negative Nennungen
195	4.4.5.	Unterkategorie	Ortschaftsräte/ Ortschafts-parlamente	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von kommunalpolitisch verankerten und organisierten Ortschaftsräten / Ortschaftsparlamenten
196	4.4.6.	Unterkategorie	Privatwirtschaftliche Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung privatwirtschaftlicher Akteure als Teilnehmer an PP - positive und negative Nennungen möglich
197	4.4.7.	Unterkategorie	Religiöse Gemeinschaften	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung unterschiedlicher religiöser Gruppierungen als Akteure der PP
198	4.4.8.	Unterkategorie	Sonstige	<ul style="list-style-type: none"> - Sammlung von Akteuren der PP, welche <u>nicht</u> in eine andere Unterkategorie zugeordnet werden können - Nicht ausreichende Definierung des Akteurs für Zuordnung in andere Unterkategorie
199	4.4.9.	Unterkategorie	Verbände/ Vereine	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von eingetragenen Vereinen und Verbänden - Bürgervereine sind inkludiert - positive und negative Nennungen möglich
200	4.4.9.1.	Obercode	Tourismus	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung unterschiedlicher Tourismusverbände als Akteure der PP
201	4.4.9.2.	Obercode	Tierschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung unterschiedlicher Tierschutzverbände als Akteure der PP
202	4.4.9.3.	Obercode	Waldbesitzer	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung unterschiedlicher Waldbesitzverbände / -Vereine als Akteure der PP
203	4.4.9.4.	Obercode	Interessen/ Bürgervereine	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung unterschiedlicher Interessen- oder Bürgervereine als Akteure der PP
204	4.4.9.5.	Obercode	Erholung/ Sport	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung unterschiedlicher Sportvereine als Akteure der PP - Nennung unterschiedlicher Vereine aus dem Bereich Erholungsnutzung als Akteure der PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
205	4.4.9.6.	Obercode	Jagd	- Nennung unterschiedlicher Jagdverbände als Akteure der PP
206	4.4.9.7.	Obercode	Naturschutz	- Nennung unterschiedlicher Naturschutzverbände als Akteure der PP
207	4.4.10.	Unterkategorie	wichtige außerforstliche Einheiten	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von außerforstlichen Verwaltungseinheiten als Akteuren der PP - Organisationseinheiten der kommunalen Verwaltungsebene und der Landkreisebene - Nennung als Partner oder zu Beteiligende - Überschneidungen zu den Stationen der ENTSCHEIDUNGSFINDUNG möglich
208	4.4.10.1.	Obercode	Liegenschaftsämter	- Nennung von Liegenschaftsämtern als Akteure der PP
209	4.4.10.2	Obercode	Personalrat	- Nennung des Personalrats als Akteur der PP
210	4.4.10.3.	Obercode	sonst. kommunalen Ämter	- Nennung sonstiger Ämter auf kommunaler Ebene als Akteure der PP
211	4.4.10.4.	Obercode	Naturschutzbe-hörden/ Ämter f. Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Naturschutzbehörden als Akteure der PP - Nennung von Ämtern für Naturschutz als Akteure der PP
212	4.4.10.5.	Obercode	kommunale Planungsämter	- Nennung von Planungsämtern auf kommunaler Ebene als Akteure der PP
213	4.4.10.6.	Obercode	Themen	- Themen, welche mit anderen außerforstlichen Verwaltungseinheiten im Rahmen von PP behandelt werden
214	4.5.	Kategorie	eigene Definition	- Definition des IP des Begriffs Partizipation
215	4.5.1.	Unterkategorie	freiwillige Partizipation	- Überschneidungen von Aspekten der freiwilligen Partizipation nach Untersuchungsdefinition in der Definition des IP
216	4.5.2.	Unterkategorie	Gesetzlich verankerte Partizipation	- Überschneidungen von Aspekten der gesetzlich verankerten Partizipation nach Untersuchungsdefinition mit der Definition des IP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
217	4.5.3.	Unterkategorie	Partizipative Planung	- Definition des IP zum Begriff Partizipative Planung
218	4.6.	Kategorie	Ergebnisse	- Informationen zu Ergebnissen von Partizipationsprozessen (am konkreten Beispiel und Allgemein) - Informationen zur Einschätzung von Ergebnissen - Informationen zur Art von Ergebnissen - Beschreibung von Erfolgen
219	4.7.	Kategorie	Fazit zu PP	- Formulierung eines Fazits zu PP - neutrale Aussagen, d.h. ohne einen direkten Verweis auf Stärken oder Schwächen
220	4.7.1.	Unterkategorie	Schwächen	- Nennung von Schwächen von PP - Beispiele für Schwächen von PP
221	4.7.1.1.	Obercode	Minderheitenpolitik/ Klientelpolitik	- Minderheitenpolitik als Resultat von PP - Klientelpolitik als Resultat von PP
222	4.7.1.2.	Obercode	Zuständigkeiten	- Unklare Zuständigkeiten als Schwachstelle für PP
223	4.7.2.	Unterkategorie	Stärken	- Nennung von Stärken von PP - Beispiele für Stärken von PP
224	4.7.2.1.	Obercode	Stärkung der Region	- Stärkung der Region durch PP
225	4.7.2.2.	Obercode	Arbeit ersparnis/ Kosten ersparnis	- Arbeit ersparnis durch PP. Bspw. weniger Öffentlichkeitsarbeit - Kosten ersparnis durch PP. Bspw. weniger Opportunitätskosten
226	4.7.2.3.	Obercode	neue Perspektiven	- Einbringung neuer Sichtweisen in Entscheidungsprozesse durch PP - Perspektivwechsel durch Diskussion in PP möglich
227	4.7.2.4.	Obercode	Kontinuität/ Dauerhaftigkeit der Entscheidungen	- Ergebnisse von PP aus Sicht IP dauerhafter - Entwicklung von Kontinuität in Entscheidungen aus Sicht IP durch PP möglich
228	4.7.2.5.	Obercode	politische Durchsetzbarkeit	- Politische Durchsetzbarkeit von Entscheidungen aus Sicht IP nach PP leichter

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
229	4.7.2.6.	Obercode	Integration gesellschaftlicher Wünsche/ Akzeptanz	<ul style="list-style-type: none"> - PP als Instrument der Integration des Bürgerwillens - Akzeptanz der Entscheidungen nach PP größer als ohne PP
230	4.8.	Kategorie	Initiative zu Prozess	<ul style="list-style-type: none"> - Informationen über die Initiatoren von PP - Nennung konkreter Beispiele, welche Aufschluss über die Initiatoren für diese konkreten PP geben
231	4.9.	Kategorie	Kommunikatoren	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunikatoren als Schlüsselfiguren für Partizipationsprozesse
232	4.10.	Kategorie	Motivation/ Gründe für Prozesse	<ul style="list-style-type: none"> - Informationen über die Motivation PP zu initiieren - Motivation von Personen an PP teilzunehmen - allgemeine Gründe, die zu PP führen oder führten
233	4.10.1.	Unterkategorie	Transparenz	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Transparenz als Motivation - Beschreibung des Schaffens von Transparenz als Motivation
234	4.10.2.	Unterkategorie	Weitergehendes Fachwissen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Fachwissen von Akteuren als Motivation - Beschreibung der Integration von Fachwissen von Akteuren als Motivation
235	4.10.3.	Unterkategorie	Konfliktvermeidung	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Konfliktvermeidung zwischen Akteur und Ausrichter als Motivation - Nennung von Konfliktvermeidung zwischen Akteuren als Motivation - Beschreibung von Konfliktvermeidung als Motivation
236	4.10.4.	Unterkategorie	Ausrichten am Gemeindewillen/ Dienstleistungs-kommune	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung einer Ausrichtung am Gemeindewillen als Motivation - Nennung der Erfüllung der Aufgabeneiner Dienstleistungskommune als Motivation - Beschreibung des Ausrichtens am Gemeindewillen als Motivation - Beschreibung von Aufgaben einer Dienstleistungskommune als Motivation

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
237	4.10.5	Unterkategorie	Akzeptanz/ Rückhalt	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung der Akzeptanz von Entscheidungen seitens der Bevölkerung als Motivation - Nennung der Akzeptanz von Entscheidungen seitens Akteuren Konfliktvermeidung als Motivation - Beschreibung von Akzeptanz der Entscheidungen als Motivation - Nennung oder Beschreibung von Rückhalt für das Wirken der Ausrichter in der Bevölkerung oder bei den Akteuren als Motivation
238	4.10.6.	Unterkategorie	Effizienzsteigerung/ Gesamtnutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von Effizienzsteigerung als Motivation - Nennung oder Beschreibung von einer Erhöhung des Gesamtnutzens des Kommunalwaldes durch den Einfluss aus PP als Motivation
239	4.10.7.	Unterkategorie	Arbeitserleichterung	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von Arbeitserleichterungen für den Ausrichter, welche durch PP erreicht werden als Motivation - Nennung oder Beschreibung des Gefühls einer Arbeitserleichterung für den Ausrichter durch PP als Motivation
240	4.10.8.	Unterkategorie	Freude an Prozessen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Freude an PP seitens der Ausrichter als Motivation
241	4.10.9.	Unterkategorie	Bildung dauerhafter Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von Bildung dauerhafter Kooperationen mit Akteuren, Verbänden, Vereinen o.Ä. als Motivation
242	4.10.10.	Unterkategorie	Aufforderung Dritter	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von Aufforderungen Dritter als Motivation

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
243	4.10.11.	Unterkategorie	Finanzielle Gründe/ wirtschaftlicher Vorteil	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von finanzieller Ressourcenknappheit als Grund für PP - Nennung oder Beschreibung von wirtschaftlichen Vorteilen innerhalb und außerhalb (Fördermittel) des Kommunalhaushaltes als Motivation
244	4.11.	Kategorie	persönliche/ institutionelle Einstellung zu PP	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der generellen Grundeinstellung zu PP aus persönlicher Sicht des IP - Beschreibung der generellen Grundeinstellung zu PP aus institutioneller Sicht
245	4.11.1.	Unterkategorie	Persönliche Einstellung zu PP	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der generellen Grundeinstellung zu PP aus persönlicher Sicht des IP
246	4.11.1.1.	Obercode	Strategisches Instrument	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung des Einsatzes von PP als strategisches Instrument zu Erleichterung des Arbeitsalltags oder zum Erreichen von Zielen
247	4.11.1.2.	Obercode	Zusätzliche Arbeitsbelastung	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von PP als zusätzliche Arbeitsbelastung
248	4.11.1.3.	Obercode	Ineffektives Instrument	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung von PP als ineffektives Entscheidungsinstrument
249	4.11.1.3.1.	Code	Notwendig, aber nicht zielführend	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von PP als notwendiges, aber nicht zielführendes Entscheidungsinstrument
250	4.11.1.4.	Code	Zeiger für Unzufriedenheit	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung oder Beschreibung des Vorhandenseins von PP als Zeiger von Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung oder der Akteure mit derzeitiger Entscheidungsfindung
251	4.11.1.5.	Code	Positiv	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine, nicht weiter spezifizierte positive Beschreibungen der eigenen Einstellung zu PP
252	4.11.2.	Unterkategorie	Stellenwert in der Institution	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der generellen Grundeinstellung zu PP aus institutioneller Sicht
253	4.11.2.1.	Obercode	Kooperativer Führungsstil	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung eines kooperativen Führungsstils als Grundsatz in der Institution

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
254	4.11.2.2.	Obercode	Keine strukturierte kooperative Beteiligungsstruktur	- Explizite Nennung eines Nicht-Vorhandenseins einer generellen kooperativen Beteiligungsstruktur in der Institution
255	4.11.2.3.	Obercode	Handlungsgrundsatz / Ausrichten am Gemeinwohl	- Nennung oder Beschreibung von Partizipation als allgemeiner Handlungsgrundsatz in der Institution - Nennung des Ausrichtens des Handelns an der Steigerung des Gemeinwohls als Grundsatz der Institution
256	4.11.2.3.1.	Code	Tagesgeschäft	- Nennung von PP als Tagesgeschäft
257	4.11.1.5.	Obercode	Normalfall/ Notwendige Vorgehensweise	- Nennung oder Beschreibung von PP als Normalfall - Nennung oder Beschreibung von PP als notwendige Vorgehensweise
258	4.12.	Kategorie	Potentielle Akteure für PP	- Nennung von Akteuren, welche wünschenswerter Weise aus Sicht des IP an Entscheidungen beteiligt werden sollten
259	4.12.1.	Unterkategorie	Begründungen	- Gründe für die Auswahl der Wunschakteure
260	4.12.2.	Unterkategorie	Bürger	- Nennung von Bürgern als Wunschakteure für PP
261	4.12.2.1.	Obercode	Kompetente Bürger	- Nennung von kompetenten Bürgern als Wunschakteure für PP
262	4.12.3.	Unterkategorie	Fachleute	- Nennung von Fachleuten als Wunschakteure für PP
263	4.12.4.	Unterkategorie	freiwillige Gremien	- Allgemeine Nennung von freiwilligen Gremien als Wunschakteure für PP
264	4.12.4.1.	Obercode	negierend	- Freiwillige Gremien nicht als Akteur für PP denkbar
265	4.12.5.	Unterkategorie	Jagd	- Nennung von Vertretern der Jägerschaft als Wunschakteure für PP
266	4.12.6	Unterkategorie	Landratsamt	- Nennung des Landratsamt als Wunschakteur für PP
267	4.12.7.	Unterkategorie	Mitarbeiter der eigenen Einheit	- Nennung von Mitarbeitern der eigenen Institution als Wunschakteure für PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
268	4.12.8.	Unterkategorie	Multiplikatoren	- Nennung von Multiplikatoren als Wunschakteure für PP
269	4.12.9.	Unterkategorie	Niemand	- Keine Wunschakteure vorhanden - Zufriedenheit mit aktueller Situation
270	4.12.10.	Unterkategorie	Ortschaftsräte/ Gemeinden	- Nennung von Ortschaftsräten als Wunschakteure für PP - Nennung von Anspruchsgemeinden als Wunschakteure für PP
271	4.12.11.	Unterkategorie	Parteivertreter	- Nennung von Parteivertretern als Wunschakteure für PP
272	4.12.12.	Unterkategorie	Tourismus	- Nennung von Vertretern des Tourismus als Wunschakteure für PP
273	4.13.	Kategorie	Stellenwert in der Institution	- Beschreibung des Stellenwerts der Partizipation in der Institution einnimmt - arbeitsphilosophische Ebene - Partizipation als Teil des institutionellen Leitbildes
274	4.13.1.	Unterkategorie	kooperativer Führungsstil	- Allgemeine Anwendung eines kooperativen Führungsstils in Institution
275	4.13.2.	Unterkategorie	keine strukturierte kooperative Beteiligungskultur	- Keine strukturierte kooperative Beteiligungskultur in Institution - Einzelne PP möglich, aber keine gezielte Anwendung
276	4.13.3.	Unterkategorie	Handlungsgrundsatz/ Ausrichten am Gemeinwohl	- PP als allgemeiner Handlungsgrundsatz der Institution - Ausrichtung der Kommunalwaldbewirtschaftung am Gemeinwohl als Handlungsgrundsatz der Institution
277	4.13.3.1.	Obercode	Tagesgeschäft	- Benennung von Partizipation als tägliche Aufgabe
278	4.13.4	Unterkategorie	Normalfall/ Notwendige Vorgehensweise	- Beschreibung von PP als notwendige Vorgehensweise für Institution - PP als Normalfall in der Entscheidungsfindung
279	4.14.	Kategorie	Themen/ Inhalte PP	- Sammlung aller Aussagen zu möglichen und unmöglichen Inhalten von PP aus Sicht des IP - Sowohl Nennungen von realen als auch potentiellen PP
280	4.14.1.	Unterkategorie	angewandte	- Beschreibung von Inhalten / Themen, welche bereits im Rahmen von PP behandelt wurden - allgemeine Themennennungen und konkrete Beispiele

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
281	4.14.1.1.	Obercode	Waldpädagogik/ Schulwald	<ul style="list-style-type: none"> - Waldpädagogik als Thema von PP - Schulwald als Thema von PP
282	4.14.1.2.	Obercode	Prozess Aufgabenkritik	<ul style="list-style-type: none"> - Prozess der Aufgabenkritik als Thema von PP
283	4.14.1.3.	Obercode	Zertifizierung	<ul style="list-style-type: none"> - Zertifizierung als Thema von PP
284	4.14.1.4.	Obercode	Begleitung von Hiebsmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Begleitung von Hiebsmaßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit als Thema von PP
285	4.14.1.5.	Obercode	Brennholz	<ul style="list-style-type: none"> - Brennholz als Thema von PP
286	4.14.1.6.	Obercode	Freizeit-/ Erholungsnutzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gestaltung, Planung, etc. von Freizeitnutzung als Thema von PP - Gestaltung und Planung von Erholungseinrichtungen als Thema von PP - Erholungsnutzung als Thema von PP
287	4.14.1.7.	Obercode	Waldbewirtschaftung - Waldbau	<ul style="list-style-type: none"> - Waldbewirtschaftung als Thema von PP - Waldbau als Thema von PP
288	4.14.1.8.	Obercode	Waldbewirtschaftung - Naturschutz (Hinweise)	<ul style="list-style-type: none"> - Hinweise von Experten auf naturschutzfachliche Besonderheiten im Wald als Form von PP
289	4.14.1.9.	Obercode	Grundsatzentscheidungen - ökonomische, soziale Konsequenzen	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsatzentscheidungen als Gegenstand von PP - Ökonomische Entscheidungen - Entscheidungen mit Konsequenzen für soziale Funktion des Waldes als Gegenstand von PP
290	4.14.1.10.	Obercode	keine	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Anwendung von PP
291	4.14.2.	Unterkategorie	mögliche	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von potentiellen Inhalten / Themen, welche im Rahmen von PP behandelt werden könnten
292	4.14.2.1.	Obercode	Grundsatzentscheidungen - ökonomische, soziale Konsequenzen	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsatzentscheidungen als möglicher Gegenstand von PP - Ökonomische Entscheidungen - Entscheidungen mit Konsequenzen für soziale Funktion des Waldes als möglicher Gegenstand von PP
293	4.14.2.2.	Obercode	Organisationsformenwahl	<ul style="list-style-type: none"> - Wahl der Organisationsform für Institution als möglicher Gegenstand von PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
294	4.14.2.3	Obercode	Waldbewirtschaftung - Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Hinweise von Experten auf naturschutzfachliche Besonderheiten im Wald als mögliche Form von PP - Naturschutzfachlichen Fragen als mögliches Thema für PP
295	4.14.2.4.	Obercode	Freizeit-/ Erholungsnutzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gestaltung, Planung, etc. von Freizeitnutzung als mögliches Thema für PP - Gestaltung und Planung von Erholungseinrichtungen als mögliches Thema für PP - Erholungsnutzung als mögliches Thema für PP
296	4.14.2.5.	Obercode	keine Einschränkung	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Einschränkung von möglichen Themenbereichen für PP - Prinzipiell alle Themen für PP möglich
297	4.14.2.6.	Obercode	Betriebskonzept - Baumartenwahl	<ul style="list-style-type: none"> - Betriebliche Konzepte als mögliche Themen für PP - Baumartenwahl als mögliches Thema für PP
298	4.14.3	Unterkategorie	nicht angewandte	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung von Themen die nicht mit PP bearbeitet werden - sowohl allgemeine Aussagen als auch konkrete Beispiele
299	4.14.3.1.	Obercode	Waldbewirtschaftung/ FE	<ul style="list-style-type: none"> - Waldbewirtschaftung als mögliches Thema für PP
300	4.14.4.	Unterkategorie	Nicht mögliche	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Themen, welche unmöglich im Rahmen von PP behandelt werden können
301	4.14.4.1.	Obercode	schnelle Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> - Schnelle Entscheidungen unmöglich für PP
302	4.14.4.2.	Obercode	Tagesgeschäft/ Holzverkauf	<ul style="list-style-type: none"> - Tagesgeschäft unmöglich als Thema für PP - Holzverkauf unmöglich als Thema für PP
303	4.14.4.3.	Obercode	Betriebsinterna/ Personalentscheidungen/ Finanzen	<ul style="list-style-type: none"> - Betriebsinterna unmöglich als Thema für PP - Personalentscheidungen unmöglich als Thema für PP - Finanzen unmöglich als Thema für PP
304	4.14.4.4.	Obercode	generell keine Einschränkung	<ul style="list-style-type: none"> - Generell keine Einschränkung in Themen für PP
305	4.14.4.5.	Obercode	Waldbewirtschaftung/ Forstbetrieb	<ul style="list-style-type: none"> - Waldbewirtschaftung unmöglich als Thema für PP - Forstbetrieb unmöglich als Thema für PP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
306	4.15.	Kategorie	Verfahren	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Verfahren zur Beteiligung - Beschreibungen angewandter Verfahren
307	4.15.1.	Unterkategorie	Expertenbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> - Beteiligung von Experten zu unterschiedlichen Themenkomplexen
308	4.15.1.1.	Obercode	Förster als Experte	<ul style="list-style-type: none"> - Beispiele für den Einbezug des IP als Experte in PP anderer Akteure
309	4.15.2.	Unterkategorie	Information/ Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Öffentlichkeitsarbeit als Aufgabe - Beschreibungen der unterschiedlichen Ausprägungen von Öffentlichkeitsarbeit - allgemeine und konkrete Beispiele für Öffentlichkeitsarbeit - Wichtung der Aufgabe Öffentlichkeitsarbeit - <i>IP3: und dort wird das in diesen 4 Gremien grundsätzlich vorgestellt und da können dort eventuell noch Änderungen erfolgen. Wenn das dann sozusagen durch ist, wird es dann kommuniziert</i> - <i>IP2: also da informieren wir die Bevölkerung darüber das wir das gemacht haben, aber wir fragen nicht: „Was meint denn Ihr, sollen wir die Buche oder Eiche pflanzen“ wenn beide Baumarten möglich sind. Also diese Entscheidung treffen wir selber ohne dass wir die Bevölkerung fragen, was sie gern für eine Baumart dort hätten.</i>
310	4.15.2.1.	Obercode	Themen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Themen, welche Gegenstand von Informationsverfahren sind - positive und negative Nennungen möglich
311	4.15.3.	Unterkategorie	Delegation	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Delegation als Partizipationsverfahren
312	4.15.4.	Unterkategorie	Beratungen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Beratungen mit einzelnen Akteuren als Verfahren
313	4.15.5.	Unterkategorie	Bürgerbegehren	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Bürgerbegehren als Verfahrenstyp - Beispiele in denen Bürgerbegehren eine Rolle spielten

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
314	4.15.6.	Unterkategorie	Bürgerfragestunden	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Bürgerfragestunden als Verfahrenstyp - Beispiele in denen Bürgerfragestunden eine Rolle spielten
315	4.15.7.	Unterkategorie	Bürgerversammlungen/ Stadtteilkonferenzen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Bürgerversammlungen oder Ähnlichem als Verfahren - Beispiele für das Vorkommen von Bürgerversammlung o. ä.
316	4.15.8.	Unterkategorie	Eingaben/ Beschwerden/ Leserbriefe	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von schriftlichen Eingaben, Beschwerden o.ä. als Verfahren der Beteiligung - konkrete Beispiele für Eingaben, Beschwerden o.ä. - Inhalte von Eingaben, Beschwerden, o.ä. - Positive und negative Nennungen möglich
317	4.15.9.	Unterkategorie	Offene Bürgerbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Prozessen der offenen Bürgerbeteiligung als Verfahren der Entscheidungsfindung - Beispiele für die Durchführung offener Bürgerbeteiligung - Positive und negative Nennungen möglich
318	4.15.10.	Unterkategorie	freiwillige Gremien/ Arbeitsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von freiwilligen Gremien als Verfahren - Beschreibung konkreter freiwilliger Gremien - Beschreibung der Aufgabenbereiche der freiwilligen Gremien - Positive und negative Nennungen möglich
319	4.15.10.1.	Obercode	Runde Tische	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Runden Tischen als Verfahren zur Entscheidungsfindung - konkrete Beispiele für eingerichtete Runde Tische - Beschreibung der Aufgaben und Themen der Runde Tische - Beschreibung des Verfahren der Durchführung - positive und negative Nennungen möglich
320	4.15.10.1.1.	Code	Turnus	<ul style="list-style-type: none"> - Informationen über den Turnus in welchem Runde Tische abgehalten werden
321	4.15.10.2.	Obercode	Mitglieder	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung der Mitglieder von freiwilligen Gremien

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
322	4.15.10.3.	Obercode	Motivation/ Gründe für freiwilliges Gremium	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der Motivation ein freiwilliges Gremium zu bilden - Nennung von Gründen, welche zur Bildung freiwilliger Gremien führte - Informationen zu den Initiatoren freiwilliger Gremien
323	4.15.11.	Unterkategorie	Schriftstück	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Schriftstücken (schriftlich formulierten Zielsetzungen), welche als Grundlage für durch die Institution getroffene Entscheidungen dienen - Beispiele für solche Schriftstücke
324	4.15.11.1.	Obercode	Motivation	<ul style="list-style-type: none"> - Aussagen über die Motivation für die Erstellung dieser Schriftstücke - Aussagen über die Initiatoren zur Erstellung dieser Schriftstücke
325	4.15.11.2.	Obercode	Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung der Inhalte, welche schriftlich fixiert wurden
326	4.15.11.3.	Obercode	Beteiligte an Formulierung	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung der Akteure, welche an der Formulierung beteiligt waren - Nennung der Akteure, welche an dem Verfahren, aber evtl. nicht konkret an der Formulierung beteiligt waren - Beschreibung des Verfahrens der schriftlichen Formulierung
327	4.15.12.	Unterkategorie	Stellungnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Stellungnahmen als Verfahrenstyp - konkrete Beispiele in denen Stellungnahmen eine Rolle spielten
328	4.15.13.	Unterkategorie	Waldbegang	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Waldbegang als Verfahrenstyp - Konkrete Beispiele für Waldbegänge - Einschätzung zu Waldbegängen als Verfahrenstyp durch den IP

Lfd. Nr.	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
329	4.16.	Kategorie	Zeitpunkt PP	<ul style="list-style-type: none"> - Informationen zum Zeitpunkt im Entscheidungsprozess an dem bestimmte Akteure beteiligt werden - Beispiele für Zeitpunkte in Entscheidungsfindungsprozessen an denen Akteure beteiligt wurden
330	5.	Schlagwort	Urban Governance	
331	5.1.	Kategorie	Akteure/ Strukturen	<ul style="list-style-type: none"> - Benennungen von Akteuren in UG Prozessen - Beschreibung von UG Strukturen, Arbeitsgruppen, Kooperationen, etc.
332	5.2.	Kategorie	Bedeutung für kommunalen Forstsektor	<ul style="list-style-type: none"> - Einschätzung der Bedeutung von UG Prozessen für den kommunalen Forstsektor
333	5.3.	Kategorie	Beispiele für UG	<ul style="list-style-type: none"> - konkrete Beispiele für UG Prozesse - Beispiele sowohl aus eigener Erfahrung als auch aus zweiter Hand - keine Eingrenzung des Themenfeldes. Themen außerhalb des Forstsektors sind integriert
334	5.3.1.	Unterkategorie	Beispiele für Anwendung mit Waldbezug	<ul style="list-style-type: none"> - Nennung von Beispielen in denen der Forstsektor in UG Prozesse eingebunden war - Beschreibung der UG Prozesse
335	5.3.2.	Unterkategorie	keine Anwendung mit Waldbezug	<ul style="list-style-type: none"> - Aussagen über eine Nichteinbindung des Forstsektors in UG Prozesse der Kommune
336	5.3.3.	Unterkategorie	keine Anwendung UG	<ul style="list-style-type: none"> - UG Prozesse in der Kommune nicht vorhanden - der IP hat keine Kenntnis über UG Prozesse in der Kommune
337	5.4.	Kategorie	Einschätzung von Potentialen	<ul style="list-style-type: none"> - allgemeine Einschätzung bestehender UG Prozesse - Allgemeine Einschätzung potentieller UG Prozesse oder des Gesamtinstrumentariums
338	5.4.1.	Unterkategorie	keine Potentiale für FoWi	<ul style="list-style-type: none"> - konkrete Beispiele für die keine Möglichkeiten gesehen werden - Ideen für die keine Möglichkeiten gesehen werden

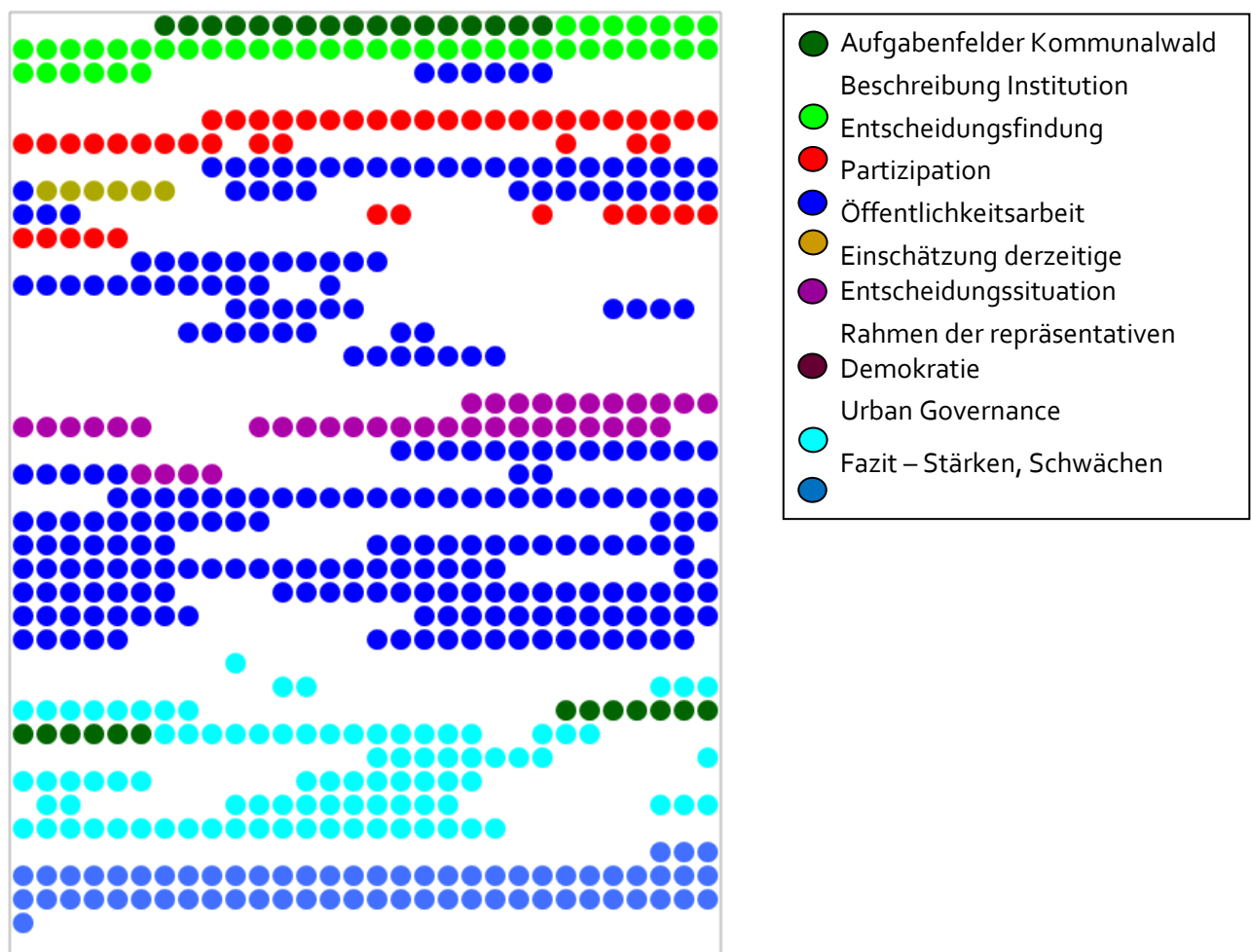
<i>Lfd. Nr.</i>	Code Nr.	Typ	Bezeichnung	Memo / Ankerbeispiel
339	5.4.2.	Unterkategorie	Potentiale/ Möglichkeiten für FoWi	- Einschätzung der Chancen, Potentiale und Möglichkeiten der kommunalen FoWi innerhalb von UG Prozessen
340	5.5.	Kategorie	Gründe/ Motivation für UG Prozesse	- Nennung von Gründen für UG Prozesse
341	5.6.	Kategorie	persönliche Definition	- Definition des Begriffs UG durch den IP
342	5.6.1.	Unterkategorie	keine Begriffskennntnis	- IP hat keine konkrete Begriffsvorstellung von UG

Interview Portraits

Interview 01

- Durchführung 2008
- Mittelstadt, mittlerer/großer Waldbesitz, Sachsen
- Forstbeauftragter in Kommune zur Koordination; Staatliche Beförderung der Waldflächen; Kommunale Forstwirte
- Forstbeirat (beratend)
- Ca. 80 % des Kommunalwaldes auf Gemarkungen anderer Gemeinden; Starke Inanspruchnahme der Flächen durch Tourismus- und Erholungswesen; Übergang in Eigenbetrieb Forstwirtschaft und kommunale Dienste geplant

Gesprächsverlauf Interview 01



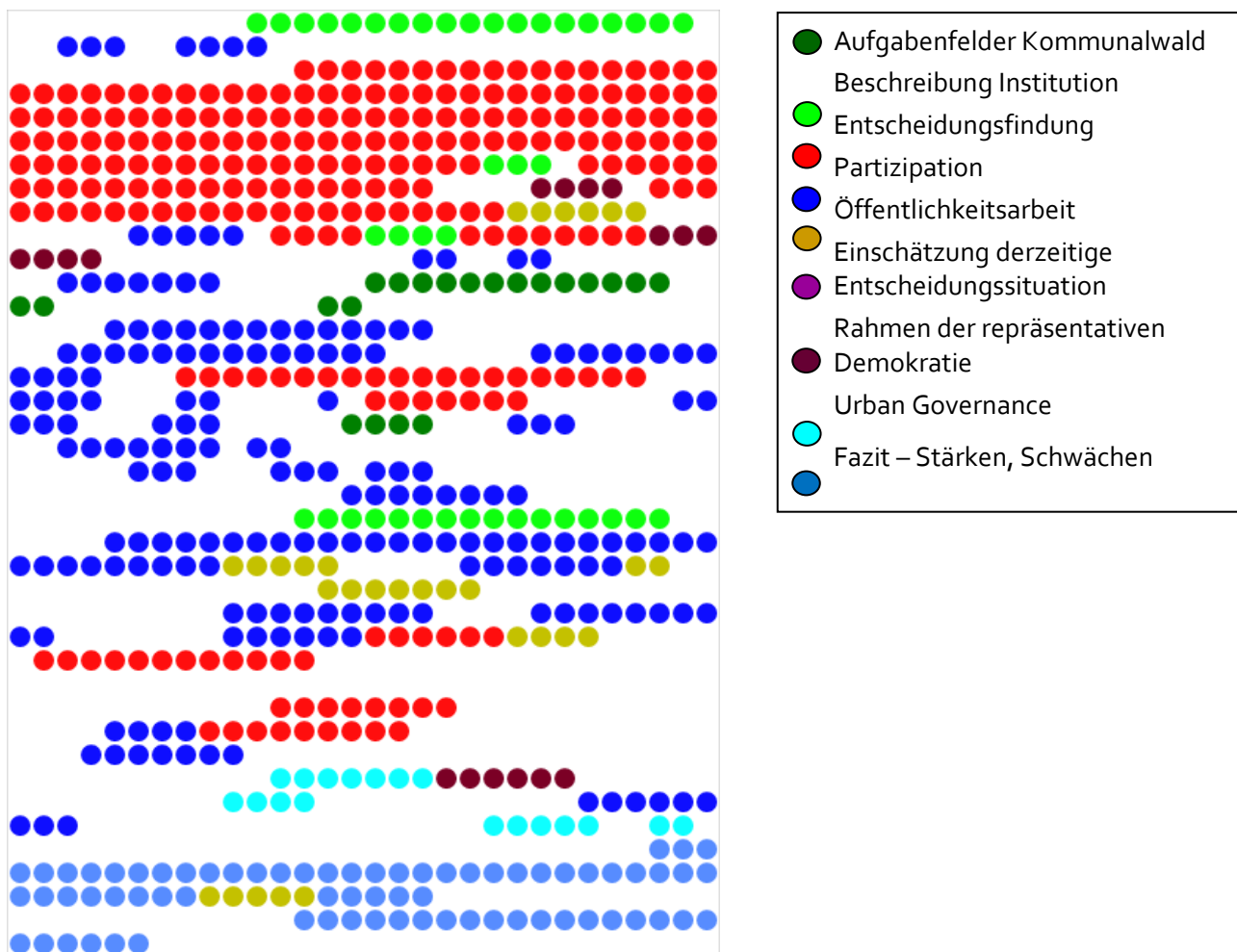
- Gesprächsverlauf entspricht dem Leitfadenaufbau
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist Partizipation gefolgt von Urban Governance

- Informationen teilweise für die Beantwortung der Forschungsfragen nicht verwertbar
- Keine verwertbaren Aussagen über den Rahmen der repräsentativen Demokratie

Interview 02

- Durchführung 2008
- Großstadt, klein/mittlerer Waldbesitz, Sachsen
- Kommunalwald dem Grünflächenamt zugeordnet; Kommunales Forstamt mit zwei Forstrevieren; Kommunale Forstwirte
- Planungs-, Verwaltungs- und Umweltausschuss
- Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben

Gesprächsverlauf Interview 02

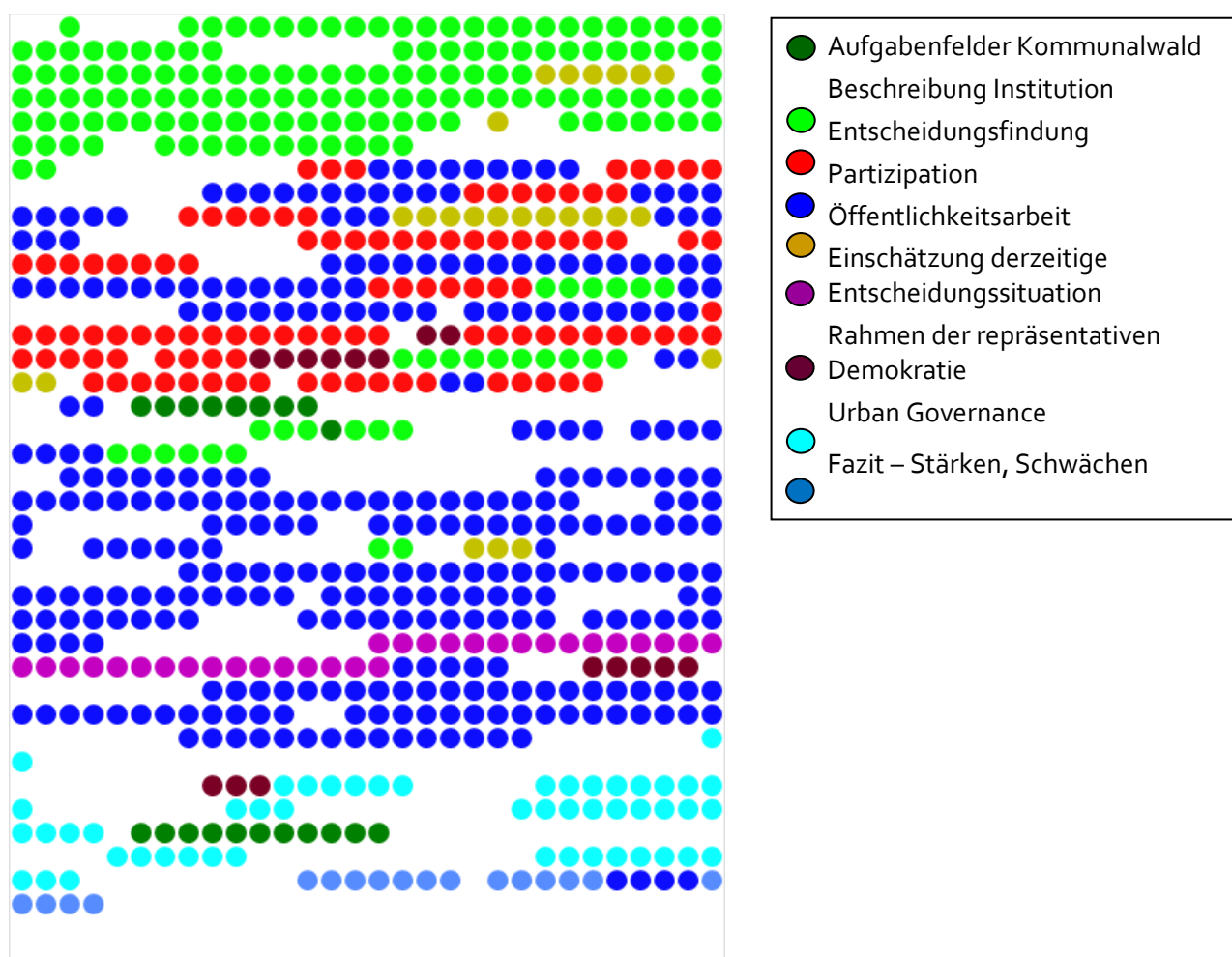


- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Keine verwertbaren Aussagen über die Einschätzung der derzeitigen Entscheidungssituation
- Informationen teilweise für die Beantwortung der Forschungsfragen nicht verwertbar
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist die Entscheidungsfindung, gefolgt von Partizipation
- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit

➤ Interview 03

- Durchführung 2008
- Großstadt > 500.000 EW, großer Waldbesitz, Sachsen
- Kommunalwald Grünflächenamt zugeordnet; Kommunales Forstamt
- Fachausschuss Umwelt; Naturschutzbeirat; Jagdbeirat
- Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben; Untere Jagdbehörde; Wildgehege; Wissenschaftliche Forschung; Schwerpunkt Ökologie; große FFH-Flächen

Gesprächsverlauf Interview 03



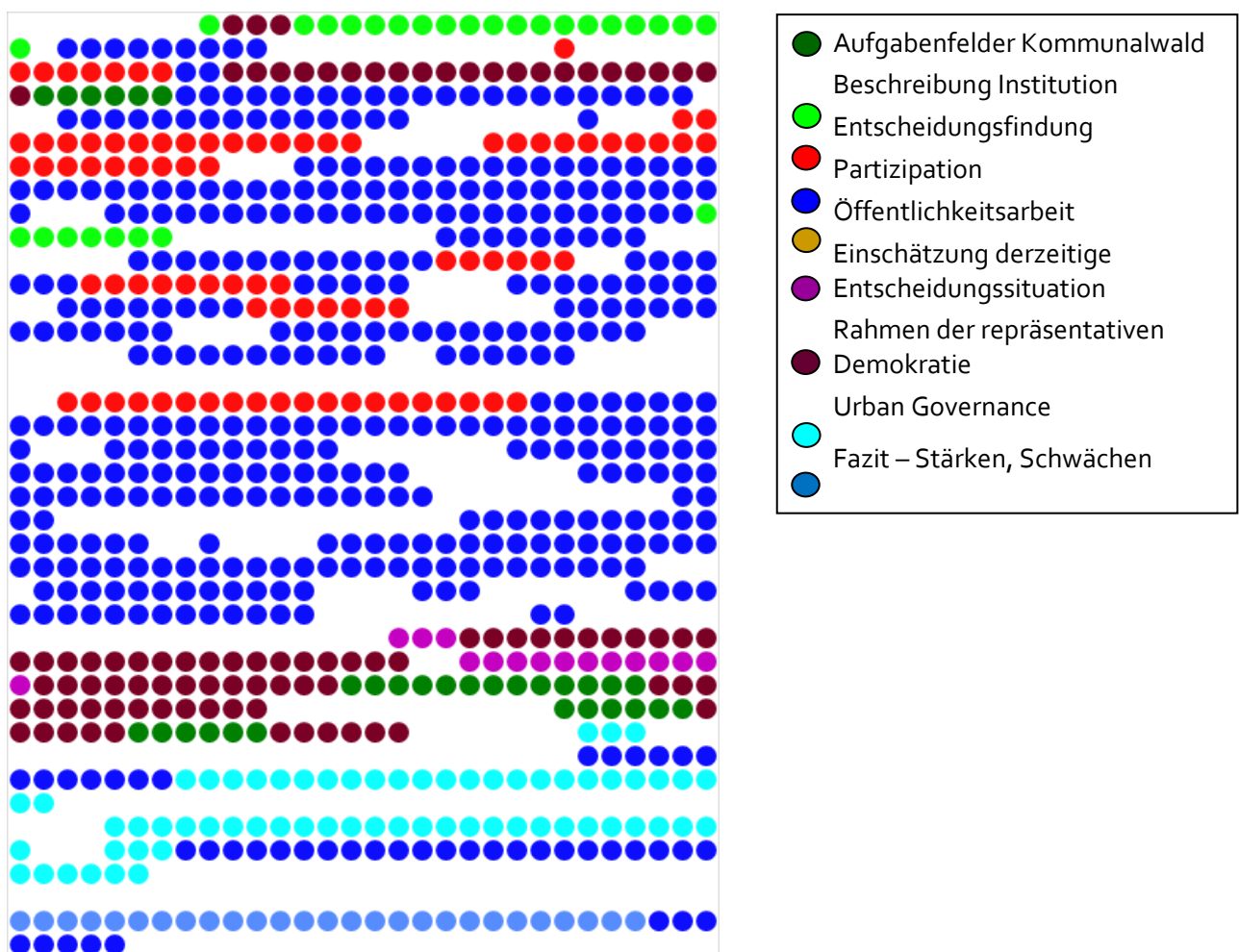
- Gesprächsverlauf entspricht dem Leitfadenaufbau
- Verwertbare Aussagen zu allen Themenkomplexen
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist die Partizipation, gefolgt von einer ausführlichen Darstellung der Institution und ihrer Besonderheiten und Rahmenbedingungen
- Im Gespräch überschneiden sich immer wieder Aussagen zur Entscheidungsfindung mit Aussagen zu Partizipation. Es besteht eine inhaltliche Verknüpfung dieser Bereiche

- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit
- Urban Governance wird als Thema nur wenig behandelt

Interview 04

- Durchführung 2008
- Großstadt < 500.000 EW; Großer Waldbesitz; Baden-Württemberg
- Kommunalwald Dezernat zugeordnet; Selbständiges kommunales Forstamt
- Umweltausschuss; AK Wald
- Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben; Untere Jagdbehörde; Kurpark / Tierpark; Schwerpunkt Ökologie / Erholung

Gesprächsverlauf Interview 04



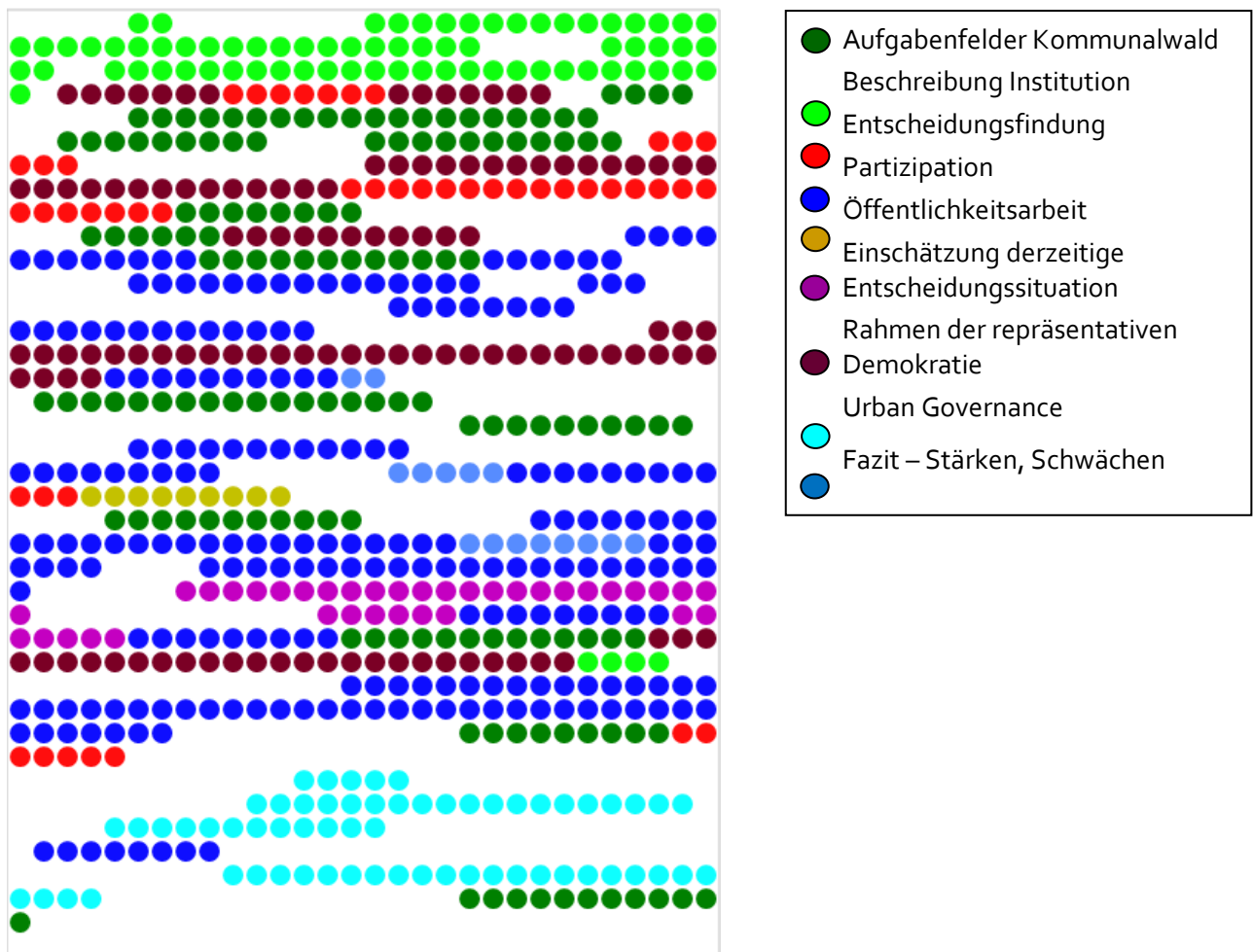
- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Keine verwertbaren Aussagen über Themenkomplex Öffentlichkeitsarbeit
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist die Partizipation
- Im Gespräch überschneiden sich immer wieder Aussagen zur Entscheidungsfindung mit Aussagen zu Partizipation. Es besteht eine inhaltliche Verknüpfung dieser Bereiche

- Der Rahmen der repräsentativen Demokratie wird im Verhältnis zu den übrigen Interviews intensiv thematisiert
- Urban Governance wird als Thema nur wenig behandelt

Interview 05

- Durchführung 2008
- Kommunaler Spitzenverband
- Vertritt 20000 waldbesitzende Kommunen; Forstwirtschaft als gleichgeordnetes Themenfeld im Verband

Gesprächsverlauf Interview 05

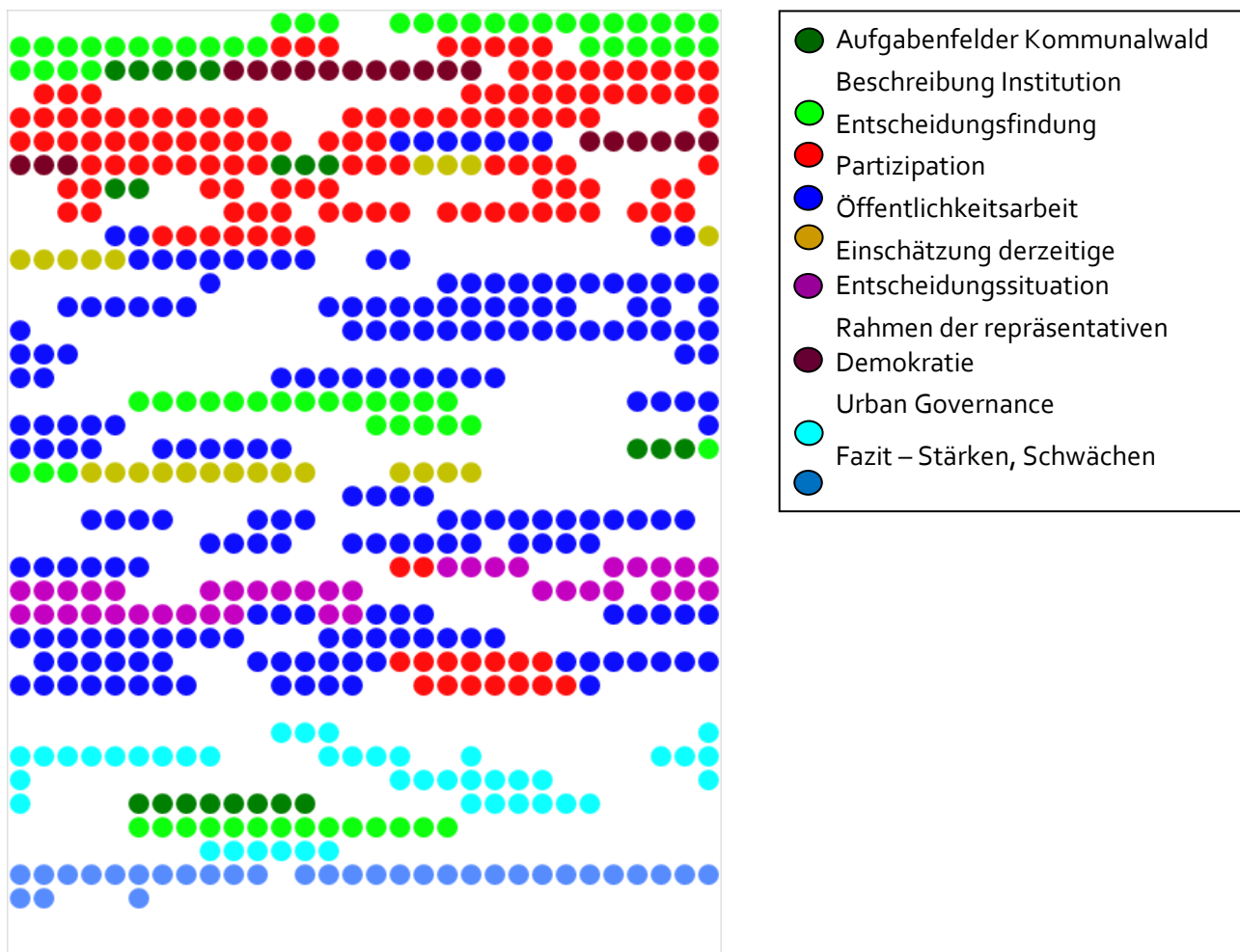


- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Verwertbaren Aussagen zu allen Themenkomplexen
- Kein eindeutiger Hauptgegenstandsbereich erkennbar. Starke inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Themenkomplexe
- Der Rahmen der repräsentativen Demokratie wird im Verhältnis zu den übrigen Interviews intensiv thematisiert
- Urban Governance wird als Thema nur wenig behandelt

Interview o6

- Durchführung 2008
- Großstadt < 500.000 EW; Großer Waldbesitz; Schleswig-Holstein
- Kommunalwald ist eigener Fachbereich; Kommunaler Forstbetrieb; vier kommunale Forstreviere
- Umweltausschuss
- Keine behördlichen Aufgaben; Schwerpunkt Schutz- / Erholungsfunktion

Gesprächsverlauf Interview o6

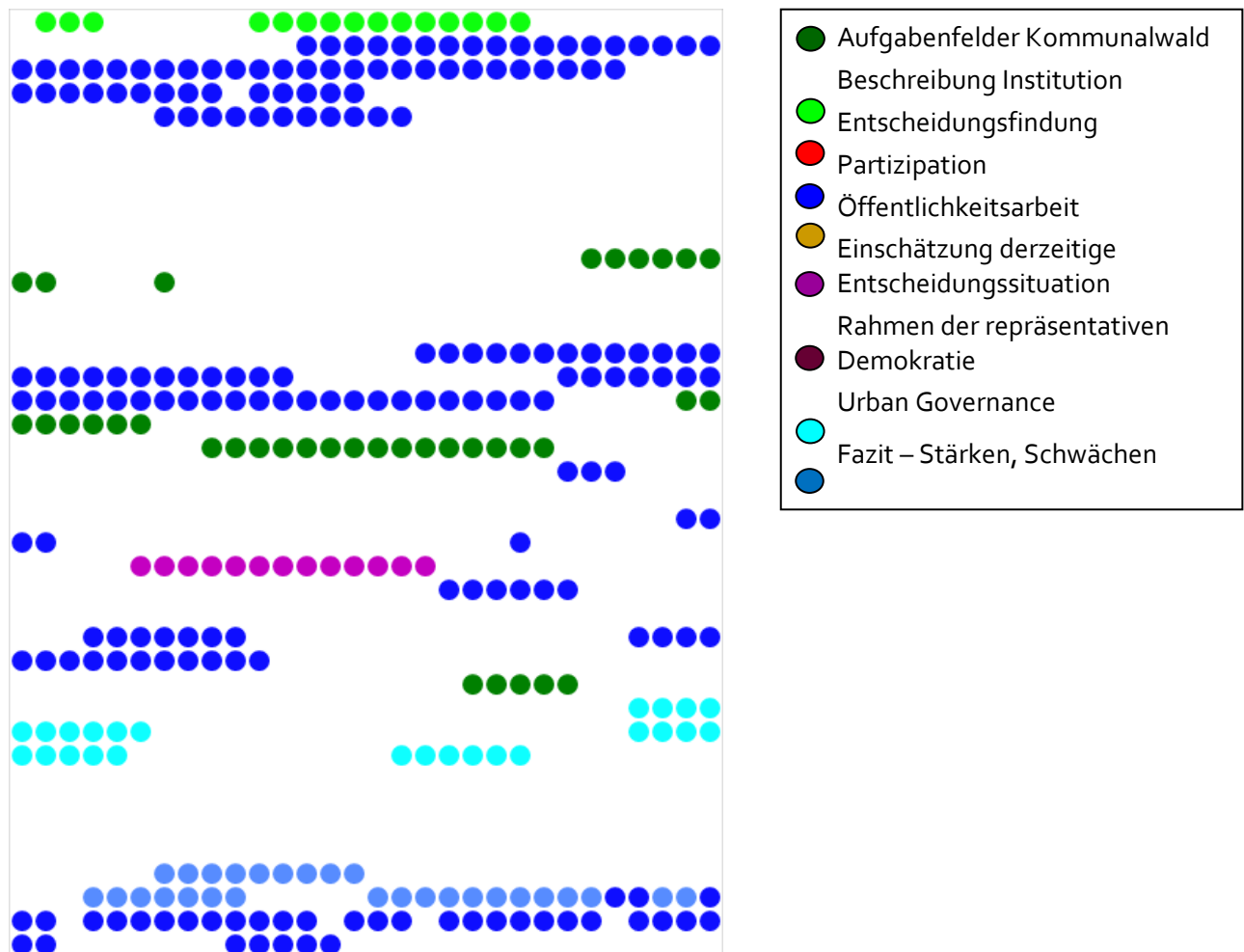


- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Verwertbare Aussagen zu Themenkomplexen
- Informationen teilweise für die Beantwortung der Forschungsfragen nicht verwertbar
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews sind Entscheidungsfindung und Partizipation
- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit
- Urban Governance wird als Thema nur wenig behandelt

Interview 07

- Durchführung 2008
- Landesministerium; Referat für forstliche Planung, Umsetzung FFH-Gebiete, Biodiversität im Wald, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung; Nordrhein-Westfalen
- Übernahme von konzeptionell programmatischen Aufgaben für den Kommunalwald

Gesprächsverlauf Interview 07:

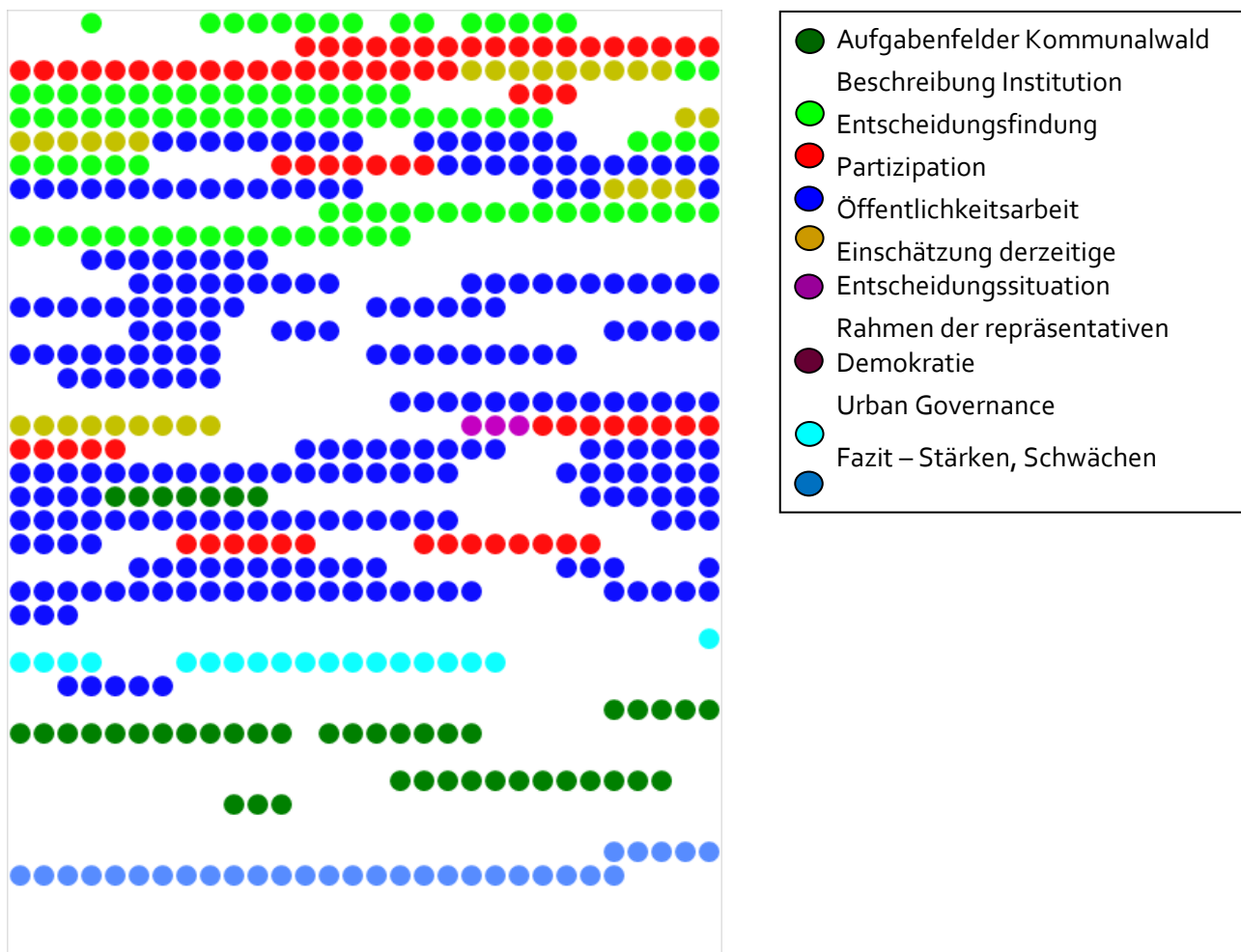


- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Verwertbaren Aussagen nur zu einigen Themenkomplexen des Leitfadens
- Informationen nur in geringem Umfang für die Beantwortung der Forschungsfragen verwertbar
- Hauptgegenstandsbereich ist Partizipation.
- Urban Governance wird als Thema nur wenig behandelt

Interview o8

- Durchführung 2008
- Großstadt < 500.000 EW; Klein / mittlerer Waldbesitz; Nordrhein-Westfalen
- Eigenständiges kommunales Forstamt; vier kommunale Forstreviere; Gleichzeitig Geschäftsführung Forstbetriebsverband
- Umweltausschuss; Bezirksvertretungen
- Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben; Untere Jagdbehörde; Schwerpunkt Erholungsnutzung; Forstwirtschaft im Ballungsgebiet; Kommunalwald teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden; Übernahme der Beförderung von privatem Waldbesitz

Gesprächsverlauf Interview o8



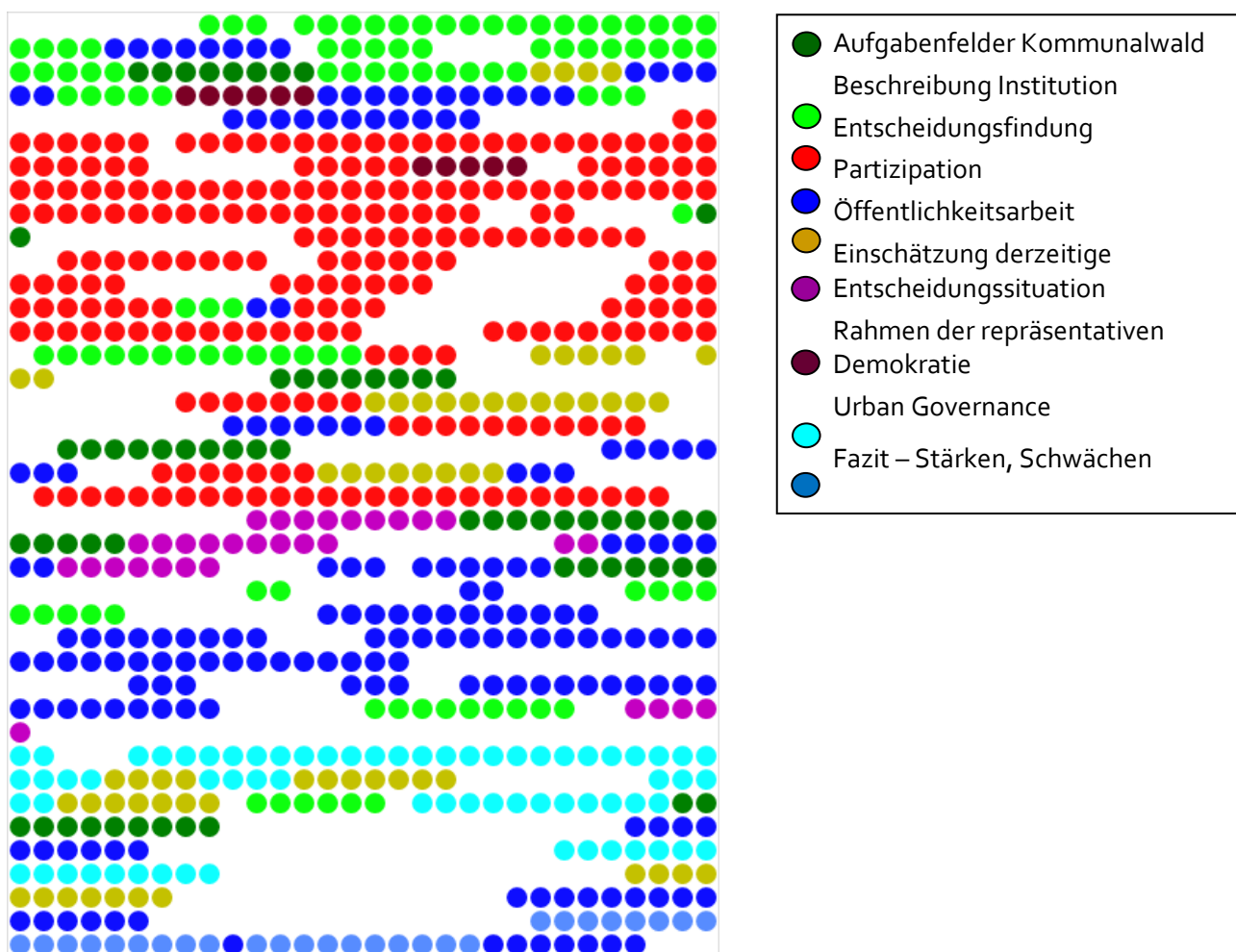
- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Keine verwertbaren Aussagen zum Themenkomplex Rahmen der repräsentativen Demokratie
- Informationen teilweise für die Beantwortung der Forschungsfragen nicht verwertbar
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist Partizipation

- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit
- Urban Governance und der Einschätzung der derzeitigen Entscheidungssituation können im Vergleich zu den übrigen Interviews nur wenig Aussagen zugeordnet werden

Interview 09

- Durchführung 2009
- Mittelstadt; großer Waldbesitz; Nordrhein-Westfalen
- Eigenständiges kommunales Forstamt; Fünf kommunale Forstreviere
- Haupt- und Finanzausschuss; Ausschuss für Forst, Umwelt und Landwirtschaft
- Öffentlichkeitsarbeit; traditioneller Waldbesitz, starke Identifikation der Bürger; Wirtschaftliche Bedeutung des Kommunalwalds; FFH-Gebiete

Gesprächsverlauf Interview 09



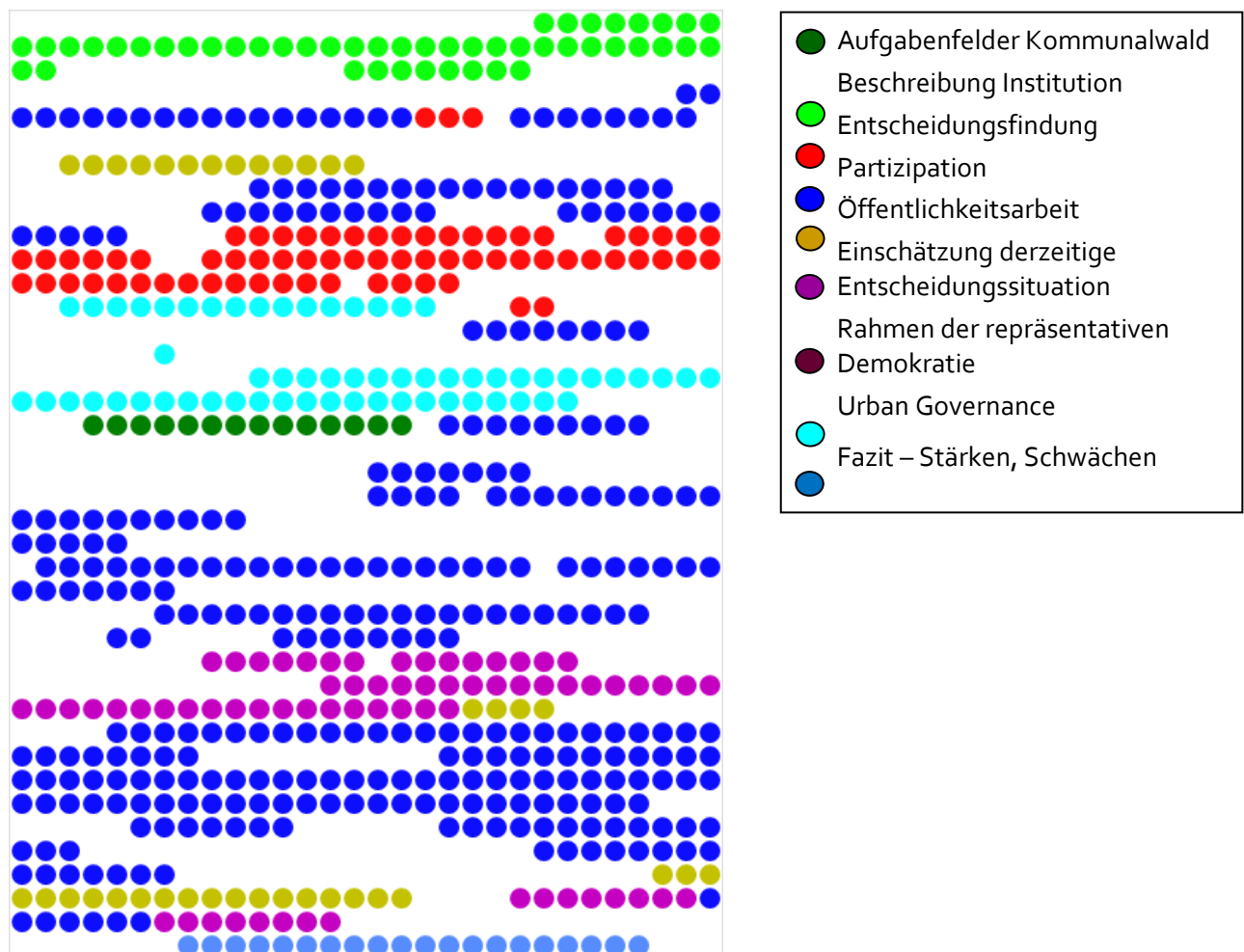
- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Verwertbare Aussagen zu allen Themenkomplexen
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist die Entscheidungsfindung
- Außerhalb der Entscheidungsfindung starke inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Themenkomplexe

- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit; im Vergleich zu den übrigen Interviews überdurchschnittliche Thematisierung

Interview 10

- Durchführung 2009
- Großstadt > 500.000 EW; kleiner Waldbesitz; Sachsen
- Kommunalwald ist Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft zugeordnet; Außerstädtischer Wald in der Beförderung durch Landesforstverwaltung
- Umweltausschuss
- Untere Forstbehörde, forsthoheitliche Aufgaben; Schwerpunkt forsthoheitliche Aufgaben; Kommunalwald teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden

Gesprächsverlauf Interview 10



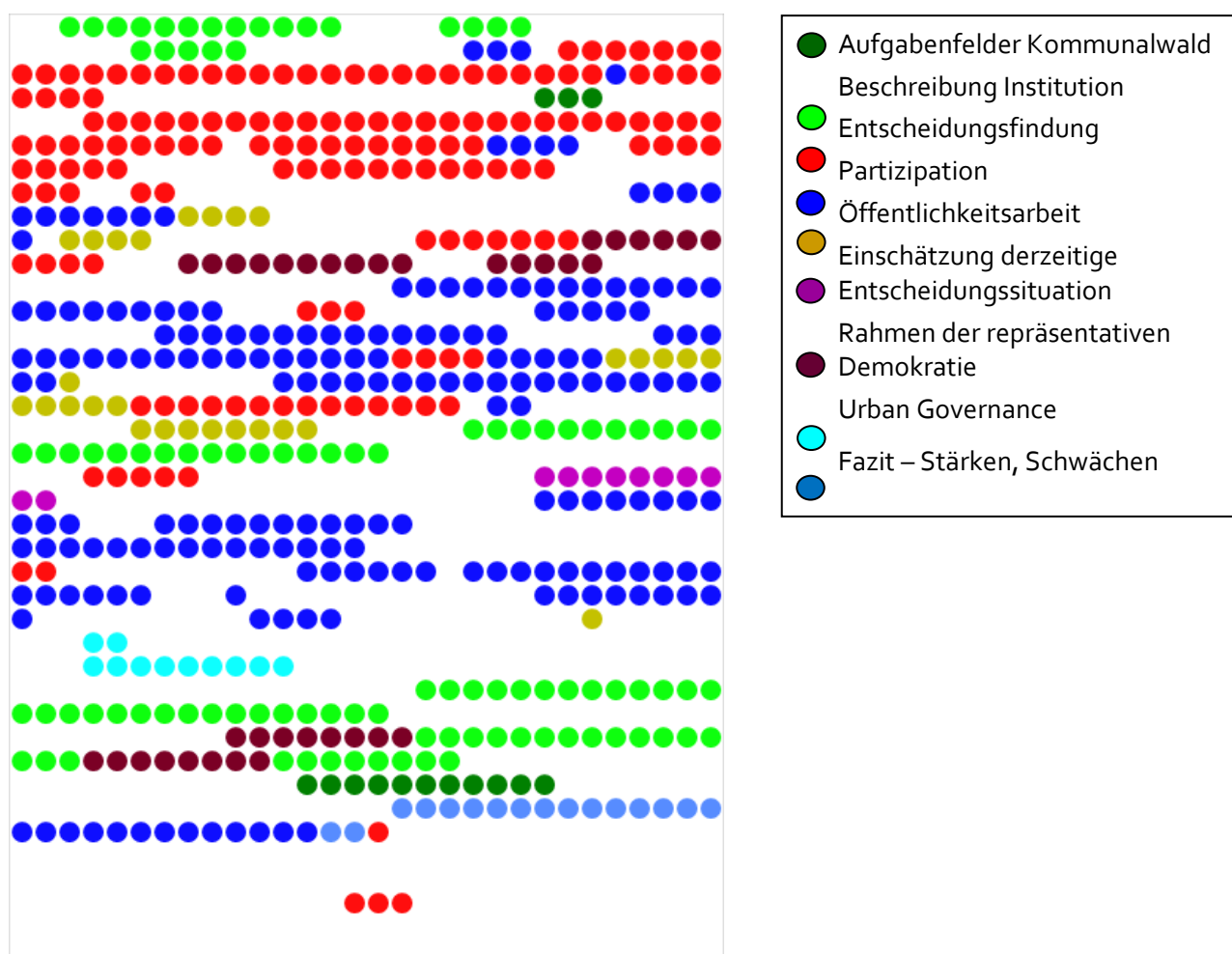
- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Keine verwertbaren Aussagen zum Rahmen der repräsentativen Demokratie
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist Partizipation
- Kaum inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Themenkomplexe

- Im Vergleich zu den übrigen Interviews intensivere Thematisierung der Einschätzung der derzeitigen Entscheidungssituation
- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit

Interview 11

- Durchführung 2009
- Kleinstadt; Kleiner / mittlerer Waldbesitz; Rheinland-Pfalz
- Regiebetrieb
- Schwerpunkt Erholung; Konzept der Nutzungssegregation
- *Besonderheit: IP vertritt einen Zusammenschluss von drei kommunalen Waldbesitzern und einem Zweckverband; Zusätzliche Informationen zu waldbesitzenden Kleinstgemeinden im zweiten, getrennt dargestellten Interviewteil (b)*

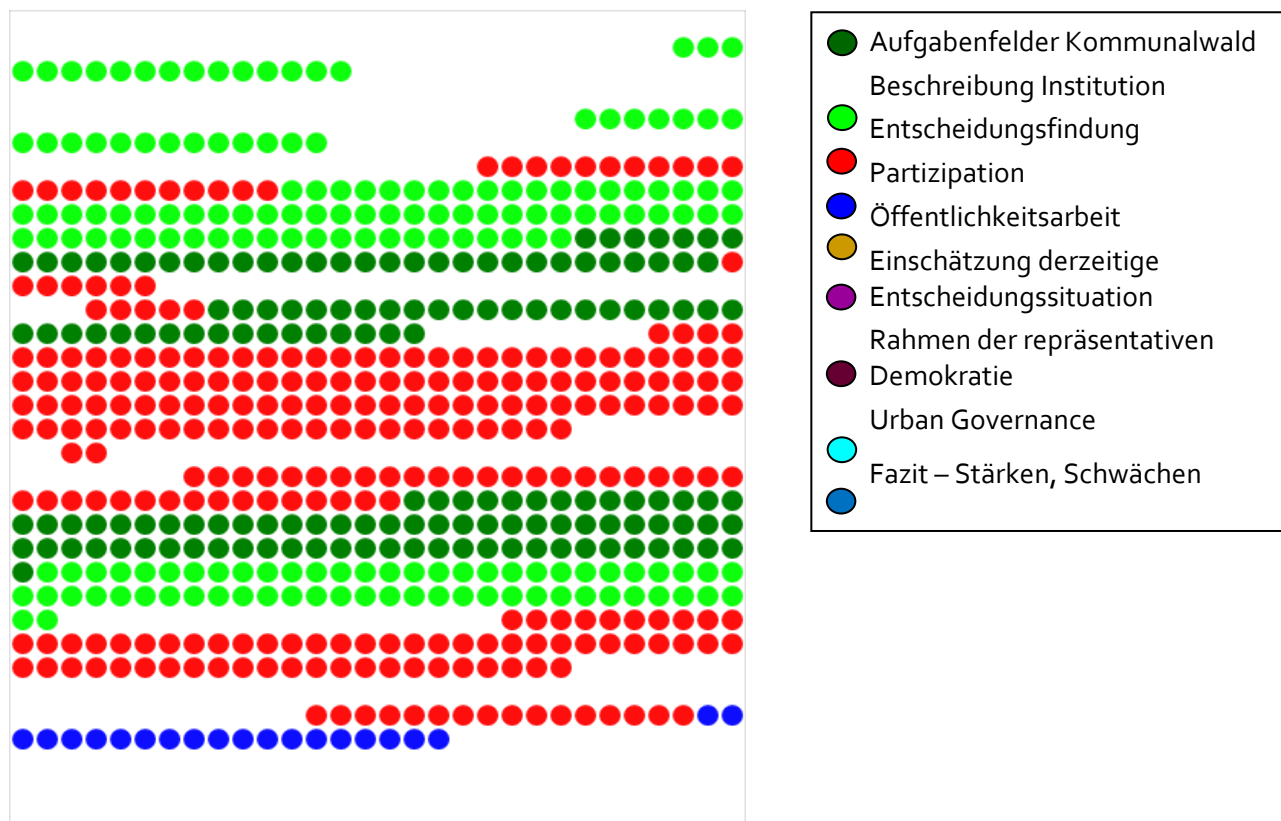
Gesprächsverlauf Interview 11 (a)



- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Verwertbare Aussagen zu allen Themenkomplexen
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews sind Entscheidungsfindung und Partizipation
- Ausgeprägte inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Themenkomplexe
- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit

- Urban Governance im Vergleich zu übrigen Interviews nur wenig thematisiert

Gesprächsverlauf Interview 11 (b)

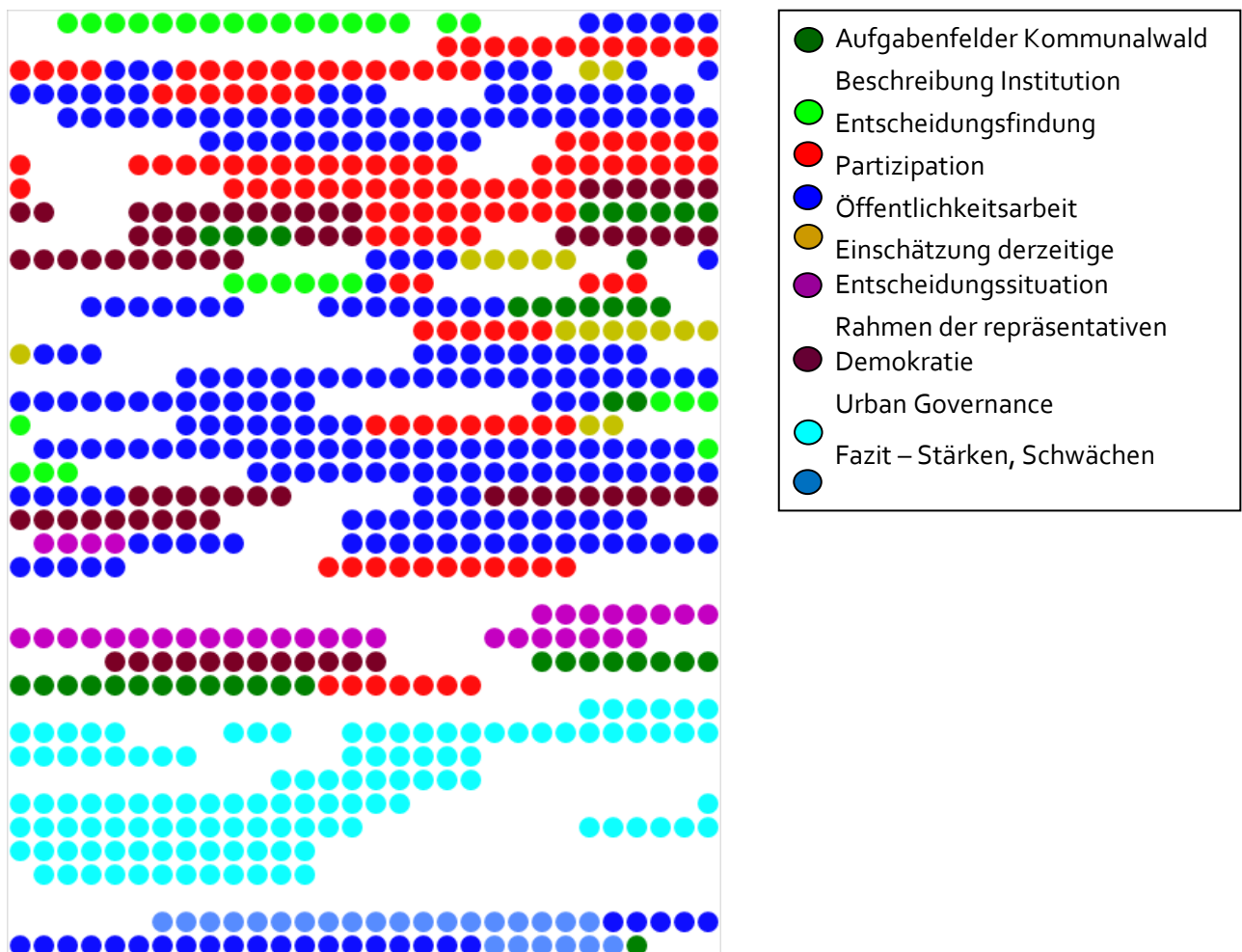


- Keine Anwendung des Leitfadens, da Zusatzinformationen
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews sind Entscheidungsfindung, Informationen zur Institution und Aufgabenfelder des Kommunalwalds
- Keine inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Themenkomplexe

Interview 12

- Durchführung 2010
- Großstadt > 500.000 EW; kleiner / Großer Waldbesitz; Berlin-Brandenburg
- Kommunalwald und Landeswald; Teil der Hauptverwaltung; Nachgeordnete Sonderbehörde der Senatsverwaltung; Landesforstamt, vier Forstämter, 29 Revierförstereien
- Petitionsausschuss
- Behördliche Aufgaben; eigener Haushalt; Waldflächen teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden; Starke Identifikation der Bürger mit dem Wald

Gesprächsverlauf Interview 12



- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Verwertbare Aussagen zu allen Themenkomplexen
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews sind Entscheidungsfindung und Partizipation gefolgt von Urban Governance

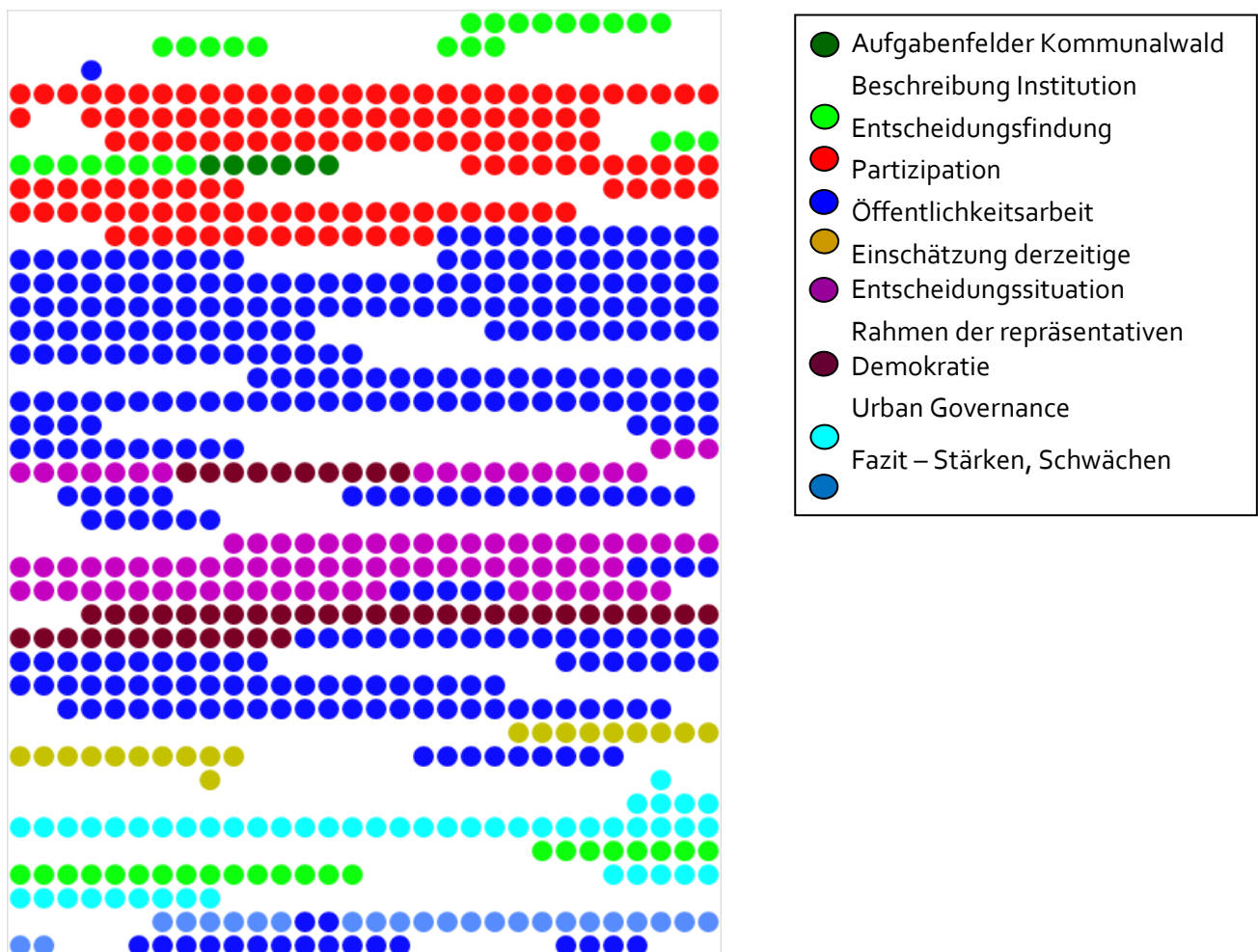
- Inhaltliche Verknüpfung von Entscheidungsfindung und Partizipation unterschiedlicher Themenkomplexe
- Immer wieder Verweise auf Öffentlichkeitsarbeit
- Urban Governance im Vergleich zu übrigen Interviews stark thematisiert
- Rahmen der repräsentativen Demokratie im Vergleich zu übrigen Interviews stark thematisiert

- Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Einschätzung der derzeitigen Entscheidungssituation können im Vergleich zu den übrigen Interviews viele Aussagen zugeordnet werden.

Interview 14

- Durchführung 2011
- Kleinstadt; kleiner Waldbesitz; Sachsen
- Kommunalwald ist Hauptamt zugeordnet; Betriebsleitung und Revierdienst über Landesforstverwaltung
- Ein-Personenstruktur in der Zuständigkeit seitens der Gemeinde; Hoheitliche Verwaltung des Waldes; Schwerpunkt Erholungsnutzung (Skihang in Waldfläche); 44 ha zusammenhängende Waldfläche, 4 ha zergliedert

Gesprächsverlauf Interview 14



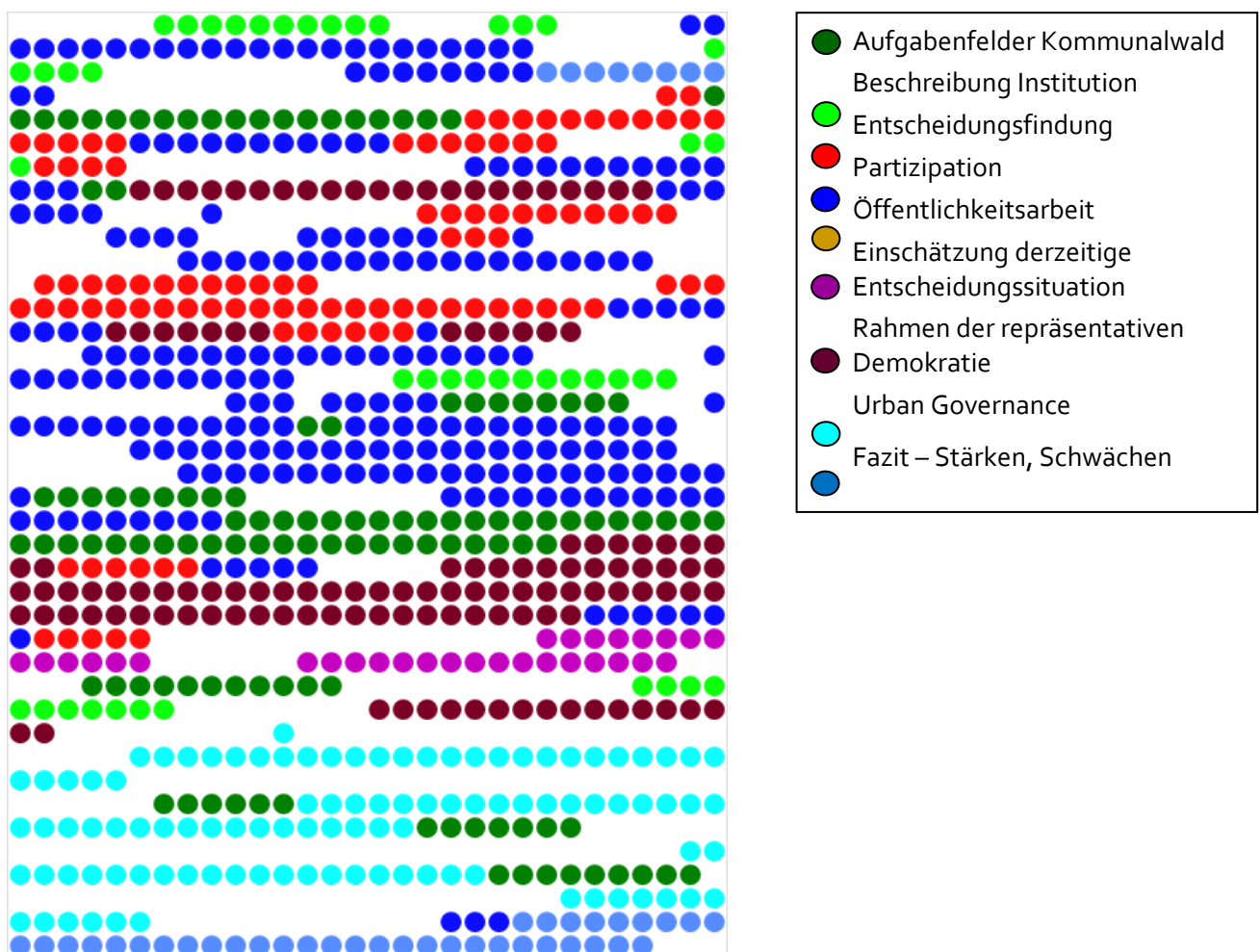
- Gesprächsverlauf entspricht Leitfadenaufbau
- Verwertbare Aussagen zu allen Themenkomplexen
- Keine inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Themenkomplexe
- Hauptgegenstandsbereich des Interviews ist Partizipation gefolgt von Entscheidungsfindung

- Aussagen zur Einschätzung der derzeitigen Entscheidungssituation können im Vergleich zu den übrigen Interviews häufig zugeordnet werden.

Interview 15

- Durchführung 2011
- Kleinstadt; mittlerer/großer Waldbesitz; Berlin-Brandenburg
- Kommunalwald ist Fachbereich Finanzen zugeordnet; Ein leitender und ein weiterer Revierförster; Kommunale Forstwirte über Bauhof der Stadt angestellt
- Hauptausschuss; Finanzausschuss
- 700 ha verpachtet an kirchliche Stiftung als Schulwald; Kommunalwald teilweise auf Gemarkungen anderer Gemeinden; Schwerpunkt Erholungsnutzung

Gesprächsverlauf Interview 15



- Gesprächsverlauf an Leitfadenaufbau angelehnt
- Keine verwertbaren Aussagen zu Öffentlichkeitsarbeit
- Im Gespräch überschneiden sich immer wieder Aussagen zur Entscheidungsfindung mit Aussagen zu Partizipation. Es besteht eine inhaltliche Verknüpfung dieser Bereiche

- Hauptgegenstandsbereich des ist Partizipation
- Aussagen zum Rahmen der repräsentativen Demokratie können im Vergleich zu den übrigen Interviews häufig zugeordnet werden
- Aussagen zu Urban Governance können im Vergleich zu den übrigen Interviews öfter zugeordnet werden
- Immer wieder Hinweise auf die Aufgabenfelder des Kommunalwals